REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 358 · 22.9.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Der Anwalt des Normalbürgers (Bundespräsident-Kandidat Heitmann)
2. Eine von uns. Erklärung von IG-MedienkollegInnen zur Maßregelung von Astrid Dieckmann- Schrader (Dokumentation)
3. Hamburger Bürgerschaftswahl: Abmahnung für die Volksparteien
4. Ein bißchen Land, ein bißchen Frieden (Analyse des Gaza-Jericho-Abkommens)
5. Das Abkommen zwischen Israel und der PLO (Dokumentation)
6. "Nationaler Selbstmord". Die israelische Rechte und das Gaza-Jericho-Abkommen - Klaus Mellenthin
7. Der Briefwechsel Arafat-Rabin (Dokumentation)
8. Die Geschichte des Staates Israel seit seiner Gründung (Rezension) - Klaus Mellenthin
9. Die PLO und der Staat Palästina (Rezension) - Martin Rheinlaender
10. Vom Krieg zum Frieden? Chronologie des israelisch-palästinensischen Konflikts von 1947-1993
11. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr - Jörg Rohwedder
12. Der große Kahlschlag. Das Kapital sichert sich den Wirtschaftsstandort Deutschland
13. Ein westeuropäisches oder ein deutsches Europa des Kapitals?
14. Grüne Realpolitik in Niedersachsen (Zustimmung zu "AbschiebehelferInnen")
15. Anderthalb Jahre "Kinkel-Initiative" - eine Bilanz ihrer Wirkung "drinnen und draußen"
16. Erklärung von Helmut Pohl (Dokumentation)
17. Chronologie rassistischer Anschläge (9.8.12.9.93)
18. Rassismus, Fremdenhaß und Antisemitismus. Der zweite Weltreport des Londoner Intitute of Jewish Affairs
19. Ches Erben (Rezension)
20. Die Schweiz baut mit an der Festung Europa (Vorabdruck aus Beat Leuthard: Der elektronische Limes)
21. Repression, Kriegsführung und Widerstand in Nordirland (aus: Covert Action Quarterly) - Max Schmitz
22. Porträt einer (etwas anderen) nordirischen Friedensinitiative - Dietrich Schulze- Marmeling
23. Chile: 20 Jahre nach dem Putsch. (Chile seit 1973 - Teil 1) Von Matthias Findeisen
24. Japan - Korea - Vietnam: Lernen im Zeichen des Drachen oder Pax Nipponica? (Teil 1) Von Rainer Werning
25. Forum der Unterdrückten. Notizen zum 7. Internationalen Festival des Theaters der Unterdrückten in Rio - Boris Scharlowski
26. "Hiphop ist Diskussionskultur" (Rezension von Günther Jacob: AGIT-POP) - Kathrin Wildner
27. Essen & Trinken aus deutschen Landen (UZ- Pressefest) - Andrea Hoffmann
28. Vom Opfer zum Täter. "Kopfjägerin" für die Gestapo (Rezension von Peter Wyden: Stella) - Harry Rosina
29. Bestimmt das (reale) Sein das (linke) Bewußtsein? Anmerkungen zum linken Jugoslawienkonflikt
30. HistorikerInnen-Notizen: Gottvater und sein Musterschüler - Felicitas Walka
31. Ein mörderischer Streit. Zu den Auseinandersetzungen in Devrimci Sol - Peter Gröger
32. Strafbefehl wegen Flüchtlingsbegleitung. Rassismus in Hamburger Behörden
33. Der Yamato als "Führerrasse"
34. Gedenkstein geschändet
35. Defätismus oder Heroismus?
36. Blutige Erinnerung an den Putsch
37. Quelldatei 32.htm
38. Quelldatei 33.htm
39. Quelldatei 35.htm
40. Quelldatei 36.htm
41. Quelldatei afrika.htm
42. Quelldatei hh.htm
43. Quelldatei irland.htm

44. Israel-Palästina: Chance oder Falle?
45. Keine Neuauflage der "Kinkel-Initiative"
46. Quelldatei riovor.htm
47. Schweizer Asylpolitik "Einreise abgelehnt"
48. Der große Kahlschlag

1. Der Anwalt des Normalbürgers (Bundespräsident-Kandidat Heitmann)

Fortsetzung von Seite 1

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; CDU/CSU; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:38

Drei Jahre nach der deutschen Einheit nehmen die Zumutungen kein Ende. Die jüngste heißt Steffen Heitmann und soll der nächste Bundespräsident werden. Der Mann will "dem Normalbürger eine Stimme geben". Was "normal" ist, bestimmt in diesem Lande allemal die Rechte:

"Normal" ist die Angst der Deutschen vor "Überfremdung". Der Kandidat findet diese Angst nicht nur verständlich, er selbst fühlt in deutschen Großstädten "bis zum Bedrohlichen die Fremdheit". "Der Mensch" müsse nun einmal "das Gefühl haben, seine Identität zu bewahren", und die ist für ihn national definiert: "Man versteht sich doch als Franzose oder Deutscher." Wo diese Sicherheit verloren geht, droht der Untergang: "Ich habe große Sorge um diese unsere abendländische Gesellschaft."

"Normal" ist die Arbeitsteilung der Geschlechter: "Sorge um Kinder und Selbstverwirklichung der Frau lassen sich nicht vereinbaren"; "die Mutterschaft" ist "wieder mehr ins Zentrum der Gesellschaft zu rücken".

Ebenso "normal" ist der Wunsch nach einem positiven Verhältnis zur deutschen Geschichte. Zwar schreckt der Kandidat beim Thema "Nazi-Vergangenheit" noch vor der Verwendung seiner Lieblingsvokabel zurück. "Normal" war das nicht, aber eben auch nur ein "Ereignis" von kurzer Dauer, das - der "intellektuellen Debattenlage" zum Trotz - endlich "einzuordnen" wäre "in unsere Gesamtgeschichte, die wir als Volk haben." Schluß soll sein mit der "deutschen Nachkriegssonderrolle", die für die Seltsamkeiten der "Blauhelmdebatte" verantwortlich ist: "Wir müssen ein normales Volk unter normalen Völkern sein."

Die meisten der hier zusammengetragenen Aussprüche sind neuesten Datums. Entnommen wurden sie dem Interview, das die Süddeutsche Zeitung in ihrer Wochenendausgabe vom 18./19. September 1993 veröffentlicht hat. Beklagt der Befragte eingangs noch, es sei "durch Äußerungen, die ich bei bestimmten Gelegenheiten mal gemacht habe, ... ein falsches Bild entstanden", so rundet sich dieses Bild nach Lektüre des Gesamttextes ab: Heitmann findet nicht, daß er "da was zurückzunehmen" hat.

Er legt sogar - beim Thema "Vergangenheitsbewältigung" - kräftig nach. Selbst der Kampfparole "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" kann er einiges abgewinnen; nur hört er sie "in einer Weise und mit einem Hintergrund gebraucht, wie ich ihn nicht gebrauchen kann". Anders gesagt: Schade, daß die Nazis vor uns auf diesen die Massen mobilisierenden Slogan gekommen sind.

Wie konnte es geschehen, daß Kohl diesen reaktionären Überzeugungstäter lanciert und gegen voraussehbare Widerstände in den eigenen Reihen durchgesetzt hat? Ganz einfach: der Mann bringt die neuen alten Werte der CDU besonders glaubwürdig zum Ausdruck - er hat sie verinnerlicht - und ist damit alles andere als ein Exot aus den zurückgebliebenen Provinzen des Ostens. Die zentrale Rede des gerade beendeten CDU-Parteitag, gehalten von Wolfgang Schäuble, ist in ihren Kernaussagen mit denen des Heitmann-Interviews nahezu deckungsgleich. "Ein Mann weist den schnurgeraden Weg nach rechts", schreibt die Frankfurter Rundschau und zitiert Schäubles Anweisungen zur Ausrichtung der Parteireihen: Dem Staat zu dienen sei etwas "Notwendiges, wenn man die Zukunft bewältigen will"; "Patriotismus ist nichts Altmodisches"; "unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus gebrauchen" - Patriotismus, der sich nicht in Bekenntnissen erschöpft, sondern auch Opfer bringt, hat sich doch "unser Gemeinwesen mehr und mehr zum Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat hin entwickelt".

Arbeit, Familie, Vaterland - die Werte, die 1940 von dem mit den Nazis kollaborierenden Vichy-Regime an die Stelle der bürgerlich-demokratischen Ideale Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gesetzt wurden - sind das Programm der Zukunft. Johannes Rau, der Präsidentschaftskandidat der SPD, ist nicht nur mangels Mehrheit kein ernstzunehmender Konkurrent im Kampf um das höchste Amt im Staate. Sein Credo "Versöhnen statt spalten", mit dem er schon eine Wahl verloren hat, paßt einfach nicht in eine Zeit, in der Kompromißlosigkeit gefragt ist.

Ob Heitmann es schafft, ist dabei keineswegs sicher. Zwar halten führende CDU-Vertreter auch nach dem SZ-Interview zu ihm. Dennoch könnte es schließlich ratsam erscheinen, Heitmann durch einen etwas vorsichtigeren Repräsentanten deutscher Größe zu ersetzen. So oder so hat die Dreistigkeit, mit der Kohl seinen reaktionären Kampfkandidaten präsentiert hat, zu einer weiteren Rechtsverschiebung des politischen Koordinatensystems beigetragen.

Es erscheint paradox, daß diese Entwicklung auf Kosten der extremen Rechten (außerhalb von CDU und CSU) gehen könnte. Schönhubers Anfeuerungsruf an die eigene Partei "Nur wir selbst können uns noch aufhalten!" wurde in München gerade widerlegt. Der Kandidat der Reps landete abgeschlagen bei 2,8%. Wo ein Gauweiler antritt, ist der Raum für konkurrierende Rechtspopulisten eng. Die Nominierung Heitmanns kann nur als Signal gewertet werden, daß die "bayrische Art des Zupackens" (Streibl) zur Linie der CDU insgesamt werden soll.

So könnten Reps und DVU, die sich - wie in Hamburg - auch noch gegenseitig Stimmen wegnehmen, am Ende des "Superwahljahres" 1994 mit leeren Händen dastehen. Schönhuber hat sich für diesen Fall bereits abgesichert. Immerhin sei ihm "die historische Rolle zugefallen, die Wende in Deutschland einzuleiten"; "ohne uns hätte es diesen Rechtsruck nicht gegeben". Hier wedelt wohl der Schwanz mit dem Hund. Der strategische Slogan der Reps, "die geistig-moralische Erneuerung des deutschen Volkes", ist leicht als Abwandlung der "geistig-moralischen Wende" erkennbar, mit der die CDU seit 1981 in die Arena stieg. Im aktuellen christdemokratischen Sprachgebrauch heißt dieselbe Parole jetzt "geistig-kulturelles Umdenken".

Die "rechts von der Mitte" beschworenen Tugenden, die von den Deutschen neu entdeckt werden sollen, weisen über die kommenden Wahlkämpfe hinaus. Sie sind weit mehr als Sprechblasen. Sie sollen tatsächlich "gelebt" werden: auf daß "Deutschland" Stärke zeige - nach innen wie nach außen.

Anwalt des Normalbürgers

Fortsetzung von Seite 1

Er legt sogar - beim Thema "Vergangenheitsbewältigung" - kräftig nach. Selbst der Kampfparole "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" kann er einiges abgewinnen; nur hört er sie "in einer Weise und mit einem Hintergrund gebraucht, wie ich ihn nicht gebrauchen kann". Anders gesagt: Schade, daß die Nazis vor uns auf diesen die Massen mobilisierenden Slogan gekommen sind.

Wie konnte es geschehen, daß Kohl diesen reaktionären Überzeugungstäter lanciert und gegen voraussehbare Widerstände in den eigenen Reihen durchgesetzt hat? Ganz einfach: der Mann bringt die neuen alten Werte der CDU besonders glaubwürdig zum Ausdruck - er hat sie verinnerlicht - und ist damit alles andere als ein Exot aus den zurückgebliebenen Provinzen des Ostens. Die zentrale Rede des gerade beendeten CDU-Parteitag, gehalten von Wolfgang Schäuble, ist in ihren Kernaussagen mit denen des Heitmann-Interviews nahezu deckungsgleich. "Ein Mann weist den schnurgeraden Weg nach rechts", schreibt die Frankfurter Rundschau und zitiert Schäubles Anweisungen zur Ausrichtung der Parteireihen: Dem Staat zu dienen sei etwas "Notwendiges, wenn man die Zukunft bewältigen will"; "Patriotismus ist nichts Altmodisches"; "unser Vaterland könnte sehr viel mehr Patriotismus gebrauchen" - Patriotismus, der sich nicht in Bekenntnissen erschöpft, sondern auch Opfer bringt, hat sich doch "unser Gemeinwesen mehr und mehr zum Wohlfahrts- und Daseinsvorsorgestaat hin entwickelt".

Arbeit, Familie, Vaterland - die Werte, die 1940 von dem mit den Nazis kollaborierenden Vichy-Regime an die Stelle der bürgerlich-demokratischen Ideale Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gesetzt wurden - sind das Programm der Zukunft. Johannes Rau, der Präsidentschaftskandidat der SPD, ist nicht nur mangels Mehrheit kein ernstzunehmender Konkurrent im Kampf um das höchste Amt im Staate. Sein Credo "Versöhnen statt spalten", mit dem er schon eine Wahl verloren hat, paßt einfach nicht in eine Zeit, in der Kompromißlosigkeit gefragt ist.

Ob Heitmann es schafft, ist dabei keineswegs sicher. Zwar halten führende CDU-Vertreter auch nach dem SZ-Interview zu ihm. Dennoch könnte es schließlich ratsam erscheinen, Heitmann durch einen etwas vorsichtigeren Repräsentanten deutscher Größe zu ersetzen. So oder so hat die Dreistigkeit, mit der Kohl seinen reaktionären Kampfkandidaten präsentiert hat, zu einer weiteren Rechtsverschiebung des politischen Koordinatensystems beigetragen.

Es erscheint paradox, daß diese Entwicklung auf Kosten der extremen Rechten (außerhalb von CDU und CSU) gehen könnte. Schönhubers Anfeuerungsruf an die eigene Partei "Nur wir selbst können uns noch aufhalten!" wurde in München gerade widerlegt. Der Kandidat der Reps landete abgeschlagen bei 2,8%. Wo ein Gauweiler antritt, ist der Raum für konkurrierende Rechtspopulisten eng. Die Nominierung Heitmanns kann nur als Signal gewertet werden, daß die "bayrische Art des Zupackens" (Streibl) zur Linie der CDU insgesamt werden soll.

So könnten Reps und DVU, die sich - wie in Hamburg - auch noch gegenseitig Stimmen wegnehmen, am Ende des "Superwahljahres" 1994 mit leeren Händen dastehen. Schönhuber hat sich für diesen Fall bereits abgesichert. Immerhin sei ihm "die historische Rolle zugefallen, die Wende in Deutschland einzuleiten"; "ohne uns hätte es diesen Rechtsruck nicht gegeben". Hier wedelt wohl der Schwanz mit dem Hund. Der strategische Slogan der Reps, "die geistig-moralische Erneuerung des deutschen Volkes", ist leicht als Abwandlung der "geistig-moralischen Wende" erkennbar, mit der die CDU seit 1981 in die Arena stieg. Im aktuellen christdemokratischen Sprachgebrauch heißt dieselbe Parole jetzt "geistig-kulturelles Umdenken".

Die "rechts von der Mitte" beschworenen Tugenden, die von den Deutschen neu entdeckt werden sollen, weisen über die kommenden Wahlkämpfe hinaus. Sie sind weit mehr als Sprechblasen. Sie sollen tatsächlich "gelebt" werden: auf daß "Deutschland" Stärke zeige - nach innen wie nach außen.

2. Eine von uns. Erklärung von IG-MedienkollegInnen zur Maßregelung von Astrid Dieckmann- Schrader (Dokumentation)

Rubrik: DVU (Deutsche Volks-Union); Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:34

Die Kollegin Astrid Dieckmann-Schrader - Redaktionsassistentin beim Hörfunk des NDR, verweigerte bei der letzten Hamburg-Wahl vor zwei Jahren die Mitarbeit an der Ausstrahlung rechtsradikaler Wahlwerbespots. Dafür wurde sie vom Intendanten des NDR, Herrn Jobst Plog, abgemahnt.

Verpflichtung zur Mitarbeit an rechtsradikaler Wahlwerbung

Für die NDR-Leitung hat der "Fall" grundsätzliche Bedeutung:

1. Arbeitsverweigerung, noch dazu politisch begründet, kann nicht hingenommen werden. Jobst Plog: "Hier geht es nicht um formaljuristische Fragen, sondern um ein Kernstück des demokratischen Rechtsstaats, zu dem es für mich unweigerlich gehört, geltende Gesetze zu befolgen. Jeder von Ihnen muß im Privatleben selbst entscheiden, wie er es für sich mit diesem Grundsatz halten will. Als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt jedoch sollte die Entscheidung klar und eindeutig sein: Solange der Norddeutsche Rundfunk dazu verpflichtet ist, Wahlwerbespots auszustrahlen, trifft diese Pflicht auch Sie ...".

2. Verträge und Rechtsprechung sind zu respektieren. Jobst Plog: "Der NDR ist nun einmal gemäß § 15 Abs. 1 NDR Staatsvertrag dazu verpflichtet, Parteien und Vereinigungen angemessene Sendezeit zur Vorbereitung von Wahlen einzuräumen. Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gilt dies für alle zu einer Wahl zugelassenen Parteien/Gruppierungen. Wahlwerbespots sind selbst dann zu senden, wenn die Parteien als verfassungsfeindlich anzusehen sind oder die Spots einen verfassungsfeindlichen Inhalt haben."

Die vertragliche und juristische Argumentation hat einen einfachen politischen Inhalt: Die jetzt anstehende Wiederholung der Wahl in Hamburg mußte den Konflikt, den die Kollegin Astrid Dieckmann-Schrader bislang stellvertretend austrug für alle, denen Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus nicht nur Lippenbekenntnis ist, erneut und verschärft auf die Tagesordnung setzen: Vor Beginn des Wahlkampfes erklärten mehr als

450 Kolleginnen und Kollegen im NDR

daß sie "jede Mitarbeit verweigern werden, die der Ausstrahlung von Wahlspots rechtsradikaler Gruppierungen und Parteien dient, bzw. alle Kolleginnen und Kollegen unterstützen, die sich entsprechend verhalten."

Alle wurden von der NDR-Leitung persönlich angeschrieben und auf mögliche "arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung" hingewiesen. Jobst Plog: "Ich zähle auf jeden einzelnen von Ihnen, wenn es in den kommenden Wochen darum geht, einer von uns allen ungeliebten staatsvertraglichen Pflicht nachzukommen."

Die NDR-Leitung im Konflikt

Einerseits beteuert Intendant Plog, er könne "gar nicht umhin, diejenigen, die sich tatsächlich weigern sollten, die geschuldete arbeitsvertraglich vereinbarte Leistung zu erbringen, mit den für derartige Fälle vorgesehenen arbeitsrechtlichen Sanktionen (Abmahnung bis hin zur fristlosen Kündigung) zu konfrontieren", andererseits bietet er an: "In Fällen individuell begründbarer Gewissensnot sollten Sie das vertrauensvolle Gespräch mit Ihren jeweiligen Vorgesetzten suchen." Die NDR-Leitung möchte keine weiteren "Fälle", nicht zuletzt, weil das den Widerspruch verschärfen würde zur Initiative des Intendanten, durch Änderung des Staatsvertrages die Sendeanstalten von der Verpflichtung zur Ausstrahlung von Wahlwerbespots zu entbinden: "Wir berichten in der Tagesschau darüber, daß ein Haus von Ausländern angezündet ist, und davor läuft ein Wahlspot, der ausländerfeindlichen Inhalt hat. Das kann man den Mitbürgern nicht mehr erklären, das kann man insbesondere den ausländischen Mitbürgern nicht erklären."

Die genannten 450 NDR-KollegInnen unterstützen die Initiative von Jobst Plog. Im Gegensatz zu ihm sehen sie allerdings einen Widerspruch zwischen seiner Initiative und den erfolgten und angedrohten arbeitsrechtlichen Maßnahmen gegen Kolleginnen und Kollegen, die den Aufrufen gegen Ausländerfeindlichkeit entsprechend handeln. Plog selbst hatte zur Beteiligung an der Lichterkette um die Alster aufgerufen, weil "die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dahinterstehen, ein Zeichen setzen wollten gegen Ausländerhaß und Rassismus ...". Was hindert Jobst Plog daran, die Abmahnung gegen Astrid Dieckmann-Schrader zurückzunehmen? Warum hat er sie überhaupt ausgesprochen? Was zwingt ihn neuerlich zur Androhung von Sanktionen? "Wenn ich der Intendant wäre, (und) das tun müßte, was er muß, nämlich das Band da einlegen lassen, dann würde ich entweder meinen Chefjustitiar das machen lassen, die drei Mal, wo es darum geht, oder ich würde es selbst machen. Aber ich würde nicht Menschen in Gewissenskonflikte bringen." (Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau) Die NDR-Beschäftigten wären erleichtert, wenn sie die Initiative ihres Intendanten uneingeschränkt unterstützen könnten.

Die Justiz

Astrid Dieckmann-Schrader klagt bisher vergeblich auf Rücknahme der Abmahnung durch den NDR. Nur das Bundesarbeitsgericht steht als letzte Instanz noch aus. Sie habe ihren Gewissensnotstand nicht ausreichend glaubhaft machen können, argumentieren die Richter. Das liegt auf der Linie der jüngsten Entscheidungen des Hamburger Oberverwaltungsgerichts, das vor wenigen Wochen der DVU zusätzliche Wahlwerbezeit zubilligte mit der Begründung, sie werde voraussichtlich über die 5%-Hürde kommen und in die Bürgerschaft einziehen und jetzt den NDR dazu verurteilte, den DVU-Mann Reimers zum Fernsehduell der Spitzenkandidaten zuzulassen. Justiz als Hebel der Politik ...

und wir?

Die entscheidende Frage, die sich auch in der Auseinandersetzung beim NDR stellt, ist nicht, daß wir der Bedrohung von rechts Widerstand entgegensetzen müssen, da gibt es auch gegenüber Jobst Plog keinen Widerspruch, die Frage die sich stellt ist, wie leisten wir Widerstand? Beschränken wir uns auf juristische oder parlamentarische Mittel oder handeln wir da, wo sich die Fragen so konkret stellen, wie für die Kollegin Astrid Dieckmann-Schrader: "Immer wieder sagt man sich: das mache ich noch mit und das ertrage ich noch. Aber hier war der Punkt! Ich fühlte mich ganz konkret gefordert. Hier wollte ich mich als kleines Rädchen nicht mehr drehen. Ich will noch in den Spiegel gucken können! Bevor ich diese Volksverhetzung unterstütze, nehme ich jede Konsequenz in Kauf. Wenn es nur die Alternative gibt: Arbeit unter Gewissenszwang oder Gewissensfreiheit ohne Arbeitsplatz, dann muß ich mich für meine Freiheit entscheiden, obwohl mir meine Arbeit wichtig ist und Freude macht."

IG Medien-KollegInnen

von Astrid Dieckmann-Schrader

3. Hamburger Bürgerschaftswahl: Abmahnung für die Volksparteien

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:39

"Klatsch, das saß!" Bild kommentiert die "Prügel für die Großen" mit sichtlichem Wohlgefallen. "Hamburg wählt Protest" titelt das etwas seriösere Hamburger Abendblatt, ebenfalls aus dem Hause Springer. Von Protestwahl spricht auch Bürgermeister Henning Voscherau, der mit mindestens einem blauen Auge davongekommen ist. Wahlforscher Klaus Liepelt von Infas gibt ihm recht: "Viele Wähler und Wählerinnen haben nicht für etwas, sondern gegen manches gestimmt. Sie sind unzufrieden, weil Wohnungen knapp sind, Arbeitsplätze fehlen, die Asylproblematik noch nicht abschließend gelöst ist - und weil es mit der Wirtschaft nicht stimmt." SPD-Vorsitzender Scharping, der das auch findet, nutzt die Ungunst der Stunde für eine etwas nebulöse Selbstkritik: Die SPD gebe noch nicht "genau genug" Antwort auf die Fragen des Wählers. Ein dezenter Hinweis auf seine eigenen Bemühungen, die SPD auf eine "genauere" Position in der Frage weltweiter Militäreinsätze festzulegen?

Wo die drei großen Parteien zusammen fast 19% der Stimmen verlieren, ist die Unzufriedenheit mit Händen zu greifen. Sie ist allerdings weniger diffus, als das Schlagwort von der "Politikverdrossenheit" nahelegt. So stieg die Wahlbeteiligung gegenüber 1991 immerhin um 3,5 Prozentpunkte. Auch traf die "Abmahnung durch den Souverän" (Voscherau) nicht alle in Hamburg bzw. Bonn regierenden Parteien gleichermaßen. Am härtesten gebeutelt wurde die CDU, die zusammen mit ihrem Koalitionspartner auf Bundesebene, der FDP, unter die 30%-Marke rutschte: ein klares Mißtrauensvotum gegen die Bundesregierung, die - wen wundert's - natürlich "hausgemachte Hamburger Ursachen" für das Debakel verantwortlich macht.

Daß die GAL vom Wählerverdruß am meisten profitieren konnte (Zugewinn 6,3%), ist erfreulich, auch wenn die nun in greifbare Nähe gerückte rosa-grüne Koalition lediglich die Fortsetzung sozialdemokratischer Politik sicherstellen würde. Die überwiegende Mehrheit der GAL-Wähler will das auch so. Anders die Handelskammer, die sich für eine Große Koalition ausgesprochen hat. Ihr Sprecher machte allerdings schon am Wahlabend eine nicht unwichtige Einschränkung. Eine Beteilung der GAL an der Stadtregierung sei problematisch - "wenn die GAL bei ihrem Programm bleibt". Diese Sorge kann dem Mann wohl genommen werden. Es gibt nur eine einzige klare grüne Forderung an die SPD: mindestens drei Senatsposten sollen es sein. Das ist zwar schmerzlich für die Sozis, die allerhand Bedürftige mit Jobs zu versorgen haben, aber auch nicht unerfüllbar.

Über das Scheitern der Rechtsextremen kann sich niemand so uneingeschränkt freuen wie die Vertreter der Hamburger Wirtschaft: "Gut für das weltoffene Standing unserer Stadt", kommentiert Bild und greift damit ein Argument auf, das Helmut Schmidt bereits vor der Wahl zu bedenken gab: Allzu lärmendes Treiben der Nazis ist für das "Tor zur Welt" rufschädigend und gefährdet deutsche Exporte.

Demokratisch gesinnte Menschen sind zu Recht erleichtert, daß es für Reps und DVU nicht zu Bürgerschaftsmandaten gereicht hat. Eine parlamentarische Vertretung hätte diesen Kräften weitere Reputation verschafft, dem rassistischen Mob auf der Straße Auftrieb gegeben und den nächsten rechten Wahlerfolg wahrscheinlicher gemacht. Die Erleichterung wird allerdings durch zwei Umstände getrübt. Zum einen kamen Reps und DVU zusammen auf 7,6%; weitere 0,5% entfielen auf mehrere rechtslastige Gruppierungen, darunter ÖDP, "Deutsche Mitte", "Partei bibeltreuer Christen" und Nationale Liste. Zusammengenommen ist das sogar noch mehr als der Stimmenanteil der Rechten bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl im April 1992, nur daß sich dort die rechten Stimmen anders verteilten (6,3% für die DVU, 1,2% für die Reps). In ihren Hochburgen Harburg und Mitte gelang den Reps der Einzug in die Bezirksversammlungen; die DVU schaffte es in Bergedorf.

Zum zweiten war es die populistische StattPartei, die den Reps entscheidende, zum Einzug in die Bürgerschaft benötigte Stimmen abgejagt hat. Die StattPartei, die als Abspaltung von der CDU begann, bestritt ihren Wahlkampf mit den klassischen Angeboten an die "Politikverdrossenen", der Agitation gegen Filz und Parteienherrschaft und dem Versprechen, eine Vereinigung von Saubermännern zu sein. Jeweils ein Drittel ihrer WählerInnen haben bisher für SPD bzw. CDU gestimmt; 15% sind ehemalige NichtwählerInnen. Die StattPartei schnitt in den wohlhabenderen Stadtbezirken am besten ab, holte aber auch in den Hochburgen der

Rechten, den "Problemgebieten" und "sozialen Brennpunkten", die Stimmen, die ohne ihre Kandidatur am ehesten den Reps zugefallen wären. Am Ende fehlten den Reps ganze 1430 Stimmen zum Einzug in die Bürgerschaft.

Die unter linken Nicht- oder Nicht-mehr-WählerInnen diskutierte (und u.a. auch im letzten ak begründete) Überlegung, durch Stimmabgabe für GAL, Linke Alternative oder VSP den Einzug der Nazis in die Bürgerschaft zu verhindern, hat ebenfalls zu deren Scheitern beigetragen. Allein unter diesem Aspekt hatte die Kandidatur der Linken Alternative ihre Berechtigung. Als zukunftsweisendes Modell ist das Projekt gescheitert. Die LA, formal ein Personenbündnis, in der Darstellung nach außen ein Zusammenschluß linker Organisationen (AL, BWK, DKP, MLPD, PDS u.a.), erreichte nur 0,5% und fiel damit weit hinter das Ergebnis der letzten Bürgerschaftswahl zurück. Damals hatten AL und PDS noch getrennt kandidiert und jede für sich ebenso viele Stimmen bekommen wie jetzt das Bündnis.

Die "Kommunistische Einheitspartei Deutschlands" (KED), eine Erfindung linker Spaßguerilleros, hätte sicher nicht schlechter abgeschnitten. Die KED wirbt für den "Sieg der Vernunft" und ist gegen "Bartwuchs, Weltverdunkler, Narrentum, Nasch- und Gaukelwerk". Leider trat die Partei nicht zur Wahl an, sondern beschränkte sich auf eine eindrucksvolle Plakataktion mit dem Bild ihres Vorsitzenden "Dr. Kurt Euler" (Herr mit Schlips und Hornbrille) und den erwähnten zentralen Parolen.

Js.

Das Hamburger Wahlergebnis

(in Klammern die Ergebnisse von 1991)

1993 1991

SPD 40,4 (48,0)

CDU 25,1 (35,1)

GAL 13,5 (7,2)

FDP 4,2 (5,4)

Statt 5,6

REP 4,8 (1,2)

DVU 2,8

LA 0,5 (1,1) (1)

(1) 1991 getrennte Kandidaturen von AL, DKP und PDS

4. Ein bißchen Land, ein bißchen Frieden (Analyse des Gaza-Jericho-Abkommens)

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:30

Jahrelang schleppte sich der israelisch-palästinensische "Friedensprozeß" ohne Resultate dahin, mehrmals schien sein definitiver Abbruch bevorzustehen. Doch dann ging plötzlich alles sehr schnell: Überall in den besetzten Gebieten weht die palästinensische Flagge. Bis eben noch war sie von den Besatzungsbehörden verboten; sie trotzdem zu zeigen, war ein lebensgefährliches Unternehmen. Die israelische Regierung tut, was sie zuletzt noch einmal vor wenigen Wochen kategorisch abgelehnt hatte: Sie anerkennt die PLO als Sprecherin des palästinensisches Volkes und akzeptiert sie offiziell als Verhandlungspartnerin. Rabin ergreift, wenn auch "mit Würgen", wie er gewollt beleidigend öffentlich verkündet, die ausgestreckte Hand Arafats. Ein palästinensischer Staat erscheint plötzlich als reale Möglichkeit, wenn auch vorerst noch in Ausmaßen, die nur etwa die Hälfte der Größe Hamburgs erreichen.

Der erste praktische Schritt aufgrund des am 13. September unterzeichneten Abkommens soll der Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus dem Gaza-Gebiet und Jericho sein. Er soll voraussichtlich Anfang Dezember beginnen und bis zum April 1994 abgeschlossen sein. Bisher gibt es allerdings noch nicht einmal eine konkrete Vereinbarung über Zeitplan und Modalitäten des Abzugs. Um diese auszuhandeln, haben sich die beiden Seiten ein Limit von zwei Monaten gesetzt. Auch im Gaza-Gebiet bleibt die Besatzungsmacht also vorerst noch voll präsent; auch ihre Methoden haben sich bisher noch nicht wesentlich verändert.

Zugleich mit dem militärischen Rückzug aus dem Gaza-Gebiet und Jericho soll dort die Zuständigkeit für die Bereiche Bildung und Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen, Steuern an palästinensische Stellen übergehen. Auch eine "einheimische" Polizei soll aufgebaut werden.

Der zweite Schritt soll die Wahl einer Volksvertretung ("Rat") für das Gaza-Gebiet und das Westjordanland sein. Außerhalb der Zuständigkeit dieses Gremiums bleibt Ostjerusalem, das von Israel beansprucht wird und dessen künftiger Status im Abkommen "ausgeklammert" wurde. Die Wahl des Rats soll nicht später als neun Monate nach Inkrafttreten der Vereinbarung stattfinden. Angeblich ist Anfang Juli 1994 dafür in Aussicht genommen. Israel hat sich verpflichtet, bis zum Wahltag seine Truppen aus den arabischen Wohngebieten zurückzuziehen.

Der Rat soll für eine "Übergangszeit" von maximal fünf Jahren amtieren. Seine Befugnisse werden der kommunalen Selbstverwaltung entsprechen. Sie erstrecken sich nicht auf die jüdischen Siedlungen und ihre BewohnerInnen, für die Israel in jeder Hinsicht zuständig bleibt. Ansonsten wird die konkrete Abgrenzung der Kompetenzen erst in künftigen Verhandlungen geklärt werden müssen, die schließlich zu einer "Übergangsvereinbarung" führen sollen. Sogar vergleichsweise unproblematische Fragen wie die Zahl der Ratsmitglieder und die Struktur dieses Gremiums müssen erst noch gemeinsam beschlossen werden - was nebenbei demonstriert, wie sich Israel bis ins allerkleinste Detail ein Mitspracherecht in palästinensischen Angelegenheiten vorbehält.

Während der "Übergangszeit" soll über einen "dauerhaften Status" der seit 1967 besetzten Gebiete verhandelt werden. Damit soll "so bald wie möglich" begonnen werden, spätestens jedoch bis Frühjahr/Sommer 1996. Dabei soll es dann auch um die äußerst komplizierten Fragen gehen, die man diesmal noch "ausgeklammert" hat, um das Zustandekommen der Vereinbarung zu ermöglichen. Dazu gehört die Zukunft von Ostjerusalem; die jüdischen Siedlungen; die Festlegung der territorialen Grenzen; das Problem der Flüchtlinge, die außerhalb der besetzten Gebiete leben.

Alle umstrittenen Fragen sind auf die spätere Verhandlungsphase verschoben worden. In jedem einzelnen dieser Punkte ist die ablehnende Position Israels sehr hart und läßt bisher absolut keinen Spielraum für Kompromisse erkennen. Sogar die vergleichsweise einfache Frage nach den Kompetenzen der palästinensischen Selbstverwaltung dürfte - dem jetzigen Stand der Dinge nach zu urteilen - scharf kontrovers diskutiert werden. Nicht einmal die Frage, ob überhaupt ein palästinensischer Staat entstehen darf, oder welchen anderen Status die selbstverwalteten Gebiete haben sollen, ist bisher beantwortet. Israel ist nach wie vor gegen einen Staat, doch scheint es ihn, im Gegensatz zu früher, nicht mehr absolut auszuschließen. Offen bliebe aber auf jeden Fall, welches Territorium ein solcher Staat umfassen könnte: Außer Ostjerusalem gibt es

im Westjordanland auch noch weitere Gebiete, die Israel aus "strategischen" oder sonstigen Gründen unter keinen Umständen aufgeben will. (Nach manchen israelischen Ansichten machen diese Gebiete rund 50 Prozent des Westjordanlands aus.)

Soweit es das jetzt unterzeichnete Abkommen angeht, gibt Israel seine Herrschaft über die besetzten Gebiete noch keineswegs auf. Es bleibt die Möglichkeit offen, jederzeit den alten Zustand der Besatzungsdiktatur wiederherzustellen, mit der Begründung, das Experiment der Selbstverwaltung habe sich nicht bewährt, die PLO habe bei der Bekämpfung der "Extremisten" versagt oder sei dazu gar nicht bereit usw. Doch wird diese Option künftig wohl dadurch eingeschränkt sein, daß Israel nach den ersten Friedensschritten nicht mehr einfach alles realisieren kann, wozu es nach rein militärischer Logik in der Lage wäre.

Überhaupt liegt die praktische Bedeutung der bisher unterzeichneten Vereinbarungen nicht in ihrem simplen Inhalt, der äußerst bescheiden und in vielen Punkten fragwürdig ist. Mit Grund läßt sich sogar argumentieren, daß das Abkommen noch gar keine praktikablen Lösungsmöglichkeiten enthält, daß es selbst im allerbesten Fall nur ein zersplittertes Gebilde ohne Lebenskraft vorsieht. Andererseits sind mit der Anerkennung der Palästinenser als Nation und der PLO als ihrer Vertretung aber Markierungspunkte gesetzt worden, hinter die auch künftig nicht leicht wieder zurückgegangen werden könnte.

Widersprüche in Arafats eigenem Lager

Daß das Abkommen vom 13. September von den "radikalen" Sektoren der Palästinenser abgelehnt wird - von den islamistisch motivierten Kräften ebenso wie von linken und nationalistischen (was oft nicht genau voneinander zu trennen ist) - kann nicht verwundern. Für die meisten von ihnen stellen ja schon Verhandlungen mit Israel einen schweren Sündenfall dar. Ebensowenig ist verwunderlich, daß diese Strömungen starken Rückhalt bei den Flüchtlingsmassen außerhalb Palästinas finden, denn schließlich ist selbst bei größtem Optimismus absolut keine politische Lösung denkbar, die ihnen irgendetwas bringen könnte. Das kann man der PLO nicht als "Verrat" vorwerfen, sondern es ergibt sich aus dem Kräfteverhältnis und anderen Elementen der Realität. Andererseits hat es nicht unbedingt mit ideologischem Fanatismus zu tun, wenn im Libanon oder in Syrien gegen das Abkommen protestiert wird. Es gibt innerhalb des abstrakten Kollektivums "palästinensisches Volk" unterschiedliche Situationen und Interessen, die von der Politik her nicht aufhebbar sind.

Schwerwiegender als die Ablehnung durch die "Radikalen" ist, daß die Politik Arafats auch in Kreisen auf Kritik stößt, auf die sie sich bislang stützen konnte.

Die Existenz von erheblichen Widersprüchen war schon seit Monaten deutlich geworden. Die Ende Oktober 1991 begonnenen Friedensgespräche waren, nach anfänglicher Euphorie auf palästinensischer Seite, schnell in der vorausgesagten Sackgasse der jeweiligen kontroversen Standpunkte angekommen. Zweifel am Sinn und Nutzen der zum Ritual erstarrten Begegnungen nahmen zu. Die Regierungsübernahme durch die sozialdemokratische Arbeitspartei im Juli 1992 ließ noch einmal Hoffnungen auf israelische Kompromißbereitschaft aufkommen, doch wurden auch diese von den Realitäten enttäuscht.

An der achten Gesprächsrunde, im Dezember 1992, hätten die Palästinenser deshalb am liebsten schon gar nicht mehr teilgenommen. Nur die Sorge, dann außenpolitisch schlecht dazustehen und international für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht zu werden, führte sie an den Konferenztisch zurück. Das allerdings nur mit einer demonstrativ von 14 auf vier verkleinerten Restdelegation. Selbst Arafat bekundete zu dieser Zeit offen seinen Unmut, die bisherigen Gespräche hätten nur "Null-Ergebnisse", ja schlimmer noch: "Minus-Ergebnisse" gebracht.

Kurz nach dieser achten Runde ordnete die israelische Regierung die Ausweisung von über 400 Palästinensern an, deren Zugehörigkeit zur islamistischen Hamas behauptet wurde. Das konnte nur als unglaubliche Provokation gegen den Friedensprozeß verstanden werden, und die Reaktionen auf palästinensischer Seite waren entsprechend: Keine Beteiligung an weiteren Gesprächen vor Rücknahme der Ausweisungsorder! Da die israelische Regierung sich aber von dieser vorhersehbaren (und vielleicht sogar gewollten?) Antwort nicht beeindrucken ließ, nahm der Druck auf die PLO von arabischer und amerikanischer Seite zu, ihre kategorische Weigerung fallen zu lassen. So geschah es schließlich: Ende April konnten mit der neunten Runde die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Schon zeigte sich aber der Dissens in der Verhandlungsdelegation. Die beiden Vertreter der früheren Kommunistischen Partei, jetzt Volkspartei genannt, verweigerten aus Protest die Teilnahme und blieben danach auch der zehnten Runde im Juni fern. Die Delegationssprecherin Hanan Aschrawi warnte nach der neunten Runde, die Lage in den besetzten Gebiete drohe die Verhandlungen irrelevant und einen Friedensschluß unerreichbar zu machen. Der Delegationsleiter Abdel Schafi ging noch einen Schritt weiter: "Wir können nicht weiter an einem Verhandlungsprozeß teilnehmen, der stets ergebnislos bleibt. Diese Verantwortung können wir nicht übernehmen." Die Delegation, so Schafi, sei gegen eine Beteiligung an der neunten Runde gewesen, doch habe die PLO-Führung anders entschieden. Ebenso sprach er sich danach gegen die zehnte Runde im Juni aus und unterwarf sich nur aus Disziplin der Beschlußlage.

Anfang August erklärten der stellvertretende Delegationsleiter Sa'eb Erekat, Hanan Aschrawi und Faisal Husseini ihren Rücktritt aus der Verhandlungsdelegation. Einer der auslösenden Punkte war gewesen: Die Delegation hatte von Arafat den Auftrag erhalten, dem US-Außenminister ein "Papier" zu übergeben, bei dem es sich offenbar um den palästinensischen Entwurf zu dem jetzt unterzeichneten Abkommen handelte. Angeblich nahm sie dann an dem von der PLO-Spitze gebilligten Dokument vor der Weitergabe Veränderungen vor, da dieses ihrer Ansicht nach einige "Fehler" enthielt.

Abgesehen von diesem Vorfall war der Rücktritt der drei prominenten VertreterInnen wohl auch und vor allem als Protest gegen die gesamte Verhandlungstaktik des engsten Führungskreises um Arafat zu sehen. Wie nun bekannt wurde, hatten schon seit November letzten Jahres Geheimverhandlungen zwischen Abgesandten der PLO und Israels in Norwegen stattgefunden, und hier waren die eigentlichen politischen Entscheidungen bereits gefallen. Zumindest teilweise war die offizielle Verhandlungsgruppe dabei umgangen worden und sah sich nun der Lächerlichkeit ausgesetzt. - Übrigens nahm das Spitzengremium der PLO, das Exekutivkomitee, die Rücktritte nicht an, und die drei ihrerseits scheinen nicht gegen die "Organisationsdisziplin" darauf bestehen zu wollen. Zumindest Frau Aschrawi fungiert weiterhin als offizielle Sprecherin und scheint um größtmögliche Loyalität bemüht.

Unter den "Dissidenten" ist auch Faruk Kaddumi zu nennen, der als Außenminister der PLO fungiert, sich aber aus Protest weigerte, das Abkommen mit Israel zu unterschreiben. Er will nun angeblich eine eigene politische Strömung gegen Arafats Kurs um sich sammeln. Auch im Zentralkomitee der Fatah und im Exekutivkomitee der PLO gab es mehrere Stimmen gegen das Abkommen.

Kritik am Führungsstil ...

Die Kritik aus Arafat eigentlich politisch nahestehenden Kreisen an dem Abkommen mit Israel bezieht sich auf zweierlei: Erstens auf den Führungsstil Arafats und seines engsten Zirkels, der weder die Diskussion noch den Konsens in den eigenen Reihen sucht. Zweitens auch auf inhaltliche Teile des Abkommens.

Zu Punkt 1: Die Zahl derjenigen, die zwar im Prinzip mit Arafats Linie - Verständigung mit Israel auch um den Preis großer Zugeständnisse, Demütigungen und Risiken - übereinstimmen, aber seine Alleingänge kritisieren, ist in den letzten Monaten immer mehr angewachsen. Angesichts der offensichtlichen Probleme, die in dieser Politik enthalten sind, wurde eine breite Aussprache über Strategie und Taktik gefordert: So etwa vom Delegationsleiter Schafi immer wieder formuliert als Plädoyer für eine Verhandlungspause, die zum gemeinsamen Nachdenken und Beraten über die nächsten Schritte genutzt werden sollte. Vielfach wird, jetzt vor allem mit Blick auf das Abkommen und seine Auswirkungen, die Einberufung des Nationalrats (d.h. des palästinensischen Parlaments) und/oder die Durchführung einer Volksabstimmung gefordert.

Diese Kritik ist selbstverständlich nicht nur formal-demokratisch, sondern betrifft eine grundsätzliche Frage der PLO-Politik: Offensichtlich ist es oft einfacher, für unpopuläre Entscheidungen und Wege nicht erst lange Diskussionen zu führen und um breiten Konsens zu kämpfen. Der Alleingang, das Herstellen vollendeter Tatsachen erweist sich oft als der effektivere Weg - und gerade im Falle Arafats hat diese Methode ja bisher insgesamt ausgezeichnet funktioniert. Ob sich auf diese Weise aber auch noch weitermanövrieren läßt, wenn die jetzt schon evidenten Problemstellen des Abkommens Wirkung zeigen, wenn es Rückschläge auf dem nun beschrittenen neuen Weg der israelisch-palästinensischen Verständigung gibt - eben das muß aus guten Gründen in Frage gestellt werden. Die Forderungen nach einer anderen Kultur der Diskussion und Entscheidungsfindung könnten, so gesehen, der notwendigen Stärkung der palästinensischen Bevölkerung und ihrer Organisationen für die wahrscheinlich bevorstehenden komplizierten Situationen dienen.

... und an den Zugeständnissen

Zu Punkt 2, Meinungsverschiedenheiten über Teile des Abkommens: Was den Palästinensern jetzt von Rabin an Selbstverwaltung "zugestanden" wurde, geht materiell nicht wesentlich über das hinaus, was auch schon von der konservativen Regierung Begin am Rande des Friedensabkommens mit Ägypten, Ende der siebziger Jahre, angeboten wurde. Eine andere Frage ist, was wohl damals passiert wäre, wenn die palästinensische Seite darauf eingegangen wäre, und ob heute die Realisierungschancen für eine praktikable politische Lösung nicht sehr viel besser sind als damals. Der Hauptunterschied zwischen dem damaligen Vorschlag und dem jetzigen Abkommen liegt aber in der offiziellen Anerkennung der PLO als Faktor und Verhandlungspartner. Das muß über viele Schwächen und Risiken der Vereinbarungen hinwegtrösten.

Zweifellos sind zentrale Bestandteile bisheriger PLO-Politik in den Vereinbarungen "ausgeklammert" worden und scheinen einer Akzeptierung durch Israel kein Stück näher gekommen. Das ist an erster Stelle der Status von Ostjerusalem, das die Palästinenser als Hauptstadt ihres kommenden Staates sehen wollen, während Israel es auf keinen Fall zurückgeben will. Noch vor wenigen Monaten lautete die offizielle PLO-Position, daß es ohne zufriedenstellende Regelung für Ostjerusalem keine Einigung geben könne.

Unerfüllt blieb zweitens die materiell noch wichtigere Forderung nach "Recht auf Rückkehr", also nach offenen Grenzen für alle palästinensischen Flüchtlinge. Israel lehnt das nicht nur für sein eigenes Staatsgebiet ab, sondern auch für das künftige Territorium unter palästinensischer Selbstverwaltung. Israelische Truppen sollen auch künftig dessen Grenzen "bewachen", d.h. abriegeln, und keine Einwanderung zulassen - oder nur eine zahlenmäßig sehr beschränkte, vertraglich genau zu vereinbarende, in erster Linie Familienzusammenführung für Flüchtlinge des Krieges von 1967. Darauf aber könnte sich die PLO-Führung nicht einlassen, ohne die Spaltung zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete und den außerhalb Palästinas lebenden Flüchtlingsmassen noch weiter zu vertiefen.

Ein dritter Problempunkt sind die "Siedler", die jüdischen Bewohner der besetzten Gebiete. Essential der PLO in den Verhandlungen war stets gewesen, daß als Minimum ein absoluter Siedlungsstopp mit einem Friedensschluß verbunden sein müsse. Das blieb schon weit hinter der Ausgangsforderung zurück, die Siedlungen müßten aufgelöst werden. Nicht einmal das Minimum ist aber in der Vereinbarung vom 13. September gesichert worden. Der einzige definitiv formulierte Sachverhalt ist, daß die Siedlungen außerhalb der palästinensischen Zuständigkeit bleiben, daß auch die künftige palästinensische Polizei dort keinerlei Kompetenzen haben wird. Was zum Beispiel geschehen soll, wenn jüdische Siedler an ihrem Brauchtum festhalten, provozierend bewaffnet durch arabische Wohngebiete zu paradieren und gelegentlich wild um sich zu schießen, wenn ihnen dabei "jemand dumm kommt", bleibt offen.

Viertens war bisher von der PLO gefordert worden, daß die "Zwischenlösung" mit dem als endgültig anzustrebenden Zustand eng und eindeutig verbunden sein müsse. Das bedeutet, die PLO wollte sich auf "Zwischenlösungen" nur einlassen im Rahmen von vereinbarten festen Zeitplänen, aus denen auch das Schlußstadium klar erkennbar hervorgehen müßte. Konkret: Israel sollte von vornherein als Ziel eines mehrstufigen Friedensprozesses einen Staat in der Gesamtheit der seit 1967 besetzten Gebiete, einschließlich Ostjerusalems, akzeptieren. Nun ist aber Israel in dem eben unterzeichneten Abkommen überhaupt keine dauerhafte Verpflichtung eingegangen; sogar die Selbstverwaltung (deren Umfang auch noch nicht definiert wurde) ist nur ein Versuch, der später als gescheitert widerrufen werden könnte.

Fünftens blieb im Abkommen die palästinensische Forderung nach gesetzgeberischen Befugnissen weitgehend unerfüllt. Sie soll künftigen Verhandlungen vorbehalten sein, wobei noch völlig offen ist, wieweit Israel dann zu gehen bereit ist. Es steht also die Frage, welche Gesetze und Vorschriften die aufzubauende palästinensische Polizei durchsetzen soll: "bis auf weiteres" erst einmal die geltenden der israelischen Militärverwaltung?

Gerade das ist ganz sicher keine hypothetische oder spitzfindige Frage. Erklärtermaßen erwarten Israel und die USA von der PLO vor allem im Gaza-Gebiet eine aktive Repressionspolitik. Von deren Erfolg oder Scheitern wird es - unter anderem - abhängen, ob man dem palästinensischen Gemeinwesen künftig das Prädikat "glaubwürdig" zuerkennen wird und ihm als Belohnung für Wohlverhalten eine erweiterte Selbstverwaltung in Aussicht stellt.

Vielleicht ist das die schlimmste "Falle" des Abkommens: Einerseits werden den jetzt zu schaffenden palästinensischen Staatsorganen nur beschränkte Selbstbestimmung und Kompetenzen zugestanden. Andererseits wird von ihnen verlangt, ihr Staatsvolk fest in den Griff zu kriegen, wie eine "normale" Regierung. Sie werden also, wenn sie überhaupt funktionieren, zumindest teilweise als Juniorpartner der Besatzungsmacht arbeiten müssen. Und da die seit Jahrzehnten an Aufsässigkeit und vielfältige Widerstandsformen gewöhnte Bevölkerung das wohl nicht einfach hinnehmen wird, können heftige Konflikte und Brüche kaum ausbleiben.

Nicht nur die PLO

ist in einer Zwangslage

Wenn so die Schwachstellen und Risiken der palästinensisch-israelischen Vereinbarung aneinandergereiht werden, drängt sich die Frage auf, ob der Führungskreis um Arafat nicht einen großen Fehler gemacht hat, sich überhaupt auf diesen Weg einzulassen.

Die einfachste und kaum sachlich zu widerlegende Antwort darauf ist: Sie hatten unter den gegebenen Verhältnissen gar keine andere Wahl. Es ist bekannt, daß sich die Finanzmittel der PLO im Vergleich zum Ende der achtziger Jahre auf ein Drittel reduziert haben, vor allem aufgrund der Streichungen durch Kuwait, Saudi-Arabien und andere Ölstaaten seit dem zweiten Golfkrieg. Entsprechend sind auch die Gelder, die die PLO den besetzten Gebieten zur Verfügung stellen kann, ungefähr auf ein Drittel des früheren Volumens geschrumpft.

Die gutgemeinte Aufforderung, "sich auf die eigenen Kräfte zu stützen", hilft da wenig. Denn die Mittel, die die palästinensische Bevölkerung zur Verfügung hat, sind gleichermaßen immer weniger geworden. Da die Arbeiterklasse der besetzten Gebiete weitestgehend von Arbeitsmöglichkeiten in Israel abhängt und ihr diese in den letzten Jahren gesperrt wurden, leben Hunderttausende nur noch von den Reserven. Die Intifada hat sich erschöpft, sie fordert inzwischen von der palästinensischen Bevölkerung einen weitaus höheren Preis als von Israel. Die Aufmerksamkeit für die Intifada außerhalb des Nahen Ostens hatte sich schon nach dem ersten, spätestens nach dem zweiten Jahr soweit abgebaut, daß die internationale Öffentlichkeit längst keine Schranke für das israelische Vorgehen mehr darstellt. Die Aufforderung, die Intifada noch einmal zu eskalieren, stellt keine realistische Alternative zum Verhandlungsfrieden dar, und würde wahrscheinlich von der Mehrheit der Bevölkerung praktisch nicht mehr mitgetragen.

Andererseits, ein Abkommen mit Israel zu schließen, bedeutet zwangsläufig, daß wesentliche Ziele der PLO-Politik darin nicht berücksichtigt sind, sondern bestenfalls als Optionen für die Zukunft offengehalten werden können. Eine Chance für ein qualitativ anderes Abkommen gab es nicht, und selbst das jetzige geht an die Grenzen des in der israelischen Gesellschaft gerade noch Durchsetzbaren.

Eben deshalb meine ich, daß der Satz, die PLO habe aus einer Zwangslage und Schwächesituation heraus gar nicht anders gekonnt, als dieses Abkommen zu unterschreiben, zu wenig aussagt und zu defensiv ist. Nicht nur die PLO, auch Israel "konnte nicht anders". Nicht nur die PLO, sondern auch Israels Regierung und Gesellschaft befinden sich in einer Zwangslage, auch sie müssen in Dinge einwilligen und Entwicklungen den Weg öffnen, die sie "eigentlich" immer abgelehnt haben und die sie selbst jetzt vielleicht gerade erst zu wollen beginnen. Nicht nur die palästinensische Seite, sondern auch Israel läßt sich auf Risiken ein - auch wenn dieses zweifellos weit besser als jene in der Lage wäre, die Folgen eines Scheiterns des neuen gemeinsamen Wegs zu ertragen.

Ob eine Teilung Palästinas so, wie es im Abkommen angedeutet ist, oder auf irgendeine andere Weise heute noch funktionieren kann, muß bezweifelt werden. Die beiden Völker sind so sehr miteinander verflochten, daß eine territoriale "Entflechtung" praktisch unmöglich erscheint. So mag es denn sein, daß das Abkommen vom 13. September 1993 eines Tages nicht als Gründungsdatum eines eigenen palästinensischen Staates gelten wird, wohl aber als Anfang des gleichberechtigten Zusammenlebens zweier Völker in einem Staat.

Kt.

5. Das Abkommen zwischen Israel und der PLO (Dokumentation)

Grundsatzerklärung der Bestimmungen für eine Übergangs-Selbstverwaltung

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:27

Der Entwurf des Abkommens über die Selbstverwaltung Jerichos und des Gazastreifens, wie er in Geheimverhandlungen zwischen Israel und der PLO erarbeitet wurde, besteht aus einer siebzehn Artikel umfassenden "Grundsatz-Erklärung", zwei Zusatzprotokollen über wirtschaftliche und regionale Zusammenarbeit sowie eine Aufstellung von "vereinbarten Anmerkungen". Wir zitieren die Erklärung nach der in der FAZ am 3.9.93 veröffentlichten Fassung. Vor der Unterzeichnung dieser Erklärung am 13.9.93 in Washington sind einzelne Änderungen vorgenommen worden, die uns im Wortlaut jedoch nicht vorliegen. Geändert wurde u.a. die in der Präambel enthaltene Formulierung "palästinensische Gruppe" in "PLO".

Die Regierung des Staates Israel und die palästinensische Gruppe (innerhalb der jordanisch-palästinensischen Delegation bei der Nahost-Friedenskonferenz), die das palästinensische Volk vertritt, stimmen darin überein, daß es an der Zeit ist, Jahrzehnte des Konfliktes und der Konfrontation zu beenden. Sie anerkennen gegenseitig ihre legitimen politischen Rechte und streben nach einem Leben in friedlicher Koexistenz, in Würde und Sicherheit, um eine gerechte, dauerhafte und umfassende Friedensregelung sowie eine historische Versöhnung auf dem Weg des vereinbarten politischen Prozesses zu erreichen. Deshalb haben sich die beiden Seiten auf die folgenden Prinzipien geeinigt.

ARTIKEL 1

Ziel der Verhandlungen

Das Ziel der israelisch-palästinensischen Verhandlungen innerhalb des laufenden Nahost-Friedensprozesses ist es, unter anderem, für das palästinensische Volk auf dem Westufer und im Gaza-Streifen eine palästinensische Übergangs-Selbstverwaltung für einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren einzurichten - den gewählten Rat (oder nur "Rat") -, die zu einer dauerhaften Übereinkunft auf der Grundlage der Sicherheitsrats-Resolutionen 242 und 338 führen soll.

Die Auffassung wird geteilt, daß die Übergangsvereinbarungen Teil des gesamten Friedensprozesses sind und daß die Verhandlungen über den dauerhaften Status zur Inkraftsetzung der Sicherheitsrats-Resolutionen 242 und 338 führen werden.

ARTIKEL 2

Rahmen für die Übergangsperiode

Der vereinbarte Rahmen für die Übergangsperiode wird in dieser Prinzipienerklärung niedergelegt.

ARTIKEL 3

Wahlen

1. Damit sich das palästinensische Volk auf dem Westufer und im Gaza-Streifen nach demokratischen Prinzipien selbst regieren kann, werden direkte, freie und allgemeine Wahlen zum Rat unter einer vereinbarten internationalen Überwachung veranstaltet werden. Die palästinensische Polizei wird die öffentliche Ordnung gewährleisten.

2. In Übereinstimmung mit dem Protokoll, das dieser Erklärung als Anhang 1 beigefügt ist, wird ein Abkommen über die genaue Art und Weise sowie die Bedingungen der Abhaltung der Wahlen mit dem Ziel geschlossen, diese Wahlen nicht später als neun Monate nach der Inkraftsetzung dieser Prinzipienerklärung abzuhalten.

3. Diese Wahlen werden einen wichtigen Übergangsschritt auf dem Weg zur Realisierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seiner gerechtfertigten Bedürfnisse darstellen.

ARTIKEL 4

Jurisdiktion

Die rechtliche Zuständigkeit des Rates wird sich auf das Gebiet des Westufers und des Gazastreifens erstrecken mit Ausnahme solcher Angelegenheiten, über die in den Verhandlungen über den dauerhaften Status entschieden werden wird. Beide Seiten betrachten das Westufer und den Gazastreifen als territoriale Einheit, dessen Integrität während der Übergangsperiode erhalten werden wird.

ARTIKEL 5

Die Übergangsperiode und die Verhandlungen über einen dauerhaften Status

1. Die fünf Jahre lange Übergangsperiode wird gleichzeitig mit dem Abzug aus dem Gaza-Streifen und dem Gebiet von Jericho beginnen.

2. Die Verhandlungen über einen dauerhaften Status zwischen der Regierung Israels und den Vertretern des palästinensischen Volkes werden so bald wie möglich beginnen; allerdings nicht später als mit dem Beginn des dritten Jahres der Übergangsperiode.

3. Es besteht eine Verständigung darüber, daß sich diese Verhandlungen mit den übrigen Themen, darunter mit Jerusalem, den Flüchtlingen, Siedlungen, Sicherheitsregelungen, Grenzen, Beziehungen zu und Zusammenarbeit mit anderen Nachbarstaaten sowie mit anderen Themen gemeinsamen Interesses befassen sollen.

4. Die beiden Parteien stimmen darin überein, daß das Ergebnis der Verhandlungen über einen dauerhaften Status nicht durch Vereinbarungen, die in der Zwischenzeit geschlossen werden, beeinträchtigt werden darf.

ARTIKEL 6

Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten

1. Mit der Inkraftsetzung dieser Prinzipienerklärung und dem Abzug aus dem Gaza-Streifen und dem Gebiet von Jericho wird eine Übertragung von Befugnissen, die hier im einzelnen beschrieben wird, von der israelischen Militär- und Zivilverwaltung an die dazu befugten Palästinenser beginnen. Diese Übertragung wird bis zur Einrichtung des Rates vorübergehender Natur sein.

2. Unmittelbar nach der Inkraftsetzung dieser Prinzipienerklärung und dem Abzug aus dem Gaza-Streifen und dem Gebiet von Jericho wird die Macht mit dem Ziel der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Westufers und des Gaza-Streifens in folgenden Bereichen an die Palästinenser übertragen: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung sowie Tourismus. Die palästinensische Seite wird, wie vereinbart, mit dem Aufbau der palästinensischen Polizei beginnen. Bis zur Schaffung des Rates dürfen die beiden Seiten über die Übertragung weiterer Befugnisse und Verantwortlichkeiten verhandeln, wie hier vereinbart.

ARTIKEL 7

Übergangsvereinbarung

1. Die israelische und die palästinensische Delegation werden ein Abkommen über die Übergangsperiode aushandeln (die Übergangsvereinbarung).

2. Die Übergangsvereinbarung wird unter anderem die Struktur des Rates, die Zahl seiner Mitglieder sowie die Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten von der israelischen Militär- und Zivilverwaltung an den Rat genau bezeichnen. Die Übergangsvereinbarung wird ebenfalls die exekutiven Befugnisse des Rates, seine legislativen Befugnisse in Übereinstimmung mit dem untenstehenden Artikel 9 sowie die unabhängigen palästinensischen Justizorgane bezeichnen.

3. Die Übergangsvereinbarung wird Übereinkünfte über die Aneignung aller Befugnisse und Verantwortlichkeiten, die zuvor in Übereinstimmung mit Artikel 6 an den Rat übertragen worden sind, beinhalten, die mit der Einrichtung des Rates in Kraft gesetzt werden sollen.

4. Um den Rat in die Lage zu versetzen, mit seiner Einrichtung das Wirtschaftswachstum zu fördern, wird der Rat unter anderem eine palästinensische Elektrizitätsbehörde, eine Gaza-Hafenbehörde, eine

palästinensische Entwicklungsbank, eine palästinensische Export-Förderungsbehörde, eine palästinensische Umweltbehörde, eine palästinensische Landbehörde und eine palästinensische Behörde für Wasserverwaltung einrichten sowie jede andere vereinbarte Behörde in Übereinstimmung mit der Übergangsvereinbarung, die deren Befugnisse und Verantwortlichkeiten genau bezeichnen wird.

5. Nach der Errichtung des Rates wird die Zivilverwaltung aufgelöst. Die israelische Militärverwaltung wird abgezogen.

ARTIKEL 8

Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Um die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit der Palästinenser auf dem Westufer und im Gaza-Streifen zu garantieren, wird der Rat eine starke Polizei einrichten, während Israel weiterhin sowohl die Verantwortung für die Verteidigung gegen auswärtige Bedrohung tragen wird als auch für die allgemeine Sicherheit der Israelis zum Zweck der Sicherstellung ihrer inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung.

ARTIKEL 9

Gesetze und militärische Anordnungen

1. Der Rat wird befugt sein, in Übereinstimmung mit der Übergangsvereinbarung in allen ihm übertragenen Bereichen Gesetze zu erlassen.

2. Beide Parteien werden gemeinsam die Gesetze und militärischen Vereinbarungen überprüfen, die in den übrigen Bereichen gegenwärtig gültig sind.

ARTIKEL 10

Gemeinsamer israelisch-palästinensischer Verbindungsausschuß

Um eine reibungslose Inkraftsetzung dieser Prinzipienerklärung und aller weiteren auf die Übergangsperiode bezogenen Vereinbarungen sicherzustellen, wird mit dem Inkrafttreten dieser Prinzipienerklärung ein gemeinsamer israelisch-palästinensischer Verbindungsausschuß errichtet, der sich mit Themen, die der Koordinierung bedürfen, anderen Themen gemeinsamen Interesses sowie Meinungsverschiedenheiten befassen wird.

ARTIKEL 11

Israelisch-palästinensische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet

In Anerkennung des wechselseitigen Nutzens der Zusammenarbeit bei der Förderung der Entwicklung des Westufers, des Gaza-Streifens und Israels wird mit dem Inkrafttreten dieser Prinzipienerklärung ein israelisch-palästinensischer Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit eingerichtet, der in kooperativer Art und Weise die in den Protokollen, die als Anhang III und IV beigefügt sind (diese Texte sind in der von uns verwendeten Quelle nicht vorhanden; Anm. ak), bezeichneten Programme entwickeln und verwirklichen wird.

ARTIKEL 12

Verbindung und Zusammenarbeit mit Jordanien und Ägypten

Die beiden Parteien werden die Regierungen Jordaniens und Ägyptens einladen, bei der Einrichtung weiterer Verbindungs- und Zusammenarbeitsvereinbarungen zwischen der Regierung Israels und den palästinensischen Vertretern einerseits mitzuarbeiten, und sie andererseits darum bitten, die Zusammenarbeit zwischen diesen (der Regierung Israels und den palästinensischen Vertretern) zu fördern. Diese Vereinbarungen werden die Einrichtung eines dauerhaften Ausschusses beinhalten, der einvernehmlich über die Modalitäten der Zulassung von Personen entscheiden wird, die im Jahre 1967 aus dem Gaza-Streifen und dem Westufer vertrieben worden sind, sowie über notwendige Maßnahmen, um Störung (des öffentlichen Lebens) und Unruhe zu verhindern. Andere Angelegenheiten gemeinsamer Sorge werden von diesem Ausschuß behandelt.

ARTIKEL 13

Verlegung israelischer Truppen

1. Nach dem Inkrafttreten dieser Prinzipienerklärung und nicht später als unmittelbar vor den Wahlen zum Rat werden israelische Streitkräfte im Westufer-Gebiet und im Gaza-Streifen, verlegt; zusätzlich zum Abzug israelischer Streitkräfte in Übereinstimmung mit Artikel 14.

2. Bei der Verlegung seiner Streitkräfte wird sich Israel von dem Prinzip leiten lassen, daß seine Streitkräfte außerhalb bewohnter Gebiete stationiert werden sollen.

3. Weitere Verlegungen an näher bezeichnete Orte werden allmählich erfolgen; in Entsprechung zur Übernahme der Verantwortlichkeit für öffentliche Ordnung und innere Sicherheit durch die palästinensische Polizei in Verfolgung (der Bestimmungen) von Artikel 8.

ARTIKEL 14

Israelischer Rückzug aus dem Gaza-Streifen und dem Gebiet von Jericho

Israel wird sich aus dem Gaza-Streifen und dem Gebiet von Jericho zurückziehen, so wie in dem Protokoll, das als Anhang II beigefügt ist, bezeichnet.

ARTIKEL 15

Lösung von Streitfällen

1. Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Anwendung oder Interpretation dieser Prinzipienerklärung oder weiterer Abkommen in bezug auf die Übergangsperiode ergeben, sollen durch Verhandlungen in dem gemeinsamen Verbindungsausschuß, der in Verfolgung (der Bestimmungen) von Artikel 10 eingerichtet wird, gelöst werden.

2. Streitfälle, die nicht durch Verhandlungen gelöst werden können, können durch einen zwischen den Parteien vereinbarten Versöhnungsmechanismus gelöst werden.

3. Die Parteien können übereinkommen, Streitfälle, die sich auf die Übergangsperiode beziehen und nicht einvernehmlich gelöst werden können, einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Zu diesem Zweck werden die Parteien - mit Einverständnis beider Parteien - einen Schiedsausschuß einrichten.

ARTIKEL 16

Israelisch-palästinensische Zusammenarbeit bezüglich regionaler Programme

Beide Parteien betrachten die multilateralen Arbeitsgruppen als geeignete Instrumente zur Förderung eines "Marshall-Planes", der regionalen und anderer Programme, die in dem Protokoll, das als Anhang IV beigefügt ist, bezeichnet sind. Darin enthalten sind auch besondere Programme für das Westufer und den Gaza-Streifen.

ARTIKEL 17

Verschiedene Bestimmungen

1. Diese Prinzipienerklärung wird einen Monat nach ihrer Unterzeichnung in Kraft treten.

2. Alle Protokolle, die dieser Prinzipienerklärung und den dazu gehörenden vereinbarten Niederschriften beigefügt sind, werden als integrale Bestandteile derselben angesehen.

6. "Nationaler Selbstmord". Die israelische Rechte und das Gaza-Jericho-Abkommen

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:37

Es scheint, daß Sie ein anderes Denkmodell entwerfen als die Palästinenser, die einen eigenen Staat in den besetzten Gebieten fordern.

Wer fordert das? Wer vertritt die Palästinenser?

Was meinen Sie denn?

Ich weiß nicht. Schließlich versteht die arabische Welt unter Demokratie etwas anderes als wir. Glauben Sie, daß die PLO ohne Ermordung aller ihrer Gegner Macht erlangt hätte?

Sie glauben, es gibt keine palästinensische Forderung, einen unabhängigen Palästinenserstaat in der Westbank und im Gazastreifen zu gründen?

Das habe ich nicht gesagt. Aber ich möchte der PLO kein politisches Instrument in Gestalt eines palästinensischen Staates geben, denn ich kenne ihre Absichten. (...) Ihr Ziel ist, Israel zu demontieren, aber Israel hat nationalen Selbstmord nie als unsere internationale Verpflichtung aufgefaßt.

Nehmen Sie durch Ihre drastische Einschätzung der PLO den gemäßigten Kräften innerhalb der PLO nicht den Wind aus den Segeln?

Ach, so ein Scheißdreck!

Jitzchak Rabin, der diese Antworten im Jahre 1980 gab, schien seine Position gegenüber einem Palästinenserstaat und der PLO auch noch 1992, als die von ihm geführte Arbeitspartei die Regierung übernahm, nicht wesentlich geändert zu haben. Im Wortlaut zwar moderater und gegenüber den Erwartungen der US-Regierung flexibler als sein Vorgänger Schamir, boten seine Äußerungen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bei genauerer Betrachtung doch kaum Raum für die Hoffnung auf eine Verständigung mit den Palästinensern. Die Politik der Rabin-Regierung in ihrem ersten Jahr desillusionierte auch jene, die den Wahlsieg der Arbeitspartei und den Beitritt von Meretz (Bündnis von drei Parteien, von denen zwei zur Protestbewegung zählten) zur Regierungskoalition als endlichen Durchbruch gefeiert hatten. Der Verbannung von 415 Palästinensern im Dezember 1992 folgte Ende März 1993 die bis heute nicht völlig aufgehobene mehrmonatige Totalabsperrung von Westbank und Gazastreifen.

Nun aber sind es der oppositionelle Likud, die Siedler aus den besetzten Gebieten und diverse rechtsextreme Gruppierungen und Parteien, die in der Anerkennung der PLO als Verhandlungspartner und der "Grundsatz-Erklärung" den Weg in den "nationalen Selbstmord" sehen.

"Verräter Rabin"

Die israelische Rechte war mit Vorwürfen und Anklagen noch nie zimperlich. Sogar Schamir wurde schon alleine wegen der Teilnahme Israels an den Friedensverhandlungen als "Verräter" bezeichnet. Der Rabin-Regierung war vor ein paar Wochen wegen der Andeutung von Zugeständnissen bei den Friedensverhandlungen in der Jerusalem Post vorgeworfen worden, sie handele wie die Judenräte zur Zeit der Nazibesatzung von Polen - was nichts anderes heißen sollte, als daß die Regierung mit der PLO kollaboriere und Israel dem Untergang ausliefere. Rabins Andeutung, über die Rückgabe (eines Teils der) 1967 besetzten und 1981 per Gesetz dem israelischen Staatsgebiet einverleibten Golanhöhen an Syrien verhandeln zu wollen, hatte Protestdemonstrationen einiger tausend Siedler zur Folge. Auf den mitgeführten Plakaten wurde Rabin des "Raubs" beschuldigt.

Am 30.8., dem Tag, an dem die Abstimmung im Kabinett über die "Grundsatz-Erklärung" angesetzt war, zogen mehrere tausend Demonstranten (die Angaben schwanken zwischen 2.000 und 7.000) vor dem Amtssitz von Rabin auf. "Rabin ist ein Verräter" und "Rabin ist ein Lügner" waren die Standardparolen. Hundertschaften der Polizei und des Grenzschutzes benötigten zwei Stunden, um eine zum Regierungsviertel führende Straße zu räumen. 30 Busse mit Siedlern aus der Umgebung von Hebron waren zuvor schon von der Polizei aufgehalten

worden. Die Demonstranten gingen mit Eier- und Steinwürfen gegen die Polizei vor, die ihrerseits mit Festnahmen, Schlagstöcken und Wasserwerfern antwortete. Wütenden Beschimpfungen und Steinwürfen ausgesetzt war auch eine Gegendemonstration von "Frieden Jetzt" mit 50 (nach anderen Angaben 200 oder 400) TeilnehmerInnen.

Die Parolen des Mobs auf der Straße wurden von der rechten Opposition, deren führende Figuren häufig bei den Demonstrationen die Vereinbarungen mit der PLO als Redner auftraten, "intellektuell" fundiert. Likud-Chef Benjamin Netanjahu verglich in der Knesset die "Grundsatz-Erklärung" mit dem Vertrag, der am Vorabend des Zweiten Weltkriegs zwischen Nazi-Deutschland und Großbritannien geschlossen worden war: "Chamberlain dachte auch, er würde Europa Frieden bringen." Der Likud-Abgeordnete Matza rief zum Widerstand gegen die Regierung auf: "Sollen wir weiterhin das Hohe Lied der Demokratie singen oder sollten wir nicht versuchen, den Funken der Rebellion zu entfachen?" Hanegbi, ebenfalls Likud-Abgeordneter, kündigte an, er werde "50.000 Juden mobilisieren", wenn israelische Truppen der (vorgesehenen) palästinensischen Polizei Positionen überlassen. (Der Mann hat entsprechende Erfahrungen. Er hatte mit seinen Anhängern den Soldaten, die 1982 im Rahmen der Räumung der Sinai-Halbinsel die Siedlung Yamit demontierten, heftigen Widerstand geleistet.)

Bürgerkrieg?

Der Rat der Siedler in den besetzten Gebieten drohte, es werde "einen Bürgerkrieg um Judäa, Samaria und Gaza" (Westbank und Gazastreifen) geben; die "Union der Rabbiner von Judäa und Samaria" ließ wissen, die Siedler bereiteten sich auf den Widerstand vor. Nach einer Umfrage von Jediot Acharonot wollen allerdings nur zwei Prozent der Siedler gegen die eigene Armee zur Waffe greifen, immerhin elf Prozent aber gegen die geplante palästinensische Polizei vorgehen. Israelische Rechtsextremisten haben bis in die unmittelbare Gegenwart hinein ihre Gewaltbereitschaft bis hin zum Mord mehrfach bewiesen. 30.000 der insgesamt etwa 110.000 Westbank- und Gazasiedler (ohne die jüdischen Bewohner/Siedler in Ostjerusalem) besitzen legal Pistolen und Gewehre, haben eine militärische Ausbildung, viele von ihnen sind Reserve- Offiziere, und sie haben Zugang zum reichhaltigen Schwarzmarkt mit Waffen und Sprengstoffen. Die rechte Gewalt hat sich jedoch bisher fast ausschließlich gegen Palästinenser gerichtet, und es handelte sich - sofern es um Mordanschläge ging - um sehr kleine Gruppen.

Im Bulletin des antizionistischen Alternative Information Center in Jerusalem, The Other Front, wird die Gefahr eines gewaltsamen Widerstands für gering erachtet. Einerseits beträfe die "Grundsatz-Erklärung" die Siedler nicht (was diese allerdings anders sehen), andererseits verhalte sich die israelische Öffentlichkeit "im allgemeinen apathisch gegenüber den Appellen der Siedler" - wie es sich u.a. bei den letztjährigen, auch gegen die Siedlungspolitik gerichteten Wahlen erwiesen hat. Uri Avnery hält die Gefahr eines Bürgerkriegs ebenfalls für nicht gegeben. Zwar gebe es auf beiden Seien "starke Minderheiten, für die dieser Frieden unerträglich ist (...) Aber solche Terrorgruppen sind nur dann wirklich gefährlich, wenn große Teile des Volkes sie unterstützen." Beide Völker aber seien "kriegs- und besatzungsmüde". Überdies scheinen weit zurückliegende wie auch Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit ein starkes Hemmnis gegenüber dem Entfachen eines "Bruderkriegs" zu sein: Die Niederlage der Juden im Kampf gegen die Römer im Jahr 70 u.Z. wird als Resultat jüdischer Uneinigkeit gesehen, und die "Einheit der Nation" gilt, abgeleitet aus der Verfolgungsgeschichte bis zur Schoa, als hohes Gut.

Dem Grundsatz, daß Juden nicht gegen Juden vorgehen dürfen, widerspricht nicht, daß die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Siedlern und Polizei mit z.T. erheblicher Militanz geführt werden. Dies ist keine Spezialität der Siedler, auch ultra-orthodoxe Juden liefern sich gelegentlich heftige Prügeleien mit der Polizei; vor einigen Monaten hinterließen die Schwarzgewandeten bei einem dieser Straßenkämpfe einen Sachschaden von mehreren hunderttausend Mark.

Die israelische Friedens- oder genauer Protestbewegung war beim Antritt der Rabin- Regierung fast völlig entschlafen. Schließlich saßen nun mit den "Tauben" der Arbeitspartei und dem Koalitionspartner Meretz "die eigenen Leute" in der Regierung. Dies änderte sich auch angesichts der Massenverbannung und der Totalsperre der besetzten Gebiete nicht wesentlich. Gegenüber dem Aufmarsch der Rechten bietet die Protestbewegung, auch nachdem sie sich in ihren Forderungen der letzten Jahre zumindest zum Teil bestätigt sehen kann, ein recht schwaches Bild.

Neben kleineren Manifestationen nahmen an der bisher einzigen größeren Aktion der Protestbewegung am 4.9. nach Angaben der Veranstalter 150.000 (nach Polizeiangaben 50.000) Menschen an einer Kundgebung in Tel Aviv teil, zu der "Frieden Jetzt", andere Protestgruppen und die Regierungsparteien aufgerufen hatten. Zu den RednerInnen gehörten Schulamit Aloni (Meretz, Wissenschafts-Ministerin in der Rabin-Regierung), der Generalsekretär der Arbeitspartei, Nissim Zwili, und Amos Oz. Aloni äußerte: "Dieser Tag wird in die Annalen Israels eingehen, wie jener 29. November 1947, als wir auf die Straße gingen und tanzten." (An jenem Tag beschloß die UNO die Teilung Palästinas und gab damit den Weg frei für die Gründung des Staates Israel.) Im November 1947 hatte allerdings die ganze jüdische Bevölkerung Palästinas Grund zum Tanzen; für die PalästinenserInnen im September 1993, die nicht vor der Staatsgründung stehen, sondern einige vage Versprechungen und viele schwerwiegende Verpflichtungen vor sich haben, ist, was Aloni wohl übersah, vorerst wenig Grund zum Tanzen vorhanden.

Drei Tage später marschierten die Gegner der Friedensverhandlungen wieder vor dem Amtssitz Rabins auf. Zur Bändigung der (nach unterschiedlichen Angaben) 50.000-200.000 Demonstranten waren 2500 Polizisten aus dem ganzen Land zusammengezogen worden. Mehrere tausend Demonstranten versuchten wiederholt, die Sperrketten zu durchbrechen. Die Agitation der Rechten war noch hysterischer geworden. Auf Plakaten der Chabad-Bewegung (Anhänger des in New York residierenden sog. Lubawitscher Rebben, Menachem Mendel Schneerson) hieß es: "Gesucht wegen Verrats: Jitzchak Rabin und Schimon Peres". Auf anderen Plakaten wurde die Schoa bemüht: "Die Grenzen von 1967 sind die Grenzen von Auschwitz".

Palästinenser auf dem Prüfstand

Amos Oz, der hierzulande als konsequenter Vertreter einer Friedenslösung und als Befürworter eines palästinensischen Staates gilt, hat sich in Reden und in Beiträgen auch in diversen internationalen Zeitungen zum Stand der Dinge geäußert. Wenn es tatsächlich Amos Oz auch erheblich an Konsequenz gebricht, ist er doch wesentlich repräsentativer für die Auffassungen des allergrößten Teils der israelischen Protestbewegung, als es der in der BRD gern und oft gehörte radikalere Uri Avnery oder gar Felicia Langer ist.

Amos Oz macht in seinen Beiträgen ganz vorwiegend die Palästinenser und die PLO dafür verantwortlich, daß die jetzigen Vereinbarungen eingehalten werden. Er sorge sich, "ob die PLO-Führung den Frieden liefern" könne. Alle, auch die "Tauben", müßten "exakt darauf achten, daß (die Palästinenser) ihre Versprechen auch einhalten." Denn das Abkommen sei "nicht gleichgewichtig. Israel gibt etwas Konkretes, etwas, was du sofort fühlen kannst. Die Palästinenser hingegen müssen der Gewalt Einhalt gebieten. Und da müssen wir erstmal abwarten." Es gebe "ein naheliegendes Beispiel" in der deutschen Geschichte: "Als die Nazis im Mai 1945 geschlagen waren, konnte Konrad Adenauer den Alliierten auch nicht einfach erklären: Ich bin kein Nazi. Ich möchte jetzt einen demokratischen Staat in den Grenzen von, sagen wir: 1937 errichten mit Berlin als Hauptstadt. Alles andere akzeptieren wird nicht. Da hätten die Alliierten doch abgelehnt (...) Deutschlands Rehabilitation (war) ein langjähriger gradueller Prozeß. Erst nachdem die Deutschen die Prüfung bestanden hatten, wurden sie von der internationalen Gemeinschaft anerkannt. (...) Die Palästinenser stehen nun auf dem Prüfstand, einfach weil sie jahrelang eine nihilistische Philosophie über Israel aufrechterhielten."

Für Begin war Arafat noch Hitler, für Oz ist er immerhin Adenauer vergleichbar. Bei Begin wie Oz jedoch derselbe faule Kern: Den Plaz der (post-nazistischen) deutschen Täter haben die palästinensischen "Täter" eingenommen.

Klaus Mellenthin

Quellen

Div. Ausg. aus dem Zeitraum Ende Aug. bis Mitte Sept. 93 von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Guardian, International Herald Tribune, Jerusalem Post - International Edition, Neue Zürcher Zeitung, Neues Deutschland, News from Within (Israel), Newsweek, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, The Other Front (Israel), Time, Wochenzeitung (Schweiz)

Der Auszug aus dem Interview mit Rabin wurde entnommen aus Dieter Bednarz / Michael Lüders: Palästina-Protokolle. Hannover (Fackelträger) 1981, S. 89

7. Der Briefwechsel Arafat-Rabin (Dokumentation)

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:25

Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat an den israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin: (1)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Unterzeichnung der Grundsatz-Erklärung markiert eine neue Ära in der Geschichte des Nahen Ostens.

Hiervon fest überzeugt, bekräftige ich die folgenden Verpflichtungen der PLO:

- die PLO erkennt das Rechts des Staates Israel auf eine friedliche und sichere Existenz an

- die PLO akzeptiert die Resolutionen 242 und 338 (2) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

- die PLO verpflichtet sich dem Friedensprozeß im Nahen Osten und der friedlichen Lösung des Konflikts zwischen beiden Seiten, und sie erklärt, daß alle noch offenen Fragen in bezug auf einen permanenten Status auf dem Wege der Verhandlungen gelöst werden

- die PLO sieht in der Unterzeichnung der Grundsatz-Erklärung ein historisches Ereignis, das eine neue Epoche der friedlichen Koexistenz einleitet, frei von Gewalt und von allen anderen Aktionen, die Frieden und Stabilität gefährden. Dementsprechend verzichtet die PLO auf Terrorismus und andere Formen der Gewalt, und sie wird die Verantwortung für alle PLO-Gruppen und Personen übernehmen, um deren Gehorsam zu sichern, Verletzungen der Vereinbarungen zu verhindern und jene zurechtzuweisen, die solche Verletzungen begehen

- angesichts der Versprechungen für eine neue Ära und der Unterzeichnung der Grundsatz-Erklärung und aufgrund der palästinensischen Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 versichert die PLO, daß jene Artikel der palästinensischen Verfassung, die Israel das Existenzrecht verweigern, und jene Passagen der Verfassung, die dem Inhalt dieses Briefes widersprechen, nicht länger anwendbar und gültig sind. Deshalb wird die PLO dem palästinensischen Nationalrat die entsprechenden Veränderungen im Zusammenhang mit der palästinensischen Verfassung zur formellen Bestätigung unterbreiten.

Hochachtungsvoll Yassir Arafat

Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation

Arafat an den norwegischen Unterhändler Johan Jörgen Holst:

Lieber Minister Holst,

ich möchte Ihnen gerne versichern, daß ich mit Blick auf die Unterzeichnung der Grundsatz-Erklärung folgende Positionen in meine öffentliche Erklärung einschließen werde: Im Lichte der neuen Ära, die die Unterzeichnung der Grundsatz-Erklärung markiert, ermutigt die PLO das palästinensische Volk im Westjordanland und im Gazastreifen und fordert es zugleich auf, sich an den Schritten zu beteiligen, die zur Normalisierung des Lebens führen, Gewalt und Terrorismus abzulehnen, zu Frieden und Stabilität beizutragen und (fordert es auf) aktiv teilzunehmen am Wiederaufbau, bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zusammenarbeit.

Hochachtungsvoll Yassir Arafat

Vorsitzender der palästinensischen Befreiungsorganisation

Rabin an Arafat:

Herr Vorsitzender,

in meiner Antwort auf Ihren Brief vom 9. September 1993 möchte ich Ihnen versichern, daß die israelische Regierung angesichts der von der PLO eingegangenen Verpflichtungen, die Ihr Brief beinhaltet, entschieden hat, die PLO als Repräsentanten des palästinensischen Volkes anzuerkennen und im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses Verhandlungen mit der PLO zu beginnen.

Jitzchak Rabin

Israelischer Ministerpräsident (3)

Anm. d. ak-Redaktion

(1) Wir zitieren nach der in der "Süddeutschen Zeitung" vom 11./12.9.93 veröffentlichten Übersetzung, die von der in der "FAZ" vom 11./12.9.93 veröffentlichten geringfügig und inhaltlich unbedeutend abweicht. Die Briefe sind in der "SZ" nicht datiert; die englischsprachigen Originalfassungen der Briefe, veröffentlicht in der "Jerusalem Post - International Edition" vom 18.9.93, sind alle mit dem 9.9.93 datiert. Rabin unterzeichnete den Brief an Arafat am 10.9.93.

(2) Die UN-Sicherheitsrats-Resolution 242 vom 22.11.67 bezieht sich u.a. auf die von Israel im sog. Sechs-Tage-Krieg 1967 besetzten Gebiete und fordert den "Rückzug der israelischen Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden" (umstritten ist, ob der Rückzug aus allen oder ohne genauere Festlegung aus besetzten Gebieten in der Resolution gefordert wird). - Die UN-Sicherheitsrat-Resolution 338 vom 21./22.10.73, die während des Oktoberkriegs 1973 verabschiedet wurde, fordert auf, sofort die Kämpfe einzustellen und unverzüglich mit der Realisierung der Resolution 242 zu beginnen.

(3) Lt. "FAZ" vom 11./12.9.93 ließ Rabin die Grußformel "Hochachtungsvoll" aus dem Entwurf seines Briefes an Arafat streichen.

8. Die Geschichte des Staates Israel seit seiner Gründung (Rezension)

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:19

Mit der Studie Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung liegt erstmals - man mag es angesichts der Überfülle von Israel-Literatur auf dem deutschen Buchmarkt kaum glauben - in deutscher Sprache eine populär-wissenschaftliche Geschichte des Staates Israel von seiner Gründung 1948 bis in die jüngste Gegenwart vor. Nicht also eine weitere "Geschichte des jüdischen Volks", oder "des Zionismus" oder sonstwie vornehmlich historisch orientierte Darstellung (deren Wert nicht prinzipiell zu bestreiten ist), sondern eine geschlossene Darstellung der Geschichte jenes Staates, der einen zentralen Platz im Bewußtsein vieler Völker und Staaten einnimmt, dessen Entstehung und Sein aber gleichzeitig - insbesondere in der Bundesrepublikdeutschland - in hohem Maße ideologieverdunkelt und legendenbeladen ist.

Die Autoren der Studie, Angelika Timm und Johannes Glasneck, haben ihrem Vorwort eine Äußerung Ben Gurions vorangestellt: "Wie soll Geschichte studiert werden? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Sie muß angeeignet werden, wie sie real geschehen ist und nicht, wie gewünscht wird, daß sie wäre." Timm/Glasneck haben diese gleichsam historisch-materialistische Äußerung nicht des Schmuckes halber gewählt, sondern benennen damit den Anspruch, unter den sie sich selbst gestellt haben. So heißt es im Vorwort schlicht: "Das Staatswesen entwickelte sich in den fruchtbaren Ebenen der Levanteküste, in den Tälern und Höhen der zentralen Bergregion, um den See Genezareth im Norden und in den ariden (trocken, dürr - Anm. ak) Weiten des Negev bis hin zum Golf von Akaba." Wem immer und immer wieder eine der zentralen Gründungslegenden - die zionistischen Pioniere schufen aus Sand und Sumpf ein grünes Paradies - auf den Geist gegangen ist, kann sich entspannt zurücklehnen, die "klassische" äußere Aufmachung des Buches - Juden an der "Klagemauer" im Jahr 1934, was dem Inhalt des Buches völlig widerspricht - als eben klassische und zudem verkaufsabträgliche Dummheit ignorieren, und darf hoffen, nicht mit den üblichen Geschichtsklitterungen behelligt zu werden. Also, mit den Worten Ben Gurions: Geschichte, wie sie real geschehen ist.

Die innere Entwicklung Israels

Darstellungen der Geschichte des Staates Israel gehen häufig von den fünf Nahostkriegen aus. Timm/Glasneck halten dem entgegen: Diese Betrachtungsweise berücksichtige "ungenügend die innerisraelischen Prozesse bzw. leitet diese vorrangig von äußeren Gegebenheiten ab." Hiermit ist eine der herausragenden Qualitäten der Studie benannt: Timm/Glasneck zeichnen ein wesentlich inneres Bild der israelischen Gesellschaft und sie haben vor allem israelische (hebräischsprachige) Quellen - Dokumente, Memoiren, Presse, amtliche Verlautbarungen und Statistiken sowie Forschungen israelischer Autoren - verwendet.

In Abgrenzung von der verbreiteten "vorrangig von äußeren Gegebenheiten" geleiteten Betrachtungsweise schlagen Timm/Glasneck eine Unterscheidung in "zwei Hauptetappen", bei denen es sich um "qualitativ unterschiedliche Entwicklungsabschnitte" handele, vor:

- 1948 bis 1967: Diese Jahre standen im Zeichen des Aufbaus und der Festigung des Staates, der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung und der Eingliederung Hunderttausender von Neueinwanderern.

- Seit 1967: "Die militärische Besetzung der Sinai-Halbinsel, des Gazastreifens, der Golan-Höhen und des Westjordanufers (und Ost-Jerusalems - Anm. ak) im Jahre 1967 sowie die Herrschaft über zunächst 1,3 Millionen - heute 1,8 Millionen - Palästinenser stellen einen historischen Einschnitt dar. In bisher nicht gekanntem Ausmaß verschärften sich die nationalen und sozialen Probleme des Landes. Ethnische und religiöse Konflikte spitzten sich zu. Die Polarisierung der israelischen Bevölkerung in der Palästinenserfrage wurde deutlicher; sie erlangte im Zusammenhang mit der Intifada ihren Höhepunkt im Zeitraum vom Frühjahr 1988 bis zum Sommer 1990."

Diese Grobeinteilung (die Timm/Glasneck als Rahmen für eine präzisere Periodisierung dient, der die Gliederung des Buches folgt), scheint auf den ersten Blick der Auffassung des größten Teils der israelischen

Protestbewegung (bekannter als "Friedensbewegung") wie vieler ihrer ausländischen Freunde zu gleichen: Erst durch die 1967 begonnene Besatzung(spolitik) sei der Zionismus bzw. die israelische Politik in Sünde gefallen.

Dieser erste Eindruck trügt jedoch. Im ersten Kapitel ihres Buches entwickeln Timm/Glasneck auf knapp fünfzig Seiten die Vorgeschichte der Staatsgründung von Herzls Entwurf des jüdischen Staates über den jüdisch-arabischen Konflikt und die Methoden jüdischer Landnahme bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Konflikt begann nicht 1967, auch nicht erst mit der Proklamierung des Staates 1948, sondern mit der zionistisch motivierten jüdischen Einwanderung: "Aus welchen Motiven auch immer Juden zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Palästina kamen, so gerieten sie doch zwangsläufig in Gegensatz zu der sich entwickelnden arabischen Nationalbewegung." Ein Gegensatz, der sich noch durch das explizite Ziel, die Schaffung einer jüdischen Mehrheit im Palästina des britischen Mandats, verschärfte. Ben Gurion, Vorsitzender der Jewish Agency, der gleichsam jüdischen Regierung Palästinas, formulierte 1935 dieses Ziel als "eine maximale, bedingungslose und unbegrenzte nationale Zuständigkeit und Autorität über die Arbeit, nationale Autorität über das Kapital, ja sogar nationale Autorität über das Leben." Jigal Allon, General und Politiker, erinnert sich im Rückblick: "Der Siedlungsort wurde nicht nur in Anbetracht seines wirtschaftlichen Potentials gewählt, sondern auch (und oft hauptsächlich) im Hinblick auf seine Verteidigungsmöglichkeiten, die allgemeine Siedlungsstrategie (Schaffung einer jüdischen Präsenz in allen Teilen des Landes) und die Rolle ganzer Siedlungsblöcke in einem kommenden, möglicherweise entscheidenden Kampf."

Von der Staatsgründung bis zum Zweiten Golfkrieg

Ausgehend von den Wirkungen des Zweiten Weltkriegs wird im zweiten Kapitel die Entstehung des Staates Israel dargestellt: das Lavieren der britischen Mandatsmacht, um den Zerfall des Empire aufzuhalten; das Bestreben der USA, ihre Kontrolle über die nahöstlichen Erdölreserven auszudehnen, und schließlich die Auseinandersetzungen zwischen den USA und der UdSSR, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre südliche Flanke abzusichern suchte. Die Interessengegensätze der Großmächte untereinander sowie die zwischen Jewish Agency und Arabischer Liga spiegeln sich wider in den langwierigen Verhandlungen der UNO über eine Lösung der Palästinafrage. Schon vor und dann während der UNO-Debatten hatte - anders als die arabische Seite - die Führung des Jischuw (jüdische Siedlungsgruppe in Palästina) den bewaffneten Kampf um den jüdischen Staat vorbereitet. Die arabischen bewaffneten Gruppen (Dorfmilizen und Guerillakämpfer) erwiesen sich in den 1947 einsetzenden Kämpfen als den jüdischen Kampfverbänden unterlegen. Dies änderte sich auch nicht prinzipiell, als nach der Proklamierung des israelischen Nationalstaats im Mai 1948 "mit schweren Waffen ausgerüstete reguläre Armeen" arabischer Staaten in Palästina und Israel einmarschierten. "Im Unterschied zu den hoch motivierten, effektiv geführten und mit moderner Kriegsführungen erfahrenen bzw. dazu befähigten israelischen Streitkräften, waren die arabischen Armeen aus kolonialen Hilfstruppen entstanden, hatten schlecht ausgebildete und wenig befähigte Mannschaften", zudem kam "keine einheitliche Leitung der Operationen der verbündeten Staaten zustande." Der erste israelisch-arabische Krieg endete mit einem eindeutigen militärischen Sieg Israels und einer Vergrößerung des israelischen Territoriums gegenüber dem Teilungsplan der UNO von 14.100 qkm auf 20.700 qkm. Als "eine schwere Hypothek für einen künftigen Frieden im Nahen Osten" bezeichnen Timm/Glasneck die "Vertreibung und Flucht der arabischen Bevölkerung aus den von Israel eingenommenen Gebieten". Von den 1,3 Millionen PalästinenserInnen, die vor 1949 in Palästina lebten, blieben nur 160.000 im Gebiet des israelischen Staates; die Zahl der palästinensischen Dörfer, die sich auf dem Gebiet Israels befanden, verminderte sich von 452 vor dem Krieg auf 96 nach dem Krieg.

Im dritten Kapitel - "Der Weg des israelischen Staates 1948-1967" - werden die staatlichen Institutionen, die Entwicklung der Parteien, die Bevölkerungsentwicklung, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und Politik, Religion, Kultur dargestellt. Die zweite Hälfte des Kapitels behandelt die außenpolitische Entwicklung, darunter die Beziehungen zur BRD, die, u.a. über Strauß schon seit Ende der 50er Jahre in "gegenseitigem Interesse" auf militärischer Ebene gepflegt wurden, also Jahre vor der diplomatischen Anerkennung Israels durch den deutschen Weststaat. In den folgenden drei Kapiteln, die den zweiten Hauptabschnitt der israelischen Staatsgeschichte - die Jahre 1967 folgende - behandeln, wird, neben den außenpolitisch bedeutsamen Ereignissen, die Entwicklung der inneren Verhältnisse - Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur - detailliert fortgeschrieben. Das letzte Kapitel, das die Jahre der "Regierung der nationalen Einheit" (seit 1984) behandelt, endet mit einer Darstellung der ersten Jahre der Intifada und, vor

dem Hintergrund der Folgen des Zweiten Golfkriegs, einem Ausblick auf die Möglichkeiten der Lösung des israelisch- palästinensischen Konflikts, der, welche der Lösungen auch gewählt werde, "nur durch israelisch-palästinensische Verständigung und beiderseitige Kompromisse realisierbar" sei.

Dem Buch beigegeben sind ein vorzügliches Glossar, eine Zeittafel und ein Tabellenteil zur Entwicklung der Einwanderung, der Zusammensetzung der (bis 1988) zwölf Parlamente und der Wirtschaftsentwicklung. Recht unbefriedigend ist die Literaturauswahl. Hier werden mehrfach Publikationen in hebräischer und englischer Sprache aufgeführt, die auch in deutsch vorliegen. An deutschsprachiger Literatur zur Intifada wird nur ein Buch des Journalisten Schreiber genannt, nicht aber die Arbeit des Wissenschaftlers Alexander Flores, die auch noch Jahre nach ihrem Erscheinen zu den besten (Kurz-)Analysen von Besetzung und Intifada zählt. Schließlich wird zur Friedensbewegung nur ein 1984 erschienenes und weitgehend veraltetes Rowohlt-Taschenbuch aufgeführt, nicht aber die entsprechende alle paar Jahre auf den aktuellen Stand gebrachte Publikation des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises. Dem Tiefschlaf des Lektorats (oder dessen Überarbeitung?) schließlich ist zu verdanken, daß die Kapitel im Text eine Überschrift haben (aber nicht numeriert sind), während die Anmerkungen numeriert sind (aber keine Überschriften haben), so daß erst nach Hin- und Herblättern und Kapitelabzählen durch eigene Eintragungen die jeweiligen Anmerkungen gefunden werden können.

Besondere

deutsche Verantwortung

Die meist nur deklamierte, kaum je aber präzis bestimmte "besondere deutsche Verantwortung" gegenüber Israel, zu der sich die Autoren zahlreicher deutschsprachiger Publikationen über Judentum, Israel und Zionismus bucheinleitend bekennen, wird auch von Timm/Glasneck angesprochen. Die "Kompliziertheit des Unterfangens", "die Geschichte des Staates Israel (...) sachlich und auf Grundlage des gegebenen Materials nachzuzeichnen", sei ihnen "bewußt, zumal die vom Nationalsozialismus verantwortete Tragödie des europäischen Judentums insbesondere Deutschen eine äußerst sensible Behandlung des Themas auferlegt." Diese "äußerst sensible Behandlung" kommt allerdings in ihrer Studie nicht in der Weise zum Ausdruck, wie es überwiegend in bundesdeutschen Schriften und Äußerungen der Fall ist: Als höchst einseitige Menschenrechtsinterpretation und als "Verständnis" für die aktuelle israelische Besatzungspolitik auf Grund der deutschen Verbrechen am jüdischen Volk.

Präziser und bemerkenswerter als dieses (vielleicht vom Verlag "angeregte"?) Bekenntnis zu "äußerst sensibler Behandlung" ist die Positionsbestimmung der Autorin und des Autors als DDR-Wissenschaftler (Angelika Timm ist Dozentin am Fachbereich Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität Berlin; Johannes Glasneck Professor an der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg): "Hinzu (zur insbesondere Deutschen auferlegten ... - Anm. ak) trat die für ostdeutsche Wissenschaftler verständliche Verpflichtung, eigene wissenschaftliche Positionen kritisch zu überprüfen und dazu beizutragen, das jahrzehntelang in den Medien und Publikationen des zweiten deutschen Staates verzerrte und einseitige Bild des Zionismus und Israels zu korrigieren, schuldhafte Entwicklungen zu bewältigen und Wertungen zu treffen, die der historischen Realität verpflichtet sind." Westdeutscher Hochmut gegenüber diesem Bekenntnis wäre völlig unangebracht, stünde es doch auch vielen (Alt-) BRD-Publizisten, ob nun Wissenschaftler oder Fachjournalist, gut an, das von ihnen propagierte "verzerrte und einseitige Bild des Zionismus und Israels zu korrigieren". Denn wie das offizielle Israel-Bild der DDR entsprach (und entspricht) auch das offizielle Israel-Bild der (Alt-)BRD weniger der "real geschehenen" Geschichte, als vielmehr einer Widerspiegelung der Ost- bzw. Westorientierung der beiden deutschen Staaten. Der Umstand, daß m.E. hier in der BRD weniger "gesündigt" worden ist als in der DDR ist mehr Ausdruck einer philosemitischen oder pro-zionistisch anbiedernden Haltung als dem Bemühen um eine differenzierte und allseitige Darstellung des Lebens in Israel.

Insofern ist es auch bedauerlich, daß Timm/Glasneck explizit davon absehen, sich "mit der Fülle der vorhandenen Literatur zu Nahostkonflikt und Palästinenserfrage polemisch auseinanderzusetzen". Zumindest Angelika Timm (von Johannes Glasneck sind mir Arbeiten zu Israel aus der DDR-Zeit nicht bekannt) könnte - ohne Wendehalsigkeit - diese Auseinandersetzung führen, hat sie doch - 1949 geboren und "echtes Kind" der DDR - nach einer Reihe "DDR-spezifischer" Publikationen schon einige Zeit vor jenem euphemistisch als "Wende" bezeichneten Vorgang differenzierte Arbeiten zur aktuellen israelischen Politik vorgelegt, und in den letzten Jahren das Verhältnis DDR-Israel einer kritischen Analyse unterzogen, ohne nun - wie es hochpeinlich

u.a. im "Neuen Deutschland" zu lesen ist - umstandslos zu verdammen, was sie eingestandenermaßen längere Zeit auch selbst vertreten hat. (Die Arbeiten zu diesem Thema sind u.a. in "Babylon", "Tribüne" und der Beilage zum "Parlament" erschienen.) Und auch das jetzt vorliegende Buch ist nicht erst kurze Zeit vor seinem Erscheinen im (westdeutschen) Bouvier-Verlag konzipiert worden; es bestand vielmehr ein 1988 mit dem Verlag der Akademie der Wissenschaften für dieses Buch abgeschlossener, mit dem "Anschluß" aber gegenstandslos gewordener Vertrag.

Auschwitz und Israel

Wenn Timm/Glasneck auch auf eine explizite Auseinandersetzung mit der vorliegenden Literatur zu Palästina und Israel verzichten, wird diese Auseinandersetzung doch stets immanent geführt, indem, ohne polemischen Bezug, Legende um Legende gekippt wird. Dem tatsächlichen Kenner israelischer Geschichte sagt es - um nur dies eine Beispiel anzuführen - nichts Neues, wenn Timm/Glasneck Nahum Goldmanns Äußerung, er sei "nicht sicher, daß es ohne Auschwitz heute einen jüdischen Staat geben würde", als "berechtigt" qualifizieren, aber sogleich hinzufügen, "daß durch die Entwicklung des Jischuv die Grundlagen für einen jüdischen Staat bereits im Verlauf der vorangegangenen 50 Jahre (vor der Staatsgründung 1948; Anm. ak) geschaffen worden waren. Ohne diese hätte die Geburt Israels nicht erfolgen können." Aber - so kurz und schlicht stellen Timm/Glasneck durchweg die "real geschehene" Geschichte auch in strittigen oder ungern gehörten Aspekten dar - gerade hier liegt ein zentraler Ansatzpunkt zur realitätsgerechten Betrachtung israelischer Staatwerdung wie der aktuellen israelischen Politik.

Ist einzig "Auschwitz" das Geschehen, das zur Gründung des jüdischen Staates führte, kann israelische Staatsgeschichte und -aktualität recht umstandslos als "Verlängerung deutscher Geschichte" aufgefaßt werden. Bis zur "Entschuldung" über die Mißachtung der Rechte des palästinensischen Volks und zum anti-arabischen Rassismus ist es dann nur noch ein kurzer Schritt. Nebenher wird - was bei nicht-jüdischen Pro-Zionisten die Regel ist - der Zionismus, indem die Staatsgründung Israels auf "Auschwitz" reduziert wird, nur noch als eine Reaktion auf den Antisemitismus gesehen, nicht mehr aber in seinem tatsächlichen Gehalt als sowohl Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes (deren Tragik darin besteht, daß der Ort, an dem die angestrebte Befreiung realisiert werden sollte, bereits von einem anderen Volk bewohnt war) wie als Zionssehnsucht und als Reaktion auf die Judenfeindschaft.

Israel ist nicht auf eine "Auschwitzfolge" zu reduzieren, und ebensowenig besteht die Geschichte des Staates Israel lediglich aus einer Abfolge von Kriegen und das Land vorwiegend aus den besetzten Gebieten. Die Studie von Angelika Timm und Johannes Glasneck zeigt Israel in seiner realen Vielfalt - als normalen Staat mit besonderer Geschichte. Die Studie eröffnet so einen Weg, von einer "Sonderaufmerksamkeit" bzw. einer "Sondernachsicht" gegenüber Israel ebenso Abstand zu nehmen wie von der eurozentristisch geprägten Auffassung des israelisch-palästinensischen Konflikts als örtlich verlagerte Folge des europäischen Antisemitismus und der Schoah.

Klaus Mellenthin

P.S.: Nun sagt aber meine Liebste nach kritischer Durchsicht der Erstfassung dieser Rezension, ich möge doch bitte das Buch etwas wärmer empfehlen. Recht hat sie!

Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung. Bonn (Bouvier) 1992. 326 S., 50 Abb., 49.80 DM

9. Die PLO und der Staat Palästina (Rezension)

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Israel / Palästina; PLO; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:20

Wer über eine historische Entwicklung schreibt, die bis in die direkte Gegenwart hineinreicht, geht immer das Wagnis ein, daß die Ereignisse von morgen einen großen Teil der Darstellung umwerfen. Solchen Büchern kann man die dauernden Veränderungen geradezu ablesen. Sie sind "work in progress", und wer solche Arbeiten liest, muß diese äußerst schwierigen Bedingungen berücksichtigen. Helga Baumgartens Palästina: Befreiung in den Staat scheint ein solches Buch zu sein, dessen Vorarbeiten noch vor Beginn der Intifada liegen, durch die Intifada scheinbar auch bestätigt wurden, dann aber durch den Golfkrieg und die daran anschließenden Auseinandersetzungen um die "Neuordnung" der arabischen Region und der "Palästinafrage" in einem ganz anderen Licht erschienen: Der "Staat Palästina", der in der langen Geschichte der palästinensisch-arabischen Bewegungen seit 1948 von den Umrissen des alten Mandatsgebiets auf den "Teilstaat" in den besetzten Gebieten zusammenschmolz, scheint nun nur noch als "Stadtstaat" in Jericho und Gaza eine "realpolitische" Figur zu sein. Aus dem Beraterkreis Arafats ließ man auch schon den Testballon aufsteigen: Sollte dieser Stadtstaat realisiert werden, stünde auch die PLO zur Disposition.

Was wäre der 1988 symbolisch proklamierte "Staat Palästina" dann noch anderes als das zwar jüngste Kind des internationalen Staatensystems, das aber noch vor seiner wirklichen Geburt - wie andere Staaten auch - dem Zusammenbruch ausgesetzt würde? Und dennoch sollte man den Titel der Arbeit von Helga Baumgarten, Befreiung in den Staat, mehr als nur anachronistisch oder ironisch verstehen. Denn, über die aktuellen Unwägbarkeiten hinweg, hat die Autorin versucht, in einem großen Bogen die Geschichte der palästinensisch-arabischen Nationalbewegungen seit dem zweiten Weltkrieg zu umreißen. In einer Zeit, in der die Herrschenden das "Ende der Geschichte" verkünden und im Nahen Osten wie in Palästina alles getan wird, den Menschen ihre eigene Geschichte, ihre kollektive Erfahrung zu zerstören, ist schon dieses Anliegen bereits ein Verdienst. In diesem Verhältnis von Wiedergewinnung eines sowohl solidarischen wie realistischen historischen Blicks einerseits und der kaum zu bewältigenden Fülle der Probleme andererseits, muß man diese Arbeit gleichermaßen würdigen wie ihre Schwächen benennen.

Helga Baumgarten geht in ihrer Arbeit entsprechend dem historischen Ablauf vor, aber an der thematischen Bündelung sieht man bereits, daß es sich nicht um eine Geschichte der palästinensischen Gesellschaft handelt, sondern um die Hauptströmungen der palästinensisch-arabischen Nationalbewegung, die heute in den drei wichtigsten Organisationen der PLO - Fatah, Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP) und Democratic Front for the Liberation of Palestine (DFLP) - repräsentiert sind. Die Darstellung beginnt mit der Schilderung der "Katastrophe von 1948", die als kollektives Trauma mit den entsprechend nachhaltigen Wirkungen in der palästinensischen Gesellschaft untersucht wird. Dieser Teil ist in historischer Sicht, insbesondere was die Vermittlung von Klassenumschichtungen, kulturellen und ideologischen Traditionsbildungen angeht, von einer Konkretheit, die später - leider - nicht mehr eingeholt wird. Das gilt insbesondere für die Differenzierungen zwischen der Situation der Palästinenser, zum einen nach der regionalen Situation (die verschiedenen Orte der Diaspora), zum anderen nach den eigenartigen Klassenverbindungen und Schichtenbildungen, die sich aus der Besonderheit einer zerstörten oder sich auflösenden traditionellen Sozialstruktur ergeben. Daraus erklärt sich schließlich die Dynamik von Politisierung und Radikalisierung einer neuen Generation, aber auch deren durchaus gebrochene ideologisch-politischen Orientierung.

Es beginnt die sehr widersprüchliche Konstituierung eines palästinensischen Nationalismus innerhalb des pan-arabischen Nationalismus, wobei an dieser Stelle die Autorin bereits deutlich macht, daß die ideologische Radikalität weitgreifender politischer Ansprüche - einer arabischen Revolution - noch keineswegs identisch ist mit den später erst sich entwickelnden sozialrevolutionären Tendenzen innerhalb der palästinensischen Bewegung. In zwei folgenden Teilen werden diese sich überkreuzenden Bewegungen und Ideologien im einzelnen untersucht: Die BdAN (Bewegung der Arabischen Nationalisten), die an dem gesamtarabischen Nationalismus festhielt und - entsprechend dem damaligen Vokabular und Programm der arabischen Regime - die "Befreiung Palästinas" lediglich als Teil einer gesamtarabischen Bewegung ansah. Aus der BdAN ging später als wichtigste Strömung die PFLP hervor, von der sich kurze Zeit nach der Gründung die DFLP abspaltete. Die zweite Strömung, die von Baumgarten untersucht wird, ist die bis heute einflußreichste

Organisation, die Fatah. In einem vierten Teil wird die Auseinandersetzung zwischen der BdAN und Fatah geschildert. Darauf folgt nun ein Teil, der die praktische Politik behandelt, sowohl in der Diaspora wie in den besetzten Gebieten. Vor allem die Schilderung der politischen Praxis in den besetzten Gebieten gibt einen guten Überblick und weist bereits auf einige der Voraussetzungen der Intifada hin. Die Arbeit wird abgeschlossen mit der Analyse der Intifada, ihrer Vorgeschichte und ihrer eigenen Dynamik, bis hin zur Proklamation des "Staates Palästina" durch den Nationalrat der PLO.

Die soziale Frage:

Ein "weißer Fleck" auf der Landkarte Palästinas?

Die einfache und wohl auch naheliegende Gliederung der Arbeit, die sie im übrigen sehr gut lesbar macht, schiebt der historischen Entwicklung allerdings auch eine Logik unter, die scheinbar in der symbolischen Proklamation des "Staates Palästina" gipfelt - ein Staat, der nach den Worten Arafats damals nur einen Steinwurf entfernt zu sein schien -, die aber in dem Postskript über den "Golfkrieg und den Morgen danach" nicht mehr durchgehalten werden kann: "Mehr als träumen können die Palästinenser derzeit nicht", schreibt Helga Baumgarten, und verweist auf die Rolle, die von nun an den USA und der EG zugewiesen sei, nämlich Israel zum Frieden mit den Palästinensern zu zwingen. Daß sie am Ende, nach der Katastrophe des Golfkrieges, zu solchen Sätzen kommt, ist letztlich das Eingeständnis, daß die scheinbare historische Logik, nach der nur der palästinensische Nationalismus in Gestalt von Fatah unter der Führung Arafats den "Staat Palästina" in den anerkannten Formen von Realpolitik herbeiführen könne, abgebrochen ist - wenn es sie je gab. Um so gleich eine Schwäche der Arbeit von Helga Baumgarten zu nennen: Sie schreibt die Geschichte der sozialen Bewegungen als Geschichte der identitätsstiftenden politischen und ideologischen Richtungen. Die sozialen und auch kulturellen Transformationen der palästinensischen Gesellschaft - als fragmentiertes System von Beziehungen in der Diaspora und den Restgebieten - werden anfangs noch sehr differenziert und konkret nachgezeichnet, aber im weiteren Verlauf der Arbeit behält diese Analyse lediglich den Status einer Art Vor-Geschichte oder Entstehungsgeschichte. Der Autorin geht es natürlich darum, die besondere politisch-kulturelle Identität der palästinensischen Bewegung herauszuarbeiten, aber das alleine reicht nicht aus, wenn nicht zugleich auch die sozialen und kulturellen Umschichtungen des Klassen- und Sozialgefüges weiter verfolgt werden, von denen aus die jeweiligen Vorstellungswelten, Ideologien usw. neu interpretiert werden.

Damit entgeht ihr eine der vielleicht schwerwiegendsten Veränderungen auf dem Terrain der gesellschaftlichen "Hegemonie", gerade in den besetzten Gebieten: Den Aufschwung der islamisch-nationalistischen Bewegungen spielt sie ebenso herunter wie es seit 1988 Sprecher der PLO (von links wie rechts) getan haben. Sie mißt deren Bedeutung lediglich an der Ideologie, kommt so zu dem Schluß, daß Fatah eigentlich nicht viel anderes - aber noch viel mehr - repräsentiere, und projiziert damit ihre eigene Analyse zurück in die Wirklichkeit: so als ginge es lediglich um die Wahrung der "Identität" und als sei diese nicht immer wieder eine sich wandelnde Selbstinterpretation der Menschen, je nach ihren praktischen Erfahrungen. Und auf dem Feld der praktischen Erfahrungen sieht die Bilanz der "Realpolitik" eben keineswegs so gut aus, wie Helga Baumgarten es nahelegen will. Wenn zunehmend die islamistisch-nationalistischen Richtungen einfach aufgrund der Ausweglosigkeit der Lebenssituation und den Frustrationen der "Diplomatie" an Bedeutung gewinnen, dann ist das der stärkste Beleg dafür, daß nicht der "Fundamentalismus" das Problem ist, sondern daß der palästinensische (oder arabische) Nationalismus - sei es Fatah oder die Linke - nicht mehr jene identitätsstiftende Bedeutung für die sozialen Kämpfe hat wie früher und nun ein Vakuum entstanden ist, das die islamisch-nationalistischen Richtungen nicht zuletzt dadurch füllen können, daß sie an - übrigens keineswegs nur fortschrittlichen - Traditionen und kollektiven Mythen anknüpfen können; ganz zu schweigen von der besonderen Rolle, die jede Religion in extremen Krisenzeiten und Perioden sozialer Erosion bekommt. Ein bedeutender Faktor für die Ausbreitung der islamistisch-nationalistischen Richtungen ist darüber hinaus ihre Präsenz in den alltäglichen sozialen Belangen, das Netzwerk sozialer Fürsorge. (1)

Die Fallstricke des arabischen Nationalismus

Diese Einschränkungen, die sich im Rückblick auf das "work in progress" ergeben, werden allerdings durch die Behandlung, die der palästinensisch-arabische Nationalismus bei Helga Baumgarten erfährt, durchaus aufgewogen. Gerade für Linke, die sich traditionell an den radikalen Strömungen wie der PFLP orientiert haben, sind die entsprechende Teile der Arbeit besonders interessant. Zumindest auf der Ebene der

Ideologiebildung und der politischen Strategie und Taktik von Organisationen wird hier recht gut deutlich gemacht, weshalb sich von allen Gruppen besonders Fatah als hegemoniale Kraft innerhalb der PLO entfalten und bis heute erhalten konnte. Kurz gefaßt, und sicherlich auch ein wenig verkürzt, geht es darum, daß sich mit Fatah eine Regionalisierung des arabischen Nationalismus herausbildete, eine recht frühe Emanzipation vom gesamtarabischen Nationalismus, die zugleich erstmals in der Geschichte Palästinas eine ideologisch-kulturelle Identität als palästinensische Nation schuf bzw. dauerhaft repräsentierte. Die Zwiespältigkeit dieses neuen, palästinensischen Nationalismus war gewissermaßen auch das Geheimnis seines Erfolges: Der gesamtarabische Nationalismus hatte lange Zeit für die Palästinenser dahingehend eine lähmende Rolle gespielt, als darin den arabischen Nationalregimen die Befreiung von der israelisch-zionistischen Herrschaft überlassen blieb, oder zumindest damit diesen Regimen eine Legitimation an die Hand gegeben wurde, nach eigenem Gusto über die Belange der Palästinenser zu verfügen.

Baumgarten weist darauf hin, daß auch unmittelbar nach 1948 die palästinensische Bourgeoisie diesem Denken folgte und damit auch historisch die Initiative nicht mehr ergreifen konnte. Indem nun mit Fatah eine eigene Version des Nationalismus entstand, die auf eine Lösung innerhalb Palästinas abzielte, trat eine Art Nationalisierung der Palästinenser ein. Zwiespältigkeit war diese Emanzipation von der Bevormundung durch die arabischen Regime dahingehend, daß sie - auf lange Sicht gesehen - durchaus mit den Interessen dieser Regime vereinbar war: Indem diese sich selbst zunehmend "nationalisierten" und der gesamtarabische Nationalismus nur noch eine leere Ideologie der Herrschenden zur Legitimation vor der eigenen Bevölkerung blieb, war auch der palästinensische Nationalismus keine Bedrohung für diese Regime.

Anders jedoch bei der BdAN und ihren Nachfolgern, der PFLP und der DFLP. Indem diese an dem gesamtarabischen Anspruch auf die Befreiung Palästinas festhielten, mußten sie auf lange Sicht in einen radikalen Gegensatz zu denjenigen Regimen geraten, die "die arabische Nation verrieten". Baumgarten zeigt, daß die ideologische Übernahme des - damals noch maoistisch gefärbten - Marxismus durch die PFLP letztlich in der Kontinuität dieses radikalen arabischen Nationalismus stand. Im übrigen zeigt sich ja auch bis heute, daß die palästinensische Linke durchaus zu ähnlichen machtpolitischen Konzessionen gegenüber einigen arabischen Regimen (wie Syrien) gezwungen ist, wie es für Arafat und die Fatah in Bezug auf andere Regime ebenso galt. (2)

Im Detail soll hier nicht weiter ausgeführt werden, was man im Buch von Helga Baumgarten ausführlicher und kenntnisreicher nachlesen kann. Daß sie, bei aller Kritik an der kurvenreichen Politik der Arafat-Führung, letztlich immer Fatah den Vorzug gibt, ist ihr gutes Recht. Man muß einzelne Bewertungen nicht teilen, um ihrer Analyse vieles entnehmen zu können, was auch die heutige Krise - insbesondere die der palästinensischen Linken - erklären hilft. Die kritischen Fragen, die sich über die jeweiligen politischen Sympathien oder Fraktionierungen hinaus ergeben, gelten letztlich gleichermaßen für die Strömungen des nur-palästinensischen oder des radikalen arabischen Nationalismus: Inwieweit nämlich das darin enthaltene Muster der "nationalen Identität" ein zwar historisch wirksames und begründetes Muster ist, aber damit auch seine Wirksamkeit mit grundlegend veränderten historischen Zusammenhängen verlieren bzw. in andere Vorstellungen übergehen kann.

Freilich ist die Bewertung, die Helga Baumgarten vornimmt, nur soweit schlüssig, wie die "Realpolitik" Fatahs auch aus dem "Traum" eine Realität macht. Es könnte sich ja auch erweisen, daß hinter dem historisch fragwürdig gewordenen arabischen Nationalismus mit seinem universellen Anspruch auf eine auch soziale Befreiung, die mehr ist als nur die Installation einer staatenähnlichen Schutzzone, eine ganz andere Dimension von Erwartungen und "Träumen" liegt, die zwar keine beherrschbare und faßbare politisch-kulturelle Identität als Nation besitzt, aber zumindest in sozialen Revolten und Aufstandsbewegungen regional oder nur lokal zum Ausdruck kommt. Man wagt es ja kaum noch beim Namen zu nennen: Aber handelt es sich nicht vielleicht darum, daß die Klassenkämpfe - durch die fortwirkenden sozialen Antagonismen - in ihrer zersplitterten Form nicht mehr in den nationalstaatlichen Mustern gefaßt werden können? Und war die Intifada in diesem Sinne nicht bloß der scheinbar zielgenaue Abschluß einer jahrzehntelangen Entwicklung hin zur nationalen Einheit und Identität, sondern vielleicht schon Klassenkampf in einem neuen Sinne?

Über Gaza und Westbank wurde nicht nur im Nahen Osten entschieden

Die bislang genannten Schwächen der Arbeit von Helga Baumgarten bestehen im wesentlichen darin, daß sie hauptsächlich eine Geschichte der politisch-kulturellen Ideologiebildungen und der organisierten Praxis

schreibt, aber keine Sozialgeschichte der Ideologien und politischen Organisationen. Das muß an sich kein Problem sein, aber man gelangt bei dieser thematischen Reduktion zu keinen sehr weitgreifenden Aussagen über die historische Tragweite dieser Ideologien und Praktiken, also über die sozialen Bewegungen und Kämpfe insgesamt.

Auf der formell politischen Ebene, den staatlichen Machtkonstellationen, Bündnissen und Kräfteverschiebungen fällt allerdings eine weitere Lücke in Helga Baumgartens Arbeit ins Auge, die gerade bei der Konzentration auf die Thematik national-staatlicher Identitätsbildung und politischer Strategie zu einer Schieflage in der Bewertung führen muß. Ausgeblendet bleibt nämlich fast durchgängig die Bedeutung, die die internationalen Machtkonstellationen - insbesondere durch die Konfrontation von USA und UdSSR - in der Region und auch besonders innerhalb der PLO hatten. Die ideologischen Transformationen, sei es innerhalb der Fatah oder der PFLP und DFLP, hatten ja nicht nur mit der Verarbeitung der kollektiven Erfahrungen sowie der kulturellen Traditionen zu tun, sondern waren schließlich auch der dauerhaften Internationalisierung des Palästina-Konfliktes weit über das arabische Lager hinaus ausgesetzt. Der Hinwendung der Fatah-Führung zu den USA wie der spätestens in den 80er Jahren immer stärker werdenden Ausrichtung der PFLP am sozialistischen Lager als dem "natürlichen Bündnispartner" lagen durchaus "realpolitische" Erwägungen zugrunde, die historisch begrenzte Gültigkeit hatten: Darin lag nämlich schon die Option auf den politischen und sozialen Charakter des angestrebten Teilstaates, auf seine innere Konstitution. Welche Gesellschaftsordnung würde es in diesem Staat geben? (3)

Die "Realpolitik" auf beiden Seiten der palästinensischen Bewegung bestand seit den 70er Jahren darin, diesen Gegensatz für sich auszunutzen, ohne direkter Gewährsmann einer der beiden Weltmächte zu werden. Es war die Tragik der Intifada, daß sie genau in dem Zeitraum ausbrach, als sich die regionalen wie weltpolitischen Kräfteverhältnisse so grundlegend verändert hatten, daß alle beteiligten Seiten - USA, UdSSR, Israel, die arabischen Regime und im übrigen auch ein Großteil der PLO-Führung - ein nachhaltiges Interesse daran hatten, ihr Übergreifen auf anderes Terrain, die arabischen Länder und Israel, zu verhindern. In dieser Einmauerung der Intifada sind nicht nur die "realpolitischen" Optionen Arafats, sondern auch die der Linken zusammengebrochen. In diesem Zusammenhang erscheint auch die noch recht optimistische Bewertung der Proklamation des "Staat Palästina" im Jahre 1988 in einem etwas anderen Licht. Immerhin gibt es auch in den besetzten Gebieten ernstzunehmende Kritiker der PLO-Politik, die in dieser Proklamation "von außen" nichts anderes sahen als den Versuch, die Hegemonie der Diplomatie über die Intifada wiederzugewinnen.

Da der internationale Zusammenhang in seinen konkreten Auswirkungen auf die innerpalästinensische Entwicklung bei Helga Baumgarten mehr als vernachlässigt wird, entgehen ihr wesentliche Bedingungen für die konkrete politische Gestalt dessen, was bei ihr als politische und kulturelle Identität behandelt wird. Anders gesagt: Sie diskutiert die Möglichkeiten einer "realpolitischen" Staatsbildung, als ob es den Umbruch in der UdSSR nicht gegeben hätte, und sie behandelt die internationale Entwicklung lediglich als äußere Umstände und nicht als Komplex von entscheidenden inneren Faktoren.

Die Lücken füllen und die weißen Flecken erforschen

Die jetzige Situation, die Unwägbarkeiten, Gefahren, aber auch Chancen der "Neuen Unordnung", machen nicht nur die historische Untersuchung notwendiger denn je. Wir können sie jetzt auch wieder, über die früheren Fraktionierungen, Standpunkte usw. hinweg, in Angriff nehmen. Nichts wäre unangebrachter, als einfach die scheinbar naheliegendste Position einzunehmen, ob sie sich nun als "realpolitisch" oder "revolutionär" ausgibt. Statt dessen sollte gerade die neue Beschäftigung mit den historischen Entwicklungen und den Umbrüchen der 80er und 90er Jahre - nicht nur in Palästina - dazu führen, diese Begriffe und Titel zu überprüfen. Zwanzig Jahre lang waren diese Sammelwörter scheinbar eherne Bezugspunkte, nicht zuletzt in der Palästina-Solidarität. Die internationale wie regionale Konfrontation, aber auch die gesellschaftliche Situation hier, in der BRD, verteilte die Begriffe und Bewertungen ziemlich eindeutig.

Es mag sein, daß dies von einer begrenzten historischen Gültigkeit war, es kann aber auch sein, daß sich bereits damals viele Begriffe in der Schieflage befanden. In welcher Weise die "nationalen Befreiungsbewegungen" soziale und kulturelle Befreiung für die Unterdrückten und Kämpfenden mit sich brachten und wo umgekehrt unter den Losungen der "Realpolitik" oder "revolutionären Notwendigkeit" lediglich neue Macht- und Herrschaftskonstellationen durchgesetzt wurden, wird im einzelnen und mit großer Vorsicht

zu untersuchen sein. Letztlich wird es immer darum gehen müssen, denen eine Stimme zu geben oder ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, denen das Wort verboten oder deren kollektive Erfahrung zerstört wird.

Wenn hier die Schwächen der Arbeit von Helga Baumgarten im Vordergrund stehen, dann nur um zu zeigen, was - neben der von ihr aufgeworfenen Problematik - noch zu tun ist. Eine kritische Lektüre ist eine gute Ausgangsbasis für die weitere Diskussion, in der die Lücken gefüllt und die weißen Flecken noch erforscht werden müssen.

Martin Rheinlaender

Anmerkungen

(1) Diese Verbindung von sozialer Fürsorge mit "Kulturarbeit" in ideologischen und religiösen Belangen wird häufig bei den Diskussionen über den militanten Islamismus übersehen. Darin liegt ein Stück politischer Glaubwürdigkeit, die umgekehrt Teilen der PLO verloren gegangen ist, nicht zuletzt aufgrund offenkundiger Korruption.

(2) In gewissem Ausmaß sind im übrigen auch die islamisch-nationalistischen Bewegungen, die von Baumgarten leider nicht genügend behandelt werden, jedoch spätestens seit 1988 an Bedeutung gewinnen, ebenfalls dieser Zwiespältigkeit ausgeliefert: So wie die palästinensische Linke mit ihrem Übergang zum Marxismus (verschiedener Spielarten) nur die Stelle der Leitideologie (des arabischen Nationalismus) neu besetzte, ist die Argumentation von Gruppen wie Hamas zumindest der Form nach ähnlich der des radikalen arabischen Nationalismus. An die Stelle der "arabischen Nation" wird lediglich eine spezielle Interpretation des Islam gesetzt, und die Befreiung Palästinas wird nur als Teilbewegung einer umfassenden islamischen Restauration begriffen. Auch bei Hamas zeichnet sich mittlerweile ein Konflikt und Widerspruch zwischen dem umfassenden Anspruch einer islamischen Restauration und der "Nationalisierung" des militanten Islamismus in Palästina ab.

(3) Man muß nur die programmatischen Dokumente der PFLP von Anfang der 80er Jahre durchlesen, um zu sehen, wie die inneren Klassenverhältnisse im Befreiungskampf in strategischer Hinsicht mit der Analyse der weltpolitischen Lagerbildung verbunden wurden. Sie lesen sich über lange Strecken wie eine gemeinsame Plattform antiimperialistischer Bewegungen in der gesamten Dritten Welt.

Helga Baumgarten: Palästina. Befreiung in den Staat. Frankfurt am Main (edition suhrkamp) 1991. 438 S., 22 DM

10. Vom Krieg zum Frieden? Chronologie des israelisch-palästinensischen Konflikts von 1947-1993

Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/chrono.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:chrono

29. November 1947: Eine UNO-Resolution, die von allen Großmächten unterstützt wird, befürwortet die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Die Juden, die zu dieser Zeit ungefähr ein Drittel der Einwohner ausmachen, sollen 54 Prozent Palästinas erhalten.

Nachdem der Teilungsplan von arabischer Seite einhellig abgelehnt wird, beginnt ein Kleinkrieg, in dem die jüdischen Truppen schnell die Oberhand gewinnen.

14. Mai 1948: Ende des britischen Palästina-Mandats und Gründung des Staates Israel. Die arabischen Nachbarstaaten erklären Israel den Krieg, der sich mit Unterbrechungen bis zum März 1949 hinzieht. Israel kann sich gegenüber dem UNO-Teilungsplan stark vergrößern. Zwischen 500.000 und 700.000 Palästinenser sind geflüchtet; Israel verweigert ihnen die Rückkehr.

29. Oktober 1956: Israel greift an der Seite Großbritanniens und Frankreichs, die ihre kolonialistischen Interessen am Suez-Kanal schützen wollen, Ägypten an. Israelische Truppen überrennen erstmals die Sinai-Halbinsel, müssen sie aber einige Monate später unter amerikanischem Druck wieder räumen.

1964: Gründung der PLO als Instrument der nationalistischen arabischen Regime, vor allem Ägyptens. Formulierung der Nationalcharta, die das Existenzrecht des Staates Israel negiert. Obwohl in der Praxis längst obsolet, werden diese Passagen der Charta offiziell erst im September 1993 widerrufen.

5. - 10. Juni 1967: Mit der Behauptung, ein feindlicher Angriff habe bevorgestanden, überfällt Israel die Nachbarstaaten Ägypten, Syrien und Jordanien. Der Krieg endet mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Gaza-Streifens, des Westjordanlands und der Golan-Höhen.

1968-69: Mit der Übernahme der PLO durch die von Arafat geführte Fatah beginnt die Emanzipation der palästinensischen Befreiungsbewegung von den Interessen arabischer Regimes.

September 1970: Machtkampf zwischen den Palästinenserorganisationen in Jordanien und dem Regime von König Hussein. Nach schweren, verlustreichen Kämpfen (besonders unter der Bevölkerung der Flüchtlingslager) setzt sich das Regime durch. Die Palästinenser verlieren weitgehend ihre Aktionsmöglichkeiten in Jordanien. Der Libanon wird zum neuen Schwerpunkt des palästinensischen Exils.

1970-74: "Hochkonjunktur" der Flugzeugentführungen, hauptsächlich durch Kommandos der PFLP oder Abspaltungen von dieser linksnationalistischen Organisation. Trotz der Euphorie, die die neue Aktionsform bei den palästinensischen Massen auslöst, setzt sich in der PLO um die Mitte der siebziger Jahre die Überzeugung durch, daß solche Methoden kontraproduktiv seien und abgelehnt werden müßten.

Oktober 1973: In einer koordinierten Aktion greifen Ägypten und Syrien die israelischen Truppen an den Waffenstillstandslinien von 1967 an. Nach Anfangserfolgen, die vor allem der Überrumpelung des Gegners zu verdanken sind, müssen die Armeen Ägyptens und Syriens noch hinter die bisherigen Frontlinien zurückweichen.

Juni 1974: Auf der 12. Tagung des Palästinensischen Nationalrats wird ein 10-Punkte-Programm gebilligt, das in verklausulierter Form erstmals den Weg zu einem eigenen Staat nicht anstelle von Israel, sondern neben diesem öffnet. Der Streit um den sogenannten Mini-Staat führt zum zeitweisen Rückzug der radikalen Organisationen aus dem Führungsgremium der PLO.

13. November 1974: Der Auftritt Arafats in der UNO bedeutet für die PLO einen großen diplomatischen Erfolg, doch bleibt dies ein isoliertes Ereignis, auf das viele Rückschläge folgen.

1975-76: Höhepunkt des Bürgerkriegs im Libanon. Die Machtkämpfe werden durch das Eingreifen der syrischen Armee zuungunsten der Palästinenser und der progressiven libanesischen Kräfte entschieden. Syrien gewinnt maßgeblichen Einfluß auf die libanesische Innenpolitik.

1975-76: Die PLO-Spitze beauftragt erst Said Hamami, dann (nach Hamamis Ermordung. Issam Sartawi damit, Kontakte zu israelisch-jüdischen friedenswilligen Persönlichkeiten aufzunehmen. Zaghafte Anfänge eines Dialogs sowie eines ideologischen und programmatischen Umdenkens in der PLO. Auch Sartawi wird 1983 später ermordet. Beide Morde werden Abu Nidal angelastet.

März 1978: Israelischer Vormarsch in den Libanon; Errichtung der "Sicherheitszone" im Süden des Landes.

17. September 1978: Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten. Erster Friedensschluß eines arabischen Staates mit Israel, das sich zur Räumung der seit 1967 besetzten Sinai-Halbinsel verpflichtet. Präsident Sadat wird wegen dieses Separatabkommens in der gesamten arabischen Welt, auch von der PLO, heftig kritisiert - und fällt später einem Mordanschlag zum Opfer.

Juni 1982: Israel greift mit massiven Kräften den Libanon an. Erklärtes Ziel ist die militärische Zerschlagung der PLO und sämtlicher palästinensischer Strukturen. Arafat wird von der israelischen Armee mit Tausenden Kämpfern in Westbeirut eingeschlossen. Wesentlich aufgrund amerikanischen Drucks können die Palästinenser nach wochenlanger Belagerung im September frei aus Beirut abziehen. Kurz darauf verüben faschistische Milizen mit Unterstützung Israels Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila.

September 1982: Die Arabische Liga, einschließlich der PLO, stimmt dem von Saudi-Arabien vorgelegten Fahd-Plan zu, der auf die indirekte Anerkennung Israels und einen palästinensischen Staat nur in den besetzten Gebieten hinausläuft.

September-November 1983: Kämpfe zwischen Arafat-loyalen PLO-Einheiten und "Radikalen", die massiv von Syrien unterstützt werden. Im nordlibanesischen Tripoli wird Arafat zum zweiten Mal eingeschlossen. Wieder kann er nur aufgrund amerikanischer - und ägyptischer - Hilfe abziehen. Arafats Dankvisite bei Mubarak löst heftigen Protest in der PLO aus.

November 1984: Auf der 17. Tagung des Nationalrats, die in Amman stattfindet, ist Arafat praktisch mit seiner Fatah allein. Die PLO ist zutiefst gespalten. Als Alleingang schließt Arafat im Februar 1985 ein Abkommen mit König Hussein ab, das die PLO unter jordanischen Einfluß bringen würde. Breitester Widerstand dagegen innerhalb der PLO. Hussein kündigt das Abkommen im Dezember 1986 einseitig auf, da Arafat nicht genug zu Zugeständnissen an Israel bereit sei.

Oktober 1985: Die israelische Luftwaffe greift das PLO-Hauptquartier in Tunis an, offensichtlich in der Absicht, Arafat und möglichst viele andere PLO-Funktionäre zu töten.

Fast gleichzeitig stellt der sozialdemokratische Außenminister Perez erstmals seinen Friedensplan vor, der zwar den Vorschlag von Verhandlungen, aber kein konkretes Angebot an die Palästinenser enthält.

April 1987: 18. Tagung des Nationalrats. Es gelingt, die Opposition wieder in die PLO zu integrieren und damit das Spektrum der palästinensischen Nationalbewegung - außer einigen von Syrien ausgehaltenen provokatorischen Gruppen - erneut zusammenzuschließen.

Dezember 1987: Beginn der Intifada, der Massenrevolte gegen das Besatzungsregime.

15. November 1988: 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats. Gründungserklärung des Staates Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem beschlossen. Zugleich indirekte Anerkennung des Staates Israel. Die US-Regierung nimmt daraufhin im Dezember 1989 Gespräche mit der PLO auf, bricht diese aber im Juni 1990 aufgrund einer terroristischen Aktion, für die sie die PLO-Spitze verantwortlich macht, wieder ab.

Januar-Februar 1991: Zweiter Golfkrieg. Die PLO, die für den Irak Partei ergriffen hatte, gerät in die Isolierung. Die meisten arabischen Regimes kürzen einschneidend ihre finanziellen Zuwendungen an die PLO und für die besetzten Gebiete. Zehntausende Palästinenser müssen Kuwait verlassen, das ihnen zur zweiten (oder dritten) Heimat geworden war.

Oktober 1991: Mit einer Konferenz in Madrid als Auftaktveranstaltung beginnen bilaterale Gespräche zwischen Israel einerseits, den arabischen Konfliktparteien andererseits.

Juli 1992: Nach einem Erfolg bei Neuwahlen im Juni kommt in Israel die sozialdemokratische Arbeitspartei an die Regierung. Nachdem die vorhergehende Regierung Schamir die Friedensgespräche nur hinhaltend geführt hatte, verbinden sich mit dem Wechsel Hoffnungen auf einen ernsthafteren Verlauf der Verhandlungen.

Dezember 1992: Die israelische Regierung verfügt die Ausweisung von mehr als 400 Palästinensern, die angeblich der islamistischen Hamas angehören und kollektiv für den "Terror" in den besetzten Gebieten verantwortlich gemacht werden.

Die PLO erklärt, daß sie die Friedensgespräche nicht fortsetzen werde, bevor allen Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet wird. Ohne daß diese Forderung erfüllt ist, kehrt die palästinensische Delegation im April 1993 an den Verhandlungstisch zurück.

13. September 1993: Israels Außenminister Perez und ein PLO-Vertreter unterzeichnen in Washington eine gemeinsame Absichtserklärung über die nächsten Schritte des Friedensprozesses in den besetzten Gebieten.

11. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr

Von Jörg Rohwedder

Autor: Jörg Rohwedder · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:26

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) wurden am 26.11.1992 vom Bundesverteidigungsministerium (BMVg oder auch Kriegsministerium) erlassen. Die Verteidigungspolitiker haben lange daran gearbeitet. Bereits mit dem sogenannten Stoltenbergpapier vom Januar 1992 sind die ersten Grundstrukturen gebildet worden. (...)

Die ersten Ausgangspunkte sind aber noch früher gelegt worden. Auf der Tagung des Nato-Rates in Rom im November 1991 wurden die grundlegenden Analysen und die daraus resultierenden Folgerungen festgelegt. Mit dem Begriff "Risiko" befreite sich die NATO aus dem Dilemma, eigentlich keine Legitimation mehr zu haben. (2) Wenige Wochen vor der Tagung in Rom hat die "Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr" ihren Bericht vorgelegt. Ein Jahr hat sie über die neuen Aufgaben nachgedacht und abschließend die grundlegende Richtung vorgegeben, die sich in den VPR manifestiert. (3)

Die Weichenstellung für eine neue Bundeswehrstruktur unter den veränderten Rahmenbedingungen, die mit diesen Grundsatzpapieren eingeleitet wurden, hat eine ähnliche Bedeutung, wie sie die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1956 hatte. (4) Mit den VPR wird ein jahrzehntelanger gesellschaftlicher Konsens über die Gründe und die möglichen Gebiete für einen Kriegseinsatz der Bundeswehr aufgebrochen. Über eine Verteidigung des BRD-Territoriums und des NATO-Gebietes hinaus soll deutsches Militär die Interessen des Staates wieder weltweit vertreten können. Die Hindernisse dafür sollen so weit wie möglich abgebaut werden.

I. Zweck und Stellenwert

der VPR

Die Wichtigkeit der Verteidigungspolitischen Richtlinien wird schon mit den ersten Zeilen unmißverständlich klar. "Die VPR definieren die Grundsätze zur Sicherheitspolitik, den Auftrag der Bundeswehr und die wesentlichen Aufgaben der Streitkräfte." [1.] (5) "Die VPR sind verbindliche Grundlage für die ... deutsche militärische Interessenvertretung nach außen" [5.] Daß die Richtlinien nicht nur Grundsätze für eine interne Diskussion sind, wird schon bei der sporadischen Durchsicht von Stellungnahmen deutscher Militärs und Politiker deutlich. (6) In ihren Diskussionen zitieren sie mehr oder weniger direkt aus den VPR. Aber auch in den farbigen Werbebroschüren der Bundeswehr findet sich die Neubestimmung der Aufgaben wie selbstverständlich wieder. (7) Mit den Richtlinien wird inzwischen offensiv umgegangen, was sich vor allem nach den Entscheidungen des BVerfG zu AWACS und Somalia deutlich auch in der Tagespresse zeigte. (8) Es bleibt aber anzumerken, daß sich das Kabinett zwar mit den VPR befaßt hat, sie jedoch nicht offiziell beschlossen wurden.

Die wichtigen, neuen Begriffe werden bereits im [1.] und [2. Absatz] aufgezählt. Die angebliche Bedrohung durch die Warschauer Vertragsorganisation wurde durch die Chancen und die Risiken ersetzt. Diese Chancen und Risiken gilt es zu gestalten. Dazu ist eine handlungsfähige Armee notwendig, die über das Schützen hinaus auch das "Gestalten" beherrscht. Diese Reaktion auf die drängenden Handlungserfordernisse ist allerdings nicht willkürlich, sondern an die deutschen Interessen und Wertvorstellungen angeknüpft. So kurz, so konfus. Also fangen wir vorne an.

II. Deutsche Wertvorstellungen und Interessen

Grundlegend für das Handeln soll die Werteordnung sein, wie sie im Grundgesetz beschrieben ist. Das Leben in Freiheit und Demokratie soll durch Militär genauso geschützt werden wie das Territorium der Bundesrepublik. Bereits an dieser Stelle ist anzumerken, daß nicht eingegrenzt ist, wo die "freiheitliche und demokratische Lebensordnung" verteidigt werden soll. Eine Verteidigung ist nicht mehr ausdrücklich an das Staatsgebiet oder das Bündnisgebiet der NATO gebunden.

Einige Sätze weiter wird deutlich, wie nationalistisch "die deutschen Werte" festgelegt werden. Die "Charta der Vereinten Nationen" und die "Charta von Paris" der KSZE "entsprechen" den "deutschen Wertvorstellungen" [6.]. Die deutsche Werteordnung des Grundgesetzes wird nicht an den Menschenrechten der Charten der UNO und der KSZE gemessen; sondern umgekehrt wird festgestellt, daß die von nahezu allen Staaten der Welt anerkannten Menschenrechte den deutschen Werten entsprechen. Was geschieht eigentlich, wenn die deutschen Werte und Interessen sich von den Menschenrechten und Völkerrechtsgrundsätzen entfernen? Für diesen Fall folgt im nächsten Absatz die antwortgebende Aussage. "Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und Partner decken." Und: "Auf der Grundlage seiner Werte wird die Bundesrepublik Deutschland seine legitimen nationalen Interessen verfolgen." [7.] Neben den Werten sind die Interessen "der Deutschen" eine entscheidende Größe, da die Risiken daran gemessen werden, inwieweit sie die "legitimen nationalen Interessen" beeinträchtigen könnten.

Das "übergeordnete sicherheitspolitische Ziel" ist es, "Konflikte in Europa zu verhüten und Sicherheit für Europa zu wahren." Über Konflikte außerhalb Europas wird zunächst nichts ausgesagt. Um dieses Ziel für Europa zu erreichen, "läßt sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten:" [8.]

Es folgt unter [Ziffer 8.] eine Aufzählung von 10 Punkten, die zentral für den Inhalt zukünftiger Kriegspolitik sind. Zwei Punkte machen klar erkennbar, daß deutsche Kriegspolitik sich nicht mehr auf ein eingegrenztes geographisches Gebiet bezieht. Da ist zum einen der [Punkt 2]: "Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können." (...) Im Grunde ist damit ein Eingriff in alle Arten von Auseinandersetzungen begründbar, die in irgendeiner Weise die "Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können."

Gleichzeitig wird in den VPR erkannt, daß in einer Welt, in der alle Länder zwingend aufeinander angewiesen sind, jede umfangreichere Krise oder jeder Konflikt eine Beeinträchtigung zur Folge haben kann. (vgl. [23.]) Wo der Konflikt ausgetragen wird, ist dabei nicht erheblich. Äußerst dehnbar ist auch der Begriff: "Beeinträchtigung". Die Unversehrtheit und vor allem Stabilität einer Industrienation, die auf Rohstoffe angewiesen ist, kann schnell beeinträchtigt sein. Diese Beeinträchtigung wird in einem wirtschaftlichen Abschwung wesentlich spürbarer empfunden werden.

Daß die wirtschaftlichen Interessen wichtig sind, artikulieren die Autoren in [Punkt 8]: "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und (strategischen) Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung." (In kursiv ist der ursprüngliche Satz aus dem Stoltenbergpapier dargestellt.) Durch den Zusatz "in aller Welt" sind hier ausdrücklich alle geographischen Grenzen fallengelassen worden. Die Ergänzung "im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" soll die ursprüngliche Formulierung abmildern. Auch im [Punkt 3] wird betont, daß "Deutschland eine kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen ist". (9)

III. Die Herausforderungen

der Zukunft -

Chancen und Risiken

Einleitend erkennen die Militärs im BMVg, daß die Prozesse in Osteuropa für die BRD stabilisierend wirken und daß die BRD "nicht mehr in unmittelbarer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates liegt." [9.] Etwas später machen sie diese Wahrnehmung einer zunehmenden Sicherheit ganz deutlich: "Für Deutschland ist die existentielle Bedrohung des Kalten Krieges irreversibel (unumkehrbar) überwunden. Der bedrohlichste Fall einer großangelegten Aggression ist höchst unwahrscheinlich geworden". [18.] Nachdem es keine Bedrohung mehr gibt, ist mit den Chancen und Risiken ein Ersatz gefunden worden.

"Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein ganzheitlicher Ansatz von Schützen und Gestalten". [2.] Die Bundeswehr bekommt zu ihrer ureigensten Aufgabe eine weitere hinzu. Sie soll auch formend eingreifen. Damit erhält das Militär Aufgaben, die bisher nur durch die Politik wahrgenommen werden sollten. (10)

Ein weiterer Nachweis für die politischen Aufgaben der Bundeswehr findet sich bei den grundlegenden Parametern der Bestimmungsfaktoren deutscher Verteidigungspolitik: Sicherheitspolitik orientiert sich "künftig mehr an der Notwendigkeit, das internationale Beziehungssystem nach sozio-ökonomischen, rechtlichen

sowie ordnungs- und strukturpolitischen Stabilitätsfaktoren zu gestalten." [28.] Folgerichtig werden vor den Risiken die "Gestaltungschancen" dargestellt.

Die Gestaltungschancen

Chancen für die Sicherheitspolitik werden vor allem in Europa gesehen. Sowohl die neutralen Staaten als auch die Staaten der aufgelösten Warschauer Vertragsorganisation sollen "integriert" werden. Was die Aufgabe des Militärs in dieser Situation sein soll, wird nicht klar umrissen. Über eine "Europäische Union" soll es zu einer gemeinsamen europäischen "Sicherheitsstruktur" kommen, wobei "es in der Logik des Einigungsprozesses liege, Europa auch in der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähig zu machen - mit dem Ziel einer europäischen Verteidigung einschließlich militärischer Strukturen." [14.]

Hier, aber auch in weiteren Ziffern der VPR, wird die Stärkung einer europäischen Sicherheitspolitik gefordert. Sie soll eine größere Unabhängigkeit von den USA bewirken. Die USA sollen ein "Partner unter Gleichen" werden und nicht mehr Vormund sein.

In [Ziffer 17.] machen die Autoren der VPR unmißverständlich klar, wie sie sich die Integration und die Sicherheitsstruktur in Europa vorstellen. Der Absatz läßt sich zusammenfassen in dem Satz: Ohne Deutschland läuft gar nichts. Dort wird unverblümt gesagt, daß die Autoren die BRD für die bestimmende Kraft in Europa halten. (11) "Deutschland ist eine maßgebliche Bezugsgröße für die Politik seiner Partner". [17.] Im gesamten Text finden sich ähnliche Ausdrücke nationalistischer Grundhaltung. So wird ausschließlich von Deutschland gesprochen. Wie im Sprachgebrauch von PolitikerInnen und Medien ist auch in den VPR die offizielle Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland verpönt. (12)

Eine ganz eigentümliche Form der dauernd wiederholten Formel, ein souveräner Staat brauche eine Armee, um etwas darzustellen und um ernst genommen zu werden, findet sich unter [Ziffer 43.]: "Der erforderliche Modernitätsgrad der Streitkräfte ist ... am deutschen Selbstbild als moderner Industriestaat zu messen." Also ist es unsere "hervorragende deutsche Ingenieurskunst", die eine effiziente, hochtechnologische Armee erforderlich macht.

Und auch der alte Spruch: "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" findet eine Neuauflage. In der Sprache der VPR hat sich wenig geändert: "Ohne Deutschland werden die durch kommunistische Kommandowirtschaft ruinierten Staaten ökonomisch und sozial nicht gesunden;..." und "...nur mit Deutschland wird die Europäische Gemeinschaft ihre politisch-ökonomische Dynamik entfalten und als Kraftquelle für den wirtschaftlichen Gesundungsprozeß ganz Europas bereitstehen können." [17.]

Die Risiken

Die Risiken werden in die unmittelbar für das Territorium der BRD bedrohlichen Risiken und in die mittelbaren Risiken unterteilt. Für Konflikte und Krisen, die ein Risiko werden könnten, werden folgende Ursachen benannt: "Ihr Spektrum reicht von der innerstaatlichen Dimension sozialer, ethnischer, religiöser und ökonomischer Krisen über die regionale Dimension, die auch machtpolitische Faktoren, territoriale Ansprüche und Verteilungskämpfe umfaßt, bis hin zur globalen Dimension des Wohlstands-und Entwicklungsgefälles sowie demographischer, ökonomischer und ökologischer Fehlentwicklungen." (13)

Darauf folgt ein Satz, der aus der Friedensbewegung stammen könnte und einen ins höchste Erstaunen versetzt: "Diese Risiken sind aufgrund ihres Ursachencharakters nicht militärisch lösbar. Sie können auch nicht mit militärischen Potentialen ausbalanciert werden." [18.] Endlich haben sie erkannt, daß Militär keine Probleme lösen kann, und gleichzeitig verabschieden sie sich von der Abschreckungstheorie. Leider halten die Autoren am Militär fest, das seine Aufgabe jetzt im "frühzeitigen Krisen- und Konfliktmanagement" hat.

Ein weiteres Zitat macht besser deutlich, was wir uns darunter vorzustellen haben. "Ursachen von Risiken und Konflikten werden generell nicht durch den Einsatz militärischer Mittel behoben. Jedoch können Streitkräfte gleichsam in einer "Katalysatorfunktion" die notwendigen Voraussetzungen schaffen, unter denen nicht-militärische Instrumente einer ursachenorientierten Krisen- und Konfliktbewältigung Wirkung entfalten können." [40.] Wir brauchen den kriegerischen Einsatz deutscher Soldaten, um den Frieden vorzubereiten.

Die unmittelbaren Risiken

Die alte Bedrohung gilt als überwunden. Ein Panzerangriff aus "dem Osten" wird nicht erwartet. Das Risiko wird vor allem auch deshalb als gering angesehen, weil die "Nachfolgestaaten der Sowjetunion sich auf einem steinigen Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft befinden. Sie sind auf vielfache Weise politisch, ökonomisch und durch Abrüstungsverträge auch strategisch mit dem Westen verflochten." [19.] Rußland soll zwar an der Entwicklung Europas beteiligt werden, ein konkretes Mitspracherecht in den verschiedensten Gremien (WEU, Europäische Union, EG, NATO) ist jedoch nicht erwünscht. "Der Versuch, Rußland oder die GUS voll zu integrieren, würde die (Europäische) Union und die WEU strategisch aus der Balance geraten lassen." [31.]. Ein "Restrisiko" (14) sehen die Militärpolitiker in der "nuklearen Weltmacht, Seemacht und stärksten Landmacht" [19.] Rußland und in innerstaatlichen und regionalen Konflikten in Europa.

Neben dem Restrisiko sehen die Militärs ein unmittelbares Risiko an der "europäischen Peripherie" [21.]; in anderen Verlautbarungen wird von einem "Krisenbogen" gesprochen. Gemeint sind die Staaten Nordafrikas, des Nahen Ostens und Staaten, die in Asien an das NATO-Gebiet grenzen (Armenien und Aserbaidschan). Eine Gefahr wird darin gesehen, daß die Regierungen dieser Staaten zunehmend über die technischen Möglichkeiten verfügen könnten, mit Raketen Massenvernichtungsmittel nach Europa zu schießen. Die Beschreibung dieses diffusen Feindbildes wird verständlicher bei Berücksichtigung einer Aufgabe unter [Ziffer 8. Punkt 1] "Schutz Deutschlands und seiner Staatsbürger vor äußerer Gefahr und politischer Erpressung."

Ein Risiko, das unmittelbar auf die BRD wirken soll, "betrifft die Angriffe auf die Freiheit und Unversehrtheit deutscher Staatsbürger oder der verbündeter Staaten im Ausland." [22.] Da "die Sicherheit der Bürger eine existenzbegründende Verpflichtung des Staates" [6.] ist, beinhaltet dieses Risiko ein besondere Brisanz. Ein Angriff auf eine Botschaft, auf ein militärisches Vorauskommando oder Einheiten im Ausland sowie auf Urlauber könnte eine Interventionsbegründung ergeben. Der Staat würde seine Existenzberechtigung verlieren, wenn er seine BürgerInnen nicht überall auf der Welt schützen kann.

Ganz ähnlich wird schon bei deutschen Soldaten in Somalia argumentiert. Sie benötigen eine Selbstschutzkomponente. Würde diese Selbstschutzkomponente massiv angegriffen, wäre es staatliche Verpflichtung, weitere Truppen zum Schutz der Schutzkomponente zu entsenden.

Die mittelbaren Risiken

Wie auch bei den unmittelbaren Risiken bleiben die mittelbaren Risiken relativ diffus. Das erfolgt in einer bestimmten Absicht. Je diffuser das Feindbild, um so schlechter kann diesen Feindbildern entgegengewirkt werden, und um so leichter sind sie an die Erfordernisse anzupassen. Der Begriff Risiko impliziert, daß dem Risiko aktiv und offensiv vorgebeugt werden muß, während die alte Bedrohung eine mehr defensive Vorsorge beinhaltete. (15)

Den mittelbaren Risiken wird bedeutend mehr Gewicht beigelegt als den unmittelbaren. [25.] Richtig erkennen die VPR, daß "in einer interdependenten Welt alle Staaten verwundbar sind". Die "unterentwickelten Länder aufgrund ihrer Schwäche und die hochentwickelten Industriestaaten aufgrund ihrer empfindlichen Strukturen". [23.] Eine "internationale Destabilisierung" kann aus den oben aufgezählten Ursachen erfolgen. Die Gefahren, die daraus resultieren, faßt die VPR so zusammen: "Jede Form der internationalen Destabilisierung beeinträchtigt den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, zerstört Entwicklungschancen, setzt Migrationsbewegungen in Gang, vernichtet Ressourcen, begünstigt Radikalisierungsprozesse und fördert die Gewaltbereitschaft." [23.]

Auffällig an der Aufzählung ist, daß sie das menschliche Leiden, den Tod durch Mord, Hunger und Krankheit ausblendet. Das Problem ist für die Autoren nicht, daß Menschen gefoltert und getötet, daß Frauen vergewaltigt werden und daß Kinder verhungern. Auch die militärische Eskalation ist noch keine schwerwiegende Bedrohung. (16) "Viel schwerwiegender sind negative Einflüsse auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Industriestaaten und damit verbundene Rückwirkungen auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt in den Entwicklungsländern." Dem Risiko muß daher so früh wie möglich und am Ort des Entstehens vorgebeugt werden. Das wahre Problem sehen die Autoren in einer Störung der bestehenden Machtverhältnisse. Die Verteilung von Reichtum und Ressourcennutzung soll aufrechterhalten werden. Bei diesen Überlegungen ist logisch, daß "sich Sicherheitspolitik weder inhaltlich noch geographisch eingrenzen" [24.] läßt, und daß "Deutschland ...vom gesamten Risikospektrum betroffen" [27.] ist.

Die Autoren erkennen an, daß die Risiken und Chancen durch kein Land allein bewältigt werden können. "Wir (die Deutschen) benötigen ein flexibles Instrumentarium internationaler Politik und eine handlungsfähige Struktur der euro-atlantischen Institutionen." [26.]

IV. Bestimmungsfaktoren

für die deutsche Verteidigungspolitik Die Entwicklung der Sicherheitsarchitektur (17)

Die bestehenden Organisationen WEU, UNO, KSZE, NATO und Europäische Union sollen stärker miteinander verknüpft werden. Die einzelnen Institutionen sollen einander ergänzen und ihre Instrumente sollen austauschbar sein.[28.] So werden bestimmte Verbände der "Krisenreaktionskräfte" wahlweise der NATO oder der WEU zur Verfügung gestellt (sog. double-hatting). (18)

Diese Austauschbarkeit und die gegenseitige Ergänzung wird unter der Maßgabe betrieben, daß die Europäische Union eine Unabhängigkeit von den USA anstrebt. Das findet seinen praktischen Ausdruck in der Wiederbelebung der WEU, die seit 1984, damals unter deutschem Vorsitz, betrieben wird. (19) Die VPR ordnen der Entscheidung für die WEU einen "strategischen Rang" [29.] zu. Die VPR trifft eine definitive Aussage über den Grad des Ranges: "Die WEU ist Träger der europäischen Verteidigungspolitik, bis die Union in der Lage ist, diese Aufgabe zu übernehmen." [30.]

Bei dieser Wiederbelebung der WEU stellt sich die Frage nach den Gründen. Schließlich hat die NATO lange die europäische Verteidigung gewährleisten wollen. Die Gründe für die WEU liefern die VPR selbst: "Sie (die WEU) ermöglicht den Europäern, mehr Verantwortung für ihre Sicherheit zu übernehmen und besonders in solchen Krisensituationen handlungsfähig zu sein, in denen die NATO nicht in der Lage oder nicht willens ist einzugreifen." Nicht in der Lage einzugreifen ist die NATO vor allem dann, wenn der Einsatz außerhalb des vertraglich vereinbarten Gebietes erfolgen soll.

Da die Mitglieder von NATO und WEU nahezu identisch sind, dürften sie der gleichen Willensbildung unterliegen. Die WEU hat aus europäischer Sicht aber einen Vorteil: Die USA und Kanada sind keine Mitglieder. Im Gegensatz zur NATO hat Frankreich in der WEU volle Mitgliedschaft. Frankreich hat daher ein starkes Interesse an der Stärkung der WEU. Diese Mitgliedschaft ist für die BRD auch deshalb von Bedeutung, weil Frankreich neben Großbritannien die einzige westeuropäische Nuklearmacht ist.

Im "Stoltenbergpapier" hieß es noch: "Erhaltung des nuklearen Schutzes und Einflußnahme auf die Entscheidungen der Nuklearmächte; dies schließt auch die Bereitschaft zur Risikoteilung ein." Dieser unübersehbare Anspruch auf Nuklearwaffen ist aus den VPR verschwunden. Im entsprechenden Passus in Ziffer 8. Punkt 2 flüchtet die BRD unter die Fittiche der Nuklearmächte. Auch im Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates (20) vom 10. Juni 1993 wird bekräftigt, daß der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unverändert und unbefristet verlängert werden soll. Die Wahrheit über den in den VPR angedeuteten Großmachtanspruch werden die deutschen Politiker 1995 zeigen, wenn der Atomwaffensperrvertrag verlängert wird und die realistische Möglichkeit für die BRD besteht, nach Atomwaffen zu greifen.

Die WEU hat ihren eigenen Anspruch als "ein europäischer Pfeiler in der NATO" mit der Petersberger Erklärung erhoben. Die Mitgliedsstaaten erklärten sich bereit, alle Arten von konventionellen Streitkräften zur Verfügung zu stellen. Es wurde ein WEU-Planungsstab geschaffen, der eine Verbindung zur NATO halten soll. (21) Über die zukünftigen Mitglieder der WEU werden ganz konkrete Vorstellungen ausgesprochen. Neben den EFTA-Staaten liegt das Augenmerk auf den "mittelosteuropäischen Staaten". [31.] So gab es gleichzeitig zur Ratstagung ein Sondertreffen der Außen- und Verteidigungsminister aus Polen, der CSFR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und den Baltenstaaten. Auf die GUS wurde aus den oben bereits genannten Gründen wohlweislich verzichtet.

Die NATO bleibt neben der WEU eine Grundlage für die deutsche Militärpolitik. Vorrang bei der Betrachtung erlangt die "strategische Bedeutung". Eine Verbindung zu den USA ist für die globale Beherrschung der Nuklearpotentiale notwendig. Die rein militärischen Funktionen sollen durch verstärkte politische Aktivitäten ausgebaut werden. Aus diesem Grund ist auch der Nordatlantische Kooperationsrat aus der Taufe gehoben worden, dem neben den 16 NATO-Staaten alle mittelosteuropäischen Länder, die GUS-Staaten, die baltischen Staaten sowie Georgien und Albanien angehören. (22) Die Rolle der NATO und des NAKR wird in den VPR

wie folgt gekennzeichnet: "Sie (die Nato) wird sich daher in ihrer politischen Rolle für ganz Europa deutlicher profilieren und über das heutige Kooperationskonzept (des NAKR) hinaus noch stärker den Staaten im Osten öffnen müssen." [33.]

Der KSZE soll die Rolle einer Regionalorganisation der UNO zukommen. NATO und WEU stellen der KSZE und der UNO die Instrumente zur Verfügung, die letzlich aber nicht vollständig aus der militärischen Führung der WEU oder der NATO entlassen werden. Als Regionalorganisation wird die KSZE Interventionen von WEU und NATO legitimieren. In Worten der VPR: "In Krisen und Konflikten muß sie (die KSZE) ihre Aufgabe als regionale Abmachung ... der VN in eigener politischen Verantwortung unter Rückgriff auf die Mittel anderer Institutionen (WEU, NATO) wahrnehmen können." [34.]

Als Regionalorganisation muß die KSZE den Sicherheitsrat gem. Art. 54 jederzeit über die Maßnahmen auf dem Laufenden halten, die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit getroffen oder in Aussicht genommen werden. Diese Berichtspflicht steht der Registrierung von WEU und NATO als Regionalorganisation entgegen, die ihre Pläne natürlich nicht öffentlich machen wollen. Zudem erfüllen beide Organisationen nicht die Mindestvoraussetzungen, die an eine Regionalorganisation gestellt werden. (23) Über die Rolle der KSZE gibt [Ziffer 40.] Auskunft: "Um diese (nicht-militärischen) Instrumente nutzbar zu machen, wird im internationalen Krisenmanagement künftig auch ein frühzeitiger Einsatz militärischer Mittel zur Wahrung und Wiederherstellung der internationalen Sicherheit und des Völkerrechts unter einem legitimierenden Mandat der VN oder der KSZE erwogen werden müssen."

Auch der UNO wird ein Passus in den VPR zuteil. (24) Natürlich soll die UNO, genauso wie ihre inzwischen bei der UNO registrierte Regionalorganisation KSZE, eine Legitimationsfunktion haben. Aber in Ziffer 35. blitzt wieder der kaum verborgene Großmachtanspruch auf. "Strukturen und Verfahren der VN bedürfen ... mit Blick auf zukünftige strategische Trends und Herausforderungen einer tiefgreifenden Reform. Operative Gremien müssen die neuen strategischen Gewichte von Staaten und Regionen abbilden, um die Akzeptanz aller Mitgliedsstaaten für ihre Entscheidungen in Zukunft sicherstellen zu können." Inzwischen hat Außenminister Kinkel den Willen der BRD nach einem Sitz im Sicherheitsrat offen vorgetragen. Einer Veränderung des Sicherheitsrates stehen die ständigen Mitglieder USA, Großbritannien und Frankreich skeptisch gegenüber.

Eine weitere Reformvorstellung in den VPR schlägt vor, daß die "VN bei Bedarf schnell auf entsprechend ausgebildete und ausgestattete Truppenkontingente von Mitgliedstaaten mit deren Zustimmung zurückgreifen können." [35.] Gerne würde die Bundesregierung ebenfalls Truppen bereitstellen. Die in der Agenda für den Frieden genannten dauernd einem UN-Kommando unterstellten Soldaten (25) sind nicht erwähnt. Soldaten zu stellen, ohne weiterhin die nationale Kommandogewalt zu behalten, ist nicht erwünscht.

Bei allen Legitimationsmöglichkeiten wird immer vermieden, sich einem System kollektiver Sicherheit unterzuordnen. Es wird keine denkbare Allianz ausgeschlossen. Alle Kombinationen sind möglich, wobei die Interventionen "vorzugsweise im internationalen Rahmen erfolgen sollen." [22.] Diese Strategie, die einzig den deutschen Alleingang verhindert, sonst aber alle Optionen offen läßt, schlägt sich auch in dem Änderungsvorschlag der Regierungskoalition zu einer Änderung des Grundgesetzes Art. 24 nieder. Der Vorschlag lautet in [Ziffer 3]: "Streitkräfte des Bundes können ... eingesetzt werden: In Ausübung des Rechtes zur kollektiven Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gemeinsam mit anderen Staaten im Rahmen von Bündnissen und anderen regionalen Abmachungen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört." (26)

Wie der Artikel 51 mißbraucht werden kann, zeigt die Rechtfertigung der Clinton-Regierung für ihren Angriff auf Bagdad am 27.6.93. Ein angeblich geplanter Anschlag auf Bush rechtfertigte die "Selbstverteidigung" in Form der Bombardierung Bagdads.

Die Rolle der Streitkräfte

Da bei den Risiken auf die Restrisiken in der GUS hingewiesen wird, bleibt die Verteidigung des Territoriums eine Aufgabe der Bundeswehr. Diese Verteidigung "ist der politische Legitimationsrahmen für die Streitkräfte und die Allgemeine Wehrpflicht". [38.] In den VPR hält das BMVg an der Wehrpflicht fest. (27)

Die Schlußfolgerung aus den "Chancen und Risiken" ist, daß die Streitkräfte ein Instrument der Politik bleiben. [37.] Da jedoch im "erweiterten geographischen Umfeld" agiert werden soll, müssen die Streitkräfte

"handlungsorientiert gestaltet werden." [39.] Drei Kennzeichen machen eine solche handlungsorientierte Armee aus: Sie muß rasch verfügbar, flexibel einsetzbar und besonders mobil sein.

Rüstungskontrolle

und Abrüstung

Neben all den anderen Aufgaben taucht in [Ziffer 41.] eine weitere, unvermutete Aufgabe auf: "Sie (die Streitkräfte) dienen der inneren Stabilität Europas und fördern die Entwicklung der europäischen Sicherheitsstrukturen. Dazu gehören auch Beiträge zur Rüstungskontrolle und Abrüstung." Eigentlich ja nicht dumm gedacht. Wer was von Waffen versteht, kann sie und ihre Vernichtung auch am besten kontrollieren. Andererseits kontrollieren die Streitkräfte über den Abbau einer ihrer Legitimationsgrundlagen, was sie als unparteiischen Kontrolleur ausscheiden läßt. Aber der Wunsch nach Rüstungskontrollaufgaben hat noch eine tiefere Ursache, wie wir einige Sätze später erfahren. "Ein zunehmend wichtiges Feld der Rüstungskontrolle ist es, die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Trägersystemen einzudämmen, globale Bemühung um Zurückhaltung beim Rüstungsexport zu unterstützen sowie international verbindliche Kriterien für ein Rüstungsexportregime zu entwickeln." - Die Vernichtung von Waffenfabriken durch Militär wie am Beispiel Libyens und des Irak zeigt, wie eine solche "Eindämmung" betrieben werden kann. Die anderen Rüstungskontrollaufgaben ließen sich genauso gut mit zivilen Kräfte ausführen. Nur für die Abrüstung durch Krieg ist eine Armee erforderlich. (28)

V. Der Auftrag der Bundeswehr und die Bundeswehrstruktur

Wie unter Rolle der Streitkräfte bereits angedeutet, soll die Bundeswehr jederzeit und überall einsetzbar werden. Da ein nationaler Alleingang nicht für opportun gehalten wird, kann auch die Beschaffung von Waffen und die Aufgabenwahrnehmung internationalisiert werden. Das ist kein besonders neuer Gedanke, da größere Waffenproduktionen schon seit einigen Jahrzehnten länderübergreifend realisiert wurden.

Trotz dieser Internationalisierung bleibt eine Priorität auf nationaler Rüstungsforschung. Bei der Anschaffung von Waffen und Gerät hat die Ausrüstung der flexiblen Einsatzkräfte für Kriege in aller Welt unbedingten Vorrang. "Für die Bedrohung der Vergangenheit darf heute keine Mark mehr ausgegeben werden." (29) Oder in der Sprache der VPR: "Wo Investitionen auf absehbare Zeit nicht unabdingbar erforderlich sind, muß Verzicht geübt werden, um künftig vorrangige Aufgabenbereiche ausgestalten zu können." [43.]

Die Umstrukturierung der Bundeswehr nach diesen Plänen ist schon lange im Gange. Neben den Hauptverteidigungskräften werden die Krisenreaktionskräfte (KRK) strukturiert. Die Hauptverteidigungskräfte bleiben eine Mobilmachungsarmee, die auf einen hohen Bestand von Reservisten angewiesen ist, um die geplante Mobilmachungsstärke von 850.000 Soldaten zu erreichen.

Aber den KRK gilt die Aufmerksamkeit. So "besteht bei der Fähigkeit zum flexiblen Krisen- und Konfliktmanagement ein eindeutiges Defizit, das es abzubauen gilt". [48.] Da sind die Militärpolitiker mit aller Kraft dabei. Ein Blick in die Beschaffungsplanung zeigt, daß Flugbetankung, Lufttransportkapazitäten, leichte Geräte und Waffen den Vorrang genießen. (30) "Bei der Aufstellung der KRK ist der Qualität Vorrang vor schnell erreichter Quantität zu geben". [50.] Die KRK, die in wenigen Tagen einsatzfähig sein sollen, werden nur mit bester Hochtechnologie ausgerüstet werden. (31) Die Umstrukturierung der Bundeswehr verläuft parallel zu gleich gearteten Veränderungen in der NATO. Die Beteiligung der BRD an den KRK umfaßt mindestens 75.000 Soldaten. Es ist aber auch eine Zahl bis zu 100.000 denkbar, womit die Deutschen einen Anteil von gut 50% stellen würden. (32)

Es kommt in der BRD also zu keiner Abrüstung. Es muß von einer Umrüstung gesprochen werden. Diese neue Qualität ihrer Mannen versetzt die Militärs geradezu in Ekstase, aus der ein logischer Schluß folgert: Nach dem Stoltenbergpapier ist eine "nationale Führungsstruktur" notwendig. Die VPR drücken die Ekstase und ihre Konsequenzen etwas gemäßigter aus. "KRK müssen befähigt werden, nach Art, Intensität sowie Warnzeit, Dauer und Ort unterschiedliche Krisen und Konflikte im Bündnis und in anderen internationalen Kooperationsformen erfolgreich zu bewältigen. Sie müssen den daraus resultierenden neuen Anforderungen an Ausbildung, Ausrüstung, Flexibilität und Mobilität gerecht werden. Dazu gehört auch eine ständige, zentrale, teilstreitkraft-übergreifende Planungs- und Führungsfähigkeit". [48.] Der deutsche Generalstab soll

wieder auferstehen. Bei soviel geplanter Interessenswahrnehmung durch das deutsche Militär ist ein Generalstab auch notwendig. (33)

Ein in den VPR genannter Auftrag der Bundeswehr soll hier nicht unterschlagen werden. "Die Bundeswehr hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen." [44.] Neben einem kleinen weiteren Hinweis in [Ziffer 37.] ist das die einzige Aussage über "humanitäre Aktionen". Die Gewichtung spiegelt genau das Gegenteil der Diskussion in den Medien wieder. Es ist den Autoren nicht daran gelegen, ihr Werk der Öffentlichkeit vorzustellen. Sie hantieren lieber mit undefinierten Begriffen, unter denen letzlich vieles verstanden werden kann.

Die letzte [Ziffer 53.] über das Leitbild und Selbstverständnis des Soldaten möchte ich fast unkommentiert zitieren, da der Text für sich spricht: "Im Zentrum des soldatischen Leitbildes steht weiterhin der Wille, Deutschland zu schützen und dazu notfalls auch sein Leben einzusetzen. Unsere Soldaten müssen künftig aber auch bereit sein, in einer eng verflochtenen Welt neben der Verantwortung für ihr Land Mitverantwortung für die bedrohte Freiheit und das Wohlergehen anderer Völker und Staaten zu übernehmen. Sie sollen mit derselben Tatkraft und Tüchtigkeit, mit der sie ihre Kampfaufträge durchführen, zur internationalen Kooperation, zur Hilfe und zur Rettung fähig sein. Soldatische Professionalität muß sich dazu an den realen Bedingungen von Krieg, Gefahr und menschlichem Elend orientieren, unter denen Soldaten künftig ihren Dienst leisten werden." Zur Ergänzung hier nur zwei Sätze von Manfred Geist, Chefredakteur der "Welt am Sonntag": "Weinerlichkeit ist im Katalog der soldatischen Tugenden nicht vorgesehen", und "wir wissen, daß eine schlechte Kaffeebohne den ganzen Sack verderben kann" (34) Die Aufgabe der DFG-VK und der Friedensbewegung muß es sein, viele "schlechte" Kaffeebohnen in die alten Säcke zu bekommen.

Dieser Artikel stammt aus Material, das die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, DFG-VK Landesverband Hamburg und Schleswig-Holstein, im Oktober 1993 herausgibt. (1) Darin ist der vollständige Text der Verteidigungspolitischen Richtlinien und dieser Kommentar enthalten. Die Broschüre kann für DM 4,- bei der DFG-VK Hamburg, Amandastr. 58, 20357 Hamburg, 040/432005 gegen Einsendung von Briefmarken bestellt werden. Weitere Literarurhinweise, Kontakte zu Referenten und Materialien sind dort ebenfalls erhältlich. Der Autor, Jörg Rohwedder, steht auch als Referent in Norddeutschland zur Verfügung.

Anmerkungen:

1) Die Überarbeitung für den ak hat minimale Kürzungen und Änderungen.

2) vgl. Bendrath, Ralf, "out of area" und rein in die Schlacht, Zivilcourage (Mitgliederzeitschrift der DFG-VK) 2/93, S. 6

3) Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr, Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr Abschlußbericht und Empfehlungen, Bonn, 9/1991

4) vgl. Volker Böge, Mut zur Selbstbeschränkung, "Blätter", 7/91

5) soweit nicht anders vermerkt gibt die Zahl in eckigen Klammern [] die Ziffer in den VPR an. Runde Klammern () kennzeichnen Anmerkungsnummern.

6) Hier nur einige Hinweise: Kohl, Helmut, Der sicherheitspolitische Auftrag der Bundeswehr im vereinten Deutschland, Rede in Potsdam, Bulletin, Nr. 66 vom 29.7.93, S. 689-691; Rühe, Volker, Zukunftsaufgaben deutscher Sicherheitspolitik, Europäische Sicherheit, 8/92, S. 421-426; Kolbow, Walter, Die zukünftige Aufgabe der Bundeswehr, Europäische Sicherheit, 9/92, S. 489-495; diverse Sprecher, Welt am Sonntag, 23.5.1993, Bericht über das "Forum Bundeswehr und Gesellschaft" unter dem Motto "Die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen"

7) BMVg, Wegweiser durch die Bundeswehr, Bonn, 6/1992, S. 6-7 Bemerke: bereits vier Monate vor den VPR und nur fünf Monate nach dem viel kritisierten Stoltenberg-Papier. Information für die Truppe, IFDT, 12/92, 5/93 und 6/93. Es lassen sich bestimmt noch mehr Bestätigungen finden.

8) vgl. Meier, O., Noch ist Somalia nicht verloren, ami, Berlin, 6/93, S. 9-14

9) Soweit nicht anders vermerkt sind Hervorhebungen in den Zitaten aus den VPR vom Verfasser.

10) vgl. Köhler, Otto, Konkret, 3/93, S. 17

11) Es ist manches Mal überraschend, wie unverblümt sie solche Aussagen treffen.

12) Diese noch inoffizielle Namensgebung paßt sich auch besser der ersten Strophe der Nationalhymne an.

13) Kolbow, Walter, a.a.O., S. 489 hat folgende Aufzählung: "Klima- und andere ökologische Katastrophen, als solche das Überleben der Menschheit insgesamt bedrohen, Natur- und zivile Katastrophen durch nicht beherrschbare Technologien, Verteilungskämpfe und innere Unruhen wegen Überbevölkerung und Unterentwicklung und Mißwirtschaft sowie daraus resultierende Hungerwanderungen, massive Menschenrechtsverletzungen oder Völkermord mit entsprechenden Fluchtbewegungen sind neue wahrscheinlich in der Zukunft weiter wachsende Risiken." Auch hier folgt der Hinweis auf den Ursachencharakter der Risiken, die nicht militärisch bekämpft werden können.

14) Das Restrisiko hat die Herrschenden bei den Atomkraftwerken nie interessiert.

15) ausführlich dazu Huschen, Andreas, Die begriffliche Neuorientierung deutscher Sicherheitspolitik, ami, 12/92, S. 47ff

16) Für die Menschheit ist die militärische Eskalation eine Bedrohung, für die Reichen im Norden nicht.

17) "Sicherheitsarchitektur" ist sicher eine der prosaischsten Wortschöpfungen in den VPR.

18) Fuchs, Katrin, Vorbereitung auf das Schlachtfeld der Zukunft, FR.

19) vgl. Komitee gegen den imperialistischen Krieg, BRD auf Kriegskurs, Flugschrift zu beziehen über Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

20) abgedruckt in Bulletin Nr. 55 vom 19. Juni 1993, S. 577-580

21) vgl. Steinmetz, Chr., Die Petersberger Erklärung der WEU, ami, 9/92, S. 8-10

22) vgl. Steinmetz, Chr., Die Herbsttagung der NATO, ami, 1/93, S. 6-8

23) ausführlich zu den Regionalorganisationen Meier, Oliver, Frieden schaffen durch Regionalorganisationen?, ami, 7-8/93, S. 33-38

24) in neudeutscher Übersetzung heißen die UN in den VPR permanent VN. Eine bissige Bemerkung dazu nachzulesen bei Köhler, Otto, a.a.O., S. 18

25) Agenda für den Frieden, Bericht des Generalsekretärs gemäß der am 31.01.1992 von dem Gipfeltreffen des Sicherheitsrates verabschiedeten Erklärung, 17. Juni 1992

26) BT-Drucksache 12/4107 vom 13.01.1993

27) Auf eine Spekulation über die Abschaffung der Wehrpflicht soll hier verzichtet werden. Ausführlich dazu: Philipp, Stefan, 4/3, Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst, 2/92, S. 63-67

28) Zu Problemen der Proliferation aus der GUS: Müller und Schaper, Nuklearer Schwarzhandel?, Friedensforschung Aktuell, Ausgabe 34, Mai 1993, HSFK Frankfurt

29) Rühe, Volker, a.a.O., S. 426

30) siehe sehr ausführlich: Karl, Wilfried, Rüstungsplanung und Friedensdividende in der BRD, HSFK-Report 14-15/1992 vom Dezember 1992, HSFK Frankfurt

31) über die genaue Strukturierung: Bendrath, Ralf, a.a.O., S.6, und Nassauer, Otfried, ami, 12/92

32) Fuchs, Karin, a.a.O,

33) vgl. Bendrath, Ralf, a.a.O., S. 8 und Steinmetz, Chr., Naumann als politischer Nebenlautsprecher, ami, 4/93, S. 3-4

34) Welt am Sonntag, a.a.O.

12. Der große Kahlschlag. Das Kapital sichert sich den Wirtschaftsstandort Deutschland

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:22

"Viele zweifeln, ob sich Arbeit noch lohnt, wenn sie hören oder in ihrem persönlichen Umfeld erleben, daß es in manchen Fällen kaum noch Abstände zwischen Sozialhilfe, Lohnersatzleistungen und Arbeitsentgelt gibt." Helmut Kohl sprach im Bundestag aus, was seiner und der Kapitalisten Meinung nach in nächster Zeit in der Sozialpolitik oberste Priorität haben soll: Kürzungen bei Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen. Wer hier kürzt, treibt nicht nur immer mehr Menschen in die Armut, sondern hat schließlich auch die Löhne im Visier.

Gern wird die Steigerungsrate des Eck-Regelsatzes der Sozialhilfe zwischen 1980 und 1991 mit der Steigerungsrate der durchschnittlichen Nettolohn- und Gehaltssumme verglichen, denn prozentual ergibt sich dabei eine Steigerung der Sozialhilfe um 48% gegenüber nur 42% beim Nettolohn. Der Eck-Regelsatz lag allerdings 1980 bei nominal 310 DM, 1991 bei 460 DM. Die durchschnittlichen Nettolöhne lagen 1980 nominal bei 1765 DM, 1991 bei 2501 DM. Gab es 1980 noch einen Abstand zwischen Eck-Regelsatz und durchschnittlichen Nettolöhnen von 1455 DM, lag dieser 1991 bei 2041 DM. Wer dabei von einer Verringerung des Abstandes von Löhnen und Sozialhilfe redet, sollte Kurse in den Grundrechenarten belegen. Selbst real hat sich der Abstand zwischen 1980 und 1991 noch um 73 DM erhöht.

In den fünf neuen Bundesländern kann es tatsächlich dazu kommen, daß die Sozialhilfe die Höhe von Löhnen bzw. Lohnersatzleistungen erreicht. Der Eck-Regelsatz der Sozialhilfe bewegt sich im Osten fast auf dem gleichen Niveau wie im Westen (bei 489 DM im Monat), da sich die Preise im Osten von den Preisen im Westen kaum noch unterscheiden und die Sozialhilfe dem Bedarfsdeckungsprinzip folgen soll. Bekanntlich bewegen sich die Löhne und demgemäß die Lohnersatzleistungen auf einem wesentlich niedrigeren Niveau als in der Alt-BRD.

Kürzungen bei der Sozialhilfe, der von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Wirkungsweise eines Mindestlohnes zugesprochen wird, führen zwangsläufig zu Kürzungen bei Lohnersatzleistungen und Löhnen. Um dieses Ziel zu erreichen, betreibt die Bundesregierung das Prinzip Denunziation ("Mißbrauch" von Sozialleistungen), Disziplinierung (verschärfte Meldepflicht) und schließlich Einsparung (Kürzung von Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe). In den Medien wurden Sozialhilfeempfänger zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt - Überschrift in der "Bildwoche" vom 15.4.93: "Staatsfeind Nr. 1: Die Sozial-Schnorrer". Und der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Michael Fuchs, forderte Mitte April 93 ein "Gesetz zur Bekämpfung der Sozialkriminalität".

Familienministerin Hannelore Rönsch hatte im Juni einen sogenannten Mißbrauchskatalog vorgelegt, in dem auch eine besondere Überwachung von Sozialhilfeempfängern vorgesehen ist. Nicht genug, daß seit dem 1.7. in Rahmen des "Föderalen Konsolidierungsprogrammes" die Möglichkeit eines Datenabgleiches aller Sozialämter geschaffen wurde, schlägt Frau Rönsch darin ein Zentralregister für alle Sozialhilfeempfänger vor. Ebenso will sie für diese Menschen das Bankgeheimnis aufheben lassen, um ihre "Bankguthaben" bzw. "Vermögen" überprüfen zu können.

Das am 11.8. vom Bundeskabinett verabschiedete Sparpaket sieht erhebliche Reduzierungen bei der Sozialhilfe vor. Von Juli 93 bis Juni 94 sollen die Eck-Regelsätze um 2% angehoben werden - bei einer offiziellen Inflationsrate von derzeit 4,3%. Vom 1. Juli 94 bis Juni 95 soll es keine Erhöhung geben, vom 1.7.95 bis zum 1.7.96 eventuell eine Erhöhung bis zu 3%, höchstens in der Höhe der Nettolohn- und Gehaltssummenzuwächse der Beschäftigten. Damit sollen bis Ende 1996 2 Milliarden DM eingespart werden. Durch die beschlossenen Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe entsteht nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für die Städte und Gemeinden eine Mehrbelastung bei der Sozialhilfe von 4 Mrd. DM. Der Berliner Senat schätzt eine Mehrbelastung von 8,3 Mrd. DM in der Gesamt-BRD und von 860 Millionen DM allein in Berlin. Von den erwarteten offiziell 3,75 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt werden laut IAB nach Inkrafttreten der Bonner Beschlüsse ca. 1,4 Mio. Menschen weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe erhalten. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wird sprungartig um 300.000 zunehmen. Für die Bundesregierung sind die Kürzungen bei der Sozialhilfe insofern natürlich sinnvoll.

Auch die OECD geht davon aus, daß die Berechnungsgrundlage bei den Arbeitslosenzahlen zu niedrig angesetzt ist. Nach einer Studie erwartet sie für die BRD im Jahresdurchschnitt 1994 4,2 Mio. Arbeitslose (10,9%), annähernd 3 Mio. im Westen, ca. 1,23 Mio. im Osten. Zum Vergleich die offiziellen Zahlen für August 1993: Im Westen gab es 2.314.927 (-10.600) und im Osten 1.174.721 (+8.200) offiziell gemeldete Arbeitslose. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Arbeitslosenrate im Westen von 6,7% auf 8,4%, im Osten blieb sie bei 16,2%. Zu diesen 3.489.648 Arbeitslosen kommen noch 1,443 Mio. Menschen die sich in Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungs- (ABM) und Qualifizierungsmaßnahmen befinden. Zusätzliche 842.500 BezieherInnen von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld und 134.000 Arbeitslose über 58 Jahre müssen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen und werden deshalb nicht mehr mitgezählt. Es gibt also annähernd 6 Mio. Menschen, für die zur Zeit keine Arbeitsplätze angeboten werden. Nicht mitgezählt sind all diejenigen, die vollkommen aus der Statistik herausgedrängt sind, insbesondere Frauen, deren Arbeitsplatz in der Ex-DDR platt gemacht wurde und die zurück an Heim und Herd gedrängt wurden und werden.

Die Arbeitslosenzahlen nähern sich ziemlich stark denen zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 an. Es ist keineswegs davon auszugehen, daß bei einer Überwindung der Krise die Arbeitslosigkeit zurückgehen wird. In den nächsten Jahren sind erhebliche Rationalisierungsschübe zu erwarten. Die momentanen Produktivitätssprünge bei VW sind nur ein sichtbares Indiz dafür. Lagen die offiziellen Arbeitslosenraten in den 24 OECD-Staaten 1992 noch bei ca. 10%, so wird für 1994 eine Zunahme auf 14% prognostiziert. In der EG waren 1992 ca. 17,4 Mio. Menschen arbeitslos, dieses Jahr werden es mit Sicherheit über 20 Mio. werden. Da allerdings in allen Ländern ähnliche "Problemlösungen" als Heilmittel für die darniederliegende Wirtschaft durchgeführt werden, ist davon auszugehen, daß die Arbeitslosigkeit eher noch zunehmen wird.

Der Sparkatalog

der Bundesregierung

Das vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzespaket sieht Kürzungen vor, die dem Bund 1994 15,4 Mrd. DM Einsparungen bringen sollen - auf Kosten der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger.

Im einzelnen: Kurzarbeitergeld, Eingliederungsgeld, Schlechtwettergeld und Arbeitslosenhilfe werden um 3% gekürzt. Arbeitslosengeld wird von 68% bzw. 63% (mit bzw. ohne Kinder) pro Quartal Arbeitslosigkeit um einen Prozentpunkt gesenkt, so daß mensch nach einem Jahr Arbeitslosigkeit 64%/59% des Nettoentgeltes der letzten sechs (bisher drei) Monate erhält. "Durch die degressive Gestaltung wird ein Anreiz gegeben, sich möglichst schnell um einen neuen Arbeitsplatz zu bemühen", begründet das Finanzministerium diesen Einschnitt. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit bedeutet diese Kürzung bei einem monatlichen durchschnittlichen Arbeitslosengeld von 1377 DM im Westen (ohne Kind), ein geringeres "Einkommen" von 87 DM monatlich. Im Osten werden von 925 DM 54 DM weggekürzt.

Die Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe wird auf zwei Jahre begrenzt, und die sog. originäre Arbeitslosenhilfe (Hilfe für Arbeitslose mit nur kurzer Beschäftigungsdauer) wird gänzlich gestrichen. Allein diese beiden Posten bedeuten Einsparungen von 3,5 Mrd. 1994 und jeweils 5 Mrd. 1995 und 1996.

Das Unterhaltsgeld bei Fortbildung und Umschulungen wird von 73%/65% auf 68%/63% gesenkt und im gleichen Maße wie das Arbeitslosengeld quartalsweise um einen Prozentpunkt reduziert. Dies bedeutet eine Kürzung des durchschnittlichen Unterhaltsgeldes von 1364 DM im Westen (mit Kind) um 168 DM monatlich. Von Fortbildungen und Umschulungen kann auf diesem Wege auch abgeschreckt werden. Das Unterhaltsgeld wird von einer Pflicht- zu einer Kann-Bestimmung umgewandelt. Das Übergangsgeld für Teilnehmer an beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen wird von 80%/70% auf 75%/68% gekürzt. Dieser Komplex soll jedes Jahr 2,8 Mrd. DM einsparen.

Das Schlechtwettergeld wird ab Juli 94 gestrichen. Die Ausgaben für ABM sollen in den nächsten Jahren um jeweils 1,3 Mrd. gekürzt werden. Für Anspruch und Höhe beim Kindergeld werden die Einkünfte des Kindes verstärkt berücksichtigt: macht jedes Jahr 1 Mrd. DM. Ausländer, die lediglich eine Aufenthaltsbefugnis und keine Aufenthaltsberechtigung oder -erlaubnis haben, bekommen kein Kindergeld mehr (jeweils 120 Mio. DM); Eingliederungshilfen für Aussiedler, die heute bis zu 15 Monate gewährt werden, werden auf sechs Monate befristet (Einsparungen insgesamt 2,3 Mrd.). Die Bafög-Anpassung 1994/95 wird gestrichen.

Halt, halt es gibt einen Posten, der nicht gekürzt wird: Die für 1994 angekündigte Beitragssenkung bei der Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 6,3% findet nicht statt. Einsparung 1994 2,5 Mrd., 1995 2,6 Mrd., 1996 2,7 Mrd. DM.

Die Bundesregierung sieht in ihrem Plan zwar einen Einspareffekt von 15,4 Mrd. vor, der jedoch auf der anderen Seite durch direkten Kaufkraftentzug wiederum reduziert wird. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geht von einem Rückgang des privaten Verbrauchs um 4% und einem Wachstumsverlust von 1% des Bruttoinlandsproduktes aus, bedingt durch das Sparpaket für 1994; was für den Staat zwangsläufig geringere Einnahmen (Steuern) und höhere Ausgaben (Arbeitslosigkeit) mit sich bringen wird.

Lohnsenkung ist das Ziel

Mit den Kürzungen bei der Sozialhilfe und bei Arbeitslosengeld bzw. -hilfe glaubt man nun genügend Spielraum für Lohnkürzungen zu haben. "Die Korrekturen bei den Sozialausgaben sind nach meiner Einschätzung erforderlich, um gegenüber den Gewerkschaften Lohnzurückhaltung durchsetzen zu können. Die Abstriche bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen Anreize schaffen, wieder eine Arbeit aufzunehmen", so Norbert Walter, Chef-Volkswirt der Deutschen Bank. Bliebe hinzuzufügen, daß die aufzunehmende Arbeit am besten eine untertariflich bezahlte sein sollte. Die Begehrlichkeiten sind groß und den wahren "Jobkiller" sieht der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Haungs in der Tarifpolitik. Für Erwerbslose möchte er deshalb bei Neueinstellungen einen Dumping-Lohn eingeführt wissen. "Die Bezahlung sollte zwischen Arbeitslosengeld und ABM-Löhnen liegen, bei 75 Prozent vom Tarif." (FR, 17.8.93)

Wirtschaftsminister Rexrodt seinerseits fordert niedrigere ABM-Tarife, die einen starken Anreiz geben sollten, ein reguläres Beschäftigungsverhältnis einzugehen. "Wenn die Tarifpartner nicht solche speziellen ABM-Tarife vereinbaren, muß seitens der Bundesregierung das ABM-Regelwerk so umgestaltet werden, daß es sogenannte Gemeinschaftsarbeiten zuläßt, wie sie bis 1969 in der Bundesrepublik möglich waren." (FR, 11.8.93) Diese angedrohten Gemeinschaftsarbeiten im Pflegebereich und bei der "Umweltpflege" sollen im Gegensatz zum Arbeitsdienst "in den 30er und 40er Jahren", wie es verschämt heißt, nicht als Verpflichtung, sondern auf "freiwilliger" Basis laufen. Bei Nichtantritt zur Arbeit gibt es allerdings Leistungskürzungen. In diesem Rahmen könnten Arbeitslose bei Fortzahlung der Unterstützung tätig werden, allerdings dürfte das Entgelt 80% des Tariflohnes bei gleichwertiger Arbeit nicht übersteigen. Stundenlöhne von 2 bis 3 DM winken. Rexrodt folgt damit der Stimme seines Herrn Klaus Murmann (Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände), der erreichen will, "daß sich soziale Leistungen wie die Sozialhilfe mit regulärer Teilzeitarbeit verbinden lassen." (FR, 9.8.) Hans Peter Stihl (Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages) setzt sich ebenfalls, wen wundert's, für niedrigere Einstiegslöhne und für die Kürzung des ABM-Entgeltes ein, da es "zu gut dotiert" sei. (FR, 21.8)

Vorbild für die Bezahlung von ABM-Kräften in der Alt-BRD soll dabei wohl der §249h Arbeitsförderungsgesetz sein, der im Osten zur Anwendung kommt. §249h AFG sieht entweder bei Vollbeschäftigung einen 90%igen Tariflohn oder bei vollem Tariflohn eine 80%-Teilzeitbeschäftigung vor. Die 90%-Regelung wurde in den fünf neuen Ländern von IG Chemie und IG Bergbau bereits akzeptiert.

"Schweiß und Tränen"

Björn Engholm benötigte nur diese drei Worte, um die Politik zu benennen die er zur Sanierung der Staatsfinanzen für notwendig erachtet. In dem Papier "Aufbruch aus der Krise" der baden-württembergischen "Zukunftskommission Wirtschaft 2000", einer konzertierten Aktion auf Länderebene, heißt es: "Ausgangspunkt aller Überlegungen der Kommission ist die Überzeugung, daß eine Neuorientierung des Bewußtseins unserer Gesellschaft notwendig ist. Wir haben uns angewöhnt, den Erfolg unserer Wirtschaft als etwas Selbstverständliches anzusehen, sozusagen als etwas, worauf wir ohne eigenes Zutun Anspruch haben. Wir müssen uns wieder bewußt werden, daß wir von der Wirtschaft leben und unsere gesellschaftliche wie politische Entwicklung von einer international wettbewerbsfähigen Wirtschaft abhängen. Die Bejahung von Unternehmertum und technischem Fortschritt und eine positive Einstellung zur Arbeit und Selbstverwirklichung durch Leistung sind das Fundament für die Sicherung einer guten Zukunft." (Handelsblatt - HB, 30.8.)

"Erforderlich ist die Rückbesinnung auf Tugenden wie Verantwortungsbewußtsein, (...) Zuverlässigkeit, Treue und Pünktlichkeit", heißt es im Vorwort des "Standort-Papiers" von Günter Rexrodt. Helmut Kohl sieht jetzt den Zeitpunkt für massiven Sozialabbau gekommen, "weil sich die Atmosphäre des Landes geändert hat." (HB, 6.9.) Diese neue geistig-moralische (und materielle) Wende sei notwendig, da die Bundesbürger über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Als Beispiele nennt Kohl sechs Wochen Urlaub, zu lange Ausbildungsdauer, zu kurze Maschinenlaufzeiten, verringerte Arbeitszeiten und eine längere Lebenserwartung. Kein geringerer als Obersozialpartner Rappe (IG Chemie-Chef und SPD-Rechter) nahm diesen Ball auf, forderte einen "runden Tisch", und "sprach sich für Löhne unter Tarif auf einem zweiten Arbeitsmarkt und für flexiblere Arbeitszeiten einschließlich Samstagsarbeit aus." (HB, 6.9.)

Auch Rexrodt verkündet, daß in den Tarifrunden Nullrunden anstehen bzw. reale Einkommensverluste hingenommen werden müssen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland, das Exportland Deutschland zu retten. Der Erhalt des Standortes Deutschland sei nurmehr über die Reduzierung der hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, über längere und flexiblere Arbeitszeiten, ein niedrigeres Regulierungsniveau insbesondere bei Umweltschutzauflagen und Genehmigungsverfahren und niedrigere Steuern zu erhalten. Zusätzlich müßten die Staatsausgaben eingegrenzt werden. Diese Punkte werden unisono von allen sich dazu berufen fühlenden Wirtschaftskapitänen und Politikern aus CDU/CSU/FDP gebetsmühlenhaft wiederholt - von BDI-Präsident Tyll Necker ebenso wie von Lambsdorff oder Kinkel oder Murmann oder Forschungsminister Krüger ...

Welches Wohlverhalten beim Kampf um Produktionsstandorte von Beschäftigten und Betriebsräten erwartet wird, macht das Beispiel des neuen Dieselmotorenfertigungswerkes von Opel in Kaiserslautern deutlich. Den Zuschlag für die angestrebte 500 Mio. DM-Investition erhielt das Werk in Kaiserslautern nur wegen der Zustimmung des Betriebsrates zu längeren Maschinenlaufzeiten von 120 Std. pro Woche, aufgrund einer massiven Reduzierung der Fehlzeiten, die in den letzten Monaten von 8% auf 5% sanken, und eines 15%igen Zuschusses zu den förderungsfähigen Investitionsaufwendungen aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur." 15% Investitionszuschuß bedeutet lockere 65 Millionen, die vom Steuerzahler aufzubringen sind.

Der Wunschkatalog

der Kapitalisten

Nachdem der "Sozialmißbrauch" seinen Zweck erfüllt hat, wird nunmehr gegen die "Vollkaskomentalität" der Bundesbürger vorgegangen. Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Pflegeversicherung ist vom Umbau des sozialen Netzes die Rede. Da deutsche Arbeitsplätze schon heute zu den teuersten gehörten, dürften sie durch neue Sozialleistungen nicht noch weiter verteuert werden. "Soziale Sicherung ja, soziale Hängematte nein", heißt die von Kinkel ausgegebene Parole. "Eine Pflegeversicherung ohne die Kompensation der der Wirtschaft entstehenden höheren Kosten wäre deshalb verantwortungslos." (HB 9.8.93)

Was sich hinter der "Kompensation" verbirgt, ist nichts anderes als eine schrittweise Verabschiedung der Arbeitgeber aus der Finanzierung der Sozialversicherung. Dadurch wird Schritt für Schritt den späteren potentiellen Opfern die Finanzierung der sozialen Risiken übertragen.

Der BDI hat in seiner Kritik am "Standortpapier" gefordert, daß in der BRD Abstand vom Vollabsicherungsgedanken genommen wird. So fordert der Unternehmerverband, daß die Menschen in der BRD mit verschieden hohen Beiträgen die ihnen bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit zustehenden Leistungen "selbst wählen können". Die Arbeitsmarktpolitik wollen die Unternehmer über Steuern finanziert wissen. Bei der Rentenversicherung sollen die Menschen mehr Eigenvorsorge treffen. Statt den Arbeitgeberanteil an der Pflegeversicherung auf die Beschäftigten abzuwälzen, sollen auch hier private Versicherungswege betreten werden. Das neueste Modell, von Arbeitgeber-Präsident Murmann am 9.9. aus dem Hut gezaubert, sieht nunmehr eine private Pflicht-Versicherung und einen Fonds vor, der aus 15%-Lohnkürzungen bei bundeseinheitlichen Feiertagen gefüllt werden soll. Aus diesem 9 Mrd.-DM Fonds sollen dann bis zu einer bestimmten Leistungshöhe von 1200 DM Pflegeleistungen bezahlt werden. Egal welche Vorschläge und Modelle von Arbeitgebern oder Regierungskoalition kommen werden, es wird sich immer um Modelle handeln die, einen Ausstieg aus dem Sozialsystem bedeuten.

Da auf der einen Seite gespart werden soll, können auch die Staatseinnahmen minimiert werden. Der BDI möchte nicht weniger als mindestens die Halbierung der Gewerbesteuer, den Wegfall der betrieblichen Vermögens- und Gewerbekapitalsteuer, eine erhebliche Senkung der Einkommens- und Körperschaftsteuersätze. Zusätzlich wird eine zeitliche Befristung des für 1995 vorgesehenen Solidaritätszuschlages und der Erhöhung der Mineralölsteuer gefordert. Des weiteren sollen die Steuern, die Abgaben und die Staatsquote (Anteil aller öffentlichen Ausgaben einschließlich Sozialversicherung am gesamten Brutto-Inlandsprodukt) auf das Niveau von 1989/90 gesenkt werden. Der BDI kritisierte das "Standortpapier" von Rexrodt als nicht weitgehend genug, würdigte es aber als "zutreffende Situationsbeschreibung". Obwohl das Rexrodt-Papier fast alle vom BDI gewünschten Forderungen zumindest als Planungen erfüllt, bezieht Rexrodt im "HB" schwere Prügel: "Zu einem Kompendium marktwirtschaftlicher Phrasen ist das Regierungspapier zur ‚Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland` geraten. Es strotzt voller Formelkompromisse, auf die sich die streitenden Ressorts in vielen Punkten verständigt haben. Und wo es dann einmal konkreter wird, stehen die Ankündigungen für die Zukunft im offensichtlichen Widerspruch zur aktuellen Regierungspolitik." (HB, 2.9.)

Das Bundeskabinett will die Staatsquote senken durch Abbau von Personal und Subventionen. Den Tarifparteien wird Mäßigung bei Lohnabschlüssen empfohlen, bei ABM sollen niedrigere Tarife vereinbart und für Arbeitslose spezielle Dumpingtarife eingeführt werden. Eine Expertenrunde soll den Arbeitsdienst diskutieren, die Sozialleistungen sollen gekürzt und der Leistungskatalog der Krankenkassen überprüft werden. Kürzere Planungs- und Genehmigungsverfahren und weniger Vorschriften beim Hausbau sind ebenso vorgesehen wie eine Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeit. Daneben benötigen dieser Staat und diese Wirtschaft eine Elitenausbildung an Schulen und Universitäten. "Minoritäten mit ihrer Technologieangst und ihrer Gegnerschaft gegen technischen Fortschritt haben bei uns unverhältnismäßig großen Einfluß. Diese geistige Situation ist der wohl wichtigste und grundlegende deutsche Standortnachteil für Investitionen in die neuen Hochtechnologien", schreibt die "Zukunftkommission Wirtschaft 2000".

Und da die Unternehmer so schön dabei sind, wollen sie diesmal in Gestalt der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) im Rahmen der Standortdebatte alle Freistellungsmöglichkeiten überprüft wissen:

- Bildungsurlaub,

- Freistellung von Betriebsräten,

- Bezahlung von Ausbildungsvergütung während der Berufsschulzeiten und bei Untersuchungen,

- bezahlte Arbeitsbefreiung bei der Teilnahme an berufsgenossenschaftlichen Ausbildungsveranstaltungen,

- Freistellungen für Wehrübungen,

- Generalklausel des § 616 Abs. 1 BGB, die einen Anspruch auf Entgeltbezahlung regelt, wenn der Arbeitnehmer für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert ist. Als da wären Unglücksfälle, eigene Heirat, Tod von nahen Familienangehörigen, Vorladung vor Behörden, Arztbesuche etc.

Das sind im übrigen alles Dinge, die in diversen Manteltarifverträgen, in Schutzgesetzen oder im Betriebsverfassungsgesetz geregelt sind. Aber auch über den Wegfall von Freistellungen ohne Lohnanspruch wird räsonniert, wie z.B. beim Grundwehr- oder Zivildienst, dem Erziehungsurlaub, für die Stellensuche nach Kündigungen, für die Betreuung erkrankter Kinder, für die Wahlperiode als Abgeordneter, für Tätigkeiten in der Jugendpflege- und Wohlfahrt, außerdem für unverschuldete Verhinderungen durch Verkehrsstaus oder Fahrverbote bei Smog. Diese Liste, abgedruckt im offiziellen BDA-Organ "Arbeitgeber", zeigt die schier unersättlichen Deregulierungsgelüste der Kapitalisten.

Auch die Tarifautonomie soll keinen Bestand mehr haben. Da die Härteklausel - wegen der " Verweigerungshaltung" der IG Metall - in den fünf neuen Ländern bisher noch nicht richtig zum Tragen kommt, fordert der BDA die Bundesregierung auf, "ihr Vorhaben einer gesetzlich befristeten Öffnungsklausel für die neuen Bundesländer" wieder aufzugreifen. (HB 19.8.)

Die SPD gibt sich "flexibel"

Sie versucht den Mainstream nicht zu verpassen und spricht sich für eine größere Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit aus. Nach ihren Vorstellungen müßten sowohl kürzere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, als auch längere Arbeitszeiten möglich sein. Ziel ist es, längere Maschinenlaufzeiten zu erreichen. Unter der Leitung von Lafontaine wurde ein Papier "Wirtschaft und Finanzen" entworfen, daß ebenfalls flexiblere Ladenöffnungszeiten und kürzere Genehmigungsverfahren fordert. Sowohl von Lafontaine als auch von Scharping und Anke Fuchs wird ein zweiter Arbeitsmarkt mit untertariflicher Bezahlung gefordert. Spöri (SPD-Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg) fordert eine ähnliche konzertierte Aktion wie in Baden-Württemberg auf Bundesebene. Was dabei herauskommt? Siehe oben. Fast hätte ich's vergessen: Im Falle eines Wahlsieges will die SPD die Lohn- und Einkommenssteuern für kleine und mittlere Einkommen senken.

Und der DGB?

Zwar sieht die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Matthies den in dem Sparpaket enthaltenen sozialen Sprengstoff, zwar fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer anstelle des Sozialabbaus ein Konjunkturprogramm. Auch demonstrierten 3.000 GewerkschafterInnen am 6.9. in Bonn gegen die geplante Einführung der Karenztage und zwischen dem 20. und dem 24.9. soll es Aktionstage gegen die Karenztage geben. Parallel hat mensch es aber mit Herren wie den IG Chemie-Chef Rappe zu tun, der offen für Niedriglöhne und Samstagsarbeit eintritt. Hamburgs ÖTV-Vorsitzender Rolf Fritsch plädierte im "Hamburger Abendblatt" für einen abgespeckten öffentlichen Dienst, für flexible Arbeitszeiten und für eine Privatisierung von z.B. Krankenhäusern und Stadtentwässerung.

Angesichts der Beschlüsse und Planungen der Bundesregierung und den Begehrlichkeiten der Unternehmer sind die Klagen über die "soziale Unausgewogenheit" und die eine oder andere kleinere Aktion eher ein Armutszeugnis. Mag sein, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften sich nur noch als Interessenvertreter der Beschäftigten sehen. Dies könnte sich in den nächsten Jahren bitter rächen, denn der Druck auf die "Arbeitsplatzbesitzenden", von ihrem Lohnbesitzstand abzugeben (allerdings an die Kapitalisten), wird weiter zunehmen. Wird keine Politik für die und mit den aus der Erwerbsarbeit Ausgegrenzten betrieben und wird in der momentanen Situation keine entschlossene Gegenposition bezogen, dürfte die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht in den nächsten Jahren ziemlich unmöglich werden. Daß Mobilisierungsmöglichkeiten bestehen, haben sowohl der Streik in der ostdeutschen Stahl- und Metallindustrie im Frühjahr als auch die Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel, die sich bis Mitte August hinzogen, gezeigt. Einige Unternehmer waren offensichtlich über die große Mobilisierungsfähigkeit der HBV beim Thema Karenztage überrascht. Vielleicht auch ein Grund, warum die Unternehmerseite von den Karenztagen immer stärker abrückt.

gg.

13. Ein westeuropäisches oder ein deutsches Europa des Kapitals?

Nach der De-facto-Auflösung des Europäischen Währungssystems

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:14

Nach der De-facto-Auflösung

des Europäischen Währungssystems

Ein westeuropäisches

oder ein deutsches

Europa des Kapitals?

"Euro-Geld seit gestern mausetot. Hurra, die Mark bleibt." So der Aufmacher der Bild-Zeitung am 3. August, einen Tag nachdem die EG-Finanzminister in tiefer Nacht kurz vor Öffnung der Börsen in Fernost die Ausweitung der Schwankungsbreiten der derzeit im EWS-Wechselkursverbund befindlichen EG-Währungen auf 15 Prozent nach oben oder unten gegenüber den unverändert bleibenden bisherigen Mittelwerten beschlossen hatten. Mit der ihr eigenen gekonnten Vereinfachung verklickerte damit Bild ihren Opfern, was die Stunde geschlagen hat. Denn diese Regelung bedeutet nichts anderes, als daß die BRD ihre Absicht bekundet, ihre in Folge des Anschlusses der DDR angeknackste ökonomische Hegemonie innerhalb Westeuropas auf jeden Fall zu verteidigen bzw. sogar auszubauen. Das verheißt nichts Gutes, weder für die Leserinnen und Leser der "Bild"-Zeitung noch für die Menschen in den anderen westeuropäischen Staaten. Offen bleibt einstweilen, ob dieser Kraftakt des BRD-Imperialismus gelingen wird und welche Auswirkungen er auf den (kapitalistischen) westeuropäischen Einigungsprozeß haben wird.

Sehenden Auges hatte die Bundesbank Ende Juli den nach dem Austritt Großbritanniens und Italiens während der schweren EWS-Krise im September vergangenen Jahres ohnehin schon angeschlagenen Wechselkursverbund mit seinen engen Schwankungsbreiten (2,25 bzw. 6 Prozent) auffliegen lassen. Mit ihrer Weigerung, auf ihrer Sitzung am 29. Juli die Leitzinsen deutlich zu senken, löste sie erwartungsgemäß eine gigantische Spekulationswelle der Kapitalmärkte gegen den französischen Franc aus, der mit den vergleichsweise bescheidenen Währungsreserven der Notenbanken nicht gegenzusteuern war. Denn die Zielsetzung des spekulativen Kapitals (bei dem es sich im übrigen vor allem um die angehäuften Profite der multinationalen Konzerne, der Versicherungen und der Großbanken selber handelt) funktioniert konsequent nach dem Prinzip einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Die von der Bundesbank installierten verhältnismäßig hohen Leitzinsen für die D-Mark verursachen entsprechend hohe, in den übrigen Ländern des Wechselkursverbundes in der Regel wesentlich höhere Zinssätze, die dort erhoben werden müssen, damit es nicht zu Kapitalabflüssen in Richtung DM kommt (die auf Grund der ökonomischen Führungsrolle der BRD als "Leitwährung" innerhalb des EWS einen "Vertrauensvorsprung" genießt). Im Falle Frankreichs herrschte nun schon des längeren die Einschätzung vor, daß solch hohen Zinsen, die zu den Hauptverursachern der tiefen Rezession in Frankreich zählen, angesichts der sehr hohen Arbeitslosigkeit (3,2 Millionen) innenpolitisch nicht mehr lange durchzuhalten gewesen wären, mithin weitere Zinssenkungen in Frankreich zu erwarten seien, was die Gewinnmargen des in Franc angelegten spekulativen Kapitals geschmälert hätte, da die Bundesbank sich weigerte, es der französischen Notenbank gleich zu tun. Also setzte am 30. Juli die konzertierte "Flucht" in die DM ein - mit der prompten Folge, daß von einem Tag auf den anderen der bisher festgesetzte Kurs des Franc gegenüber der DM nicht mehr zu halten war.

Die Politik der Bundesbank

Führende Bundesbank-Kader lassen bei Gelegenheit gerne durchblicken, daß sie von einer europäischen Währungsunion mit einer einheitlichen westeuropäischen Währung, wie sie nach dem Maastricht-Vertrag spätestens 1999 installiert sein soll, überhaupt nichts halten. So plädierte etwa Bundesbank-Chef Schlesinger zum Abschluß der mündlichen Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht zum Maastricht-Vertrag dafür, die europäische Einigung "nicht zu überstürzen" (FAZ, 3.7.93) Denn der Wegfall "des Korrekturfaktors

Wechselkurs könne zu regionalen Spannungen aufgrund unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklungen sowie zu Zahlungspflichten der reicheren Länder führen". "Bei unterschiedlicher Entwicklung der Preise und Produktionskosten" könnte es innerhalb der Union größere Arbeitslosigkeit und Wanderungsbewegungen geben. "Wenn die Entwicklungen zu unterschiedlich seien, verstärke sich der Zwang zum staatlichen Eingreifen, also zu mehr Transferzahlungen und Investitionshilfen für die ärmeren Länder". Eine Entwicklung in "Einzelschritten" sei, so Schlesinger wörtlich, "besser, als wenn man Ungleiches zusammenfügt". Deshalb gehe er davon aus, daß die Währungsunion zunächst aus einem Block von Ländern bestehen werde, die am Anfang keine großen Spannungen aufweisen. Auf Dauer jedoch, so der Bundesbankpräsident feinsinnig, "sei es wünschenswert, das Gros der Mitgliedsländer in der Währungsunion zu haben" (Süddeutsche Zeitung - SZ, 3.7.93) - was auf deutsch gesagt nichts anderes heißt, als daß die Bundesbank politisch und/oder ökonomisch unzuverlässige EG-Staaten von der Währungsunion auszuschließen wünscht.

Eine anschauliche Lektion hatte die Bundesbank bereits im Februar dieses Jahres gegeben, als sich die Spekulation gegen das irische Punt gerichtet hatte. "Mangelnde Solidarität" nannte der irische Finanzminister Ahern damals ganz offen die Weigerung der Bundesbank, der irischen Währung mit Stützungskäufen unter die Arme zu greifen, was der Bundesbank angesichts der auf Grund der geringen Größe Irlands zur Debatte stehenden relativ kleinen Beträge ein Leichtes gewesen wäre. Statt dessen mußte das Punt damals gleich um 10 Prozent abgewertet werden - dies war zugleich die seit dem Bestehen des EWS größte Paritätenabwertung innerhalb des Währungsverbundes.

Ist die Deutsche Bundesbank also, wie oft behauptet, der Buhmann, der, befangen in der monetaristischen Geldlehre, den westeuropäischen Einigungsprozeß sabotiert? Keineswegs, hat sich doch für Helmut Kohl bei den aktuellen Unruhen im EWS die "enge und gute Zusammenarbeit zwischen Bundesbank und Bundesregierung" bewährt. (SZ, 10.8.) Und Finanzminister Waigel wies am Rande der EG-Krisensitzung am ersten Augustwochenende darauf hin, daß sich Bundesbank und Regierung über eine "einvernehmliche Politik" verständigt hätten. (FR, 2.8.) Welche europapolitische Strategie verfolgt die BRD also derzeit?

Europa an einem Scheideweg

Mit dem Brüsseler Beschluß, die unveränderten Mittelkurse der acht verbliebenen Währungen des EWS-Wechselkursverbundes (irisches Punt, dänische Krone, niederländischer Gulden, belgisch-luxemburgischer Franc, DM, französischer Franc, spanische Pesete und portugiesischer Escudo) gegenüber der D-Mark um 15 Prozent nach oben oder unten abweichen zu lassen (Ausnahme: die deutsch-niederländische Sondervereinbarung, die die Aufrechterhaltung der früheren Schwankungsbreite von plus-minus 2,25 Prozent vorsieht), also eine Schwankungsbreite von insgesamt 30 Prozent zu ermöglichen, hat sich "die Gemeinschaft (...) auf unsicheres Terrain begeben (...) Noch niemand übersieht, ob die jüngsten Entwicklungen auch europapolitisch schwere Schäden hinterlassen werden." (Handelsblatt - HB, 3.8.) Denn "mit dem Übergang zu einem De-facto-Floating entfällt das EMS (= EWS, Anm. ak) als ‚Konvergenzpeitsche`: die Stabilitätspolitik ist wieder zur rein nationalen Domäne erklärt worden." (Neue Zürcher Zeitung - NZZ, 4.8.93) Das kann zu schwer abschätzbaren Folgen führen, denn, so hatte die eben zitierte Zeitung etwa am 22.12.92 festgehalten, es "dürften (...) vor allem jene Länder mit starken Gewerkschaftsbewegungen nach wie vor die inflationspolitische Disziplin des Währungsverbundes benötigen".

Unter einem anderen Blickwinkel formuliert die Zeit ihre Sorgen: "Flexible Wechselkurse passen nicht in eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie dividieren die EG-Länder auseinander, statt ihre Einigung zu fördern (...) Abwertungen, gezielt als Instrument der Exportförderung eingesetzt, würden von den Konkurrenten über kurz oder lang ebenfalls mit Abwertungen oder protektionistischen Reaktionen beantwortet. Das wäre das Ende des Binnenmarktes."

So kann man es sehen, muß es aber nicht. Für den Leitartikler der Wirtschaftswoche (6.8.93) war das EWS aufgrund der von der Bundesbank westeuropaweit induzierten hohen Zinsen "zuletzt nur noch eine einzige kontinentale Jobvernichtungsmaschine" und die bundesbankgemäße Linie der FAZ drückt sich folgenderweise aus: "Gerade die Vollendung des Binnenmarktes macht die Änderung von Wechselkursen notwendig." (31.7.93) Hinter dieser Meinung steht die Logik, daß bei dem erwünschten völlig ungehinderten Warenaustausch die schwächeren Länder ihre Handelsbilanzdefizite mit Hilfe von Abwertungen zu vermindern suchen sollten (statt, wie bei einer Einheitswährung zu befürchten, womöglich Transferzahlungen einzuklagen).

Die völlig unterschiedlichen Einschätzungen der jüngsten EWS-Krise spiegeln jedoch nur die Tatsache wider, daß die weitere Entwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion an einem "Scheideweg" angekommen ist, wie der irische Ministerpräsident Reynolds nach der erzwungenen Abwertung seiner Währung schon im Februar feststellte. (SZ, 8.2.) Hielt die BRD in den achtziger Jahren die EG ökonomisch durch ihre solide, kaum von "Verteilungskämpfen" getrübte wirtschaftliche Entwicklung bei niedrigen Zinsen und geringer Staatsverschuldung zusammen bzw. in Schach ("Modell Deutschland"), so ist durch die Finanzierungsprobleme im Zuge der DDR-Annexion auf Grund des hohen Kapitalbedarfs der BRD und ihrer rapide angewachsenen Verschuldung die DM als stabile Leit- und "Ankerwährung" nur noch über die von der Bundesbank mittels der hohen Leitzinsen herbeigeführte Verteuerung der DM zu halten. Denn "die Finanzierungskosten der großen deutschen Staatsschuld hingen von den Marktzinssätzen ab, die wiederum größtenteils vom Vertrauen der Anleger in Deutschland bestimmt seien", so der Chefvolkswirt der Bundesbank, Issing, und weiter: "Wir können nicht hinnehmen, daß die DM einen schlechten Ruf bekommt." (HB, 10.8.93) Inzwischen absorbieren die öffentlichen Hände nämlich 90 Prozent der inländischen Ersparnisse, die BRD ist mithin schon auf Kapitalimporte von derzeit 100 Mrd. DM angewiesen.

Als Ausweg aus dieser DM-Krise bzw. "Krise der BRD-Hegemonie" (ak 347 vom 21.10.93) im EWS standen (und stehen) zwei, theoretisch sogar drei Wege zur Verfügung.

- Erstens und am unwahrscheinlichsten: Auf Grund der ökonomischen Krise der BRD (Rezession, Inflation und wachsende Staatsausgaben und -verschuldung) "kommt die DM ins Gerede" (SZ, 16.6.93), "wachsende Skepsis gegenüber der D-Mark" (NZZ/Schweizer Ausgabe, 21.6.) führt zur "Gefährdung der Ankerrolle der D-Mark" und zu "Spekulationen über Ablösung durch den Franc" (NZZ, 29.6.) - so einige Überschriften vom Juni dieses Jahres. Tatsächlich hatte zu diesem Zeitpunkt die französische Zentralbank unabhängig von entsprechenden Schritten der Bundesbank schon mehrere Leitzinssenkungen vollzogen (insgesamt um 4 Prozent) und sich den deutschen Sätzen angenähert, ohne daß der Franc unter Abwertungsdruck geraten war. Die niederländischen Schlüsselzinsen lagen sogar schon länger unter den deutschen. Spanien hatte bereits im März die Ablösung der DM als Leitwährung gefordert. (Tagesspiegel, 15.3.)

- Zweitens, und das ist das von Frankreich von jeher favorisierte Ziel: Die Krise der DM als Leitwährung soll in die (womöglich sogar beschleunigten) Einführung der europäischen Einheitswährung münden. Die derzeitige Situation ist dabei für die französische Kalkulation relativ günstig: Ist die BRD ökonomisch geschwächt, die DM dadurch nicht stabiler oder tendenziell sogar schwächer als der Franc - "Gegenüber den meisten Währungen dürfte die Mark (...) an Boden verlieren" (Wirtschaftswoche, 11.6.93) - können die Bedingungen für die konkrete Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion nicht mehr weitgehend von Bonn und Frankfurt aus diktiert werden.

- Drittens und diesen Weg zu gehen hat die BRD während der jüngsten EWS-Krise klar gemacht: Der deutsche Imperialismus nimmt den Kampf um die europäische Vormacht auf, um sie als wiedervereinigtes Deutschland um so souveräner durchsetzen zu können. Dabei kommt ihm politisch zupaß, daß er nach vollzogener "Wiedervereinigung" keine besonderen westeuropäischen Rücksichten zu nehmen braucht und daß sich je nach der Entwicklung in Osteuropa ganz neue Möglichkeiten eröffnen können. Das schließt freilich nicht aus, daß es eines Tages (und nach deutschen Vorstellungen eher mit Verzögerung) doch noch zu einer EG-Einheitswährung kommt, dann jedoch gemäß den deutschen Vorstellungen. Denn das Interesse des deutschen Großkapitals (ebenso wie der anderen europäischen Großkonzerne) ist nach wie vor auf die Verbreiterung seiner ökonomischen Basis auf der Grundlage eines einheitlichen, von ihm beherrschten Wirtschaftsraums gerichtet. Nicht umsonst ermahnt der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Walter, die Bundesbank, daß sie "die Rückwirkungen ihres Handelns auf die Wirtschaftspolitik im Ausland in ihre Strategie einbinden" müsse: "Eine nationale Geldpolitik (...) ist überholt." (FR, 9.8.93)

In ihrer Konsequenz bedeuten die in Brüssel beschlossenen erweiterten Bandbreiten, daß die weitere Entwicklung offen ist wie nie zuvor. Da das De-facto-Floating der EG-Währungen spekulativ verursachte Auf- und Abwertungen unwahrscheinlicher macht, entscheiden demnächst erst einmal die realwirtschaftlichen Austauschverhältnisse über den weiteren Kurs der Währungen. Als weiterer Faktor treten allerdings sofort die innenpolitischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern hinzu. Gelingt es den jeweiligen bürgerlichen Regierungen nicht, aus welchen Gründen auch immer, die wirtschaftliche "Stabilität" zu wahren, dürfte das Anlage-Kapital sich wieder in die D-Mark begeben. Voraussetzung dafür freilich ist, daß das "Vertrauen" der internationalen Anleger in die D-Mark nicht beschädigt wird, was nichts anderes heißt, als daß erwartet wird,

daß die BRD langfristig sowohl Wirtschaftswachstum als auch Geldwertstabilität zu sichern vermag. Eine gleichzeitig etwas niedrigere Verzinsung als im übrigen Europa ist unter diesen Voraussetzungen für die großen Kapitalströme ohne Belang, während auf der anderen Seite die als politischer Preis zu installierenden höheren Zinsen etwa in Spanien oder Frankreich in diesen Ländern die rezessiven Tendenzen verstärken.

Die BRD im Kampf um die Führung

Der BRD-Imperialismus muß also in näherer Zukunft den Nachweis erbringen, daß er des Vertrauens des internationalen Kapitals würdig ist. Staat und Kapital haben für die kommende große innenpolitische Offensive gegen die sozialen Rechte und den Lebensstandard der Lohnabhängigen inzwischen alles klar gemacht (Gesundheitsreform, "Sparpaket", Standortsicherungspapier, Arbeitszeitgesetz, Reallohnsenkungen, "lean production" usw. usf.). Vom Erfolg oder Mißerfolg dieser Roßkur wird es abhängen, inwieweit das BRD-Kapital seine Führungsposition erneut zu festigen und in der Folge sogar noch auszubauen vermag. Sollte dies gelingen, dann zeichnet sich jetzt schon ab, daß die südlichen EG-Länder bei diesem ruinösen Wettbewerb um einen Platz an der Sonne aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten ausscheiden werden.

In diese Richtung wird schon geschrieben: "In Wahrheit hat Europa einen Wechselkursverbund, der viel besser ist als das EWS (...) Die Mark, der Gulden, der Schweizerfranken und der österreichische Schilling marschieren seit langem in engstem Gleichschritt, ein prachtvolles Quartett." (SZ, 3.8.93) Solch dumpfer großdeutscher Geist ist allerdings nur dann ökonomisch sinnvoll, wenn zugleich in neuen Dimensionen gedacht wird. Die selbe Zeitung versuchte es einige Tage später noch einmal: "Maastricht zog die Trasse nach Klein-Europa, und das war ein Kind des Kalten Krieges (...) Europa kann nicht mehr Klein-Europa sein; dazu gehören zumindest die Ex-Neutralen, die Norweger, die Polen, Tschechen und Ungarn." (SZ, 7.8.) Es läßt sich freilich auch sachlicher kalkulieren, ironischerweise sogar vordergründig im Interesse der ökonomisch schwächeren Länder: "Eine Währungsunion à la Maastricht wäre die sicherste Methode gewesen, im ‚weichen Bauch` der EG, der von Irland über die Iberische Halbinsel, Südfrankreich und Italien bis nach Griechenland reicht, eine ähnliche Sozialkatastrophe zu erzeugen wie in Ostdeutschland (...) ein DM-Block der Hartwährungsländer mit oder ohne deutsche Führung ist und bleibt der organische, marktwirtschaftliche Weg, die Währungsintegration in Europa voranzubringen. Denn er ist offen für jedes neue Mitglied, das sich aufgrund wachsender innerer Stärke eine Hartwährungspolitik zutraut, siehe Niederlande, Benelux, aber auch, außerhalb der EG, Schweiz oder Österreich. Und er ist offen für Währungswettbewerb im Inneren. Sollte der Franc wirklich die D-Mark überrunden, würde sich der Markt für ihn entscheiden und die D-Mark zum Kurs- und Zinsanpasser degradieren." (Wilhelm Hankel, in: HB, 5.8.93)

Die kaum kaschierte Konsequenz dieser Argumentation: Liegt die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik durch den Wegfall des Wechselkursverbundes wieder in der Kompetenz der einzelnen Staaten, besteht die "Chance", "daß sich in Europa die Spreu vom Weizen wird trennen können (...) Das Augenmerk wird sich dabei vor allem auf Frankreich richten (...) Ohne dieses Land wäre ein monetärer Schulterschluß im EG-Raum wenig sinnvoll." (NZZ, 4.8.) Oder doch?

Die Rolle Frankreichs

Mit der Sondervereinbarung zwischen den Niederlanden und der BRD, den Gulden gegenüber der D-Mark in der engen Schwankungsbreite von 2,25 Prozent zu belassen, hat die BRD ein deutliches Signal gesetzt, daß sie sich die skizzierte Option auf ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten" (so die "weiche" Terminologie des letzten Jahres) bzw. auf einen "DM-Block" offenhält. Wenige Tage später schon erklärten auch die belgische und die dänische Notenbank, daß sie mit ihren Währungen gerne in diese Bandbreite zurückzukehren wünschen. Würde die BRD diesem Ansinnen entsprechen, wäre ein entscheidender Schritt zu einer DM-Zone vollzogen - ohne Frankreich. Dies dürfte jedoch zum jetzigen Zeitpunkt politisch und ökonomisch ein zu großes Risiko für die BRD darstellen.

Frankreichs strategisches Ziel ist es bis heute geblieben, die ökonomische Stärke der BRD politisch in einer westeuropäischen Union unter Kontrolle zu bringen. Mit dem Maastricht-Vertrag von 1990 versuchte Frankreich, parallel zur sich abzeichnenden Annexion der DDR die BRD definitiv in die westeuropäische Gemeinschaft einzubinden. Jetzt, im Zuge der aktuellen EWS-Krise, drängt Frankreich erneut auf die rasche, möglichst vorgezogene Vollendung der Währungsunion, während in der deutschen Politik die Stimmen, die für eine Verzögerung plädieren, überwiegen. Waigel: "Es wird mit uns keine Währungsunion auf einer mittleren

Inflationsebene geben. Für die Währungsunion muß sich jeder qualifizieren. Wir, und andere auch. Ob das nun im Jahre 1999 - 1997 halte ich für unrealistisch - oder im Jahre 2003 stattfindet ist nicht entscheidend. Wichtig bleibt, daß wir an der Zielsetzung festhalten (...) einer Stabilitätsgemeinschaft." (SZ, 14.8.93)

Die französische Europapolitik - so löblich der ihr zugrundeliegende Gedanke einer Einbindung und Kontrolle Deutschlands ist - findet ihre Grenzen freilich rasch an immanenten Widersprüchen. Seit dem Rechtsschwenk der regierenden Sozialistischen Partei und dem Ausscheiden der Kommunistischen Partei Frankreichs aus der Regierung Mitte der achtziger Jahre hat sich Frankreich den Kriterien deutscher Stabilitätspolitik unterworfen, in dessen Folge sich die französische Europa-Vision auf die vom Europa des Kapitals reduzierte.

Als originär französische Vorstellung blieb lediglich der Gedanke übrig, die Integration der EG primär über Geld- und Währungspolitik betreiben zu können (eine Idee, die sich im Streit um die Weisungsabhängigkeit bzw. Unabhängigkeit der künftigen europäischen Notenbank ausdrückt und bei dem Frankreich nach dem Regierungswechsel ebenfalls nachzugeben bereit ist). Auf diesem Feld hat sich das Land freilich längst den Spielregeln der Deutschen Bundesbank unterworfen. Insofern versuchen die französischen Europapolitiker den Teufel mit Beelzebub auszutreiben: Die von Frankreich auch nach der Ausweitung der Bandbreiten weitergeführte Hochzinspolitik mit dem Ziel, es an ökonomischer Stabilität der BRD gleich zu tun, um möglichst rasch wieder zu engen Bandbreiten und sodann zur Einheitswährung zu gelangen, trägt das ihre dazu bei, Europa auf die Hartwährungsländer zu reduzieren und Frankreich von seinen engen europäischen Verbündeten im Mittelmeerraum abzukoppeln.

Da anders als in den südeuropäischen Ländern und gerade auch in Frankreich in der BRD mit einem nennenswerten Widerstand gegen die jetzt anlaufende brutale Sanierungs- und Disziplinierungspolitik kaum zu rechnen ist, wird sich die künftige Rolle der BRD innerhalb der EG danach bemessen, inwieweit der BRD-Imperialismus die selbstgesteckten Ziele zu erreichen vermag. Angesichts der für 1995 geplanten Einstellung diverser, im Zuge des Anschlusses der DDR entstandener Sonderhaushalte und Fonds (Kreditabwicklungsfond, Treuhand etc.) in den Bundeshaushalt, bewegt sich die öffentliche Verschuldung in der BRD allmählich auf die 2 Billionen DM zu. Eine Schuld, die zum einen jährlich bedient werden muß und zum anderen, da dies weitgehend über eine Neuverschuldung geschehen wird, dafür sorgen wird, daß die Zinsen nicht mehr allzu tief fallen, tendenziell eher wieder ansteigen werden. Bleibt der kommenden Sanierungs- und Rationalisierungspolitik jedoch ein durchschlagender Erfolg versagt, mißlingt also der Versuch, mit Hilfe der verstärkten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft die benötigten Anteile am Weltmarktkuchen zu sichern (was sodann zu weiteren Steuerausfällen führen würde), wäre die BRD nicht so ohne weiteres in der Lage, ihren politischen Führungsanspruch innerhalb Europas durchzusetzen. Allerdings hat sie auch in ihrer Krise noch einen wichtigen Vorteil: Denn die Krise der BRD wird zunächst immer auch eine Krise der EG sein und diese wiederum begünstigt wenigstens in der ersten Runde naturgemäß deren stärkste Kraft: die BRD.

Der für Oktober geplante EG-Gipfel wird Ausdruck der aktuellen Kräfteverhältnisse innerhalb der EG sein. Denkbar, daß Frankreich das Zugeständnis machen wird, den Sitz der zukünftigen Europäischen Zentralbank nach Frankfurt zu verlegen - Waigel: "Entweder die Europäische Zentralbank kommt nach Frankfurt, oder aus der ganzen Veranstaltung wird nichts" (FAZ, 23.8.) -, um Bonn im Gegenzug auf ein Bekenntnis zur "schnellstmöglichen" Verwirklichung der Maastrichter Verträge verpflichten zu können. Dazu muß die französische Regierung jedoch permanent ihre "Zuverlässigkeit" unter Beweis zu stellen haben, was heißt, den Forderungen der verhältnismäßig starken Opposition aus bürgerlichen und Linkskräften nach Zinssenkungen und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik dauerhaft Paroli zu bieten. Denn, so war nach dem Treffen des deutsch-französischen Wirtschafts- und Währungsrats am 3. August (Teilnehmer: die Finanzminister und die Notenbankchefs) zu lesen, zwecks Vorbereitung des nächsten EG-Gipfels im Oktober ist die Formulierung eines gemeinsamen Konvergenzprogramms im Gespräch. "Dieses soll auch (...) verstärkte Deregulierung und Privatisierung vorsehen - ein Vorschlag von deutscher Seite." (NZZ, 5.8.93)

J./Westberlin

14. Grüne Realpolitik in Niedersachsen (Zustimmung zu "AbschiebehelferInnen")

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne und Staat · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:08

Das folgende Interview wurde am 24. August von Radio Z (Nürnberg) gesendet. Zu einem besonderen rosa-grünen "Kompromiß" äußert sich der Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums, Herr Bencker. Der zuständige grüne Landtagsabgeordnete versäumte zweimal einen mit Radio Z vereinbarten Gesprächstermin. Wir dokumentieren das eindrucksvolle Gespräch im Wortlaut.

Radio Z: Herr Bencker, das Land Niedersachsen wollte bis vor kurzem 60 Hilfspolizisten und -polizistinnen zur schnelleren und reibungsloseren Abschiebung von Flüchtlingen einstellen. Die Grünen intervenierten mit Entschiedenheit dagegen. Wurde denn mittlerweile zwischen SPD und Grünen ein Kompromiß gefunden?

Bencker: Man hat natürlich einen Kompromiß gefunden, einfach deshalb auch, weil da in der öffentlichen Diskussion ein falscher Zungenschlag drin war. Der Minister, Glogowski, hat immer nur von 60 Angestellten gesprochen, die er braucht, um die Polizei bei der Abschiebung zu entlasten. Das haben wir immer so gesagt, und das bleibt jetzt auch so. Im Grunde hat man jetzt bloß den in die Diskussion gekommenen Namen "Hilfspolizisten", der vielleicht ja etwas fragwürdig ist, geändert, und man hat die Anhängung dieser 60 Angestellten verändert: Die sind jetzt bei den vier Bezirksregierungen angehängt, und von da aus erfolgt die Abschiebung.

Wie heißen denn nun diese 60 AbschiebehelferInnen?

Verwaltungsvollzugsangestellte.

Und wie sieht der Betätigungsbereich dieser Verwaltungsvollzugsangestellten aus?

Die sollen die Polizeibeamten - das ist bisher vor allem die Kripo, die die Abschiebungen vollzieht - hierbei entlasten. Denn wir brauchen ja an vielen Stellen mehr Polizeibeamte und versuchen an vielen Stellen - dort, wo es geht - diese durch Angestellte zu entlasten. Und so meinen wir, daß es auch bei der Abschiebung möglich ist, daß Angestellte zum Teil - nicht total - Aufgaben übernehmen, die bisher Kripo-Beamte gemacht haben. D.h. Polizisten werden zwar auch dabeisein, aber die Maßnahmen werden dann vornehmlich durch diese 60 Verwaltungsvollzugsbeamten durchgeführt.

Diese Angestellten helfen also der Polizei, Abschiebungen durchzuführen, also abgelehnte AsylbewerberInnen außer Landes zu schaffen?

Richtig.

Und die Grünen sind nun mit dieser Lösung einverstanden?

Die Grünen haben sich gestört am Begriff "Hilfspolizeibeamte". Nun gibt es zwar Hilfspolizisten im Gesetz und anderswo, aber ich würde mal sagen, der Begriff war sicherlich nicht glücklich gewählt. Die Funktion aber bleibt erhalten: Sie helfen der Polizei als Verwaltungsvollzugsangestellte bei der Abschiebung. Also: es ging im Grunde nur um den Begriff, der sicherlich nicht gut gewählt war.

Und damit sind die Grünen jetzt zufrieden?

Damit sind die Grünen nun zufrieden. Es ging nie um den Inhalt, um den Auftrag, denn als im Kabinett beim Nachtragshaushalt über diese 60 Stellen gesprochen wurde, war nie ein Zweifel daran, daß ein Bedarf besteht.

Wie werden denn nun diese 60 Angestellten ausgewählt und ausgebildet?

Aus den Bewerbungen werden die besten ausgewählt, dann werden sie mehrere Wochen beschult in bezug auf rechtliche Bestimmungen und wie man mit den Menschen umgeht. Aber sie stehen immer unter Aufsicht von Polizeibeamten, d.h. sie werden nicht wild losgelassen unter eigener Machtvollkommenheit auf die Auszuweisenden.

Ist das nicht ein Traumjob für Rechtsextremisten, die ja dadurch ihre Forderung "Ausländer raus" zumindest im kleinen umsetzen können?

Die wollen doch lieber loskloppen und Molotow-Cocktails schmeißen. Im übrigen kucken wir uns die Leute ja an. Ein Rechtsextremist, der sich bewirbt, wird da kaum durchkommen, denn erstens kennen wir unsere Pappenheimer und zweitens hätte ein Rechtsextremist wenig Freude an diesem Posten, selbst wenn er durchsickern würde.

15. Anderthalb Jahre "Kinkel-Initiative" - eine Bilanz ihrer Wirkung "drinnen und draußen"

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:03

In der Erklärung von Helmut Pohl, die er auch im Namen von Eva Haule, Heidi Schulz, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner und Rolf Heißler (alle Gefangene aus der RAF) abgab, erklären die Gefangenen: "Es wird mit uns keine Neuauflage von sowas wie der Kinkel-Initiative geben, in welcher Variante auch immer." Dieses Schreiben signalisiert, daß diese Gefangenen öffentlich machen wollen, was in den letzten drei Jahren in oft quälenden Debatten unter den GenossInnen "drinnen und draußen" an Widersprüchen aufgetreten ist. Der folgende Beitrag versucht, wesentliche Stationen dieser Diskussionen und Auseinandersetzungen nachzuzeichnen.

Der letzte kollektive Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand Anfang 1989 war durch eine Umorientierung weg vom linksradikalen Ghetto und hin auf liberale Kreise in dieser Gesellschaft gekennzeichnet. Die Hungerstreikerklärung war ganz auf dieses Spektrum zugeschnitten. Die verbalrevolutionäre Diktion früherer Hungerstreikerklärungen fehlte. Das trug zur Verwirrung des traditionellen "Antiimp"-Spektrums bei, das bisher praktisch das Monopol der Orientierung auf die Gefangenen hatte. Allerdings hatte sich in diesen Spektrum schon seit 1988 ein verstärkter Rückzug aus dem politischen Leben abgezeichnet, verursacht unter anderem durch die nicht aufgearbeiteten Erfahrungen und Fehler der antiimperialistischen Politik der 80er Jahre, dem sogenannten "Frontprozeß". Lutz Taufer schildert im weiter unten noch ausführlicher erwähnten Papier "Gesellschaft oder Ghetto", daß eine nach mehreren Jahren Knast entlassene Genossin von Gesprächen im kleinen Kreis und auf Veranstaltungen berichtete, "wo es aus den Leuten nur so rausplatzen würde. Vom Fronttrauma sei immer wieder die Rede gewesen, einige seien in die Psychiatrie gekommen, die Besten seien davongelaufen ..." Diese drastische Schilderung beschreibt die Krise, ja die persönliche Dramatik vieler "Antiimp"-Zusammenhänge seit Ende der 80er Jahre.

Weil der Sinn des Hungerstreiks in der Gewinnung von Unterstützung im liberal-humanistischen Spektrum bestand, unterblieben begleitende militante Aktionen, anders als bei vorherigen Hungerstreiks, fast völlig. Lediglich in der letzten, für einige Gefangene schon lebensbedrohlichen Phase, gab es den Angriff auf die Börse in Frankfurt und die Besetzung einer EG-Behörde in Brüssel.

Das Resümee dieses Kampfes war, daß es einerseits die bisher größte Unterstützung für die Forderungen der Hungerstreikenden gab; anderseits der Druck nicht ausreichte, um substantielle Zugeständnisse vom Staat durchzusetzen. Die Kleingruppenisolation konnte nicht aufgehoben werden.

Die oben beschriebene Schwäche des antiimperialistischen Spektrums führte dazu, daß die humanistischen Kräfte nicht - wie geplant - UnterstützerInnen der Kampagne waren, sondern diese inhaltlich fast völlig bestimmten. Die Argumente derer, die den Gefangenen teilweise entgegenkommen wollten, um das Kapitel des bewaffneten Kampfes in der BRD ohne Gesichtsverlust für alle Beteiligten endlich abschließen zu können, waren sowohl von Antje Vollmer (Grüne) als auch vom damaligen Hamburger Verfassungsschutzchef Lochte zu vernehmen.

Nach dem Ende des Hungerstreiks brachen die lange Zeit tabuisierten Konflikte offen auf. Vielen Gefangenen war der bisherige Kontakt zu GenossInnen aus dem antiimperialistischen Spektrum zu eng. Beziehungen zu kirchlichen und humanistischen Kreisen sowie ausländischen GenossInnen wurden geknüpft. Alte Kontakte zerbrachen. Das ging nicht ohne persönliche Kränkungen ab, was zur Auflösung vieler eh schon desolater "Antiimp"-Strukturen beitrug.

Die Erschütterungen der gesamten Linken im Gefolge der Auflösung des osteuropäischen "Realsozialismus" ab 1989 verstärkten diese Tendenzen zwar, waren aber nicht der Auslöser.

KGT startet "Kinkel-Initiative"

In diese Schwächephase fiel die oft fälschlich nach dem damaligen Justizminister Kinkel benannte Initiative, die in Wirklichkeit von der "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" (KGT) ausgearbeitet wurde, einem Gremium, dem der Verfassungsschutz, das BKA, die Bundesanwaltschaft, Landes- sowie Bundesministerien

angehören. Die KGT-Initiative, im Januar 1992 verkündet, bestand in der Ankündigung, die (vermeintlich) vorzeitige Freilassung bestimmter Gefangener aus RAF und Widerstand zu prüfen.

Mit dieser Initiative wurden Überlegungen eines Teils des Repressionsapparates umgesetzt, die RAF dadurch zu eliminieren, daß ihr angebliches Bewegungsthema, die Isolationshaft der Gefangenen, entschärft wird. Nach der Lesart der KGT ist die RAF seit 1977 nur eine "Befreit-die-Gefangenen-Guerilla". Würde ihnen dieses Thema genommen, verlören sie auch den letzten Rest an Unterstützung. Auch diese Staatsschutzvariante wollte natürlich auf Repression gegen die "Unbelehrbaren" nicht verzichten.

In den Medien wurde gezielt Verwirrung gestiftet, der Begriff "Versöhnung" wurde strapaziert. Das hatte auch Wirkung in den verbliebenen Gruppen, die seit Jahren gegen die Isolationshaftbedingungen kämpfen. Dort wurde, anfangs häufig mangels Alternative, in der KGT-Initiative eine Chance gesehen, den Staat von seiner harten Haltung gegenüber den Gefangenen abzubringen.

Es hatte den Anschein, daß sich selbst die RAF an dieser Initiative orientierte. Jedenfalls ging ihre berühmte Gewaltverzichtserklärung von April 1992 von zwei Fraktionen im Staatsapparat aus, von denen die eine moderater sei. Diese gilt es zu stützen, wenn es sein muß mit Druck von Wirtschaftskreisen, die es leid sind, jährlich mindestens einen Führungskader durch RAF-Attentate zu verlieren. Die Verknüpfung der Perspektive der RAF mit der Lösung der Gefangenenfrage war in der Erklärung unübersehbar. Die RAF verzichtete ganz realpolitisch auch auf die Forderung der sofortigen Freilassung. Statt dessen wurde die Formel von der "Freilassung in absehbarer Zeit" geprägt, ein auslegbarer Begriff. Diese Erklärung vervollständigte die Verwirrung in der Restlinken. Allerdings zeigte sich auch, daß die Initiative der RAF unter den Gefangenen selber umstritten war. Daß Irmgard Möller, die seit 21 Jahren inhaftiert ist und als einzige die Stammheimer Todesnacht schwerverletzt überlebt hat, wenige Tage nach der Veröffentlichung der RAF-Erklärung diese im Namen aller Gefangener aus RAF und Widerstand diese Initiative vorbehaltlos unterstützte, änderte an der Umstrittenheit nichts.

Die Diskussion

unter den Gefangenen

Die Gefangenen waren und sind kein monolithischer Block. Mittlerweile sind Gefangene aus unterschiedlichen Kampfperioden inhaftiert: aus der Vietnambewegung (die meisten von ihnen sind inzwischen tot), den Kämpfen zur gescheiterten Befreiung der Gründungsmitglieder der RAF, aus dem Anti-Natokampf Anfang der 80er Jahre, aus dem Frontprozeß ab 1985/86, dessen Ziel es war, die Kräfte der verschiedenen Widerstandskämpfe zu vereinheitlichen. Die wenigsten Gefangenen kannten sich noch aus den politischen Kämpfen in Freiheit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die politischen Erfahrungen und Einschätzungen oft unterschiedlich sind. Die Isolationshaftbedingungen tragen natürlich das ihre dazu bei, politische Diskussions- und Reflexionsprozesse fast unmöglich zu machen. Die wenigen Kontakte zwischen "Drinnen und Draußen" wurden durch Beschlagnahmeverfügungen, Gesprächsabbrüche, Besuchsverbote und andere Instrumentarien staatlicher Repression immer wieder massiv behindert.

Die scharfe Kontroverse zwischen der "Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen" aus Tübingen und dem Gefangenen aus der RAF Lutz Taufer, die Ende 1991/Anfang 1992 über diverse autonome Publikationen geführt wurde, war der Beginn einer öffentlichen Debatte dieser Widersprüche.

Ausgangspunkt der Kontroverse war die Erklärung der drei Celler Gefangenen Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts zu ihrem begrenzten und befristeten Hungerstreik. Die Tübinger GenossInnen äußerten in ihren Fragen an die drei Irritationen über diese Erklärung sowie über das Gespräch zwischen den Gefangenen und niedersächsischen PolitikerInnen, das zum Abbruch des Hungerstreiks führte. Die Tübinger schrieben: "Euer Gespräch mit VertreterInnen des Staates und die Art und Weise, wie ihr darüber schreibt (‚das Gespräch war gut, es ging fast immer um eine pol. Lösung ...`) hatte auch die Diskussion zur Folge, ob Reformismus bzw. individueller Kampf um persönliche Situationsverbesserungen nun an die Stelle politisch-revolutionären Kampfes zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität getreten ist."

Diese provokanten Äußerungen konterte Lutz Taufer wenig solidarisch gleich in der Einleitung folgendermaßen: "euer brief ist hier ... eingegangen. das zentrale problem dabei ist, daß es bei uns etwas gibt, wovon wir abschwören könnten, bei euch nicht ..."

Über die Spannungen zwischen den Gefangenen und einem Teil des UnterstützerInnenspektrums gibt folgendes Zitat von Lutz Taufer aus der Debatte Hinweise: "Nachdem wir ein Jahrzehnt lang in harter Arbeit - ohne Übertreibung - uns bemüht haben, mit Menschen und Gruppen draußen ins Gespräch zu kommen, die sich mit dem Begriff oder Etikett revolutionär bezeichnen, Bemühungen, die etliche Leitzordner von ausgearbeiteten Briefen und Texten füllen, ohne daß diese aberwitzige Anstrengung auch nur den Schatten einer verbindlichen gemeinsamen Arbeit zum Resultat gehabt hätte, haben wir uns die Freiheit genommen, mit Menschen und Gruppen zu arbeiten, die sich engagieren, statt im trüben zu fischen ..."

Tatsächlich wurde in dieser Debatte deutlich, daß die Celler Gefangenen zu einer Erneuererströmung unter den Gefangenen zählten, die mit den beschriebenen negativen Erfahrungen auch gleich einen Großteil der Grundlage ihrer bisherigen Politik vergessen wollten. Dieser Gruppe gehören noch die Gefangenen aus Lübeck an. Andere haben sich nur bruchstückhaft dazu geäußert. In seinem Brief "Gesellschaft oder Ghetto" von Januar 1993 äußerte Lutz Taufer: "hauptaufgabe des jahres 1992 und vor allem der beiden jahre zuvor wäre es gewesen, den mit den erklärungen aus 88 und dem hs 89 begonnenen weg zu handlungsmöglichkeiten und bewegungsspielräumen innerhalb der gesellschaft auszubauen. der erste schritt in dieser richtung konnte wirklich nur sein: auflösung der altbestimmungen revolutionärer politik, weil eine neubestimmung nicht möglich ist, solange die vorstellungen von revolutionärer politik dermaßen penetrant im bild der 80er jahre fixiert sind."

Die einst geschmähten ReformistInnen wurden plötzlich zu Menschen, die sich wirklich um politische Lösungen bemühen, während sich revolutionär verstehende GenossInnen zu praxislosen PapiertigerInnen erklärt wurden, die eh nicht ernst zu nehmen seien.

So veröffentlichte Lutz Taufer ohne Einwilligung der Tübinger GenossInnen diesen Briefwechsel, obwohl diese ihren Brief nur an alle Gefangenen gerichtet hatten. Diesen Vertrauensbruch, der mit der Phrase "Wir halten nichts von Hinterzimmerpolitik" schlecht kaschiert war, begründete Taufer mit den Vorwurf an die GenossInnen, sie versuchten, die Gefangenen gegeneinander auszuspielen.

Es wurde zukünftig leider traurige Praxis, daß die ErneuerInnen sowohl "drinnen" als auch "draußen" ihre enttäuschten Hoffnungen in die KGT-Initiative durch vermehrte verbale Angriffe auf kritische GenossInnen kompensierten. So schrieb der Gefangene aus dem Widerstand Rico Prauss in Imitation der alten DKP-Kritik an der RAF über eine die neue RAF-Linie kritisierende Erklärung, daß diese allein im Staatsschutz-Interesse liege. "Kämpfen und revolutionäre Praxis immer und ohne jeden Sinn, Verstand und Bezug zur politischen Situation darzustellen, es macht wenig Unterschied im Effekt, ob es aus rein staatlichem Interesse geschieht oder aus einem intellektuellen Dämmerzustand." (Angehörigen-Info Nr. 94, 5.6.1993, S.2). Im übrigen blieben die Kritiken, die sowohl an der RAF-Erklärung als an den PragmatikerInnen unter den Gefangenen geübt wurden, im Angehörigen-Info zumeist unerwähnt oder unabgedruckt.

Diese Praxis kannte mensch schon von früher. Die kommunistische Kritik, die sowohl die Gefangenen wie die Illegalen der spanischen Guerilla GRAPO (antifaschistische Gruppen des 1. Oktober) und die illegale Partei PCE(R) (wiederaufgebaute kommunistische Partei) als auch die belgische Guerilla CCC (Kämpfende kommunistischen Zellen) an der RAF-Strategie in den achtziger Jahren übten, blieb unbeantwortet. So war es nur konsequent, daß die Stellungnahmen dieser Organisationen zum neuen Kurs der RAF, der von ihnen als äußerst bedenklich für die revolutionäre Bewegung eingeschätzt wurde, ebenfalls ohne Resonanz blieben.

Die Kritik der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker und Ali Jansen (der trotz Haftunfähigkeit noch immer nicht aus dem Knast entlassen wurde) vom Mai 1992 an der RAF-Erklärung ist ähnlich grundsätzlich. So kommentieren sie die Stelle in der Erklärung, in der dem Staat zugebilligt wird, daß er auch auf die Vernichtung antagonistischer Widersprüche mittels polizeilich-militärischen Mitteln verzichten könnte: "wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen rekonstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht im reformismus." (ak 343 vom 3.6.1992)

In einem längeren Text vom Juli 1992, der unter dem Titel "Über das Schleifen von Messerrücken" veröffentlicht wurde, unterziehen sie die Geschichte der RAF einer kritischen Untersuchung und präzisieren ihre Kritik an deren jüngsten Politik als auch an den Erklärungen der PragmatikerInnen unter den Gefangenen. Deren Hauptsorge, aus dem Ghetto herauszukommen, in die Gesellschaft zurückzukehren (Lutz Taufer in Konkret 8/92), wird in diesen Papier nicht grundsätzlich abgelehnt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß der

historische Hintergrund ignoriert wird, daß die RAF z.B. in ihren Maipapier (theoretische RAF-Erklärung vom Mai 1982) für sich selber einen Platz außerhalb der Gesellschaft gewählt hat. Ohne diese Erinnerung aber drohe die Gefahr, im Reformismus zu versacken, denn "aus politischer Basisarbeit hat sich nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickelt ... Die Tatsache, daß die damaligen Antworten (gemeint sind die verschiedenen RAF-Konzepte, Anm. ak) heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu werfen."

Wurde diese Fundamentalkritik weitgehend ignoriert, so droschen die PragmatikerInnen um so heftiger auf moderatere Kritik an ihrer Politik ein. So bringt es Knut Folkerts fertig, in einem im Angehörigeninfo Nr. 113 vom 25.2.93 abgedruckten Brief KritikerInnen folgendermaßen abzufertigen: "verwahrloster Umgang mit Argumenten", "blinde, alles verkehrende reaktion", "gerade diejenigen, die im verlaufe des ganzen letzten Jahres mit nichts aufgefallen sind, (...) wollen uns belehren."

Lutz Taufer formulierte auf die Kritik, die der RAF-Gefangene Rolf Heißler in sehr moderater Form an der Politik der Celler Gefangenen äußert, unter anderem: "... Rolf Heißler wußte seinem revolutionären Publikum zu enthüllen", "damit traf Rolf Heißler sicherlich den Geschmack des Publikums", "von Angeberei geprägt(e) Debatte, der sich einige Gefangene kritiklos angepaßt haben", "wir tun nichts, ergo wir sind radikal ..."

Explizite Kritik an der neuen Linie der RAF und einiger Gefangener äußerte Christian Klar in einem Leserbrief in der "konkret". Er sieht in der neuen Linie eine Kapitulation vor "Kleinmut und linksdeutscher Einseiferei". Die "neu aufbrechende und sich organisierende Linke hier im Land" soll "ihre Strategie entwickeln (...), ganz ohne sich von den Drohungen des Apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja die Gefangenen in der Hand hat". (zitiert nach Angehörigeninfo 101, 10.9.92)

Die RAF-Gefangene Heidi Schulz schrieb in einem Brief vom Januar 1993, daß die RAF und Teile der Gefangenen "nicht mehr von der realen Wirklichkeit ausgehen", sondern den Eindruck erwecken, "man könne mit diesem Staat einig werden". Tatsächlich jedoch könne der Kampf für die Zusammenlegung und die Freiheit der politischen Gefangenen nur erfolgreich geführt werden, wenn er "in den gesellschaftlichen Klärungsprozessen gegen die reaktionäre Entwicklung als Kampf gegen staatliche Unterdrückung, (...) in den Prozeß der Neuformierung des revolutionären Projekts" integriert sei. Rolf Heißler schließlich bemerkte in dem von Taufer kritisierten Brief schon im Januar 1993, daß die Kinkel-Initiative weder gescheitert noch tot sei. "Im Gegenteil, sie steht in vollster Blüte und erntet ihre ersten Erfolge. Die Erklärung der RAF vom April 1992 signalisiert: Die RAF in ihrem jetzigen Zustand der Desorientierung ist mit sich beschäftigt und damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden."

Die Debatte um die "Geheimverhandlungen"

Statt sich mit diesen gewichtigen Einwänden gegen die neue Linie zu befassen, griffen die ErneuerInnen, wie schon erwähnt, zu Beschimpfungen und Unterstellungen. Dieser neue Stil, der von einigen Gefangenen gegen ihre GenossInnen drinnen und draußen gepflegt wird, wurde in zwei kontroversen Debatten besonders deutlich vorexerziert. Seit Monaten kursierten Gerüchte über ein Treffen in der Evangelischen Akademie Tutzing mit Angehörigen der Gefangenen, ehemaligen Gefangenen und dem damaligen Justizminister Kinkel am 11. und 12. Mai 1992.

Diese Tutzinger Treffen sind ein Instrumentarium systemintegrativer Politik und wurden in der Vergangenheit deshalb von den Gefangenen und ihren UnterstützerInnen abgelehnt. Daß sich einige Gefangene 1992 anders entschieden und zumindest einen Sondierungsversuch unternehmen wollten, ist verständlich. Unverständlich aber, daß es keinen Versuch gab, sich nach außen zu erklären und zu argumentieren. Genauso unverständlich ist, daß sich die teilnehmenden GenossInnen an die offizielle Bedingung - keine Öffentlichmachung der Gespräche - noch hielten, als schon die verschiedensten Versionen des Treffens kursierten. So bekam der Vorwurf von den "Geheimverhandlungen" Nahrung. Im Angehörigeninfo 99 vom 14.8.92 wurde dieser Fehler auch eingeräumt.

Die Retourkutsche aus Celle kam umgehend. Lutz Taufer, der die Veröffentlichung des Tübinger Briefes ohne Einwillung der VerfasserInnen damit erklärt hatte, daß für ihn Politik immer im öffentlichen Raum stattfinde - und er das bis zum Ende seiner politischen Tage so halten wolle - verwahrte sich vehement gegen das Öffentlichmachen des Tutzinger Treffens. Die KritikerInnen werden als "Stimmen aus dem Off" lächerlich

gemacht, die das Arbeitsklima vergiften und blockieren würden. Einem Teil der KritikerInnen wird unterstellt, daß sie "im auftrag der Macht unterwegs sind, um zu spalten und Verwirrung zu stiften ... Die Bereitwilligkeit, mit der ihr, die ihr den Tutzing-Beitrag im Angehörigen-Info Nr. 99 verfaßt habt, auf die eingeht, die die Denunziation Geheimverhandlungen in Umlauf gebracht haben, ist fatal!" (Angehörigeninfo 101, 10.9.92)

Diskussionen "draußen"

Im Februar 1993 hielten Genossinnen aus einem Gießener Lesben-Zusammenhang auf einem Treffen zur Freilassungskampagne eine Rede, in der sie aus einer feministisch-revolutionären Perspektive die jüngste Politik der RAF einer vernichtenden Kritik unterziehen. Sie kommen zu dem Resümee, daß die neue Politik der RAF und eines Teils der Gefangenen sich bei ihrer "suche nach neuen wegen" in die neue Weltordnung des imperialistischen Patriarchats einreiht. Die antiimperialistische Bewegung und die RAF hätten bisher zwar nicht gegen das Patriarchat, aber "auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital" gekämpft. Deshalb sei für Feministinnen bisher sowohl Widerspruch als auch Solidarität möglich gewesen. Die neue Politik der RAF ignoriere aber nicht mehr nur den Geschlechterwiderspruch, sondern sei "ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen)", die es ihnen ermöglichten, jetzt auch den Frieden mit Staat und Kapital schließen zu wollen. Das sei der Nachvollzug der "neue(n) rhetorik des revisionistischen patriarchats" vom Ende der achtziger Jahre ("globale Menschheitsprobleme" etc). (Interim 229)

Die Reaktion der Celler Realos ließ nicht lange auf sich warten. Die Feministinnen wurden als Störerinnen des Arbeitstreffens, als pathologische Fälle denunziert. In ihrer Antwort fragen die Gießenerinnen mit Recht, wieso gerade sie als kritisierende Frauen auf dieser Ebene angegriffen werden. "Die Pathologisierung und Psychiatrisierung von Frauen, die Widerstand leisten, ist mit dem Patriarchat gemein." Diese Debatten finden statt, während ein Großteil auch der nichtreformistischen Linken sich aus dieser Auseinandersetzung heraushält. Statt die aktuellen Diskussionspapiere lesen sie die neuesten Verschwörungstheorien des sozialdemokratischen Vielschreibetrios Sieker/Wisnewski/Landgraeber, das in ihrem "RAF-Phantom" eine US-Verschwörung gegen deutsche Kapitalisten für die Anschläge seit 1984 verantwortlich macht. Daß dieses reaktionär antiamerikanische, in Teilen antisemitische Machwerk Zustimmung findet, ist bedauerlich. Erfreulicherweise hat Ivo Bozic im ND vom 4.8.1993 und im ak Nr. 357 klargestellt, daß mit der Festnahme von Birgit Hogefeld und ihrer Erklärungen, in denen sie sich als Teil eines RAF-Kollektivs in der Illegalität bekennt, die Verschwörungstheorie zusammengebrochen ist. Aber die Autoren des selbst von reaktionären Verlagen und Medien gepushten Buches, werden ihr geldbringendes Märchen weiterzuspinnen versuchen. Zu fragen bleibt nach dem Zustand einer Linken, die noch den größten Nonsens samt reaktionärer Unterfütterung schluckt, wenn nur die RAF damit endgültig beerdigt ist. Dann spart GenossIn sich die Mühe, sich zu den jüngsten Erklärungen zu verhalten. Die Klage der RAF, daß die Plazierung ihrer August-Erklärung von 1992 durch die konkret-Redaktion eine weite Verbreitung bisher verhindert habe, lag sicherlich eher am Desinteresse der Restlinken als daran, daß der Text als eigenes Heft verkauft wurde und nicht, wie von der RAF gefordert, in der laufenden konkret-Ausgabe erschienen war.

Ausnahmen sollen nicht unerwähnt bleiben. So haben sich GenossInnen im Rahmen der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München im letzten Jahr mit der revolutionären Politik der achtziger Jahre in der BRD befaßt. Die Grenzen des heute von vielen Beteiligten tabuisierten Frontprozesses wurden aufgezeigt. Die Perspektiven für die 90er Jahre sind allerdings mager (Diese Broschüre unter dem Titel "Die Mühen der Ebene" kann im 3. Welt-Haus, Westerbachstr. 40 in Frankfurt/Main bestellt werden).

Ein Diskussionspapier der "Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen" (Berlin) ist unter dem Titel "Aber in den 80ern lief es ganz anders ... und was jetzt?" erschienen und kann gegen einen Kostenbeitrag von 3 DM (ab 5 Stück 2 DM) über die "Rote Säge", Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin, bezogen werden. Statt langer Texte wurden Diskussionsprotokolle von GenossInnen möglichst authentisch abgedruckt. Die Broschüre ist vor allem deshalb interessant, weil die verschiedenen Standpunkte zur RAF-Erklärung und zur revolutionären Perspektive in der Diskussion aufeinanderprallen. Neben der PragmatikerInnenposition, die im Wesentlichen darin besteht, mensch müsse alles anders machen als bislang, nur mensch wisse nicht wie, sind darin auch Denkanstöße enthalten. Es werden sowohl Fehler aus der Vergangenheit tabulos benannt, als auch Schlußfolgerungen für eine zukünftige Perspektive gezogen.

Die letzten Erklärungen der RAF zum Weltwirtschaftsgipfel in München im Sommer 1992, die ausführliche Erklärung vom August 1992 und ihr Statement zur Ermordung von Wolfgang Grams setzen die seit April 1992

begonnene Linie der Deeskalation aber auch der Aufgabe revolutionärer Positionen fort. Auch ihre Erklärung zur Sprengung des Weiterstädter Knastes macht da keine Ausnahme. Kennzeichnend für diese neue Linie ist nicht in erster Linie die Stellung zur Gewalt und zum bewaffneten Kampf, sondern ihre Einschätzung des Staates, ihre Stellung zum Reformismus in Abgrenzung zum revolutionären Kampf, eine Unterscheidung, die in den erwähnten Erklärungen abgelehnt wird.

Die eingangs erwähnte Erklärung mehrerer Gefangenen zur Neuauflage der KGT-Initiative läßt vermuten, daß die Gefangenen, die die neue Politik kritisieren, einen gemeinschaftlichen Organisierungsversuch beginnen, um sich mit ihren beschränkten Möglichkeiten Gehör zu verschaffen. Das ist schon deshalb positiv zu bewerten, weil damit die Chance gegeben ist, daß sich die öffentliche Diskussion nicht ständig auf die Gefangenen als Objekte staatlicher Maßnahmen und Verlautbarungen konzentriert. Es können wieder eigenständige Initiativen von den Gefangenen entwickelt werden, die sich auf die Neuorientierung gesellschaftlicher Gegenmacht stützen und nicht auf imaginäre Fraktionen im Staatsapparat. Dafür ist natürlich ein ebensolcher Klärungsprozeß unter den GenossInnen draußen notwendig.

So kann vielleicht doch noch ein Erfolg der Kinkel-Initiative abgewendet werden, der, wie der Namensgeber unverblümt äußerte, darin bestehen würde, daß die RAF handlungsunfähig gemacht ist, die UnterstützerInnen und Gefangenen heillos zerstritten sind und die weiterbestehende Isolationshaft einfach kein Thema mehr ist.

P., Berlin

Zur Vorbereitung für eine geplante Broschüre mit den in diesem Artikel erwähnten sowie weiteren Texten lädt die Gruppe "Für eine internationale kommunistische Debatte" für den 14. November zu einem Arbeitstreffen ein. Dort sollen diese Texte diskutiert und über die Herausgabe der Broschüre beraten werden. InteressentInnen werden gebeten, sich rechtzeitig anzumelden, um eine angemessene Vorbereitung zu ermöglichen. Anmeldung über: Broschürengruppe c/o Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin, Fax: 030/6115021, Tel: 030/6127491.

Sofortige Freilassung von Irmgard Möller

Demonstration am 9. Oktober in Lübeck

Seit über 21 Jahren sitzt Irmgard Möller - Gefangene aus der RAF - unter Sonderhaftbedingungen im Knast. Ihre Gesundheit ist durch die Haftbedingungen stark angegriffen und nach der langen Haft sind keine Reserven mehr vorhanden. Andere Gefangene sind zum Teil seit 18 oder 15 Jahren gefangen.

Irmgard Möller, die wie die meisten aus den Anfängen der RAF aus der 68er StudentInnenbewegung kam, schloß sich 1971 der RAF an. Im Mai 1972 führte die RAF aus Solidarität mit dem kämpfenden Volk in Vietnam mehrere Aktionen gegen die US-Kriegsmaschinerie und die den Völkermord in Vietnam unterstützende Bundesrepublik durch. 1972 wurde Irmgard Möller verhaftet. Im ersten Verfahren wurde sie zu viereinhalb Jahren verurteilt und 1979 in einem weiteren Verfahren zu lebenslänglich plus 15 Jahren verurteilt. Vorgeworfen wurde ihr, am Angriff auf das US-Headquarter in Heidelberg beteiligt gewesen zu sein. Dort wurde die Bombardierung Nord-Vietnams koordiniert. Das Urteil stützt sich alleine auf die Aussagen des Kronzeugen Müller. Müller, der selber für die Tötung eines Polizisten verantwortlich ist, wurde, nachdem er sich der Justiz als Kronzeuge zu Verfügung gestellt hatte, freigesprochen.

Irmgard Möller ist die einzige der vier Gefangenen, die die Nacht vom 18.10.1977 in Stammheim überlebte. Sie ist auch diejenige, die ein Jahr später vor einem Untersuchungsausschuß aussagte, daß der Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe kein Selbstmord gewesen sei.

Für Irmgard Möller steht jetzt eine Anhörung bevor, bei der entschieden wird, ob sie entlassen wird. Außer den Gefangenen, die ihre Haftdauer bis zum letzten Tag abgesessen haben und Günter Sonnenberg, sind keine Gefangenen freigelassen worden. Anstatt zumindest die haftunfähigen Gefangenen zu entlassen, ist es die Strategie des Staates - gestützt auf Aussagen von "DDR-KronzeugInnen" - neue Prozesse gegen die Gefangenen zu führen, die nicht zu Kreuze kriechen und abschwören oder Verrat üben.

ga.

16. Erklärung von Helmut Pohl (Dokumentation)

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:12

Es ist jetzt vielleicht noch einmal Gelegenheit, etwas für uns zu sagen. Jedenfalls wollen wir zu uns, ein großer Teil der Gefangenen aus der RAF, für jeden Klarheit schaffen.

Niemand von uns und auch niemand von den Angehörigen hat die Forderung nach einem kurzzeitigen Zusammenkommen, wie sie jetzt durch die Öffentlichkeit gewälzt worden ist, gestellt.

Wir haben diese Forderung nicht, wir lehnen das ab, unsere Forderung ist nach wie vor: Freiheit jetzt, Zusammenlegung bis dahin. Wären wir jetzt für wenige Monate oder Wochen zusammen, wäre unser Thema auch nicht der "bewaffnete Kampf", sondern eben unsere Freiheit. In anderen Worten: Nicht der Frieden mit dem Staat und nicht eine Schlußabwicklung unserer Geschichte nach den letzten beiden katastrophalen Jahren, sondern wie wir die Kräfte aus der Gesellschaft gegen den Staat erreichen, die uns schließlich aus den Gefängnissen bringen - weil sie die Situation erfassen, ihre eigene, die Perspektive und die Bedeutung davon erfassen, der machtbesoffenen politischen Klasse die Bestimmung über politische Weichenstellungen wegzunehmen. Die Geschichte jetzt ist eine neue dieser Inszenierungen seit der sog. "Kinkel-Initiative", an denen nichts real ist, es sei denn, man nimmt sie gleich als Vorhang zu Täuschung und Desorientierung, und diese Formeln wie "Lösung" oder "Versöhnung" gleich als Synonyme des Apparats für endlosen Knast für einen dafür vorgesehenen Teil der Gefangenen. Konnte sich die Kampagne um die "Kinkel-Initiative" noch auf einige wenige Gefangene stützen, die darauf eingestiegen sind und draußen auf die "neue" Politik der RAF mit der "Steinmetzschen" Einheit, kommen sie inzwischen ganz ohne aus. Es ist eine reine Eigenproduktion von Verfassungsschutz, Medien und Politikern. Sie brauchen für unsere "Forderungen" überhaupt niemand mehr, und so gesehen ist es die konsequente Weiterentwicklung der Übernahme unseres langjährigen Gefangenenprojekts durch den Staat mittels der "Kinkel-Initiative" und deren Anhang.

Jetzt hören wir, phänomenal für uns, daß dieses Kunstprodukt (denn real würde dieses "Treffen" sowieso nie) Diskussionen ausgelöst hat bis hinein in gesellschaftlich etablierte Kreise, die sich schon lange nicht mehr mit Gefangenen befaßt haben, weil für sie die ganze Sache mit uns schon längst so gut wie erledigt war.

Ihr macht Euch Sorgen, über eine möglicherweise "neu entstehende Gewalt von links"? Macht Euch lieber Sorgen um Euren Staat. Die fette Kohle bringt er sowieso nur noch für immer weniger.

Es wird mit uns keine Neuauflage von sowas wie der "Kinkel-Initiative" geben, in welcher heutigen Variante auch immer. Wenn, dann deutlich gegen uns.

Soweit kann ich aus einem Konsens mit Brigitte, Christian, Rolf (Heissler), Eva, Heidi, Rolf (Wagner) sprechen. Das sind keineswegs alle Gefangenen, die so denken, wir sind aber die Gefangenen aus der RAF, für die im Ergebnis der Entwicklung seit '92 die "Lösung" darin bestehen soll, daß wir im endlosen Knast wegsiechen.

Von Ingrid und Sieglinde will ich in diesem Zusammenhang gar nicht anfangen.

Ihr werdet Euch bei etwas Besinnung leicht vorstellen können, daß wir das nicht fressen, und vielleicht wird Euch auch dämmern, daß wir mit dieser Lage weit über der Grenze sind, wo uns der Staat noch was anhaben kann, zumal für jede/n von uns alles, was sie tun können, schon einmal da war.

Zu der zu erwarteten Wiederholung der ewigen Leier von den "Hardlinern" erinnere ich noch einmal daran, daß wir es waren, die seit langen Jahren eine Zäsur wollten, und weil wir die Fälschungen und Hetzstories, die immer wieder gestrickt werden, so satt haben, will ich jetzt noch dazu sagen, daß auch der Schritt zur Einstellung von "gezielt tötlichen Aktionen gegen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft" von uns initiiert wurde. Allerdings ein gutes Jahr früher, als er kam, und wir sind auf Nichtbegreifen gestoßen, und dann kam Kinkel, und dann ging die "Zäsur" nach hinten los.

Wir Gefangenen haben ursprünglich unseren Kurs auf "Diskussion" und "Zäsur" seit Ende der 80er Jahre, bei gleichzeitiger Deeskalation in unserer Auseinandersetzung mit dem Staat keineswegs aus einer "Aufgabe des Kampfes" heraus gemacht, wir haben es in der Überzeugung gemacht, daß vor der Ergebnissen des kapitalistischen Durchmarsches eigentlich viele mehr als vorher sehen müßten, daß jetzt eine Situation Realität wird, aus deren Antizipation wir 20 Jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern. Wir wollten das als

unseren spezifischen Gefangenen-Beitrag zu einem Klärungsprozeß für eine Neuzusammensetzung einer Umwälzungspolitik, die heute über das linksradikale und auch ehemals linke Spektrum hinausreichen könnte. Wir wußten, daß wir dafür einen engen Zeitraum des Übergangs im Umbruch haben, weil dann die Auswirkungen des Umbruchs voll herausgekommen sein werden, und daß dann gesellschaftlich und politisch soviel an neuem Überlebenskampf, Konfrontation im zerbrechenden sozialen Zusammenhang und Destruktion in der globalen politischen Lebenswirklichkeit aufbricht, daß davon die politische Möglichkeit dafür erdrückt wird und es dann damit auch für eine Lösung unseres Gefangenenproblems zu spät ist, weil dann der Staat in der Krise uns vielmehr zum Demonstrationsobjekt für die Behauptung und Durchsetzung von Machtanspruch und Machtexekution nehmen wird, als uns freizulassen.

Es war der Versuch - an einer doch nicht unwesentlichen Stelle, schließlich hat die Auseinandersetzung RAF-Staat die Gesellschaft über 20 Jahre betroffen - einer ansatzweisen Verankerung eines Grundkurses auf überhaupt politische Prozesse, gegen die absehbare Chaotisierung und Brutalisierung aus den vom Mikro- bis zum Makro-Bereich aufplatzenden Gegensätzen mit der Tendenz zum Jeder-gegen-jeden, was heute alles vor 3,4 Jahren nicht vorhersehbar gewesen sein soll. Die Faschisierung nicht, der Rassismus nicht, der soziale Einbruch nicht, nichts, alle waren so glücklich, als die "neue Weltordnung" anbrach.

Heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den Versuch als überholt anzusehen.

Wenn es denn heute soweit ist, wie dieses Staatsschutzprodukt eines kurzzeitigen Zusammentreffens kommt, daß sie glauben, die Ernte der letzten zwei Jahre einfahren zu können und jedem die Pistole auf die Brust zu setzen und nach seiner Aussage zum "bewaffneten Kampf" abzufragen, dann kann ich ihnen auch gleich antworten: Ich mache diese politische Aussage, die ich die letzten Jahre vertreten habe, heute nicht mehr. Die Möglichkeit, die in der Zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein. Die bewaffnete Aktion und die Militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen und in allen möglichen Formen stattfinden. Egal, was die RAF oder Gefangene sagen. Und das werde ich in manchem bestimmt gut nachvollziehen können. Deshalb werde ich einen Teufel tun, den bewaffneten Kampf "abzusagen".

August '93

17. Chronologie rassistischer Anschläge (9.8.12.9.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Normalität

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:17

In München wurde eine 43jährige Obdachlose im Schlaf angezündet. Heftige Schmerzen an den Füßen rissen sie aus dem Schlaf. Mühsam hochgerappelt erkannte sie, daß Flammen aus dem Schlafsack loderten. Es gelang der Frau, sich schnell zu befreien und die Polizei zu verständigen. (Süddeutsche Zeitung (SZ), 10.8.93)

In Emstek bei Cloppenburg ist ein zweijähriges libanesisches Kind bei einem Brand in einer Unterkunft für Flüchtlinge ums Leben gekommen. Die Polizei schloß einen Brandanschlag aus. Angeblich sei die eingeschaltete Schlafzimmerbeleuchtung nach einem Hitzestau in Brand geraten und die Flammen hätten auf die Wohnungseinrichtung übergegriffen. (taz, 11.8.93)

10.8.

In München haben Unbekannte einen Brandanschlag auf zwei Busse aus Kroatien verübt, die auf dem Marsfeld in der Nähe des Hauptbahnhofes geparkt waren. Die Busse brannten völlig aus. Von den Tätern fehlt jede Spur. (taz, 12.8.93)

In Berlin-Weißensee haben drei mutmaßliche Skinheads einen Türken mit Holzlatten krankenhausreif geschlagen. (Berliner Zeitung (BZ), 25.8.93)

In Nordrhein-Westfalen hat der Landesinnenminister eine "bedrückende" Bilanz fremdenfeindlicher Straftaten veröffentlicht. Nach dem Brandanschlag von Solingen Ende Mai sei die Zahl der fremdenfeindlichen Delikte sowie die Brutalität der Gewalttäter "explosionsartig" gestiegen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres seien bereits 1.490 dieser Straftaten registriert worden. Dies sind nur 248 weniger als im gesamten vorigen Jahr. Während bei Anschlägen auf Ausländer 1992 ein Toter und 135 Verletzte zu beklagen gewesen seien, habe rassistische Gewalt in diesem Jahr bereits sechs Tote und 198 Verletzte gefordert. Von der nordrhein-westfälischen Polizei seien 1.366 Tatverdächtige ermittelt worden. (Welt, 11.8.93)

11.8.

In Hoyerswerda hat eine Gruppe von Skinheads mehrere Griechen verletzt. Die Griechen seien mit einem Fernzug gekommen und hätten gerade in einen Kleinbus steigen wollen, als "kahlköpfige Jugendliche" plötzlich auf die Arbeiter losgegangen seien. Drei von ihnen seien so schwer verletzt worden, daß sie medizinische Hilfe gebraucht hätten. Die Polizei habe zwei Skins am Tatort festgenommen, und vier weitere am nächsten Tag. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen elf mutmaßliche Täter, vier von ihnen sitzen mittlerweile in Untersuchungshaft. (FR, 13.8.93, FAZ, 13.8.93 und taz, 21.8.93)

In Plettenberg wurde ein von zwei türkischen Familien bewohntes Haus von einem Brand völlig zerstört. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Brandursache ist noch unklar. (FR, 13.8.93)

In Genf hat die Bundesrepublik Deutschland als Signatarstaat der UNO-Konvention gegen Rassismus vor allem wegen der Häufung der Anschläge gegen Ausländer im zuständigen UNO-Ausschuß einige Kritik hinnehmen müssen. Der Berichterstatter Theo van Boven (Niederlande) sagte, der Bonner Bericht zur Situation der Minderheiten und Ausländer scheine die Übergriffe als Taten Einzelner und isolierter Gruppen darzustellen. Er frage sich, ob sich darin nicht eine Tendenz äußere, ein ernstes strukturelles Problem zu verharmlosen. Kritische Worte hatte er und auch andere Ausschußmitglieder zur Rolle der Polizei, die nicht nur in Rostock und Hoyerswerda, sondern auch bei vielen weniger bekannten Zwischenfällen offensichtlich eine passive Haltung eingenommen und damit den Angreifern indirekt ein falsches Signal gegeben habe. Zudem habe er eine ganze Liste von Vorfällen, in denen Polizisten selbst ausländerfeindliches Verhalten gezeigt haben. Die antisemitischen Vorfälle geben einen ernsten Anlaß zur Besorgnis. Die Lage der Roma und Sinti werde in dem Bonner Bericht recht positiv geschildert, doch seien auch hier einige Zweifel angebracht. (taz, 12.8.93)

12.8.

In Waren wurde eine Teilnehmerin des ersten antifaschistischen Sommerlagers von "Jugend gegen Rassismus in Europa" von Neofaschisten krankenhausreif geschlagen. Die Neofaschisten hatten sich um das Lager gesammelt, Leuchtraketen abgeschossen und Drohungen ausgesprochen. (taz, 13.8.93)

In der Bundesrepublik Deutschland sind in den ersten drei Monaten des Jahres 1993 insgesamt 6.719 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Straftaten eingeleitet worden. In 2.419 Verfahren ging es um Straftaten gegen AusländerInnen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL mit. (SZ, 13.8.93)

13.8.

In Cottbus haben Unbekannte den Ehrenfriedhof der sowjetischen Streitkräfte geschändet. Sie warfen insgesamt 17 Grabsteine um. (taz, 17.8.93)

In Rostock hat die Bundesmarine das Hissen der Reichskriegsflagge bei der Eröffnung der Hanseatischen Hafentage verteidigt. Die von der Historischen Kanonenmannschaft der Marineschule Mürwik (Schleswig-Holstein) während des Eröffnungssaluts präsentierte Flagge habe "ausschließlich historischen Charakter und keinen Bezug zur rechtsradikalen Szene", sagte ein Marinesprecher. Die Marine sehe deshalb keinen Anlaß, sich zu entschuldigen. Eine Sprecherin des Senats bedauerte hingegen den Vorfall. Einige Zuschauer hatten sich während der Feierlichkeiten über das Hissen der Fahne beschwert und sie dann entfernt und ins Wasser geworfen. (SZ, 14.8.93)

In Gera haben Skinheads einen 14jährigen Schweizer zusammengeschlagen und schwer verletzt. Der 14jährige war als Sprachschüler in der thüringischen Stadt. Nach seiner Schilderung griffen ihn auf einem Spielplatz fünf Skinheads an. Diese hätten erst ausländerfeindliche Parolen gerufen und ihn dann verprügelt und getreten. Die Angreifer brachen dem Jungen das Nasenbein und den rechten Mittelhandknochen. Außerdem trug er eine Verletzung am Auge davon. (SZ, 14.8.93)

In Magdeburg kam es zu einer Schlägerei zwischen ca. 20 Punkern und etwa ebensovielen Neofaschisten. Zwei Personen wurden verletzt. (SZ, 14.8.93)

In München wurden von der Staatsanwaltschaft Strafbefehle gegen vier Neofaschisten in Höhe von 1.000 bis 2.000 Mark wegen Verstöße gegen das Waffenrecht beantragt. Die Beschuldigten, darunter drei Brüder, waren Mitglieder des vom bayerischen Innenministeriums verbotenen "Nationalen Blocks". Die beantragten Strafbefehle richteten sich gegen das unerlaubte Führen sogenannter "Gotcha-Pistolen", mit denen man Farbkugeln verschießt. Die drei Brüder und ein Gesinnungsfreund wurden dabei erwischt, wie sie auf einem Gelände nahe der Stadt Kampfspiele veranstalteten. Bei Hausdurchsuchungen wurden neofaschistische Hetzschriften entdeckt. (SZ, 14.8.93)

14.8.

In Fulda konnten sich, von der Polizei freundschaftlich unterstützt, ca. 500 Neofaschisten zusammenrotten und dem verstorbenen Nazi-Führer, Rudolf Hess, gedenken. (ND und SZ, 16.8.93)

In Göttingen wurden in der Innenstadt zahlreich neofaschistische Parolen gesprüht.

In Rennerthausen bei Arolsen kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen Mitgliedern der neofaschistischen "Sauerländer Aktionsfront", die sich auf den Weg zum Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess befanden, und AntifaschistInnen. Der Funktionär der "Sauerländer Aktionsfront", Thomas Kubiack, erlitt dabei schwere Schädelverletzungen. Die Polizei verhaftete zwischen dem 16. und 19. August zehn junge Männer und Frauen und nahm sie in Untersuchungshaft. (taz, 27.8.93)

15.8.

In Brieslang im Landkreis Nauen haben unbekannte Täter einen Mann überfallen und zusammengeschlagen. Die vier Täter, die vermutlich der Skinhead-Szene angehören, drangen auf das Grundstück des Geschädigten ein, schlugen ihn und beschimpften ihn als "schwule Sau". (ND, 16.8.93)

16.8.

In der Nähe von Frankfurt/Oder wurde ein 39jähriger Flüchtling aus Rumänien beraubt und bedroht, indem der Täter sich als Polizist ausgab. (FR, 20.8.93)

17.8.

Erst jetzt wurde bekannt, daß am 22. Juli ein siebzehnjähriger Skinhead in Uelzen einen sechzehnjährigen Schüler getötet hat. Er wurde am 16.8. von der Polizei festgenommen. Der Skinhead hat zugegeben, sein Opfer niedergeschlagen und dann in Brand gesetzt zu haben. Das Opfer war von Passanten als "lebende Fackel" entdeckt worden; es starb zehn Tage später in einer Spezialklinik. Die Polizei vermutet Geldgier als Tatmotiv, da der sechzehnjährige mit dem Besitz von 800 Mark geprahlt haben soll. Daraufhin habe der Skinhead den Jungen mit einem schweren Gegenstand niedergeschlagen. Danach habe er den Schüler in den ehemaligen Umkleideraum eines Sportplatzes geschleppt und angezündet, "um keine Fingerabdrücke zu hinterlassen". Zwischen der Tötung des Schülers am 22. Juli und seiner Festnahme saß der Täter in Jugendarrest, weil er im Frühjahr einen Brandsatz in eine Unterkunft für Asylsuchende in Uelzen geworfen haben soll. (SZ, 18.8.93)

In Potsdam bezeichnete der brandenburgische Innenminister Ziel die Zahl der ausländerfeindlichen und rechtsextremen Straftaten weiterhin als erschreckend hoch. Mit 357 rechtsextremen Vorfällen im ersten Halbjahr sei die Gesamtzahl der Straftaten in diesem Bereich nach wie vor hoch und liege etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Zudem seien 134 fremdenfeindliche Straftaten registriert worden. (SZ, 18.8.93)

In Cottbus versuchten sich trotz Versammlungsverbot Neofaschisten zu einer Demonstration der FAP zusammenzurotten. Die Polizei nahm vorübergehend 40 Neofaschisten fest. Sie wurden am Morgen wieder freigelassen. Gegen vier Neofaschisten wurden Ermittlungen eingeleitet. Die Polizei beschlagnahmte eine Schreckschußpistole, Messer sowie Aufnäher mit rechtsextremen Symbolen. (BZ, 19.8.93)

18.8.

In Baruth hat die Polizei von einem sowjetischen Ehrenhain und von einer Autobahnbrücke des Berliner Rings zwei neofaschistische Transparente entfernt. Die Autobahntransparente waren mit "Rache für Hess" und "Rudolf Hess lebt" beschriftet. (ND, 20.8.93)

In Metzingen wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende gelegt. Dabei wurde niemand verletzt und es entstand geringer Sachschaden. Ein Flüchtling war rechtzeitig aufgewacht und hatte seine Mitbewohner alarmiert. Einen Tag später nahm die Polizei eine 33jährige Frau als mutmaßliche Täterin fest. (taz, 21.8.93)

In Berlin-Weißensee wurde der Friedhof der jüdischen Gemeinde Adass Jisroel geschändet. Drei Grabsteine wurden umgestoßen. Nach Aussage des Gemeindevorsitzenden bestätigt die Tat, daß der unbewachte Friedhof sich in einem "gefährdeten Zustand" befindet. Der Senat hatte die Stelle eines Friedhofsverwalters zum 1. April dieses Jahres nicht weiter finanziert. (BZ, 20.8.93)

19.8.

In Hamburg erhält der Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte wegen einer Ausstellung über den "Hamburger Feuersturm", die Luftangriffe der Alliierten vor 50 Jahren, Drohbriefe von Neofaschisten, unter anderem von einer "Julius Streicher Power Group". Die Briefschreiber drohten: "Wir werden Dich und Deine Familie nicht vergessen." In der Ausstellung haben Neofaschisten bereits Schäden angerichtet, etwa durch das Kratzen von NS-Symbolen in Gemälde. (taz, 23.8.93)

In Ravensbrück wurde ein Oberst der russischen Streitkräfte von vier Skinheads zusammengeschlagen und dabei schwer verletzt. Der Überfall ereignete sich 500 Meter entfernt von einer russischen Kaserne. Einer der mutmaßlichen Täter konnte festgenommen werden, nach den anderen drei werde noch gefahndet. Die russische Armee habe beim Innenministerium des Landes Brandenburg gegen den Zwischenfall protestiert, da es sich nicht um einen Einzelfall handele. (FR, 25.8.93)

20.8.

In Solingen haben Unbekannte neben einem von TürkInnen bewohnten Haus mehrere Holzbretter in Brand gesetzt. Die kurze Zeit später nach Hause zurückkehrenden elf BewohnerInnen entdeckten das Feuer und

konnten es löschen, bevor es auf das Gebäude übergriff. Es wurde niemand verletzt, an dem Haus entstand kein Schaden. Zur Ermittlung der genauen Tatumstände richtete die Polizei eine Mordkommission ein. Aber: Von einem gezielt vorbereiteten Anschlag ging die Polizei bislang nicht aus. (taz, 23.8.93)

In Den Haag ist der langjährige Vorsitzende des "Deutschen Klub" wegen antisemitischer Äußerungen seiner Stellvertreterin Noel van Domseler zurückgetreten. Frau van Domseler soll in einer Diskussionsveranstaltung des "Deutschen Klubs" gesagt haben, daß die Juden indirekt für antideutsche Stimmungen in den Niederlanden verantwortlich sind. Die "jüdische Presse" spiele jedes Jahr vor dem niederländischen Gedenktag am 4. Mai die heiklen Beziehungen zwischen Deutschen und Niederländern hoch. Frau van Domseler soll ihre Äußerungen in einer Diskussionsveranstaltung gemacht haben, in der die Ergebnisse einer Umfrage erörtert wurden, nach der eine Mehrheit von jungen Leuten in den Niederlanden die Deutschen für arrogant, herrschsüchtig und feindselig hält. Der Vorsitzende des "Deutschen Klubs", Peter Meinhardt, erklärte, für die Äußerung Noel van Domselers reiche eine Entschuldigung nicht aus, sie selbst hätte umgehend zurücktreten sollen. (FR, 21.8.93)

In Potsdam im Prozeß um den Anschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen äußerte ein neofaschistischer Skinhead vor Gericht, Asylbewerber müßten "erhängt, erschossen und vergast" werden. (ND, 23.8.93)

In einem Rundfunkinterview wies der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, darauf hin, daß etwa 30 Prozent der Deutschen antisemitisch eingestellt sind. Dieser Antisemitismus sei zwar nicht vergleichbar mit der auf Vernichtung ausgelegten Staatsdoktrin der 30er Jahre, dennoch mache sich Angst unter den Juden in Deutschland breit. (BZ, 21.8.93)

In Passau hat der einschlägig bekannte Neofaschist Reinhard Rade vom Hauptzollamt über 1.900 Stoffabzeichen mit Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen zurückbekommen. Die Aufnäher waren im Januar bei der Einreise des ehemaligen Mitgliedes der "Republikaner" und heute parteilosen Kreisrats beschlagnahmt worden. (SZ, 21.8.93)

21.8.

In Berlin-Marzahn demonstrierten ca. 2.500 meist jugendliche AntifaschistInnen gegen das immer frechere und offenere Auftreten von Neofaschisten und Rassisten. Am Rande der Demonstration kam es zu Provokationen durch Neofaschisten. Neofaschisten hatten von einem Balkon aus mit Signalmunition und Flaschen in die Menge gezielt und DemonstrantInnen mit dem Hitlergruß provoziert. AntifaschistInnen versuchten daraufhin, das Haus zu stürmen. Die Polizei nutzte die Naziprovokation als Anlaß, um gegen die Demonstration gewaltsam vorzugehen. 16 Personen wurden festgenommen und von weiteren 43 wurden die Personalien festgestellt. (ND, 23.8.93 und Berliner Linke, 26.8.93)

In Pritzerbe in Brandenburg unterband die Polizei ein Skinhead-Konzert und verhaftete dabei 120 Personen. Festnahmen von Skins gab es auch an der Autobahnraststätte Ziesar und bei Staßfurt. Die Potsdamer Polizei leitete gegen drei Personen Ermittlungsverfahren wegen öffentlicher Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein. Die Polizei beschlagnahmte Messer, Baseballschläger und Schreckschußwaffen. (ND, Göttinger Tageblatt und taz, 23.8.93)

In Halbe im Kreis Königs Wusterhausen löste die Polizei eine Versammlung von Neofaschisten auf dem dortigen Soldatenfriedhof auf. (ND, 23.8.93)

In Worms hatten sich über 30 Neofaschisten versammelt, um ein "Nationales Grillfest" zu feiern. Die Polizei verhinderte die Veranstaltung, nahm zwei Neofaschisten fest und beschlagnahmte rechtsextreme Symbole und Flugblätter. (BZ, 23.8.93)

22.8.

In Eisenach in Thüringen griffen Neofaschisten Zirkusleute an. Dabei wurden drei Personen verletzt. Die Zirkusleute verteidigten sich mit Feuerlöschern. Bei Tatverdächtigen fand die Polizei Brandflaschen und in ihren Wohnungen Nazi-Symbole, eine Reichskriegsflagge und eine Schreckschußpistole. (taz, 24.8.93)

Bekannt wurde, daß in Dolgenbrodt BürgerInnen auf einer Bürgerversammlung im Oktober 1992 gegen eine geplante Unterkunft für Asylsuchende 2.000 Mark gesammelt und mit diesem Geld neofaschistische

Brandstifter angeheuert haben sollen, die dann das AsylbewerberInnenheim auftragsgemäß in Brand steckten. Nach Enthüllungen der "taz" sollen Mitglieder der Dolgenbrodter Bürgerinitiative gegen die Asylunterkunft Mitglieder einer benachbarten Wehrsportgruppe für die Tat angeworben haben. Offenbar halfen die BürgerInnen mit beim Erkunden der Lage. Ein Wachschutzmann stellte fest, daß immer dieselben Leute auffällig oft vorbei kamen, Pkws in Sichtweite repariert wurden. Zwei Tage vor der Tat fielen den Wachleuten Männer in Kampfmontur auf Motorrädern auf. In der Brandnacht kam die 200 Meter entfernt gelegene Feuerwehr erst nach 40 Minuten, um den Brand zu löschen. Die ehemalige Bürgermeisterin: "Keiner war traurig über die Lösung ...". (taz, 24.8.93)

23.8.

In Mönchengladbach-Wegberg in Nordrhein-Westfalen ist zum vierten Mal innerhalb von zwei Monaten ein Brandanschlag auf das Haus einer marokkanischen Familie verübt worden. Die Staatsanwaltschaft äußerte dazu: "Wir können nach allen bisherigen Hinweisen davon ausgehen, daß es sich nicht um ausländerfeindliche Brandanschläge handelt." Statt dessen würde nach Ansicht des Staatsanwalts alles auf "verwandtschaftliche Zwistigkeiten" hinweisen. (taz, 25.8.93)

In Hardegsen im Kreis Northeim haben unbekannte Täter, vermutlich aus dem neofaschistischen Umfeld, einen Brandanschlag auf ein Anwesen der Grünen-Politikerin Heidi Lippmann-Kasten verübt. Die Täter steckten in einem Stall, der direkt an das Wohnhaus angrenzt, Stroh in Brand. Das Feuer wurde rechtzeitig von einem Anwohner bemerkt, so daß kein größerer Schaden entstand. Bereits im Februar war ein Brandanschlag auf das Anwesen verübt worden. Die Politikerin ist im Landesvorstand der niedersächsischen Grünen für Asylpolitik zuständig. Sie hatte zuvor einen anonymen Brief mit der Drohung erhalten, sie werde "ausgeräuchert". Vor dem Anschlag waren in dem Anwesen auch Drohanrufe eingegangen, bei denen "Ausländer raus" gerufen wurde. (FR, 25.8.93)

In Berlin-Marzahn nahm die Polizei einen 19jährigen Neofaschisten fest, der den Eingang des Marzahner Bezirksamtes unter den Anfeuerungen von 17 weiteren neofaschistisch orientierten Jugendlichen mit Nazisymbolen besprüht hatte. (BZ, 25.8.93)

In Gückingen bei Diez in Rheinland-Pfalz darf die sogenannte Hitler-Glocke im Rathaus der Gemeinde hängenbleiben. Die Glocke trägt ein Hakenkreuz und die Inschrift "Adolf Hitler - Für Freiheit, Frieden und Brot, 12.11.1933". Sie war 1933 von der Gemeinde gekauft worden und hängt heute immer noch im Glockenturm des Rathauses. (SZ, 24.8.93)

24.8.

In Erlangen ist die "Burschenschaft Bubenreuther" aus dem Dachverband der "Deutschen Burschenschaften" ausgetreten, weil dieser ihr zu "rechtsradikal" geworden sei. Lange Zeit war die "Burschenschaft Bubenreuther" selber am rechten Rand dieses Dachverbandes angesiedelt. (Welt, 26.8.93)

25.8.

In Gransee in Brandenburg haben unbekannte Täter die Straße zur Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück verwüstet. Der Wegweiser zur Gedenkstätte wurde demontiert, Begrenzungspfähle und ein Vorfahrtschild demoliert. (Berliner Morgenpost (BM), 26.8.93)

In Dolgenbrodt holte die Polizei eine Reichskriegsflagge ein, die in Sichtweite des niedergebrannten Heims für AsylbewerberInnen wehte und am Vortag für alle Fotografen und Kamerateams ein dankbares Motiv gewesen war. (taz, 26.8.93)

In Neuruppin sind neofaschistische Flugblätter auf zwei Schulhöfen aufgetaucht. Die "Revisionistischen Kampfschriften" waren auch in Hausbriefkästen geworfen worden. Auch in Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf und Dannenreich (Kreis Königs Wusterhausen) sind Plakate einer "Rechten Front Mark Brandenburg" aufgetaucht. Die Blätter, die zum "Nationalen Widerstand" und zur "Freiheit für alle Nationalisten" aufrufen, klebten an Buswartehäuschen und Geschäften. (Berliner Morgenpost (BM), 26.8.93)

In Berlin haben drei mutmaßliche Skinheads einen Türken krankenhausreif geschlagen. (Welt, 26.8.93)

26.8.

In München hat ein 22jähriger Mann auf Plakate des Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl, Christian Ude (SPD), antisemitische Parolen geschmiert. Eine Zeugin hatte beobachtet, wie der Täter einen Judenstern und die Parole "Judenpack" auf ein Plakat schmierte. Ein weiterer Täter, ein Sprayer, wurde von der Polizei auf frischer Tat ertappt. (SZ, 28.8.93)

In Berlin-Neukölln löste eine Anfrage der rechtsextremen "Republikaner" einen Eklat aus. Angesichts der "angespannten Finanzmisere" hatte sich die sechsköpfige Fraktion gegen eine Zahlung von Sozialhilfe an AusländerInnen ausgesprochen. Bezirksbürgermeister Hans-Dieter Mey (CDU) kanzelte solche Forderungen als "absolut irrelevant" ab und sah den "Rand des Sachverhaltes der Volksverhetzung" erreicht. (BZ, 27.8.93)

27.8.

In Schwerin wurden türkische Schüler von zwei neofaschistischen Jugendlichen mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. Darüber hinaus drohten die Neofaschisten den türkischen Schülern, die in Begleitung ihrer Schulklasse in der Landeshauptstadt weilten, Schläge an. Nur das beherzte Eingreifen des Lehrers habe eine tätliche Auseinandersetzung verhindern können. Die Polizei kann die Täter keiner rechtsextremen Szene zuordnen. Vermutlich sei die Aktion aus "jugendlichem Übermut" geschehen, sagte ein Polizeisprecher. (ND, 28.8.93)

In Rostock-Groß Klein werden vier Jugendliche aus dem linken Spektrum von mehreren Neofaschisten in ihren Wohnungen angegriffen. (Junge Welt, 31.8.93)

28.8.

In Sachsenhausen haben zwei neofaschistische Jugendliche die KZ-Gedenkstätte geschändet. Sie haben in eine Skulptur am Mahnmal Hakenkreuze geschnitzt. Sie waren von einer Besucherin erwischt und von Mitarbeitern der Gedenkstätte festgehalten worden. Die Polizei konnte zwei mutmaßliche Täter aus Cottbus festnehmen, die die Tat allerdings bestreiten. Der Vorfall ereignete sich einen Tag, bevor in der Gedenkstätte Sachsenhausen eine Ausstellung zum Thema "Dänemark im Oktober 1943: Die Rettung der dänischen Juden vor der Vernichtung" eröffnet werden sollte. (ND, 28.8.93)

In Suhl verhaftete die Polizei vier Personen wegen neofaschistischer und antisemitischer Krawalle. Inzwischen prüft die Staatsanwaltschaft, ob wegen Volksverhetzung ermittelt werden soll. Die Stadtverwaltung hat anläßlich dieser Krawalle einen Jugendclub geschlossen, der Treffpunkt von Rechtsradikalen war. (ND, 30.8.93 und taz, 2.9.93)

In Berlin-Hennigsdorf konnte nur mit massivem Polizeieinsatz eine Feier von Skinheads aufgelöst werden. Die Skinheads hatten u.a. neofaschistische Lieder gegröhlt. Acht Personen wurden wegen tätlichen Widerstands festgenommen. (ND, 30.8.93)

In Karlsruhe und Böblingen nahm die Polizei insgesamt 61 Neofaschisten vorübergehend fest, die sich auf dem Weg zu einer verbotenen Versammlung in einem Wald bei Böblingen befanden. Beschlagnahmt wurden Baseballschläger, Messer, Fahnen mit Hakenkreuzen und nationalsozialistische Abzeichen und Embleme. (taz, 31.8.93)

In Rostock wurde ein Anschlag auf die Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur, dem Max-Samuel-Haus, verübt. Drei Neofaschisten warfen gezielt Steine auf die beiden beleuchteten Fenster des Hauses. Die Polizei erschien erst 45 Minuten nach dem Anschlag. Die Beamten mutmaßten, daß das "nichtmitteleuropäische Auftreten" der Gäste zu diesem Anschlag geführt haben könnte. Die Rostocker Polizeiführung bestritt die antisemitische Aussage eines Beamten. (Junge Welt, 31.8.93)

In Berlin-Charlottenburg wurde ein 19jähriger Jugoslawe vor einer Discothek von einem 18jährigen Mann erstochen. Der Täter konnte wenige Stunden später festgenommen werden. (BZ, 30.8.93)

29.8.

In München verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das Lokal eines Türken. Zwei Brandsätze wurden gegen die hölzerne Außenwand des Gebäudes geschleudert, in dem sich zu dieser Zeit zehn Personen aufhielten. Da der Hund unruhig wurde, sah der Wirt nach. Er entdeckte den Brand, und das Feuer konnte gelöscht werden, ehe es Schaden anrichtete. (taz, 31.8.93)

In Worms wurde der jüdische Friedhof von Unbekannten geschändet. Mehr als hundert Grabsteine wurden mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. Die Untersuchung des Friedhofes und der Umgebung habe noch keine Hinweise ergeben. (taz, 31.8.93)

In Frankfurt/Oder haben Neofaschisten rassistische Hetzschriften an die Eingangstüren zweier Grundschulen verklebt. Die Flugblätter trugen Titel wie "Stopp der Ausländer- und Asylanteninvasion", "Deutschland den Deutschen". (FR, 31.8.93)

30.8.

In Idar-Oberstein in Rheinland-Pfalz wurde ein Brandanschlag auf ein von AusländerInnen bewohntes Haus verübt. Ein 40jähriger Afghane, der in dem Haus ein Geschäft betreibt, wurde mit einem Schock und Schürfwunden in ein Krankenhaus gebracht. Das Haus war mit schwarzen Hakenkreuzen und "Ausländer raus" besprüht worden. Das Haus wurde zerstört, es entstand ein Schaden von 350.000 Mark. Der Afghane hatte zwei Monate lang Drohanrufe erhalten. Später wird der Mann von der Polizei verdächtigt, den Brand selber gelegt zu haben. (taz, 31.8.93, Welt 1.9.93 und FR, 4.9.93)

In Bötzow im Kreis Oranienburg haben 25 neofaschistisch orientierte Jugendliche nach einer Kirmes randaliert. Sie bedrohten Schausteller und griffen Polizisten an. Die Jugendlichen bewarfen die Polizisten mit Steinen und Flaschen. Fünf Personen wurden vorläufig festgenommen. Gegen einen Jugendlichen, der ein Koppelschloß der SS mit Hakenkreuz trug, wurde eine Anzeige wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erstattet. (BZ, 1.9.93)

In Düsseldorf wiesen Experten bei einer Anhörung der Grünen darauf hin, daß Diskriminierung und die Gewalt von Rechtsextremisten gegen Behinderte wächst. Der Arzt Willibald Strunz legte mehr als 50 Fälle von Gewalt gegen Behinderte aus den letzten 12 Monaten vor. Bei den Tätern handele es sich fast ausschließlich um Jugendliche und junge Männer. Sie kommen nach Beobachtung der Polizei aus den gleichen Kreisen der Bevölkerung, die Anschläge gegen Ausländer verüben. (FR, 31.8.93)

In Weizenburg-Gunzenhausen verfügte das Landratsamt die Ausweisung von Marek von Motz, weil sich dessen Vater 1939 in Polen aus Widerstand gegen die Nazis nicht in die deutsche "Volkstumsliste" eintragen wollte. (taz, 31.8.93)

31.8.

In einem Interview in der "BZ" führte der Oberkommandierende der russischen Westgruppe, General M. Burlakow, zu dem Anstieg der fremdenfeindlichen Straftaten aus, daß 1991 exakt 277, 1992 über 1.000 und in den ersten acht Monaten dieses Jahres schon 919 Übergriffe gegen Objekte und Angehörige der Westgruppe in der Bundesrepublik Deutschland registriert worden sind. Nach Ansicht des Generals wurden davon "ein Drittel von Rechtsradikalen" verübt. (BZ, 1.9.93) Zum Vergleich: Der Bundesregierung sind für das Jahr 1992 ganze fünf Fälle von rechtsextremen Übergriffen gegen Angehörige der russischen Westgruppe bekannt. (Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke der PDS/LL, Bundestags-Drucksache 12/5466)

In Detmold sind bei einem Feuer in einer Unterkunft für Asylsuchende vier Personen verletzt worden. Sie wurden mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus gebracht. Kurz nach Mitternacht sei in dem von rund 100 Asylsuchenden und Obdachlosen bewohnten Haus Gerümpel im Erdgeschoß in Brand geraten. Die Polizei schloß einen rechtsextremen Anschlag nicht aus. (Junge Welt, 1.9.93)

In der Bundesrepublik Deutschland hat es im Monat Juli 495 fremdenfeindlich motivierte Straftaten gegeben, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL mitteilte. Darunter waren 30 Brandanschläge, 45 Angriffe gegen Personen sowie 420 sonstige Straftaten. 61 Personen wurden verletzt. Gegen vier Tatverdächtige wurde Haftbefehl erlassen. (FR, 1.9.93)

In Dresden äußerte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz, in ausländerfeindlicher Art und Weise, daß etwa 10 Prozent der bundesdeutschen Kriminalität und ein Drittel der Kriminalität von AusländerInnen derzeit von AsylbewerberInnen begangen werde. Lutz sprach von "Kriminalitätstouristen", denen es nicht um Asyl, sondern um "kriminelle Geschäfte" gehe. (taz, 1.9.93)

1.9.

In Berlin wurden im ersten Halbjahr 1993 insgesamt 781 Straftaten mit rechtsextremem sowie 192 mit ausländerfeindlichem Hintergrund verübt. Dabei seien insgesamt 343 Täter ermittelt worden. Die Aufklärungsquote betrage rund 40 Prozent. (BZ, 2.9.93)

2.9.

In Biberach sterben bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende ein 31jähriger Familienvater und seine 21jährige Frau bei einem Sprung aus dem brennenden Haus. Die beiden Kinder des Ehepaares und fünf weitere Personen werden verletzt. Die Polizei schließt sofort einen Brandanschlag aus, obwohl die Brandursache noch gar nicht klar ist, wie ein LKA-Beamter am Donnerstag morgen in "n-tv" einräumen muß. Später wird eine türkische Frau verdächtigt, mit brennender Zigarette eingeschlafen zu sein. (n-tv, 2.9.93 und FR, 4.9.93)

In Grafrath im Landkreis Fürstenfeldbruck brannte ein von etwa 40 überwiegend kroatischen Flüchtlingen bewohntes Mehrfamilienhaus aus bisher ungeklärter Ursache teilweise nieder. Niemand wurde verletzt. Der Sachschaden beträgt 100.000 Mark. Die Polizei schloß sofort einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus. (FR und FAZ, 3.9.93)

3.9.

In Leipzig dürfen weiterhin zwei Jungsozialisten Mitglieder in der SPD bleiben, obwohl sie rechtsextremes Gedankengut verbreitet hatten und weiterhin verbreiten. Die beiden Jusos gelten als Anführer des "Hofgeismarer Kreises", sie hatten die drei Strophen des "Deutschlandlieds" gesungen und deutschnationale Propaganda betrieben. Ihr Sprachgebrauch ähnelt dem der Neofaschisten. Den Jusos wurde lediglich von der Schiedskommission der sächsischen Sozialdemokraten ein einjähriges Mandatsverbot erteilt. Es wird damit gerechnet, daß die beiden Jusos die Bundesschiedskommission der SPD anrufen. (FR, 4.9.93)

In Kyritz in Brandenburg sind drei Rumänen nach einem Streit in einer Discothek angeschossen worden. Ein vierter Mann wurde ebenfalls verletzt. Sie wurden auf der Heimfahrt von zwei bisher unbekannten Männern verfolgt und vor ihrem Heim angegriffen. (ND, 6.9.93)

4.9.

In Cottbus konnte eine großangelegte Flugblattaktion von Mitgliedern der "Freiheitlichen Arbeiterpartei" durch die Polizei verhindert werden. Es wurden mehrere Pkw durchsucht und über 1.000 Flugblätter rassistischen Inhalts beschlagnahmt. (BM, 6.9.93)

In Görlitz wurden beim "Tag der Sachsen" neun Besucher des Volksfestes von einer Gruppe Skinheads brutal zusammengeschlagen. Zwei Personen wurden mit Nasenbeinfrakturen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei nahm fünf Täter fest. (Welt, 6.9.93)

In Marktsteft im Kreis Kitzingen rotteten sich 30 FAP-Anhänger zu einer Veranstaltung zusammen. Die Polizei nahm 16 Personen vorläufig fest und beschlagnahmte Baseballschläger, Schlagstöcke und Messer, ging aber gegen die Veranstaltung nicht vor. (SZ, 6.9.93)

In Frankfurt/Oder demonstrierten 800 Personen gegen Rassismus und Nationalismus. In einiger Entfernung hatten sich 100 Neofaschistischen zusammengerottet. Die Polizei konnte sie davon abhalten, sich dem Zug zu nähern. Es wurden Waffen und Wurfgeschosse bei den Neofaschisten sichergestellt. (taz, 6.9.93)

In Berlin, anläßlich der Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen zum "Tag der Heimat", störten Anhänger der REP, der NPD und ihrer Jugendorganisation, der Jungen Nationaldemokraten, sowie der Wiking-Jugend den Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, bei seiner Rede durch wütendes Protestgeschrei erheblich. Es kam zu wüsten Prügelszenen mit den Ordnern. Eine Person wurde schwerverletzt. Neofaschisten jagten den Journalisten Wiglaf Droste. (ND, 7.9.93)

5.9.

In Eisenhüttenstadt überfielen 20 Skinheads Jugendliche, die ein Open-Air-Konzert besucht hatten. Ein Jugendlicher wurde dabei verletzt. Die Neofaschisten griffen die Jugendlichen an, die nach dem Konzert vor dem Bahnhof in ihren Autos übernachten wollten. (BM, 6.9.93)

In Berlin-Hennigsdorf löste die Polizei eine Feier mehrerer Neofaschisten auf. Die Jugendlichen waren durch lautes Grölen rechtsextremistischer Parolen aufgefallen. Fünf Jugendliche, die unter starkem Alkoholeinfluß standen, wurden festgenommen. (BM, 6.9.93)

6.9.

54 Prozent der Amerikaner befürchten ein Wiederkehren des Nationalsozialismus in Deutschland. Dies ergab eine vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene Umfrage des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung. 41 Prozent der US-Bürger sehen nach dieser Umfrage im vereinten Deutschland eine Gefahr für den europäischen Frieden. Nur 43 Prozent halten die Deutschen für ausländerfreundlich. (Welt, 7.9.93)

7.9.

In Wriezen im Kreis Bad Freienwalde haben zwei 14jährige neofaschistisch orientierte Jugendliche den jüdischen Friedhof geschändet. Sie beschmierten 26 Grabsteine mit Hakenkreuzen und den Buchstaben FAP - der Abkürzung der mit Verbot bedrohten neofaschistischen "Freiheitlichen Arbeiterpartei". Auf einen Grabstein sprühten die Täter die Worte "Unsere letzte Hoffnung NSDAP - Hitler". Wenige Tage später konnten die Täter festgenommen werden. Sie gaben als Motiv Ausländerfeindlichkeit an. Bei der Vernehmung äußerte einer der Täter, daß "Ausländer in Deutschland nichts zu suchen" hätten. "Die klauen nur und ekeln die Deutschen an." Hitler habe für die Deutschen gekämpft, als die Juden versucht hätten, Deutschland zu übernehmen. Sein Schlußwort: "Ich bin Nazi und werde auch weiter so leben." Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Lehmann erklärte, daß die Jungen von einem dumpfen inneren Haß durchdrungen seien. Es gebe keine Hinweise für die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation. Äußerlich seien sie nicht als Rechte zu erkennen. Auch stammten sie aus bürgerlichen Verhältnissen. (BZ und taz, 9.9.93 und BZ 11.9.93)

In Berlin sind im Abgeordnetenhaus Hakenkreuzschmierereien entdeckt worden. (BZ, 8.9.93)

8.9.

In Brandenburg drangen Unbekannte gewaltsam in das Gebäude eines Kinderdorfes ein und sprühten zwei Hakenkreuze und zwei SS-Runen auf eine Wand. (taz, 11.9.93)

9.9.

Die ARD-Sendung "Panorama" berichtet, daß Gelder aus dem staatlichen Aktionsprogramm gegen Gewalt teilweise von Neofaschisten mißbraucht werden. So sei beispielsweise ein Jugendclub in Weimar Anfang des Jahres für Propagandaveranstaltungen rechtsextremer Gruppen benutzt worden. Der Oberbürgermeister Büttner (CDU) erklärte, daß es eine "Bürgerwehr" dort aber nicht gegeben habe. Die Mitarbeiter des Klubs seien nun ausdrücklich angewiesen worden, Veranstaltungen zu untersagen sowie verbotene Schriften oder Symbole einzuziehen. Bereits vor Wochen hatte die ARD-Nachrichtensendung "Tagesthemen" darauf hingewiesen, daß aus diesen Geldern in Görlitz sogar offiziell Waffen für Rechtsextremisten abgerechnet und eine Reise in den Jugoslawien-Krieg finanziert worden sind. (taz, 11.9.93)

In München will der Bundesfinanzhof sein 75-jähriges Jubiläum unter dem Motto "75 Jahre Reichsfinanzhof, Bundesfinanzhof" feiern. Unter Verdrängung der judenfeindlichen Rechtsprechung des Dritten Reiches findet der Präsident des Bundesfinanzhofs, Prof. Dr. Klein, daß der Reichsfinanzhof auch "während des Nationalsozialismus" eine "große Zeit" gehabt habe, wo "sachlich Recht" gesprochen worden sei. Der Reichsfinanzhof hatte mit seinen Urteilen zur Enteignung der Juden beigetragen. Der Kölner Steuerrechtler Prof. Günther Felix wies in der ARD-Sendung "Panorama" darauf hin, daß der Reichsfinanzhof durch seine Rechtsprechung "teilweise - sozusagen im Steuerrecht - Auschwitz vorweggenommen" habe. (taz und BZ, 11.9.93)

In Niedersachsen offenbarte eine Schul-Projektwoche gegen Ausländerfeindlichkeit erschreckenden Fremdenhaß. Als der Kultusminister Rolf Wernstedt (SPD) den Bericht über die Projektwoche an einer niedersächsischen Hauptschule im Landtag vortrug, wurde es still. Der Grund: Offene, zum Teil brutale und haßerfüllte Äußerungen gegen AusländerInnen, AsylbewerberInnen und Roma und Sinti. So äußerten Schüler z.B. vor dem Hintergrund des Brandanschlags in Solingen, bei dem fünf türkische Frauen ums Leben gekommen sind, auf die Frage, ob sie so etwas auch tun könnten: "Klar. Man kann sich nicht vorher auch noch

erkundigen, wer da alles im Haus ist. Das ist zuviel verlangt. Dann haben sie eben Pech gehabt." (ND, 13.9.93)

10.9.

In Potsdam sind im Dienstgebäude des Justizministeriums des Landes Brandenburg Hakenkreuzschmierereien entdeckt worden. Unbekannte hatten auf dem Spiegel der Herrentoilette ein Hakenkreuz und das Wort "Hass" mit SS-Runen hinterlassen. (taz, 11.9.93)

11.9.

In Potsdam sind in zwei Neubaugebieten wieder Flugblätter der neofaschistischen "Freiheitlichen Arbeiterpartei" aufgetaucht. Vor zwei Verkaufshallen sind die Flugblätter direkt von Skinheads verteilt worden. (ND, 13.9.93)

In Cottbus ist der russische Ehrenfriedhof geschändet worden. (ND, 13.9.93)

In Göttingen ist ein 15jähriger Junge aus einem Flüchtlingswohnheim von einem unbekannten Schützen durch Schüsse aus einem Schrotgewehr am Kopf schwer verletzt wurden. Der Vorfall ereignete sich in der Nähe einer Bushaltestelle. Der Junge mußte ins Klinikum eingeliefert werden, befindet sich aber nicht mehr in Lebensgefahr. (Göttinger Tageblatt, 13.9.93)

12.9.

In Gräbendorf in Brandenburg ist der russische Ehrenfriedhof geschändet worden. (ND, 13.9.93)

In Alt Ruppin in Brandenburg ist der russische Ehrenfriedhof geschändet worden. (ND, 13.9.93)

In Cottbus wurden Flugblätter der neofaschistischen FAP verteilt. Die Täter flüchteten beim Eintreffen der Polizei. (ND, 13.9.93)

Bürokollektiv Ulla Jelpke,

PDS/Linke Liste

18. Rassismus, Fremdenhaß und Antisemitismus. Der zweite Weltreport des Londoner Intitute of Jewish Affairs

Der zweite Weltreport des Londoner Institute of Jewish Affairs

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:07

Als das Londoner Institute of Jewish Affairs im vergangenen Jahr erstmals seinen Antisemitism World Report veröffentlichte, hatte der Antisemitismus seinen vorläufigen Höhepunkt seit den Nachkriegsjahren erreicht. Das jedenfalls ergab sich aus den Untersuchungen der vielen Forschungseinrichtungen und Einzelpersonen aus verschiedenen Teilen der Welt, die in dem Report zusammengefaßt und systematisiert sind. Der im Juni erschienene Antisemitism World Report 1993, in dem das Beweismaterial des Vorjahres verarbeitet ist, beschreibt die Situation als weitgehend unverändert - global gesehen. In einzelnen europäischen Ländern haben antisemitische Manifestationen verschiedener Art erheblich zugenommen.

Zu den Hintergründen für das Anwachsen des Antisemitismus seit Beginn dieses Jahrzehnts hatten die Herausgeber im vergangenen Jahr u.a. geschrieben: "Die Intensivierung des Antisemitismus ist nicht isoliert von anderen Entwicklungen vor sich gegangen. Die politischen Umwälzungen in der Welt, eine dauernde weltweite wirtschaftliche Rezession, Migration in großem Umfang aus den armen oder von Konflikten zerrissenen Ländern in den industrialisierten Westen, wachsende nationalistische und ethnische Einstellungen, Enttäuschung über die herrschenden Politiker und Parteien - diese Faktoren schaffen fruchtbaren Boden für das Wachsen aller Arten von Abgrenzung. Bezeichnenderweise bleibt der Wohlstand in den Ländern, wo Rassismus und Fremdenfeindlichkeit besonders virulent sind, hoch - ein deutlicher Hinweis, daß selbst eine relative politische, soziale und ökonomische Verschlechterung Bedingungen produziert, in denen Intoleranz wachsen kann, wenn nichts unternommen wird, um sie unter Kontrolle zu halten.

Antisemitismus ist keineswegs die wesentliche Form der Abgrenzung, die heute sichtbar ist. Rassistische Vorurteile und Gewalt werden besonders von Schwarzen, Türken, Zigeunern, Moslems, Asiaten und anderen ethnischen Minderheiten erlebt sowie von ausländischen Arbeitern, Immigranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden. Dennoch bleibt offener oder versteckter Antisemitismus, wie der Report zeigt, ein integraler Bestandteil des ideologischen und politischen Weltbildes derjenigen Gruppen, die solche Taten begehen." (Einleitung des Antisemitism World Report 1992)

Über den Zusammenbruch des Realsozialismus und das Anwachsen des Antisemitismus heißt es an gleicher Stelle: "Einige Länder mit langen Traditionen von Autoritarismus und Antisemitismus werden stark von separatistischen und chauvinistischen Bestrebungen erfaßt, die durch die schnell sich verändernde Szenerie verunsicherte Menschen veranlassen, einen Sündenbock zu suchen. Wenn auch die Rolle des Sündenbocks sicherlich nicht ausschließlich von den Juden übernommen wird, spielt der Antisemitismus doch eine bedeutende Rolle in den politischen Kämpfen in diesen Gesellschaften und ist dadurch ein Faktor des politischen Lebens geworden, wie er anderswo ohne Parallele ist. In diesen Ländern ist der Ausdruck ‚Antisemitismus ohne Juden` eine Realität." Letzteres trifft in besonderer Weise auf Polen zu, wo heute nicht einmal mehr 10.000 Juden leben. Dennoch schätzten bei einer Meinungsumfrage zehn Prozent der Befragten die Zahl der polnischen Juden auf zwischen 3,8 und 7,2 Millionen; 25 Prozent hielten eine Zahl zwischen 750.000 und 3,5 Millionen für wahrscheinlich. Die Zeitschrift Dos Jidisze Wort erklärte diese grotesk falschen Schätzungen als Folge antisemitischer Propaganda, die Juden als omnipotent und allgegenwärtig darstellt.

Rassistischer Terror

und Antisemitismus

In der Einleitung des 1993er Reports wird besonders auf die rassistischen Menschenjagden in Deutschland und ihre Wirkungen auf andere europäische Länder eingegangen. Ein Teil der Ende 1992 in vielen europäischen Ländern vermehrt verübten rassistischen Gewalttaten werden als "copy-cat attacks" ("nachgeäffte Angriffe") gewertet: Eine plausible Erklärung, welche die Täter keineswegs entlastet, wenn man

das deutsche "Vorbild" nicht als Ursache, sondern als Auslöser begreift. Oder in den Worten des Kommentators der Neuen Zürcher Zeitung (zur unerwarteten Welle des Antisemitismus in Italien): "Vereinfachend gesagt, haben die Krawalle von Rostock gewissen Leuten die Hemmungen genommen." (NZZ, 14.11.1992)

Wie dem randalierenden bzw. Beifall klatschenden Mob von Rostock und den Mördern von Mölln und Solingen ihrerseits die "Hemmungen" (wenn sie denn welche hatten) genommen wurden, zeigt der Report anhand der deutschen "Asyldebatte". Das erwünschte Signal - in Deutschland gibt es zu viele Ausländer - hat in den Mordbrennern nicht etwa aus Versehen die falschen Adressaten erreicht.

Der rassistische Diskurs, der in Deutschland die spezifische Form der "Asyldebatte" angenommen hat, wird auch in den übrigen europäischen Ländern geführt: "Die Regierungen behaupten, daß die Maßnahmen, mit denen die Zahl der nach Westeuropa einwandernden Immigranten und Asylbewerber begrenzt werden soll, auch dazu beitragen, das Anwachsen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu verhindern. Aber viele Beobachter argumentieren - mit Verweis auf Ereignisse wie in Solingen - daß solche Maßnahmen nur fremdenfeindliche Gefühle nähren, rechtsextremen Gruppen Legitimität verschaffen und insgesamt das Klima der Intoleranz, das in Europa immer mehr vorherrscht, verschärfen. Wenn das der Fall ist, werden Äußerungen des Antisemitismus, die eindeutig ein Nebenprodukt ("by-product") des Fremdenhasses sind, voraussichtlich zunehmen."

Wer in dieser Bewertung Verharmlosung des Antisemitismus zu erkennen meint, sollte den Satz sehr genau lesen: Nicht der Antisemitismus, sondern seine aktuellen Äußerungen ("expressions"), werden als Nebenprodukt des gewalttätigen europäischen Rassismus gesehen. Daß der Antisemitismus als Weltanschauung kein Anhängsel des Rassismus ist, sondern als unverzichtbarer Bestandteil rechtsextremistischer Ideologie ein ungefährdetes Eigenleben führt, wird in den folgenden Abschnitten - und insbesondere in den Länderberichten - ausführlich belegt.

Die Publikationen der unzähligen nazistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien sprechen hier eine klare Sprache. Allerdings besteht vielfach eine Diskrepanz zwischen Schriften für den internen Gebrauch und solchen, die sich an ein Massenpublikum richten. Insbesondere die an Respektabilität interessierten westeuropäischen Rechtsextremisten - der Report nennt den französischen Front National, die österreichische Freiheitspartei, den belgischen Vlaams Blok und die Republikaner - bemühen sich aus Gründen der Opportunität einstweilen darum, ihren Antisemitismus nicht allzu deutlich sichtbar werden zu lassen.

Dennoch kommt er immer wieder zum Vorschein: "sowohl in versteckten Andeutungen ihrer Führer als auch auf lokaler Ebene, wo die Parteimitglieder sich nicht an die auf nationaler Ebene gültigen Verhaltensregeln der Parteien gebunden fühlen." Daß in letzterem Fall - im Interesse der Partei - auch mal falsche Dementis und scheinheilige Distanzierungen nachgeschoben werden, belegt der Fall des Frankfurter REP-Fraktionschefs Heinrich Frank, der im Mai den 1922 von antisemitischen Nationalisten ermordeten deutschen Außenminister Walther Rathenau in einem Zwischenruf als "Judenbub" beschimpft hatte und dafür aus dem Parlament des Frankfurter Umlandsverbands ausgeschlossen worden war. Offenbar nach Rücksprache mit übergeordneten Parteigremien bestritt Frank den von drei Parlamentariern bezeugten Zwischenruf: Falls ein anderer Republikaner so etwas "Empörendes und Deplaziertes" gerufen haben sollte, müsse der Betreffende sich dafür entschuldigen. (Frankfurter Rundschau, 8.7.93)

"Overall assessment" -

die Gesamteinschätzung

Die Auswertung der 52 Länderberichte (dabei wurden Ex-Jugoslawien, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und sechs Golfstaaten jeweils als eine Eintragung gezählt) ergibt ein uneinheitliches Bild. In 33 Ländern wurde wenig Änderung gegenüber 1991 festgestellt. Dazu gehören auch einige Länder, in denen die Verbreitung des Antisemitismus als besorgniserregend eingeschätzt wird, u.a. Iran, Irak, Syrien, Polen, die ehemalige UdSSR, Frankreich und Österreich. Anzeichen für eine Verbesserung der Situation werden aus Belgien, Argentinien, Marokko und Tunesien gemeldet. Eine deutliche Zunahme des Antisemitismus wurde in Deutschland, Italien, Schweden, der Schweiz, der Türkei, Ungarn, Rumänien, Kanada und Ägypten registriert. Als "wesentliche

Unruheherde" nennt der Bericht (in dieser Reihenfolge): Rumänien, Ungarn, Rußland, die Ukraine, die baltischen Saaten, Moldawien und Deutschland.

Zur Kennzeichnung der Situation der jüdischen Minderheiten in der Welt zitieren die HerausgeberInnen ihren Befund vom Vorjahr: "Niemand könnte ernsthaft behaupten, daß die gegenwärtige Situation der Juden entfernt mit der Lage der vielen nicht-weißen Minderheiten vergleichbar wäre, für die Diskriminierung, Gewalt und Beschimpfung zum Alltag gehören." Im Unterschied zu 1992, als relativ allgemein vor einer Fortsetzung des negativen Trends gewarnt wurde, beschreibt der Report 1993 sehr konkrete Gefahren. Die rassistischen Gewalttaten des Jahres 1992, vor allem in Deutschland, haben gezeigt, "daß die allgemeine fremdenfeindliche Gewalt und die rassistischen Angriffe gewaltsame Äußerungen des Antisemitismus nach sich ziehen." Die politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen - u.a. rassistisches Klima, Abwendung von den bisher herrschenden Parteien, Rezession - werden auch weiterhin rechtsextremen Gruppierungen beste Entfaltungsmöglichkeiten garantieren.

Hinzu kommt die Neigung auch etablierter Politiker, "zur Förderung ihrer eigenen politischen Ziele zynischen Gebrauch vom Antisemitismus zu machen". Prominentestes Beispiel hierfür ist der ehemalige US-Präsident George Bush, der auf einer Pressekonferenz im September 1991 jüdische Interessenvertreter in Washington als "powerful political forces", sich selbst aber als "lonely little guy" bezeichnete. Das Stereotyp vom bestimmenden jüdischen Einfluß auf die Weltpolitik bekam neue Nahrung, auch wenn Bush sich später für dieses Äußerung entschuldigte.

Die Untersuchungsmethode

Daß die verfügbaren Daten über die einzelnen Länder nicht ohne weiteres vergleichbar sind, wird von den Herausgebern des Reports nicht verschwiegen. Aus einigen Ländern gibt es gar kein Material, aus anderen nur wenig. Am ausführlichsten sind die Berichte über die USA, Westeuropa und Teile Osteuropas. Hier wird der Untersuchungsgegenstand unter bis zu 18 verschiedenen Aspekten betrachtet:

1. Gesamtbevölkerungszahl und Zahl der jüdischen Bevölkerung;

2. Geschichte des Antisemitismus;

3. Allgemeine politische, soziale und ökonomische Bedingungen;

4. Antisemitische politische Parteien, Organisationen, Bewegungen, Gruppierungen und Schätzung ihrer Mitgliederzahl und ihres Einflusses;

5. Antisemitische Manifestationen und Vorfälle (gewalttätig und nicht-gewalttätig);

6. Antisemitische Publikationen, Antisemitismus in den elektronischen Medien;

7. Antisemitismus im herrschenden politischen Leben;

8. Antisemitismus im kulturellen Leben (Hoch- und Populärkultur);

9. Antisemitismus im Geschäftsleben;

10. Antisemitismus im Erziehungswesen und an der Basis (auch Freizeitaktivitäten inklusive Sport);

11. Religiöser Antisemitismus;

12. Leugnung des Holocaust, Holocaust-"Revisionismus";

13. Antisemitische Wirkungen des Anti-Zionismus und der Kampagne gegen Israel;

14. Meinungsumfragen;

15. Gerichtsverfahren (auch Verfahren nach Gesetzen gegen Aufhetzung und Diskriminierung);

16. Bekämpfung des Antisemitismus (z.B. Erklärungen nicht-jüdischer politischer, religiöser und anderen Repräsentanten, pädagogische Initiativen, Demonstrationen);

17. Besondere Faktoren;

18. Gesamteinschätzung.

Auch ohne verbindliche Definition dessen, was Antisemitismus ist, hätten die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter "einen bemerkenswerten Grad an Übereinstimmung" bezüglich des Untersuchungsgegenstandes gezeigt. Nennenswerte Differenzen habe es allein in der Frage des Verhältnisses von Anti-Zionismus und Antisemitismus gegeben. Hier habe man sich dafür entschieden, nur solche Elemente des Anti-Zionismus aufzunehmen, die offenkundig antisemitische Implikationen haben.

Auch in dem Bericht über Antisemitismus in den USA (s.u.) wird davor gewarnt, Antisemitismus entdecken zu wollen, "wo er nicht existiert oder wo seine Wirkungen minimal sind", weil sich das "kontraproduktiv" auf die "Verwirklichung gemeinsamer jüdischer Ziele" auswirken könne. Möglicherweise hatten die AutorInnen hier einen Fall vor Augen, der im Sommer 1992 in den USA für Aufregung sorgte. In dem Film "Batmans Rückkehr" wollten zwei Studenten antisemitische Klischees entdeckt haben. Der von Danny DeVito gespielte böse "Pinguin" habe "eine lange Nase, liebe Hering, sein Regenschirm erinnere an den Stab des Moses, und wie dieser sei er von seinen Eltern in einem Korb auf einem Fluß ausgesetzt worden", schrieb die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung und qualifizierte das Ganze als "überflüssige Kontroverse: Pinguin bleibt Pinguin". So sahen es auch SprecherInnen des Simon-Wiesenthal-Center und der jüdischen Anti-Defamation-League. Die "bizarre Pseudo-Analyse" und ihre breite Wiedergabe in seriösen Presseorganen, bedeute "eine gefährliche Schwächung ihrer Bemühungen, rassistische und antisemitische Strömungen in Kunst und Kultur ‚dort zu entlarven und anzuprangern, wo sie tatsächlich vorhanden sind`." (AJW, 13.8.1992)

In wohltuender Distanz zu einer auf die Produktion von Schlagzeilen ausgerichteten Arbeitsweise - und auch zu dem in linken Kreisen beliebten Katastrophismus, der Daten über rechte, rassistische und antisemitische Einstellungen und Handlungen bedenkenlos nach oben korrigiert - haben die HerausgeberInnen der Antisemitism World Reports sich für äußerste Sorgfalt entschieden. Nicht ausreichend belegte Behauptungen von MitarbeiterInnen wurden nachgeprüft und im Zweifelsfalle weggelassen. Als Ergebnis dieser "altmodischen" Detailgenauigkeit sind zwei Nachschlagewerke von bleibendem Wert entstanden. Zu hoffen wäre, daß sich ein Verlag findet, der den leider unvermeidlichen Antisemitism World Report 1994 auch in deutscher Sprache herausbringt.

Länderberichte

Unter den Ländern, in denen der Antisemitismus die für die jüdische Minderheit bedrohlichsten Formen angenommen hat, sind sechs Nachfolgestaaten der Sowjetunion; zwei weitere, Rumänien und Ungarn, gehörten ebenfalls dem untergegangenen "sozialistischen Lager" an. Eine halbwegs zufriedenstellende Darstellung des Antisemitismus in Osteuropa würde (mindestens) einen gesonderten Artikel erfordern, der sowohl das historische Erbe seit dem Zarismus als auch die gegenwärtige politische und ökonomische Umbruchsituation in Rechnung zu stellen hätte.

Da beides auf dem zur Verfügung stehenden Raum (und wegen des begrenzten Wissens des Autors) nicht leistbar ist, sollen hier die Berichte über vier führende Staaten des kapitalistischen Westens zusammengefaßt werden: Deutschland, der nach den genannten ehemals realsozialistischen Staaten schlimmste "Unruheherd" ("principal trouble spot"); Italien, das im Herbst 1992 eine unerwartete Welle des Antisemitismus erlebte; Frankreich, wo die stärkste antisemitische Massenpartei des Westens seit Jahren annähernd 15% der Stimmen erhält; schließlich die USA, das Land mit der zahlreichsten jüdischen Bevölkerung der Welt (Israel eingeschlossen).

Deutschland

In Deutschland (77,6 Mio. Einwohner) leben derzeit zwischen 54.000 und 64.000 Jüdinnen und Juden, 20.000 bis 24.000 von ihnen sind aus der ehemaligen Sowjetunion eingewandert. (1) Die These des Reports lautet: "Die allgemeine Fremdenfeindlichkeit wurde auf die deutschen Juden ausgeweitet." Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1992, vor allem seit dem Rostocker Pogrom, "wurden jüdische Einrichtungen Angriffsziele vermehrt mobilisierter Rechtsextremisten"; "die jüdischen Gemeinden fühlten sich im Vergleich zum Vorjahr vermehrt bedroht."

Alle wesentlichen (bei den ak-LeserInnen als bekannt vorausgesetzten) antisemitischen Anschläge werden aufgelistet: die nach offiziellen Zahlen 104 Schändungen von Friedhöfen, Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen (1991 waren es 84 gewesen); die Bombe gegen das jüdische Mahnmal an der Putlitz-Brücke in Berlin; die Anschläge auf die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück; die Schweinekopf-Aktion

von Nazi-Dienel vor der Erfurter Synagoge; die Drohbriefe und -anrufe gegen Ralph Giordano und andere prominente Juden; der von zwei Skinheads begangene Mord an einem 53jährigen Mann in einer Wuppertaler Kneipe, nachdem der Wirt das Opfer (fälschlicherweise) als Juden bezeichnet hatte. Der sarkastische Kommentar des Reports zu diesem ersten Todesopfer des Antisemitismus: "Aus Sicht des Staatsanwalts habe diese Bemerkung die Täter nicht beeinflußt."

Dennoch werden dem deutschen Staat, was den Schutz jüdischer Einrichtungen angeht, gute Noten erteilt. Daß seine Repräsentanten ihre Karriere aufs Spiel setzen, wenn sie öffentlich antisemitische Äußerungen tun, wird am Beispiel des Rostocker CDU-Politikers Karl-Heinz Schmidt veranschaulicht. Schmidt hatte im November 1992 Ignatz Bubis wörtlich gefragt: "Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ihre Heimat ist Israel. Ist das richtig so? Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Israelis und Palästinensern?" Bubis antwortete mit der Gegenfrage: "Sie wollen mit anderen Worten wissen, was ich hier eigentlich zu suchen habe?" (AJW, 5.11.1992) Schmidt mußte wegen dieser "Geschmacklosigkeit" sein Mandat im Stadtparlament zurückgeben.

Offensichtlich als "normal" und akzeptabel gilt dagegen die Art von Sonderbehandlung, die der hessische Ministerpräsident Eichel (SPD) den Juden in Deutschland zuteil werden ließ, als er sich nach dem ungehinderten Nazi-Aufmarsch in Fulda bei ihnen entschuldigte. Die israelitische Synagogengemeinde in Berlin kritisierte zu Recht, Eichels Entschuldigung impliziere, "daß, würden heute in Deutschland keine Juden mehr leben, die Naziumtriebe offenbar niemanden stören würden." (FR, 24.8.1993)

Die verbreitete Ansicht, daß Antisemitismus in Deutschland vorrangig mit den langsam aussterbenden Altnazis in Verbindung zu bringen wäre, wird durch aktuelle Meinungsumfragen auf besonders deprimierende Weise widerlegt. Bei Befragungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 26 Jahren in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt stimmten 14% der 14- bis 18jährigen der Aussage zu: "Die Juden sind Deutschlands Unglück". Bei den 20- bis 24jährigen waren es 5%, bei den 25- bis 26jährigen 1% - ein eindrucksvoller Hinweis darauf, welche Kräfte heute Jugendlichen in einer prägenden Lebensphase politische Orientierungshilfe leisten. Zwar gibt es keine gleichlautende Umfrage unter westdeutschen Jugendlichen, aber das noch Anfang 1992 ermittelte Ungleichgewicht - 16% harte Antisemiten im Westen, nur 4% im Osten (2) - könnte über kurz oder lang verschwinden oder sich gar ins Gegenteil verkehren.

Italien

Ähnlich wie in Deutschland haben in Italien (57 Mio. Einwohner, 35.000 Juden) antisemitische Anschläge in der zweiten Jahreshälfte 1992 sprunghaft zugenommen. Genannt werden Friedhofsschändungen, Parolen an Synagogen und an Geschäften jüdischer Inhaber, Drohbriefe und -anrufe. Die Verpflichtung des schwarzen Niederländers Aron Winter durch den Fußballclub Lazio Rom beantworteten rechtsextreme Fans mit antisemitischen Schmierereien, darunter die Parole "Winter raus, razza pura vogliamo" ("Wir wollen eine reine Rasse") und "Gli ebrei non li vogliamo" ("Wir wollen keine Juden").

Die Gesamteinschätzung für 1991 wird auch im neuen Antisemitism Report übernommen. Als erste der zwei wesentlichen antisemitischen Strömungen wird die des Antisemitismus als "Nebenprodukt von Neofaschismus und Rassismus" genannt. "Die zweite, die mit dem Nahostkonflikt verbunden ist, ist weniger dramatisch, aber weiter verbreitet. Sie erscheint sowohl in demokratischen und ‚rechts-orientierten` Umgebungen als auch in der politischen Linken und unter militanten Katholiken mit ihren traditionellen Vorurteilen."

Als neuer Faktor wird die "verbesserte Organisation und gestiegene Entschlossenheit der extremen Rechten und der Skinhead-Bewegung im besonderen" herausgestellt. Die von dem römischen Oberrabbiner Elio Toaff geäußerte Vermutung, die Welle des Antisemitismus sei von "internationalen Drahtziehern" ausgelöst worden, bestätigt der Report ebensowenig wie die These des Publizisten Indro Montanelli, die italienischen Naziskins würden nur die Taten ihrer deutschen Kumpane nachäffen. Die mitten in Rom in deutscher Sprache gesprühten Parolen "Sieg Heil" und "Juden raus" zeigen allerdings unübersehbar, an welchem "Vorbild" der militanteste Flügel des italienischen Antisemitismus sich orientiert.

Umfragen zu antisemitischen Einstellungen ergaben 1992 kaum Änderung gegenüber den Vorjahren. Die im November 1992 von der Zeitschrift L'Espresso verbreitete Meldung, jedeR zehnte ItalienerIn sei dafür, daß die Juden "Italien verlassen", stellte sich schnell als Falschmeldung heraus. (Vgl. ak 349) Der Antisemitism Report bezeichnet nur 4% als harte Antisemiten. Allerdings seien "traditionelle Vorurteile" weit verbreitet; bei einer

Befragung assoziierten 31% das Wort Jude mit "Geld", 27% mit "Rasse" und 17% mit "Macht". Auch haben antisemitische Stereotype in den vergangenen Jahren verstärkt Eingang in das Alltagsgespräch gefunden. Ebenso wird vor allem von jungen Menschen gegen jede Art von Gegner vermehrt das Wort "Jude" gebraucht - "mit der bestürzenden Bedeutung: ‚Jemand, der zerstört werden muß`."

Frankreich

Zwar ist die Gesamtzahl antisemitischer Anschläge in Frankreich (57 Mio. Einwohner, 500.000 bis 700.000 Juden) 1992 geringer gewesen als im Vorjahr. Aber auch hier gab es in der zweiten Jahreshälfte eine deutliche Zunahme. Nach der Verwüstung des jüdischen Friedhofs in Herrlisheim (Elsaß), wo 193 Gräber geschändet wurden, stellte Jean Kahn, Ratssprecher der jüdischen Organisationen in Frankreich, die Frage nach einer möglicherweise aus Deutschland eingeschleppten "Vergiftung".

Die WählerInnen von Jean-Marie Le Pens Front National sind nach Ansicht der AutorInnen keineswegs allesamt als Antisemiten einzustufen. Immerhin akzeptieren sie den "latenten Antisemitismus" Le Pens und anderer Führer des FN. Einige dieser kaum verschlüsselten Andeutungen werden aufgelistet. So wandte sich Le Pen öffentlich gegen "dunkle Mächte und Lobbies gegen die Nation", den "Kosmopolitismus und die Religion der Menschenrechte" und ein "globalistisches (französisch: mondialiste) und internationalistisches Komplott" gegen die "Nation und ihre nationalen Werte". Auch unter den BefürworterInnen offener Grenzen sah Le Pen Juden (und deren Freunde) am Werke: "Es ist jedenfalls seltsam, daß diejenigen, die sichere und garantierte Grenzen für Israel fordern, dieselben sind, die Frankreichs Grenzen zerstören wollen."

Die Umfrage zu Intoleranz und Rassismus, die jährlich im Auftrag des Premierministers durchgeführt wird, zeigt wenig Änderungen gegenüber den Vorjahren. 22% der Befragten stimmten teilweise oder vollständig der Aussage zu, es gebe in Frankreich zu viele Juden. In ihrem Schlußkommentar kommen die AutorInnen auf dieses Ergebnis zurück: Es gebe in Frankreich sowohl weitgehende soziale Integration und Akzeptanz der Juden als auch ein "bleibendes Gefühl psychologischen Unbehagens gegenüber den Juden".

Für die zukünftige Entwicklung formuliert der Bericht zwei Besorgnisse. Zum einen die schon erwähnte negative Beeinflussung durch den Nachbarn Deutschland "und allgemeine Erscheinungen von Intoleranz in anderen europäischen Ländern"; zum anderen wachsende "antijüdische Gefühle" in der muslimischen Bevölkerung. Insbesondere bei jungen Leuten aus der zweiten Generation nordafrikanischer Einwanderer wird die Gefahr "antijüdischer Radikalisierung" gesehen.

Als besonderer Faktor wird die Behandlung des Vichy-Regimes durch das offizielle Frankreich erwähnt. Die vier Jahre der Kollaboration mit Nazi-Deutschland, während derer unter aktiver Mithilfe der Behörden 74.000 französische Juden deportiert und umgebracht wurden, blieben bis vor kurzem aus der Geschichte der Republik ausgelagert. Dagegen forderte im Juni 1992 ein Komitee von Intellektuellen, den 16. Juli zum Tag des Gedenkens an die Verbrechen gegen die französischen Juden zu machen. An diesem Tag waren 1942 in Paris fast 13.000 Juden verhaftet und in die Todeslager deportiert worden.

Die traditionelle alljährliche Ehrung von Marschall Pétain durch den Staatspräsidenten, die allein dem "Helden von Verdun", nicht dem Chef des Kollaborationsregimes gelten soll, stieß 1992 auch innerhalb der sozialistischen Partei auf Proteste. Im Februar 1993 ordnete Mitterrand an, den 16. Juli zum Gedenktag zu machen. Die Regierung erklärte ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Pétain-Staates die Zeit für gekommen, "die volle Verantwortung des Vichy-Regimes (für die Deportationen) zu bestätigen".

USA

In den USA leben 5,8 Millionen Jüdinnen und Juden, mehr als ein Drittel von ihnen in New York. Im August 1991 kam es im New Yorker Stadtteil Brooklyn zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Schwarzen und Juden. Nachdem ein chassidischer (3) Busfahrer den Tod eines schwarzen Jungen verursacht hatte, kam es zu gewalttätigen Racheaktionen. Der völlig unbeteiligte jüdische Student Yankel Rosenbaum wurde erstochen, weitere 23 Juden wurden verletzt, es gab Schüsse auf Synagogen und Anschläge gegen jüdische Geschäfte.

Einen Monat zuvor hatte der New Yorker Professor Leonard Jeffries Jr. in einer Rede jüdische Verschwörungen für den Sklavenhandel und die negative Darstellung von Schwarzen in Hollywood-Filmen verantwortlich gemacht. Beide Ereignisse machen den schwarzen Antisemitismus für die amerikanischen Juden, so der Report, zu einer Hauptursache für Besorgnis. Dennoch widersprechen die AutorInnen einem Teil

dessen, was in den USA nach herkömmlicher Meinung die besondere Aggressivität des schwarzen Antisemitismus ausmachen soll. Entgegen einem verbreiteten Vorurteil gehe aus Umfragen hervor, daß Schwarze (wie Weiße auch) mit höherer Bildung weniger anfällig für Antisemitismus seien.

Eine positive Abweichung von der Entwicklung z.B. in Deutschland wird von einer Untersuchung der Anti-Defamation League (ADL) belegt: "Jede nachfolgende Generation von US-Amerikanern in einer bestimmten Altersgruppe ist weniger anfällig für Antisemitismus als dieselbe Altersgruppe einer früheren Generation." Der scheinbare Widerspruch, daß die Abnahme antisemitischer Vorurteile mit einer Zunahme antisemitischer Anschläge einhergeht, löst sich nach Meinung von Experten so auf: "Unter den relativ wenigen, die sich zu antisemitischen Einstellungen bekennen, gab es in den vergangenen Jahren eine verstärkte Bereitschaft, ihre Überzeugungen ‚auszuagieren`."

Auch etablierte Politiker leisteten ihren Beitrag zur "Erosion des Tabus". Neben Bush (s.o.) waren es die Präsidentschaftsbewerber David Duke und Patrick J. Buchanan, die ihre Kandidaturen für antisemitische Ausfälle nutzten.

Js.

Anmerkungen:

1) Alle genannten Zahlen sind Annäherungen

2) Umfrage von Emnid, Bielefeld und Gallup, Tel Aviv; in: Spiegel-Spezial Nr. 2/1992: Juden und Deutsche

3) Chassidim (hebräisch: Fromme), Anhänger einer Mitte des 18. Jahrhunderts entstandenen jüdischen religiösen Bewegung

Antisemitism World Report 1993, 182 Seiten, 11,50 Pfund; zu beziehen beim Institute of Jewish Affairs, 79 Wimpole Street, London W1M 7DD, United Kingdom (Scheck beilegen!)

19. Ches Erben (Rezension)

Rubrik: Lateinamerika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:23

Auch 25 Jahre nach seinem Tod hält der Mythos Che Guevaras an. Mit seinem Namen verbindet sich eine revolutionäre Epoche und das Konzept des Guerillakampfes in Lateinamerika. Noch heute oft zitiert sein Wahlspruch: "Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche."

Eine ganze Generation von Guerillaorganisationen orientierte sich an den Leitlinien Ches. Doch auch sie sind nicht von den tiefgreifenden Veränderungen verschont geblieben. Manche haben aufgegeben (Kolumbien), manche müssen unter gänzlich neuen Bedingungen Politik (Uruguay/Nicaragua) machen. Vielfach stellt sich die Frage, ob am Konzept Guerilla festgehalten werden soll oder ob andere Formen des politischen Kampfes in den Vordergrund treten. Nicht zuletzt das Friedensabkommen in El Salvador bei relativ geringen gesellschaftspolitischen Erfolgen hat auch die Frage einer Bilanz aufgeworfen.

Das jetzt im Neuen ISP Verlag (Köln) erschienene Buch "Ches Erben, Gespräche zur aktuellen Politik der Guerilla in Lateinamerika" von Albert Sterr (den LeserInnen dieser Zeitung durch viele Arbeiten auf diesem Gebiet bekannt), liefert für eine solche Bilanz wertvolles Material. In insgesamt 17 Gesprächen, die in der Zeit zwischen 1989 und 1992 entstanden, befragt er führende VertreterInnen verschiedener Organisationen aus Guatemala, El Salvador, Kolumbien, Nicaragua und Uruguay. Alle GesprächspartnerInnen sind heute noch (bzw. waren es zum Zeitpunkt der Gespräche) innerhalb revolutionärer Organisationen tätig, was die Stoßrichtung des Buches und seine Stärke ausmacht: Keine Rückbesinnung auf Vergangenheit, sondern Darstellung und Diskussion eigener Geschichte sowie der daraus resultierenden Erkenntnisse für morgen. Innerhalb der Gespräche wird versucht, die Ursprünge der revolutionären Guerillabewegungen herauszuarbeiten, sie mit der erfahrenen Geschichte und den sozialen und politischen Veränderungen zu konfrontieren. Somit trägt es einerseits zu Entmystifizierung der Guerilla bei, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten, heißt: der sozialpolitische Charakter dieser Bewegungen tritt deutlich in den Vordergrund, hervorgehoben auch durch die Biographien der GesprächspartnerInnen.

Besondere Bedeutung bekommt der Band durch den Umstand, daß die GesprächspartnerInnen zwar einen gemeinsamen historischen Bezugsrahmen haben, heute jedoch völlig unterschiedlichen Situationen gegenüberstehen. Die ehemalige Stadtguerilla in Uruguay betätigt sich heute als legale sozialpolitische Massenorganisation, die Organisationen der FMLN bereiten sich in der Zeit der Gespräche gerade auf die Aufgabe des bewaffneten Kampfes vor, die Sandinisten in Nicaragua haben ihre erste Regierungszeit schon beendet während sich die Guerilla Guatemalas noch einer blindwütigen Soldateska gegenübersieht. Gerade hierdurch wird aber auch beleuchtet, daß es den lateinamerikanischen Kontinent als politische Einheit nicht gibt. Ches Erben sind zwar im Herzen die Internationalisten geblieben, dennoch zeigen alle Gespräche, daß es sich in der Praxis um national orientierte Bewegungen und Kräfte handelt. Man mag dann vermissen, daß in keinem der Gespräche die internationale Dimension dieser Konflikte als praktisches Problem zur Sprache kommt, aber man muß vielleicht auch hier zur Kenntnis nehmen, daß gegenwärtig ein solcher Sprung nicht zu machen ist.

Ergänzt werden die Gespräche durch jeweils kurze Darstellungen der politischen Lage der jeweiligen Länder sowie eine - auch für die NormalverbraucherIn nützliche - Literaturliste. (he.)

Albert Sterr, Ches Erben - Gespräche zur aktuellen Politik der Guerilla in Lateinamerika, Neuer ISP Verlag GmbH, Köln, 1993, ISBN 3-929008-42-4

20. Die Schweiz baut mit an der Festung Europa (Vorabdruck aus Beat Leuthard: Der elektronische Limes)

Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien unerwünscht - von Beat Leuthardt

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:15

Eben hatte "Zeit im Bild 2" Kriegsbilder aus dem ehemaligen Jugoslawien gesendet: zerstörte Dörfer, fliehende Frauen, Kinder, alte Menschen. Es war der 23. Juni 1992, drei Monate nach Kriegsbeginn in Bosnien-Herzegowina. Dann folgten auf dem TV-Kanal die Worte von Adolf Ogi, dem Schweizer Vize-Bundespräsidenten. Und Österreichs TV-Publikum schreckte auf. "Dumpf und unheimlich" sei das Interview gewesen, "es fröstelte dem Zuseher", sollte die Landespresse hinterher kommentieren. (1)

Der Schweizer Vize sah für den Krieg "die Zivilbevölkerung" mitverantwortlich. (2) "Diese Leute", so Ogi wörtlich, "die sich die Köpfe zerschlagen, die das Land kaputtmachen, die wollen kommen und dann sollen wir finanziell wieder helfen, das Ganze aufzubauen." Bei einem späteren Wiederaufbau, meinte der "Staatsmann", "werden wir sicher helfen. Aber jetzt helfen und dann wieder helfen?" (3)

Zur selben Zeit hatten in Bosnien-Herzegowina bereits 40.000 Bosnierinnen und Bosnier ihr Leben verloren, berichteten bosnische Regierungsquellen. Bereits hatten die Täter innerhalb von drei Kriegsmonaten etwa ein Drittel aller bosnischen Wohnungen zerstört. Unzählige Bosnierinnen und Bosnier, zwischen 1,4 und 4,5 Millionen, waren schon auf der Flucht, das IKRK und die UNO hatten bereits rund 500.000 als Kriegsvertriebene registriert. (4)

Der österreichische TV-Mann versuchte Ogi weiter zu befragen: In Österreich gebe es "massive Kritik" daran, daß bosnische Flüchtlinge "nur mit gültigem Visum in die Schweiz gelassen werden, wie übrigens auch in die Bundesrepublik Deutschland". Darauf der Schweizer Vize: "Die innenpolitische Situation ist so, daß wir in diesem kleinflächigen Land" - er meinte sein eigenes - "nicht weitere Flüchtlinge aufnehmen können."

Auf die direkte Frage des "Zeit im Bild"-Journalisten: "Ist das eines reichen Landes, eines der reichsten Länder überhaupt, würdig?" antwortete der Schweizer Minister: "Sie wissen, wir haben Anschläge auf Asylantenheime. Wir haben Volksinitiativen." Man müsse "einfach zur Kenntnis nehmen, daß es bei uns eine gewisse Obergrenze gibt, und die ist erreicht."

Hinterher zeichnete die Zeitung Kurier Adolf Ogi für diesen Vorschlag ("Einmal helfen genügt. Irgendwann.") mit der "Goldenen Binse" aus. (5) Auch in der Schweiz reagierten die Medienkommentatoren harsch. Die Berner Arbeitsstelle für Asylfragen erhob massive Kritik und erhielt viele Unterschriften für eine spontan lancierte Petition, die den Rücktritt von Innenminister Ogi und Justizminister Arnold Koller forderte sowie die Aufhebung des Visumszwangs und die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien. (6)

Beides, Rücktrittsforderungen und Medienkritik, sind höchst unüblich im behäbigen, selbstgerechten Alpenland. Das erkannte zwar auch der Gesamtbundesrat und relativierte hinterher Ogis Äußerungen; doch er konnte sich nicht zu einer formellen Entschuldigung durchringen.

Dennoch wurde Adolf Ogi, der populäre und früher erfolgreiche Nationaltrainer der Schweizer Ski-Nationalteams, turnusgemäß im Dezember vom Parlament zum Bundespräsidenten per 1993 gewählt. Mit einem "Glanzresultat". Es war alles vergessen.

Schweizer Asylzentren

stehen leer

Ogis Äußerungen waren nicht nur "dumm" (7), sondern auch falsch - soweit sie die angeblich fehlenden Aufnahmekapazitäten in der Schweiz betrafen. Das Gegenteil war der Fall:

Während zwölf Monaten, seit Mitte 1991, hatten die Schweizer Behörden und die vier Regierungsparteien (8) unermüdlich mit dem Begriff "Trendwende" Politik gemacht. "Trendwende" stand für den "drastischen Rückgang der Zahl der Asylsuchenden". Zuvor waren die Asylzahlen jahrelang angestiegen, entsprechend dem wachsenden Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost, Nord und Süd.

Ende Mai 1992 nun verzeichneten die Schweizer Asylbehörden gegenüber der Vorjahresperiode 57 Prozent weniger Asylgesuche. In der Folge standen im selben Sommer in den Asylheimen offiziell 20.000 Plätze frei. "Obergrenze erreicht"? Ogis Worte waren nur Tage nach Bekanntwerden dieser Zahlen erfolgt. Lange nicht mehr waren die Freiplätze für Flüchtlinge in der Schweiz so zahlreich wie gerade zu jenem Zeitpunkt.

Und zwei Tage nach dem Ogi-Interview kündigte das Schweizer Bundesamt für Flüchtlinge an, es werde 400 von insgesamt 1.730 Asylbetreuungsstellen streichen und unwirtschaftliche sowie provisorische Asylunterkünfte auflösen. Damit sparte die Schweizer Regierung mehrere Millionen Franken bei der Flüchtlingsfürsorge. (9)

Schweizer Flüchtlingspolitik - wie vor 50 Jahren gegen jüdische Flüchtlinge

Bundesvizepräsident Ogi hatte nicht den Eindruck, mit seinen Äußerungen etwas Unrechtes gesagt zu haben: "Gegenüber wem soll ich mich entschuldigen?" sagte er vor Journalisten, die von ihm eine Entschuldigung erwarteten. Er meinte bloß: "Ich gebe zu, nicht unbedingt diplomatisch geschickt, aber ehrlich gehandelt zu haben." (10) Der Inhalt stimmte also, nur die Form nicht.

Vergleichbar hatte die Schweiz fünfzig Jahre zuvor gehandelt, als sie vom 13. August 1942 an keine Flüchtlinge mehr einließ. (11) "Die Weigerung der Schweiz, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufzunehmen, erinnert in der Tat - wie der ORF-Interviewer festgestellt hat - an die für Juden geschlossenen Grenzen im Zweiten Weltkrieg", hielt die Asylkoordination Schweiz fest. Die Asylkoordination ist ein loser Zusammenschluß verschiedener lokaler Asylkomitees (Flüchtlingsinitiativen), die sich seit mehr als einem Jahrzehnt für Flüchtlinge einsetzt.

Der Vergleich ist nicht abwegig. Ein knappes halbes Jahr nach den offiziellen Schweizer Äußerungen: Das Kriegsgeschehen war noch verschärft worden, und es herrschte Winter in Bosnien. Die serbischen Kriegsführenden hatten Gefangenen- und Flüchtlingslager eingerichtet, die vom IKRK (12) und weiteren Menschenrechts- und Hilfsorganisationen als "eine Art Konzentrationslager" bezeichnet wurden. Die serbische Kriegspartei erklärte sich bereit, die Lager mit ihren schätzungsweise rund 10.000 Gefangenen zu öffnen und die Insassen freizulassen, sofern westliche Staaten deren Aufnahme garantierten. (13)

"Die allermeisten Flüchtlinge sind bosnische Muslime. Wenn wir Zehn- oder zusammen mit anderen Ländern Hunderttausende von Muslimen aus ihrer Heimat wegnehmen, spielen wir genau das Spiel der Serben und auch der Kroaten, die diese Leute vertreiben wollen": So antwortete der Schweizer Bundespräsident René Felber - ein halbes Jahr, nachdem sein Stellvertreter Ogi die "undiplomatisch-ehrlichen" Worte gewählt hatte.

Weiter sagte Bundespräsident Felber damals, im November 1992: "Es stimmt, wir haben Platz und das nötige Geld, um zehn- oder zwanzigtausend Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien aufzunehmen. Wenn es wirklich ganz dringend wird, können wir diese Leute aufnehmen." Und fügte hilflos an: "Wenn Leute wirklich verhungern, müssen wir etwas unternehmen, das ist klar." (14)

Exakt zu jener Zeit verhungerten "Leute" - wie vorher und danach auch. Trotzdem ging die offizielle Schweiz auf das Angebot der Serben, Lagergefangene zu übernehmen, nicht erkennbar ein; statt dessen kündigte sie "diplomatische Initiativen" an und organisierte in Genf internationale Konferenzen.

Privathilfe unerwünscht

Die meisten EG-Staaten zeigten gegenüber den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien keine größere Aufnahmebereitschaft. Deutschland hatte, wie auch die Schweiz, einen Visumszwang verhängt, ließ also bosnische Flüchtlinge nicht mehr frei einreisen. Die Schweizer Grenzbeamten hatten allein in den ersten zehn Monaten 1992 10.804 bosnischen Flüchtlingen im St. Galler Rheintal, das die Grenze zum österreichischen Vorarlberg bildet, die Einreise verweigert. (15)

Die jüdische Schriftstellerin Anna Seghers schildert in ihrem Zweitweltkriegsroman Transit (16) die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich den Flüchtlingen stellten. Zum Beispiel die schwierige Beschaffung

eines Visums. Und heute: Ein Visum zu erhalten ist wieder zum auserwählten Privileg weniger Kriegsflüchtlinge geworden. Bloße "Einladungs- und Verpflichtungserklärungen" von Verwandten in Deutschland oder der Schweiz reichen nicht mehr aus. Die Behörden verlangen von den Einladenden finanzielle Garantien. Doch genügen dabei den Ausländerämtern beziehungsweise Fremdenpolizeibehörden in manchen Fällen selbst Garantieversprechen von über 20.000 Schweizer Franken nicht.

Eine Frau aus dem Zürcher Ort Zollikon beispielsweise, die ihre bosnische Bekannte einladen wollte, argumentierte ganz schlicht: "Ich möchte sie einfach über den Winter hierher holen, damit sie wieder zu Kräften kommt." Ihre Freundin lebe in Banja Luka: "Sie bewohnt mit ihren Eltern eine Zweizimmerwohnung ohne Elektrizität, Heizung und Wasser." "Einreise abgelehnt", trotz Kostengutsprache. Die Zürcher Fremdenpolizei stützt sich ausgerechnet auf eine "humanitäre Weisung" der Schweizer Bundesbehörden. Jörg Gähwiler, Chef der Zürcher Fremdenpolizei: "Hinter der Weisung steht doch eindeutig die Absicht, die Einreisen aus dem ehemaligen Jugoslawien einzudämmen." (17)

Insgesamt wurde rund ein Drittel aller ähnlich lautenden Anträge von der Zürcher Behörde abgewiesen. Hunderte von Privatpersonen wollten - nachdem der Bund sich zierte, Flüchtlinge aus dem jugoslawischen Kriegsgebiet aufzunehmen - auf eigene Initiative Flüchtlinge beherbergen. Unterstützt wurden sie durch christliche Basisbewegungen oder auch die Organisation der Schweizer Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung. (18)

Doch die Behörden ließen verlauten: "Private Aufnahme ist vorerst nicht erwünscht." (19) Ein knappes halbes Jahr später meldete das Schweizer Radio, es seien drei Verwandte von bosnischen "Gastarbeitern", die seit Jahren in der Schweiz lebten, im Kriegsgebiet umgekommen, weil die restriktiven Zürcher Behörden den Familiennachzug verweigert hätten. (20)

Österreich im Stich gelassen

Deutschland verhielt sich nicht anders: Tausende bosnischer Flüchtlinge - zur Hauptsache Frauen und Kinder - mußten in den ersten Kriegsmonaten den deutschen Zollstempel "Zurückgewiesen" zur Kenntnis nehmen. Sie hatten am österreichisch-deutschen Grenzübergang Walserberg versucht, nach Deutschland einzureisen. Gegen jene "skrupellose Politik", jenen "zermürbenden Abwehrkampf" und die "bürokratischen Tricks" gegenüber den Flüchtlingen - so die bayerische Abgeordnete der Grünen Sophie Rieger - protestierten am Walserberger Grenzübergang wiederholt Gruppen aus Salzburg und Bayern. (21) Erfolglos.

Allein Österreich verhielt sich anfänglich anders. Es ließ die Grenze für die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien uneingeschränkt offen. Der Staat unterstützte die private Unterbringung und bezahlte knapp 1600 Schilling (rund 200 Schweizer Franken/240 DM) pro Person und Monat; zudem war unentgeltliche ärztliche Versorgung gewährleistet.

Ständig bat die österreichische Regierung die anderen westeuropäischen Staaten um Unterstützung und drängte sie, ebenfalls Flüchtlinge aufzunehmen. Um die europäische Flüchtlingshilfe zu koordinieren, organisierte die österreichische Regierung am 21. Mai 1992 eigens eine humanitär ausgerichtete Konferenz. Zuletzt hatte gar der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky in Bern persönlich Druck gemacht, um die Schweiz zu einer offeneren Flüchtlingspolitik zu bewegen. Vergeblich. (22)

Wenige Tage nach Vranitzkys erfolgloser diplomatischer Aktion in der Schweiz - dem Besuch vom 2. Juli 1992 - führte Österreich ebenfalls den Visumszwang ein. Offiziell richtete er sich nur gegen Serbien und Montenegro. Doch traf er vorab bosnische Flüchtlinge, da sie gezwungenermaßen mit ihren herkömmlichen, im serbischen Belgrad ausgestellten Reisepapieren unterwegs waren. Praktisch von einem Tag auf den anderen wurden Tausende am ungarisch-österreichischen Grenzbahnhof Hegyeshalom zurückgewiesen. (23)

In Österreich hatten bis zum Juli 1992 zwischen 40.000 und 50.000 von IKRK und UNO registrierte bosnische Flüchtlinge spontan Unterschlupf gefunden. (24) Zu Recht fühlte sich aber die österreichische Regierung im Stich gelassen. Denn im Vergleich dazu hatte die Schweiz bloß etwa 9.000 Menschen aufgenommen. Deutschland beherbergte nach eigenen Angaben rund 100.000, lehnte jedoch jeglichen Familiennachzug ab.

Auch die nordischen Staaten gaben sich kleinkrämerisch. Eine Ausnahme bildete Schweden, das zunächst rund 40.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen hatte. Davon war allerdings bloß ein

kleiner Teil bosnischer Herkunft, und den bosnischen Flüchtlingen drohte wie allen anderen Flüchtlingen die Abschiebung. (25)

Polen nahm demgegenüber kleine Kontingente auf und ließ bosnische Flüchtlinge weiterhin ohne Visum einreisen. (26)

Schweizer Zahlen-Lüge

Seit Sommer 1992 betrieb die Schweizer Regierung, was die Flüchtlinge vom Balkan betraf, eine Öffentlichkeitspolitik mit dem Taschenrechner und reihte Falschmeldung an Falschmeldung.

So teilte sie zunächst in gewundenem Amtsdeutsch mit, zu den "bisher 3.368 asylsuchenden Jugoslawen" (27) kämen noch 1.200 "vorläufig Aufgenommene" (eine Art Bleiberecht) sowie "33.000 erteilte Einreisevisa für Besuche, den Familiennachzug und an ‚Touristen`". Dazu addierte sie die Einreiseerlaubnisse zu Erwerbszwecken. Denn deren Zahl liegt, weil das ehemalige Jugoslawien für die Schweiz bis dahin als wichtigstes "Rekrutierungsgebiet" (28) für "Saisonniers" (Saisonarbeiter; Anm. ak) galt (29), stets hoch. Inklusive dieser "46.000 Visa zum Stellenantritt" der Saisonniers, so rechneten die Schweizer Behörden ihren österreichischen Kollegen vor, sei die Schweiz mindestens so "humanitär" und "solidarisch" wie andere westliche Staaten. (30)

Ein halbes Jahr später, im Jahr 1993, waren aus den 46.000 Saisonnier-Einreisevisa rechnerisch "bereits" 50.000 bis 70.000 Einreisevisa für Kriegsopfer geworden, wie Justizminister Arnold Koller der Öffentlichkeit mitteilte.

Zur selben Zeit ließ er es sich nicht nehmen, medienwirksam die Hände von bosnischen Flüchtlingen zu schütteln, die in der Schweiz "großzügige Aufnahme" gefunden hatten. Es handelte sich um eine "Sonderaktion" für insgesamt 217 Menschen. (31)

Gegen Mitte 1993 konnte das Kapitel "behördliche Falschmeldungen" in der Schweiz schließlich "ad acta" gelegt werden. Was die Asylkoordination Schweiz und all jene Privatpersonen, die halblegale Privathilfe an bosnische und kosovo-albanische Flüchtlinge geleistet hatten, stets wußten oder spürten, erhielten sie jetzt offiziell gemeldet. "Die Zahl von 70.000 in der Schweiz lebenden Flüchtlingen", so mußte Kollers Medienbeauftragter Viktor Schlumpf zugestehen, "können wir nicht belegen, unsere Zahlen sind tatsächlich mißverständlich formuliert." (32)

Tatsächlich waren bis Ende April 1993 von den Schweizer Behörden ganze 11.293 Visa im Rahmen der "Aktion Bosnien" erteilt worden. Insgesamt lebten Anfang Juni 1993 nicht einmal 20.000 bosnische Flüchtlinge in der Schweiz. Und die überwiegende Mehrheit davon war ohne Flüchtlingsstatus, sondern mußte sich mit dem Statut der "vorläufigen Aufnahme" begnügen, einer befristeten und wenig Rechte und finanzielle Unterstützung bietenden Art von "Duldung". (33)

Ungarn, Slowenien, Kroatien: Größere Aufnahmebereitschaft als der Westen

Am meisten bosnische Flüchtlinge beherbergen die ehemaligen jugoslawischen Staaten: Slowenien versorgte Mitte 1992 rund 61.000 Registrierte, Kroatien 265.800, Montenegro 33.000, Mazedonien 10.500. Zudem nahm Ungarn noch etwa 18.000 Flüchtlinge auf. In diesen Ländern leben außerdem zahlreiche Flüchtlinge, die vor dem vorangegangenen serbisch-kroatischen Krieg geflohen waren. All diese Länder hatten und haben mit großen ökonomischen Problemen zu kämpfen. Und gerade Slowenien ist (wie Kroatien) noch immer daran, die Kriegsschäden zu beseitigen.

Insgesamt hatte Kroatien gemäß den IKRK-/UNO-Zahlen von Mitte 1992 für eine gute halbe Million Vertriebene zu sorgen, Slowenien für 70.000, Ungarn für 46.000 (34), Montenegro für 40.000 und Mazedonien für 13.000. In Serbien selber waren 165.800 Kroatinnen und Kroaten untergebracht und 179.300 Bosnierinnen und Bosnier.

Ungarn versuchte weiterhin, nicht zur Festung zu werden. Österreichs Verhalten habe zwar die Situation verschärft, meinte Ungarns Außenminister Geza Jeszenszky; dennoch werde sein Land "weiter unbegrenzt Flüchtlinge aus Jugoslawien bei sich aufnehmen". (35) Ein ungarischer Zeitungskommentator konstatierte denn auch: "Keine Persönlichkeit von Gewicht hat bisher in der Öffentlichkeit die Schließung der Grenzen gefordert." Bitter vermerkte er, "daß als letztes Land ausgerechnet das in tiefer wirtschaftlicher Not steckende

Ungarn sich aufnahmebereit zeigt, während Europas reiche westliche Hälfte die Türen vor den Flüchtlingen zuschlägt". (36)

Verschiedentlich bat Ungarn den Westen um Entlastung bei der Flüchtlingshilfe. Slowenien fragte ebenfalls an, ob der Westen nicht 10.000 Flüchtlinge übernehmen könne. Kroatiens Regierung bat Italien inständig, 12.000 Bosnierinnen und Bosnier aufzunehmen. All diese Appelle blieben ungehört.

Die abwehrende Haltung des Westens läßt sich an einer Art Vergleichsrechnung aufzeigen: Überträgt man beispielsweise die Flüchtlingszahl Sloweniens, gemessen an seiner Bevölkerung (rund 2 Millionen), auf Deutschland, so müßten dort etwa 2,3 Millionen bosnische Flüchtlinge aufgenommen werden. Unterstützung erhielten die Balkan-Staaten bloß vom stellvertretenden UNO-Hochkommissar - der zudem zu bedenken gab, daß es im Vergleich mit der Dritten Welt in Westeuropa nur einen Bruchteil jener Flüchtlinge gebe. (37)

Österreich, die Niederlande, Italien: Auch die "liberaleren" Staaten machten nun dicht

Der Einreisestopp Österreichs bedeutete für die westlichen Staaten - die bis dahin noch etwas offener geblieben waren als Deutschland und die Schweiz - das Signal zu ähnlichen Beschränkungen (38):

- Die Niederlande ließen noch den ersten von zwei Charterflügen mit Flüchtlingen aus Mazedonien im Flughafen von Maastricht landen. Danach verhinderten sie - ihrem liberalen Image zum Trotz - weitere Charter-Ankünfte und verlangen fortan ein Flüchtlingsvisum.

- Schweden wies im Juli 1992 im Fährhafen Trelleborg erstmals bosnische Flüchtlinge - eine Gruppe von 140 Menschen - zurück.

- Und der für Flüchtlingsfragen zuständigen italienischen Ministerin Margherita Boniver fiel, als ihr Land keine Flüchtlinge mehr einließ, nichts anderes mehr ein als: "Ein Flüchtling in Italien kostet zehnmal mehr als seine Unterbringung in Kroatien." Die zugesagte Hilfe Roms bringe auf diese Weise mehr Flüchtlingen etwas. Die Schweizer Regierung hat dieses Argument auch stetig wiederholt.

Vier Monate später hatten auch Kroatien und Slowenien ihre Grenzen dicht gemacht. "Hunderte von Flüchtlingen, die sich mit Bussen und Lastwagen zum Grenzübergang Imotski durchgeschlagen hatten, wurden von kroatischen Grenzbeamten abgewiesen", meldeten die westlichen Zeitungen. Kroatien orientierte sich dabei an Westeuropa: Nicht einmal Einladungsschreiben von Verwandten berechtigten mittlerweile zur Einreise. Die westliche Öffentlichkeit nahm indes die neue Politik von Kroatien und Slowenien kaum zur Kenntnis. (39)

Scheindebatten des Westens

Eine "Quotenregelung", wie sie die Schweiz, Österreich und Schweden vorgeschlagen hatten (40), kam bei den übrigen westlichen Staaten nicht an. Mit dieser "Quotenregelung" wäre eine im voraus bestimmte Anzahl von Flüchtlingen auf die verschiedenen europäischen Staaten verteilt worden. Der Vorschlag diente wohl ohnehin mehr der "Imagepflege" und nicht echter "Solidarität".

Die westlichen Staaten knauserten sogar, als es um die Finanzierung der "Hilfe vor Ort" ging: Kurz vor Weihnachten 1992 fehlten der UNO-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata, bis zum März 1993 noch 55,6 Millionen Schweizer Franken (62 Mio. DM), um die Versorgung der unter UNO-Obhut stehenden 3,1 Millionen Flüchtlinge sicherzustellen. Für den Rest des Jahres 1993 benötigte die UNO für ihre Flüchtlingshilfe weitere 202 Millionen Dollar (290 Mio. Schweizer Franken/320 Mio. DM).

Nicht nur die UNO-Leistungen selbst - auch jene von Slowenien und Kroatien kosteten viel Geld, das in deren Kassen fehlte. So betrugen die monatlichen Flüchtlingskosten von Slowenien nach eigenen Angaben 7,5 Millionen Franken (8,3 Mio. DM), jene von Kroatien 135,8 Millionen Franken (151 Mio. DM). Vorbildliche Flüchtlingspolitik: In Slowenien wurde von jedem an sich schon bescheidenen Monatslohn der Arbeiterinnen und Arbeiter ein ganzes Tagessalär abgezogen. (41)

Vergebliche Appelle der Asylbewegungen

Demgegenüber die Schweiz: Die Regierung gab für die "Hilfe vor Ort" bis Ende 1992 15 Millionen Franken (16,5 Mio. DM) frei. Im Bereich ihrer eigenen Asylpolitik im Land selbst gibt die Schweiz jährlich rund 700 Millionen Franken (780 Mio. DM) aus. Geld, das nicht - wie von rechtsbürgerlichen und rechtsnationalistischen

Kreisen gern behauptet - den angeblich "schmarotzenden" Asylsuchenden zugute kommt, sondern primär der Bürokratie, den Beamtinnen und Beamten sowie der Zulieferindustrie. (42)

"Unsere Flüchtlingspolitiker haben bei ihrem Streben nach Effizienz und Abschreckung beinahe vergessen, daß es Flüchtlinge gibt", kommentierte Peter Hug im Zürcher Tages Anzeiger. (43)

Die Regierenden blieben in ihrer Jugoslawienpolitik zäh, obgleich verschiedenste politische Gruppierungen vehement großzügige Aufnahme verlangten. Sie ließen es - wie die Schweiz - bei einzelnen kleinen Aufnahmekontingenten bewenden oder - wie Deutschland - bei der Herrichtung von hundert Reichsbahnwagen mit Betten, Küchen und sanitären Einrichtungen. Die Bahnwagen sollten vor Ort Schutz vor Kälte gewähren. Die Aufnahmeaktionen in der Schweiz sollten 1.000 Ferienkindern, 600 Dienstverweigerern und Deserteuren sowie 1.050 in Rijeka "handverlesenen" Frauen und Kindern Aufnahme bieten. Schließlich, für den Winter 1992/93, kündigten die Schweizer Behörden die Aufnahme weiterer "bis zu 5.000" Kriegsflüchtlinge an - eine weitere Falschmeldung: Die Aktion wurde hinterher offiziell abgeblasen. (44)

"Die Behörden können keine Anteilnahme verfügen, wenn diese in der Bevölkerung nicht widergespiegelt wird", rechtfertigte der damalige Direktor des Schweizer Bundesamtes für Flüchtlinge, Peter Arbenz. (45)

Offener waren die westlichen Regierungen noch ein Jahr zuvor gewesen. Damals, am 27. Juni 1991, hatten die serbischen Machthaber ihre Kriegshandlungen gegen die "ordentlich westlich" eingestellten Slowenen und anschließend gegen die Kroaten gerichtet. Das Verhalten des Westens war dementsprechend ganz anders als später gegen die Muslime aus Bosnien-Herzegowina, die einem bestimmten westlichen Feindbild entsprechen.

Kroatische Kriegsflüchtlinge waren damals in der Schweiz weniger zögernd aufgenommen worden. Undiplomatisch schnell waren die beiden nördlichsten Staaten des Balkans von der EG diplomatisch anerkannt worden. Und die EG-Neunergruppe der "Schengen"-Staaten hatte darauf verzichtet, die beiden christlich und prowestlich ausgerichteten Staaten auf die harte Schengen-Visumsliste (Visumzwang gegenüber 120 Staaten der ganzen Welt) zu nehmen. Die beiden Regierungen, im Fall von Kroatien mit starkem rechtsradikalem Einschlag (46), frauenverachtenden Tendenzen (47) und dem antisemitischen Regierungschef Franjo Tudjman (48) an der Spitze, waren dem Westen eher genehm.

Kosovo -

vom Westen preisgegeben

In einer besonders schwierigen Situation befinden sich die Flüchtlinge aus Kosovo. Auch sie sind Muslime und deswegen im Westen still geächtet. Außerdem stehen sie im Ruf, kriminell, gewalttätig und brutal zu sein. Die Boulevard-Medien tragen das Ihrige dazu bei, dieses Bild zu zementieren. Derweil gerät die Situation im Kosovo selbst in Vergessenheit.

Die serbische Regierung sprach 1989 der einst autonomen Republik sämtliche Sonderrechte ab und benimmt sich seither als Besatzungsmacht. Die Serben beanspruchen das Amselfeld (der deutsche Ausdruck für Kosovo) als ihre historische Wiege. Sie versuchen, die kosovo-albanische Mehrheit aus dieser Region zu vertreiben, indem sie beispielsweise Anfang der 90er Jahre sämtliche kosovo-albanischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus den staatlichen Betrieben entließen, die Schulen serbisierten und allen Lehrkräften und Professoren, die sich gegen die Serbisierung wehrten, kündigten. Jeglichen Widerstand der Albanerinnen und Albaner gegen die Okkupation - den sie stets bewußt gewaltfrei geführt haben - schlugen die serbischen Sicherheitskräfte mit massiven Mitteln nieder. (49) Im Kosovo herrscht ein stiller, verborgener Krieg, der jederzeit offen ausbrechen kann.

Dennoch negieren die Schweiz, Deutschland und Schweden seit spätestens 1992, daß Flüchtlingen aus dem Kosovo bei einer Abschiebung unmittelbare Gefahr droht:

Deutschland verzichtete auf ein Bleiberecht. Die Schweiz ließ eine Art befristetes und mehrfach kurzfristig verlängertes Bleiberecht im Frühjahr 1992 auslaufen.

Schweden kündigte dasselbe für den Sommer an; die rund 40.000 kosovo-albanischen Asylsuchenden könnten ausgeschafft werden, da sich die Lage in ihrer Heimat beruhigt habe. (50) Schweden machte seine Drohung ernst und wies die Menschen aus.

In Norwegen fand ein Teil der Ausgewiesenen ein neues Refugium. Doch auch dort nur auf Zeit. Mitte Februar 1993 drohte Oslo jenen 1.200 Flüchtlingen aus Kosovo, deren Asylgesuche bereits abgelehnt waren, die Abschiebung in ihre Heimat an. 800 weitere Anträge waren noch nicht entschieden. Das "Schwarzpeterspiel" Westeuropas war offenkundig: "Auch unser Nachbar Schweden hat 1992 rund 1.700 Kosovo-Flüchtlinge abgeschoben", rechtfertigte sich das Osloer Justizministerium. Norwegen fügte noch an, außerdem hätten die meisten Flüchtlinge ihren Asylantrag erst gestellt, nachdem sie in Schweden abgewiesen worden seien. (51)

Razzia, Medienkampagne und beschönigende Berichte

Kurz vor Weihnachten leistete die Schweiz einmal mehr für Europa Pionierarbeit: Aufgrund des internationalen Boykotts gegen Restjugoslawien, zu dem die autonome Republik Kosovo formell gehörte, konnten abgewiesene kosovo-albanische Asylsuchende nicht direkt nach Prishtina, der Hauptstadt des Kosovo, ausgeliefert werden.

Die Luzerner Fremdenpolizei fand eine Lösung: Sie flog die Flüchtlinge statt nach Kosovo ins benachbarte Mazedonien aus, von wo aus sie laut Aussagen der Caritas Schweiz direkt den Serben an der Grenze zu Kosovo ausgeliefert wurden. Um dem zu entgehen, "wählten" die abgewiesenen Flüchtlinge daraufhin vermehrt den albanischen Flughafen von Tirana. "Freiwillig", wie die Luzerner Fremdenpolizei betonte.

Die Deportationen widersprachen einem vorübergehend und informell vereinbarten Abschibungsstopp, an den sich einzelne Kammern der Eidgenössischen Asylrekurskommission damals "freiwillig" hielten. (52)

Die Abschiebungen kosovo-albanischer Flüchtlinge wären politisch kaum durchsetzbar gewesen, hätte der Kanton Luzern nicht zuvor mit flächendeckenden Razzien Stimmung gemacht: "Großkontrollen der Ausländer, namentlich aus Ex-Jugoslawien", hatten die Luzerner Neuste Nachrichten im voraus angekündigt. "Sehr viele Ausländer sind illegal hier", titelte die Zeitung hinterher. (53) In Asylheimen und auf Bauernhöfen hatte die Luzerner Polizei systematisch "illegal anwesende Jugoslawen" aufgespürt.

Caritas Schweiz, die sich in der Schweiz gegenüber den Behörden kooperativer zeigt als in Deutschland, scheint von der Ausländerrazzia gewußt und sie gebilligt zu haben. (54) Immerhin verlangte das Hilfswerk vom Bundesrat Ende 1992 eine weit höhere Anerkennungsrate gegenüber Flüchtlingen aus dem Kosovo als die aktuellen 1,8 Prozent. Ohne Erfolg.

Vorabdruck aus: Beat Leuthardt, Der elektronische Limes. Die Festung Europa - ihre Grenzmauern - ihre Überwachungscomputer - ihre Feindbilder: "Asyl", "Drogen", "organisiertes Verbrechen", "Terrorismus". Zu beziehen bei: Flüchtlingsinformation, Postfach 6175, CH-3001 Bern, 38 DM (plus 4,- DM Porto)

Anmerkungen:

1) Zitate aus der (konservativen) Tageszeitung Die Presse, Wien, 25.6.1992

2) Der volle Wortlaut dieser Passage: "Kann man dafür [den Krieg Serbiens gegen Bosnien-Herzegowina] die Zivilbevölkerung verantwortlich machen? - [Ogi:] Ja, das würde ich schon sagen. Nicht nur. Aber die Zivilbevölkerung könnte, nach unserer Auffassung, auch etwas dazu beitragen, diesen endlosen Krieg und diesen fürchterlichen Krieg, diesen Krieg, der nicht mehr in die heutige Zeit paßt, zu beenden."

3) Das Interview ist in voller Länge nachzulesen im Tages Anzeiger (TA), Zürich, 25.6.1992

4) Basler Zeitung (BaZ), 26.6.1992

5) Der Kurier, Wien, 25.6.1992

6) Vgl. Dossier Yugoslavia, c/o Arbeitsstelle für Asylfragen, Postfach 6966, CH-3001 Bern

7) So Die Presse, a.a.O.

8) An der Regierung sind die Freisinnig-Demokratische Partei, die Schweiz. Volkspartei, die Christlichdemokratische Volkspartei - alle bürgerlich-konservativ - und die Sozialdemokratische Partei beteiligt

9) Vgl. Agenturmeldungen vom 5.6. und 25.6.1992 sowie TA, 29.7.1992

10) TA, 26.6.1992

11) Kreisschreiben vom 13.8.1992 betreffend die Eindämmung des Zustroms ausländischer Zivil- und Militärflüchtlinge, vgl. ... mit dem Rücken an der Wand ..., Flüchtlingsdebatte des Nationalrates vom September 1942, Dossier SPS, Bern 1979; vgl. auch Der Fall Grüninger, von Stefan Keller, in WochenZeitung (WoZ), Zürich, 30.10.1992 ff;

12) IKRK: Internationales Komitee vom Roten Kreuz

13) Frankfurter Rundschau (FR), 14.10.1992

14) TA, 14.11.1992

15) WoZ, 20.11.1992

16) Der Roman spielt vorwiegend in Marseille

17) TA, 12.12.1992

18) Sie forderten vom Schweizer Bundesrat die sofortige Aufnahme von 10.000 bosnischen Kriegsflüchtlingen und erklärten sich bereit, Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien unentgeltlich ärztlich zu behandeln; vgl. Dossier Yugoslavia, a.a.O.

19) TA, 29.7.1992

20) Vgl. eine Meldung von Radio DRS (Bern), Echo der Zeit, 29.1.1993

21) BaZ, 26.6.1992

22) BaZ, 25. und 26.6.1992

23) BaZ, 3.7.1992, Luzerner Neuste Nachrichten (LNN), 4.7.1992

24) BaZ, 25., 26.6.1992

25) Dänemark 2300, Norwegen 1000, Finnland knapp 500, vgl. BaZ, 3.7.1992

26) FR, 14.10.1992

27) Communiqué des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), 26.6.1992, andere Quellen sprechen von 8 500 Mitte Juli bzw. von 7 800 Ende Juli ("Le Nouveau Quotidien", 21.7.1992, bzw. TA, 14.8.1992)

28) Die Ausdrücke "Rekrutierungsgebiet" und "Saisonniers" sind offizielle Begriffe, obwohl sie eher in das "Wörterbuch des Unmenschen" gehören

29) Das Saisonnierstatut ist ein die Menschenrechte verletzendes Billiglohnstatut, das auf gewisse schlecht angesehene Branchen (Gastgewerbe, Bau) beschränkt ist

30) Communiqué des EJPD, a.a.O.

31) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 30./31.1.1993

32) Miriam Eisner (Flüchtlingsinformation), in TA, 5.6.1992

33) TA, a.a.0.

34) Inoffizielle Quellen schreiben von 50.000 bis 100.000 Menschen

35) Zitiert nach Agenturmeldungen, so Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 4./5.7.1992

36) Zitiert nach NZZ, 14.7.1992

37) In RIAS Berlin, zitiert nach SZ, a.a.O.

38) BaZ, 23.5.1992

39) Vgl. BaZ, 5.11.1992

40) Die Schweiz schlug die Quotenregelung erstmals auf der Flüchtlingskonferenz in Wien Mitte 1992 vor, auf dem Genfer KSZE-Treffen wiederholten Österreich, Schweden und die Schweiz den Vorschlag

41) Badener Tagblatt, 27.6.1992

42) Vgl. die wertvollen Arbeiten hierzu von Yves Brutsch, c/o Centre Social Protestant, CH-1211 Genève 8 (case postale 177)

43) TA, 25.7.1992

44) TA, 14.8.1992, LNN, 15.12.1992

45) Die Ostschweiz, St. Gallen, 18.7.1992

46) Vgl. Catherine Samary, Contre la guerre en Yougoslawie, Montreuil 1991; deutsche Übersetzung: Krieg in Jugoslawien, isp pocket, Köln 1992, pp.33 ff; zu Tudjmans Antisemitismus vgl. p.34

47) Vgl. das "Konzept zur demographischen Erneuerung", die das Recht der Frauen auf freie Entscheidung und Entfaltung massiv einschränkt (Erklärung des Gleichstellungsbüros Basel-Stadt und Dementi der kroatischen Botschaft), BaZ 9., 11. und 14.12.1992

48) Vgl. Samary, a.a.O.

49) Vgl. Mahmud Ibrahimi

50) BaZ, 3.7.1992

51) FR, 11.2.1993

52) Die Asylrekurskommission ist in der Schweiz die letztinstanzlich entscheidende Prüfinstanz für Asylgesuche; vgl. WoZ, Nr.45, 6.11.1992

53) LNN, 11.12.1992

54) LNN, 15.12.1992

"Menschen nicht-serbischer Abstammung dürfen nicht baden, nicht ins Café, nicht autofahren" (1)

Serbische Apartheid-Gesetze in der Stadt Celinac (Region Banja Luka)

"Menschen, die nicht serbischer Abstammung sind, dürfen sich weder in den Cafés der Stadt aufhalten, noch in den Flüssen Vrbanja und Josavka baden oder ein Auto benutzen". Das Zitat stammt aus einer Sonderverordnung der Stadtverwaltung von Celinac. Celinac liegt in einem serbisch dominierten Gebiet Bosnien-Herzegowinas. Es ist eine Verordnung, die offensichtlich die Judengesetze von Nazi-Deutschland zum Vorbild hat.

Mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner der Region um Banja Luka im Westen von Bosnien-Herzegowina sind serbischer Abstammung, nur jeweils 15 Prozent sind Kroatinnen und Kroaten und/oder Muslime. Die Serben betreiben unerbittlich die "ethnische Säuberung" dieses Gebiets. Vom Soldaten über den Bürgermeister bis hin zu Simon Drlajaca, dem Polizeichef der nahegelegenen Ortschaft Prijedor, heißt es: "Hier ist kein Platz für Muslime, die die serbische Führung nicht anerkennen wollen."

Tausende von Muslimen, die einst in diesem Gebiet gewohnt hatten, wurden in Gefangenenlager verbracht. Es sind vor allem Männer. Die, die bleiben - meist Frauen, Kinder und Alte -, leben in der ständigen Angst, interniert zu werden. In der brütenden Augusthitze des Sommers 1992 stehen sie vor den Gemeindeämtern und warten stundenlang auf eine Ausreisegenehmigung. "Sie haben uns versprochen, daß unsere Männer aus den Lagern freikommen, sobald wir abreisen dürfen", sagt eine der Frauen vor dem Polizeigebäude in Prijedor.

Die Menschen dürfen das Gebiet nur mit offizieller Genehmigung der Behörden verlassen. Vorher müssen sie schriftlich erklären, ihr Wegzug aus ihrem Heimatdorf erfolge "freiwillig". In den vorgefertigten Formularen stehe ausdrücklich, niemand habe auf Muslime, die wegziehen wollten, Druck ausgeübt, erklärt der "Präsident" der selbsternannten "Autonomen serbischen Region von Bosanska Krajina", Vojo Kupresanin, gegenüber den Journalisten. Auch sein Gebiet gehört zur von den Serben besetzten "Serbischen Republik" in Bosnien.

Zu Beginn des Bürgerkriegs habe er, Vojo Kupresanin, dem Bürgermeister der Industriestadt Zenica, in der vor allem Muslime leben, noch vorgeschlagen, die serbische Minderheit gegen die Muslime von Bosanska Krajina auszutauschen. Die Muslime hätten aber nicht in der (serbischen) Armee kämpfen mögen, sondern hätten sich auf die kroatische Seite geschlagen. So sei ihnen nichts anderes mehr übriggeblieben, als in "ihr ethnisches Gebiet" im Zentrum der Republik zu ziehen, meint der serbische "Gebietschef".

"Für diese Muslime gibt es ohnehin keine Arbeit mehr", fährt er fort. Und er fügt hinzu: "In Kroatien haben sie damals massenweise und willkürlich Serben entlassen. Und Europa hat dazu geschwiegen."

Ein muslimischer Chirurg, der immer noch in Banja Luka arbeitet, berichtet, fast jedem Muslim sei mittlerweile gekündigt worden, einschließlich der Ärzte, die in diesen Kriegszeiten so nötig wären. Mindestens 30 Häuser seien in Brand gesteckt, rund 70 Geschäfte, die Muslime gehörten, seien geplündert worden. Seit geraumer Zeit darf auch der Muezzin der großen Fehret-Moschee nicht mehr vom Minarett aus zum Gebet rufen.

Die Ortschaft Celinac gilt als Vorreiterin im serbischen Apartheid-System. Seit Ende Juli 1992 leben die Muslime - acht Prozent der 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner - völlig isoliert. Die Serben haben für sie einen "Sonderstatus" verordnet. An die folgenden Vorschriften müssen sich die Muslime halten:

- Ausgangssperre von 16 Uhr bis 6 Uhr;

- Versammlungsverbot in Straßen, Gaststätten und anderen öffentlichen Plätzen;

- Verbot von Versammlungen von mehr als drei Personen;

- Verbot der Benutzung aller Kommunikationsmittel mit Ausnahme des Telefons im örtlichen Postamt;

- Verbot aller Kontakte zu Verwandten, die nicht in Celinac leben;

- Verbot des Verkaufs von Immobilien und des Umzugs ohne Genehmigung.

Zahlreiche Muslime wurden unter Hausarrest gestellt:

- "Zwischen 0 Uhr und 24 Uhr ist ihnen jeder Gang und jeder Kontakt mit anderen Personen verboten", heißt es in dem Erlaß der serbischen Behörden.

Nur eines dürfen Muslime noch: "Die organisierte Abfahrt der ganzen Familie wird genehmigt."

Anmerkung

1) Leicht überarbeitete Version eines AFP/dpa-Berichtes, nach Frankfurter Rundschau, 10.8.1992

"Wir müssen uns mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit

der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren"

Schweizer Bundesrat: Damals gegen jüdische - heute gegen bosnische Flüchtlinge (1)

Am 17. August 1938 - anläßlich einer Konferenz der Eidgenössischen Justiz- und Polizeidirektoren unter der Leitung des Chefbeamten Heinrich Rothmund - wurde festgehalten: "Können wir unsere Grenzen nicht besser verschließen? Die Entfernung der Flüchtlinge ist schwieriger als ihre Fernhaltung."

Einzig der Polizeichef des Bodensee-Kantons St.Gallen, Paul Grüninger, sowie der Vertreter des Bergkantons Graubünden vertraten die Haltung, daß die Grenzen nicht zu schließen, sondern im Gegenteil weiter zu öffnen seien. Doch sie wurden geächtet und bestraft, wie der Zürcher WochenZeitung-Journalist Stefan Keller in einer umfassenden Serie darlegte. (2) Rothmunds Haltung bedeutete die Mehrheitsmeinung.

Während des Zweiten Weltkrieges galten Menschen jüdischer Abstammung den Schweizer Behörden als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge; sie wurden deswegen an den Schweizer Grenzen abgewiesen. Die Schweizer Behörden engten den Begriff des politischen Flüchtlings damals derart ein, daß praktisch niemand mehr die Chance hatte, als Flüchtling Aufnahme zu finden. Es blieben also vor allem die illegale Einreise und die Verstecke bei wohlmeinenden Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die sich damit selber exponierten.

Schon vor der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz hatte der Schweizer Bundesrat Äußerungen gemacht und Entscheide getroffen, die unwillkürlich an die Abwehr bosnischer Flüchtlinge gut fünfzig Jahre später - 1992 und 1993 - denken lassen.

So hieß es in einem Entscheid vom 28. März 1938 über jüdische Flüchtlinge: "Abgesehen von der Lage unseres Arbeitsmarktes gebietet schon der Grad der Überfremdung die strikteste Abwehr eines längeren Aufenthaltes solcher Elemente." Und: "Wir müssen uns mit aller Kraft und, wo es nötig sein sollte, auch mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren, ganz besonders vom Osten her."

Im Jahre 1942 verordnete der Bundesrat, alle ausländischen Zivilpersonen zurückzuweisen, "auch wenn ihnen ernsthafte Nachteile erwachsen können". Die Schweizer Abwehrphantasien gipfelten im Entscheid, den "J-Stempel" ("Judenstempel") als Eindruck in Reisepapiere von Einreisewilligen jüdischer Abstammung einzuführen und für obligatorisch zu erklären.

Noch 1944, als sich die Niederlage Nazi-Deutschlands abzuzeichnen begann, erklärte der Schweizer General Henri Guisan, daß bei einem neuerlichen "Flüchtlingsstrom" "jeder Grenzübertritt ohne gültige Pässe und Visa untersagt und zu verhindern ist, wenn nötig mit Waffengewalt".

Anmerkungen:

1) Zusammengetragen von Catherine Weber, Arbeitsstelle für Asylfragen, CH-Bern, gestützt auf die Serie von Stefan Keller, Der Fall Grüninger, a.a.O.

2) Vgl. Der Fall Grüninger, 1992/93, a.a.O., (c/o WochenZeitung, Postfach, CH-8059 Zürich), als Serie und in Buchform im Verlag der WochenZeitung

Die "Pirouetten" der deutschen Visumaussteller

Großmutter Saliha Sahbegovic aus Bosnien-Herzegowina war mit ihrer Tochter und zwei Enkelkindern vorübergehend in der Nähe von Wien untergekommen. Salihas Schwiegersohn Amir Odobasic lebt in Karlsruhe. Das Karlsruher Ausländeramt stellte ihm eine beglaubigte "Einladungs- und Verpflichtungserklärung" aus, welche der Großmutter Saliha die Einreise erlauben sollte. Amir Odobasic faxte das Einladungsschreiben nach Wien zur Deutschen Botschaft.

Aber der reichte das nicht: Obwohl das Karlsruher Ausländeramt gegenüber dem verhältnismäßig gut deutsch sprechenden Gastarbeiter mehrmals versichert hatte, diese Erklärung genüge zur Einreise der Familie Sahbegovic, beharrte der Visakonsul in Wien auf einer sogenannten "Vorab-Zustimmungserklärung" des Karlsruher Ausländeramtes. Hinter der "Vorab-Zustimmungserklärung" verbirgt sich ein spezielles und schriftliches Einverständnis der Bürokraten in Deutschland, die nach eigenem Ermessen entscheiden können, ob der Einladende "ausreichend" Geld und Wohnraum hat, um die Flüchtlinge aufzunehmen.

Also suchte der bosnische Schwiegersohn erneut das Karlsruher Ausländeramt auf, um dort wieder zu hören, die Botschaft in Wien sei schlecht informiert: Seine abgeschickte "Einladung" genüge für ein Visum.

In Wien hatte sich inzwischen der österreichische Gastgeber gemeinsam mit Großmutter Saliha in der Botschaft stundenlang um den grenzöffnenden Stempel bemüht. Dabei mußten sie sich Sätze anhören wie, das sei "alles sehr kompliziert", die Leute müßten "beweisen, daß sie nicht länger als drei Monate in Deutschland bleiben wollen", oder: "Auch wir kennen uns kaum noch aus." Außerdem befänden sich die Leute, indem sie schon in Österreich seien, bereits "in einem sicheren Land", meinte ein deutscher Botschaftsjurist.

Bevor der Visakonsul schließlich doch noch zum Hörer griff, um in Karlsruhe nachzufragen, vergewisserte er sich, ob die Telefonkosten auch tatsächlich aus den Reihen der bosnischen Flüchtlinge übernommen würden. Während vier Tagen telefonierten dann die Beamten zwischen Wien und Karlsruhe hin und her.

Großmutter Saliha Sahbegovic, ihre Tochter Remzija und deren Kinder kamen vermutlich doch noch bei ihrem Schwiegersohn Amir Odobasic in Karlsruhe unter. Nach drei Wochen Behörden-Krieg durften sie nach Deutschland einreisen.

(Wolfgang Simonitsch, in Basler Zeitung, 26.6.1992)

Unverblümt patriarchalisch

Beschönigender interner Bericht des Schweizer Bundesamtes für Flüchtlinge (1)

"Die Menschenrechtslage in Kosovo ist prekär." Dies sagt Thomas Fleiner, KSZE-Delegierter (2) und Strafrechtsprofessor in Fribourg. Seit langem fordert er einen Ausschaffungsstopp (Abschiebestopp) für Flüchtlinge aus dem Kosovo. Ebenso die Caritas Schweiz. Täglich, so berichten die verschiedensten Quellen, kommt es im Kosovo zu Übergriffen durch serbische Polizei- und Milizkräfte. Die Medien sind zensuriert. Das Gesundheitswesen ist zerstört. (3) Nach wie vor ist der Kosovo ein Pulverfaß.

Ganz anderes hat eine offizielle Schweizer Behörden-Delegation gesehen. Sie bereiste vom 31. Januar bis zum 11. Februar 1993 ebenfalls den Kosovo - während zwei, drei Tagen. Ihr interner "Lagebericht" - er dient den Schweizer Flüchtlingsbehörden als Entscheidgrundlage - gilt als verheerend. "Rassistische Argumente", "Instrument serbischer Großmachts-Propaganda", empörte sich die Berner Flüchtlingsorganisation BODS (4) über die Schlußfolgerungen der Gerichtskommission aus dem Bericht.

Zitat aus dem "Lagebericht": "Der Menschenrechtsbegriff respektive die Menschenrechtsverletzung wird stark ausgeweitet und in einer diffusen Art und Weise für tatsächliche oder vermeintliche Ungerechtigkeit gegenüber Kosovo-Albanern verwendet. Zudem findet eine offensichtliche Instrumentalisierung der Menschenrechte für politische Zwecke (Autonomie, unabhängiges Kosovo) statt." In der Delegation waren Kaderleute aus dem Bundesamt für Flüchtlinge und dem Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Es herrsche eine "labile Ruhe", so der Bericht weiter. Die Menschenrechtssituation sei in vielen Bereichen schlecht, doch habe sie sich "entgegen immer wieder gehörter Auffassung nicht dramatisch verschlechtert". Fazit der Beamtenreise, die die schweizerische "Asyl- und Wegweisungspraxis" gegenüber Kosovo-albanischen Flüchtlingen zu überprüfen hatte: Es bestehe kein Anlaß, "Kosovo-Albaner gruppenweise als Kriegs- oder Gewaltflüchtlinge vorläufig aufzunehmen".

In ihrem Bericht - dessen Veröffentlichung in der WochenZeitung gilt als behördliche Panne - übernimmt die Schweizer Delegation teilweise gar die Diktion der serbischen Regierung. Wo diese den Kosovo-Albanerinnen immer wieder vorwirft, sie würden mit einer hohen Geburtenrate "nationalistische Ziele" verfolgen, hält der Schweizer Bericht fest: "Diskussionen über diesen Sachverhalt fördern auf albanischer Seite unverblümt patriarchalisch-traditionelles Denken zu Tage und lassen kaum auf Veränderungsbereitschaft schließen."

Gleichzeitig wird in dem Bericht suggeriert, die hohe Migration - rund eine halbe Million Albaner und Albanerinnen verließen seit 1989 den Kosovo - sei eine Folge des Kinderreichtums. Auch die Massenarbeitslosigkeit im Kosovo wird von der offiziellen Schweiz beschönigend relativiert und als Folge der "ineffizienten Produktionsweise der Arbeiterselbstverwaltung" dargestellt.

Und die Justiz im Kosovo? Die Schweizerische Flüchtlingshilfe, die Dachorganisation der vom Bund anerkannten Flüchtlings-Hilfswerke, schreibt hierzu: "Der Artikel 16 des Strafgesetzes macht es möglich, daß jeder nichtige Vorwand als ‚Störung der öffentlichen Ordnung` oder als ‚Beleidigung der patriotischen Gefühle` ausgelegt werden kann, was der Polizei ermöglicht, bis 60 Tage Gefängnis im Schnellverfahren zu verhängen. Folter und Erpressung von Geständnissen gehören dabei zur Tagesordnung; jeder Kontakt mit Anwälten oder Anwältinnen ist den Inhaftierten verboten." Zu solcher serbischer Justizpraxis verliert der interne Bericht der Schweizer Flüchtlingsbeamten kein einziges Wort.

Anmerkungen:

1) Vgl. Unverblümt patriarchalisch, von Susan Boos, in: WoZ, Nr.15, 16.4.1993 (leicht gekürzte und ergänzte Fassung); Pressekonferenz der Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz (BODS), Postfach, CH-3001 Bern; Originalbericht des Bundesamtes für Flüchtlinge [unveröffentlicht]

2) KSZE: Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

3) Vgl. nur das Informationsblatt des Demokratischen Vereins der Kosovo-Albaner (LDK), Zürich, Nr.5, Juni 1992,

4) BODS: a.a.O.

21. Repression, Kriegsführung und Widerstand in Nordirland (aus: Covert Action Quarterly)

Autor: Max Schmitz · Rubrik: Kriege; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:13

Der folgende Artikelauszug stammt aus der Sommerausgabe von "Covert Action Quarterly" (Nr.45/93), einem US-amerikanischen Magazin, daß sich seit den 70er Jahren mit imperialistischer Politik und verdeckter Kriegsführung beschäftigt. In dem Artikel "Ireland's Targeted Generation" befaßt sich Betsy Swart unter anderem mit einer besonderen britischen Repressionsstrategie im irischen Krieg, dem "Screening", zu deutsch "Aussieben". Weggelassen wurden in der Mitte der Übersetzung längere Abschnitte, die sich mit der Geschichte des nordirischen Konfliktes und dem politökonomischen Einfluß und Interesse der USA auseinandersetzen.

(...) Barry O'Donnell, Sean O'Farrell, Paddy Vincent und Peter Clancy waren junge IRA-Mitglieder, die (im Februar 1992; Anm. M.S.) in einem Hinterhalt des britischen Special Air Service (SAS) starben. Für die Menschen aus der Kleinstadt Coalisland war es ein Gemetzel, die Jugendlichen hatten keine Chance.

Die Erklärung für die Morde auf dem Kirchenparkplatz einer Kleinstadt in Nordirland ist recht einfach: Die britische Militärführung hat es auf eine ganze Generation junger Leute abgesehen, entweder sollen sie neutralisiert werden oder sterben. Bernadette Devlin McAliskey, langjährige Aktivistin und ehemaliges Parlamentsmitglied des Wahlkreises Mid-Ulster, zu dem auch Coalisland gehört, beschreibt das Ganze so (1): "Die britische Armee hat weder aus Vorurteilen heraus noch aus Unkenntnis eine ausgefeilte militärische Taktik entwickelt - sie belästigt und quält ständig junge Leute, um sie aussieben zu können; dadurch können sie feststellen, wen sie einsperren und wen sie töten werden." (Alle folgenden Zitate stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus Interviews, die die Autorin im Oktober 1992 und Januar 1993 mit Bernadette Devlin McAliskey führte.)

Belästigungen,

Terror und Folter

In der Grafschaft Tyrone, in West Belfast und in anderen republikanisch-nationalistischen Gebieten im Norden von Irland können Jungen und Mädchen durch das Militär legalerweise erst im Alter von 16 Jahren in der Öffentlichkeit angehalten werden; faktisch beginnt dies jedoch oft schon mit 13 oder 14 Jahren. Dieses Vorgehen ist so weit verbreitet, daß Kinder und Eltern es als einen alltäglichen Bestandteil ihres Lebens betrachten. Ein Vater aus Ballymurphy, einem katholischen Stadtteil in West Belfast, sagte gegenüber Helsinki-Watch (2): "Die Soldaten sind auf der Straße, wenn die Kinder zur Schule gehen, sie sind zurück, wenn die Kinder zum Mittagessen nach Hause kommen, und sie sind wieder da, wenn die Kinder nachmittags die Schule verlassen. Die Soldaten provozieren sie dauernd. Sie beschimpfen sie als irische Bastarde, schubsen und rempeln sie an. Sie durchsuchen die Kinder, stellen sie mit ausgestreckten Beinen an die Wand. Sie werden gezwungen, ihre Schuhe und Socken auszuziehen, mitten auf der Straße, selbst wenn es kalt ist und regnet. Es ist erniedrigend. (...) Es ist permanente Folter." ("Children in Northern Ireland: Abused by Security Forces and Paramilitaries", Helsinki Watch, Juli 1992, Seite 18) Ein 15jähriger Junge z.B. berichtete von physischen und psychischen Erniedrigungen: Der Soldat "schlug mich mit einem Knüppel auf den Hinterkopf und auf die Rippen, so daß es keine Spuren hinterlassen würde. Dann stieß er sein Gewehr gegen meine Kehle." (Helsinki Watch, s.o., S. 22) (...) Bei einem ähnlichen Vorfall wurde in der Nacht vom 27. Februar 1992 ein 18jähriger Junge von Soldaten angehalten und aufgefordert, sich auszuweisen und seine Adresse anzugeben. Sie packten ihn an der Kehle, hielten ihn gegen eine Wand und sagten ihm, daß nächste Mal, wenn er nachts gesehen würde, bekomme er eine Kugel in den Kopf. (Helsinki Watch, s.o., S. 22, 23)

In und um Coalisland, wo Barry, Sean, Peter und Paddy gelebt haben, ist diese Repression ebenso Alltag. (...) Junge Leute werden an einer Straßenecke angehalten und ausgefragt; nachdem sie sich an- und ausgezogen und die Straße überquert haben, werden sie auf der anderen Straßenseite wieder angehalten. Sie würden dann sagen: "Ich bin gerade gegenüber durchsucht worden". "Wo drüben?", würde der Soldat antworten und Unwissenheit vortäuschen: "Ich habe niemanden gesehen, der dich durchsucht hat." Und das Ganze beginnt von vorne.

Nach solchen Erfahrungen werden einige der jungen Leute ihr Leben bald umstellen. Sie werden versuchen, den Soldaten auszuweichen und ebenso denen, die die Aufmerksamkeit der Soldaten auf sich ziehen. Sie fangen an, "zu Hause zu bleiben und Karten zu spielen oder Videos zu gucken", erzählte eine Mutter Helsinki Watch. "Die Hälfte ihrer Zeit haben sie Angst, rauszugehen. Sie werden in ihren eigenen vier Wänden interniert." (Helsinki Watch, s.o., S. 24). Nach etwa einem Jahr wird diese Gruppe vom Militär in Ruhe gelassen. Und das war dann der erste Level des Screening-Prozesses, des Aussiebens. Die verbliebenen Jugendlichen dagegen sehen sich einer verstärkten Repression gegenüber. Solange bis die Armee diejenigen Kids von denen getrennt hat, die sich als politisch verstehen oder eben nicht. Die Soldaten merken sich besonders die, die sich zur Wehr setzen, die nicht still bleiben, diejenigen, die trotz ihrer schwachen Position für ihre Rechte eintreten.

Die nächste Ebene des Screening-Prozesses findet nicht mehr auf der Straße statt, sondern hinter den verschlossenen Türen der Verhörzentren, wo "Verdächtige" für Befragungen bis zu sieben Tagen festgehalten werden können. Die Verhörzentren sind dunkel, grausig, schmutzig, eine Hölle, der oft selbst Leute mit dem Mut für Straßenkämpfe nicht standhalten können. (...) Gefangene, sogar Jugendliche, werden 23 Stunden am Tag in ihre Zellen geschlossen, sie bekommen nur eine Stunde Ausgang. Ihre Zellen sind mit Kakerlaken verseucht, ihre Nachttöpfe können sie nicht jeden Tag ausleeren, so daß sie gezwungen sind, neben ihnen zu schlafen und zu essen, während sie überlaufen. Die medizinische Versorgung ist total ungenügend, ebenso liegen 16 Stunden zwischen den beiden einzigen Mahlzeiten. (Helsinki Watch, s.o., S. 16)

Hunderte von jungen Menschen werden jedes Jahr in diesen Verhörzentren mißhandelt. (...) Heute wie früher ist der einwöchige Aufenthalt in Castlereagh (dem zentralen nordirischen Verhörzentrum; Anm. M.S.) geprägt von physischen wie psychischen Mißhandlungen. "Letztes Jahr, als ich 18 war", berichtete eine junge Frau Helsinki Watch, "haben sie mich nach Castlereagh gebracht und für eine Woche dort behalten. Sie wollten mich zu einer Spitzelin machen. Sie haben mich beschimpft. Sie sagten mir, ich sei gut gebaut, ich würde eine gute Frau für einen Top-IRA-Mann abgeben. Noch heute kommen die Bullen und die Armee manchmal an meine Haustür und rufen für fünf bis zehn Minuten "Top-IRA-Frau". Ich bin total mit den Nerven fertig. Sie sagten mir, wenn ich in die Luft gesprengt werden würde, bräuchte es fünf bis sechs Leichensäcke, um meinen Körper zusammenzusammeln." (Helsinki Watch, s.o., S. 22)

Damien Austin, der Sohn eines Sinn-Féin-Ratsmitgliedes von Belfast, erzählte über seine Behandlung in Castlereagh: "Sie haben mich jeden Tag geschlagen und getreten. Einer hat mir ins Gesicht gespuckt. Am zweiten Tag haben sie mir die Hose und Unterhose heruntergezogen und mir die Flamme eines Feuerzeuges unter meine Hoden gehalten. Sie haben mir die ganze Zeit gesagt, sie würden mich töten. (...) Am zweiten Tag haben sie mich auch gewürgt und mir in den Bauch geschlagen. (...) Sie sagten mir, mein Vater und ich würden bis Weihnachten tot sein." (Brogan v. United Kingdom, 1988, S.6, Auszug aus einer Gerichtsakte)

(...) Wenige stehen die Haftzeiten mit dem Willen durch, den Kampf gegen die Briten fortzuführen. Diejenigen, die wiederum "ausgesiebt" worden sind, gesellen sich zu denen, die zu Hause bleiben und den Soldaten aus dem Weg gehen. Und so bleibt eine noch viel kleinere Gruppe übrig, die nicht gebrochen wird, die fortfährt, sich mit den Soldaten anzulegen - warum sie in Irland sind, was das Ganze mit Demokratie zu tun hat und wie es in Irland mit dem Recht auf Selbstbestimmung aussieht. Es ist diese Gruppe - die Gruppe zu der Barry, Sean, Paddy und Peter gehörten - die als "Gefahr für den Staat" angesehen wird. (...)

Der Tod von Barry O'Donnell

Barry O'Donnell wuchs in der irisch-nationalistischen Gemeinde von Coalisland auf. Nach einem kurzem Aufenthalt in England mußte er nach Coalisland zurückkehren, woanders hin konnte er nicht mehr. Er war ein intelligenter Junge aus einer alteingesessenen Familie und ging als Student nach England. Eines Tages hatte er Pech und borgte sich das Auto eines Cousins, der von der Polizei observiert wurde. Barry berief sich später darauf, er habe nicht gewußt, daß sich in dem Auto Waffen befunden haben. Dies wurde durch Indizien bestätigt. Die Fingerabdrücke, die auf dem Kofferraum und auf den Waffen gefunden wurden, waren nicht von Barry. Trotzdem wurde er zunächst wegen Waffenbesitzes und Mordverschwörung angeklagt. Barry wurde dann letztendlich freigesprochen und freigelassen, aber man schob ihn mit einem "Ausschluß-Befehl" nach Nordirland ab. Diese Form von Abschiebung bedeutet, daß er nicht mehr auf das britische Festland zurückkehren konnte, um sein Studium zu beenden. Und aufgrund der Umstände, unter denen er sein Studium in England abbrechen mußte, schrieb ihn auch keine Universität mehr in Nordirland ein.

Seine Eltern wollten, daß er für eine Zeit in die USA geht, um einmal "tief durchzuatmen", aber wegen des britischen Ausschluß-Befehls bekam er kein US-amerikanisches Visum. Deshalb ging er in den Süden, in die irische Republik, wo ihn die dortige Polizei nahezu kreuzigte. Sie belästigten alle Leute, die ihm eine Unterkunft gaben, sie tauchten bei allen Arbeitgebern auf - ob in Bars oder auf Baustellen - die versuchten, ihm einen neuen Anfang zu ermöglichen. Tag für Tag wurde das Leben derjenigen, die Barry in irgendeiner Weise helfen wollten, von der irischen Polizei unterbrochen, behindert und sogar ihre persönliche Sicherheit bedroht. Barry O'Donnell war jede Möglichkeit eines Jobs, einer Ausbildung abgeschnitten, und sogar die Emigration war ihm verwehrt. Und er war noch nicht einmal 21 Jahre alt. Deshalb ging Barry wieder nach Hause, nach Coalisland. Dort, zusammen mit Sean, Paddy und Peter, war er den ständigen und unerbittlichen Angriffen der britischen Armee und Polizei ausgesetzt. Von den Bewohnern von Coalisland wurde diese gesamte Entwicklung genau registriert.

Nach Bernadette Devlin McAliskey "wußte jeder in der Stadt, daß Barry O'Donnell keine Zukunft haben würde. (...) Es ging nicht darum zu sagen, daß dieser junge Mann, der in einer anderen Gesellschaft die Möglichkeit gehabt hätte, eine Hochschule zu absolvieren, es nicht schaffen würde. Es ging auch nicht darum, daß dieser junge Mann, der die Fähigkeiten hatte, etwas aus seinen Leben zu machen, nicht irgendeinen Job bekommen hätte. Es ging darum, daß jeder in unserer Stadt wußte, daß er überhaupt keine Zukunft haben würde, daß er nicht einmal 25 Jahre alt werden würde." Das gleiche galt für Sean, Paddy und Peter. "Wir alle wußten, daß sie eines Tages niedergemäht werden würden. An manchen Tagen wurden Barry und seine Freunde zehnmal am Tag von der Polizei angehalten oder verhaftet. Sie konnten sich kaum noch frei bewegen. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Barry, in dem ich ihn fragte, ob er ein Notizbuch führen würde, um all seine Erlebnisse aufzuschreiben. Er hatte einen tollen Humor! Er antwortete mir, daß sich ein Notizbuch nicht lohnen würde, weil er einfach keine Zeit für Eintragungen habe." (...)

Während die Frustration und der Ärger bei den Jungen wuchs, versuchte die ganze Stadt, mit ihnen zu reden, die Leute versuchten, wie McAliskey es beschreibt, "irgendeinen Weg zu finden, um ihr Leben über ihr drittes Lebensjahrzehnt zu retten." Aber die Jugendlichen sagten ihren Freunden und Eltern, ganz direkt und in ihrer Logik, daß sie nur eine Weg vorwärts sehen würden. "Wir haben keine Zukunft", war ihre Antwort. "Die Möglichkeit, daß wir älter werden, heiraten, Berufe oder Familien haben oder emigrieren, existiert nicht. Deshalb können wir auch das tun, was wir tun müssen, solange wir hier sind." Das britische Militär hatte jeden Fluchtweg abgeschnitten. Die Jugendlichen hatten nur zwei Möglichkeiten: Sich einem Leben ständiger physischer und psychologischer Mißhandlungen auszusetzen oder zu kämpfen. Sie wurden Mitglieder der IRA.

In einer kühlen Nacht im Februar 1992 entschieden sie sich, die Polizeikaserne von Coalisland anzugreifen. Die Polizeikaserne ist keine Polizeikaserne im klassischen Sinne. Sie ist mehr wie ein befestigter Vorposten, wie ein Fort in der Mitte von Coalisland, mit einem großen Turm auf dem Komplex. Auf diesem Turm sind Überwachungskameras und Radargeräte, die nicht nur registrieren, was die Leute auf den Straßen von Coalisland sagen und tun; sie reichen sogar bis zum See Shore, der über 60 km entfernt ist. Der Polizeikomplex ist gewaltig; nur High-Tech, er ist unverletzlich. Trotzdem, die "boys" (3) griffen die Polizeikaserne in einer Don-Quichote-artigen Weise mit einem schweren Maschinengewehr an. Die Polizei wußte, daß sie kommen würden, sie taten nichts und beobachteten das Ganze nur. Sie schossen nicht zurück. Es gab keine Verletzten. Es passierte nichts.

Bernadette McAliskey beschreibt, was dann geschah: "Eines der schrecklichsten Ereignisse, die ich in den letzten 20 Jahren im Norden erlebt habe, passierte in dieser Nacht. Als die boys die Kaserne beschossen, schmiß sich jeder in der Stadt auf den Boden. Jeder dachte, daß seine unmittelbare Umgebung angegriffen werden würde. Dann begriffen wir Schritt für Schritt, daß es ein Angriff auf die Kaserne war. Das Maschinengewehrfeuer war sehr laut, aber kurz. Wir hörten, wie der Laster der boys aus dem Zentrum der Stadt fuhr. Dann war es still. Nach einer kurzen Zeit gab es noch mehr Schüsse, die waren aber anders. Die kamen ununterbrochen. Es dauerte mindestens sechs Minuten. Ganz junge Menschen in unserer Community wußten nicht, was passierte. Aber die von uns, die älter waren, wußten genau, was wir da hörten. Und es war so, als ob die ganze Stadt in die Nacht hinaus horchte, um mitzukriegen, wo irgendwo ihre Kinder umgebracht würden. Danach hörte das Gewehrfeuer auf, mit drei einzelnen klar unterscheidbaren Schüssen. Vier Jugendliche starben in dieser Nacht, und drei von ihnen wurden vom britischen Militär mit einzelnen Pistolenschüssen erledigt."

Barry, Sean, Paddy und Peter starben auf dem Parkplatz der Kirche von Clonoe. Das ist an einer Landstraßenkreuzung, wo sich die Leute aus der ländlichen Umgebung treffen, ein Platz, an dem Kids zusammen kommen, um zur Disco oder in die nächste Stadt zu trampen. Die boys hatten ihr Maschinengewehr auf dem Weg nach Clonoe auseinandergenommen und fuhren auf den Parkplatz, um sich dort unter die örtlichen Jugendlichen zu mischen. Aber dort warteten britische Soldaten in Zivil auf sie. Die Soldaten feuerten mit einer Anti-Panzerrakete auf den Lastwagen, aber sie verfehlten ihn und trafen statt dessen die Kirche. Nach Zeugenaussagen wurde Paddy Vincent noch im Lastwagen sofort durch Maschinengewehrfeuer getötet. Die anderen boys rannten in verschiedene Richtungen. Barry rannte offensichtlich, aus welchem Grund auch immer, in Richtung der Soldaten. Alle waren mit Einschüssen übersät, aber lebten noch. Dann wurde jeder mit einem einzelnen Pistolenschuß exekutiert.

Als die Bewohner von Coalisland in Clonoe eintrafen, brannte die Kirche. Das Militär gab an, daß eine verirrte Kugel den Öltank unter dem Kirchendach getroffen hätte. Als sich der Rauch verzogen hatte, war jedoch klar, daß der Öltank das einzige Ding war, das in der Kirche nicht gebrannt hatte. Kein Journalist berichtete darüber, daß das Militär gelogen hatte, um die Tatsache zu verbergen, daß sie eine hochentwickelte Anti-Panzerwaffe gegen einen Kleinlaster eingesetzt hatten.

Aber die Leute wußten Bescheid. Weniger als ein Jahr vorher war Tony Dorris (4) getötet worden, als sein Auto mit einer ähnlichen Waffe beschossen wurde. Beide, das Auto und der Fahrer, verbrannten vollständig. Um Tony Dorris zu identifizieren, mußten Blutproben seiner Eltern genetisch mit seiner Asche verglichen werden.

Coalisland ist eine Stadt mit ungefähr 4.500 Einwohnern. Als die vier Jugendlichen beerdigt werden sollten, flog die britische Regierung 2.000 Polizeibeamte ein. Man konnte sich kaum noch in der Stadt bewegen. Die Polizei behinderte die Beerdigung so sehr, daß es von halb neun morgens bis halb fünf nachmittags dauerte, die Leichen von den Häusern der Eltern zur Kirche und von dort zum Friedhof zu bringen. Trotzdem war das Begräbnis bemerkenswert in einer Weise, die es von anderen Begräbnissen dieser Art unterschied. Und das war die unbeschreibliche Anzahl von Kindern und Jugendlichen auf dem Friedhof. Kinder in Schuluniformen, Kinder, die ganz offensichtlich ihre Klassenräume verlassen hatten und damit die Autorität ihrer Lehrer und Eltern herausforderten. Es war, als ob sie sagten, "wir sind hier auf dem Friedhof mit Barry O'Donnell, und was werdet ihr tun?" Diese Kinder, sagen die Bewohner von Coalisland, repräsentieren eine neue politische Kraft im Norden von Irland. Denn sie haben sich ganz allein dafür entschieden, die republikanischen Kinder von liberal-sozialdemokratischen (5) Eltern zu sein; und sie haben die Kraft zur Veränderung, die das britische Militär fürchtet. Großbritannien hat Irland in ein Dritte-Welt-Land verwandelt, und diese Kinder sind im Hinterhof ihres Unterdrückers aufgewachsen. Sie haben seine Hautfarbe, und sie sprechen seine Sprache. Sie verstehen seine Technologien. Aber sie verstehen ebenso ihre Marginalisierung, die Unterdrückung, die Besetzung des Landes. Ihre politischen Erfahrungen und Fertigkeiten wurden auf dem Schleifstein des britischen Imperialismus geschärft. Sie repräsentieren, sagt McAliskey, "eine lebendige weißgesichtige Alternative zur neuen Weltordnung."

Für die jungen Leute von Coalisland ist es nicht ungewöhnlich, nach der Schule zum Friedhof zu gehen. (...) Es sieht traurig aus, aber es ist mehr als das. Diese jungen Leute sind nicht hoffnungslos oder verzweifelt, sie kommen nicht, um Helden oder Märtyrer zu verehren. Statt dessen entwickeln sie eine klare und ruhig entschlossene Einstellung. Sie gehen nicht auf den Friedhof, um den Tod zu romantisieren. Sie gehen dorthin, um ihre Vergangenheit mit der Gegenwart zu verbinden, um eine umfassende und realistische Strategie für ihre eigene Zukunft zu entwerfen. "Niemals hast du solche gesehen", sagt Bernadette McAliskey und schüttelt ihren Kopf, "Kinder, wie sie in dieser Generation entstanden sind. Sie werden das britische Empire lebendig fressen."

Nachbemerkung

Der Bericht aus "Covert Action" gibt nur einen kleinen Teil dessen wieder, was staatliche Repression und republikanischer Widerstand im irischen Krieg ausmachen. Vor dem Hintergrund der Todesschußpraxis von Bad Kleinen und der darauf folgenden staatlichen Desinformationskampagne, der Politik der KGT (Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung, vgl. ak 357, S. 11) und angesichts der Frage, wie weit die RAF infiltriert worden ist, ist es vielleicht wieder einmal interessant, einen Blick auf das nordirische "Experimentierfeld" zu werfen, um sich näher anzuschauen, welche Varianten der Aufstandsbekämpfung

einem westeuropäischen bürgerlichen Staat zur Verfügung stehen. (6) Seit 1970 tummeln sich in Nordirland als Kriegsbeobachter nicht nur JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen, sondern auch diverse ausländische Geheimdienste und Austauschschüler befreundeter Sicherheitskräfte, denen es darum geht, moderne Aufstandsbekämpfung und ihre ständige Weiterentwicklung zu erlernen. Die deutsche GSG 9 wurde Anfang der 70er Jahre nicht zufällig unter entscheidender Mithilfe der britischen SAS (7) gegründet. Auch heute noch werden auf internationalen Treffen Erfahrungen ausgetauscht.

Der irische Krieg geht nun ins 24. Jahr. Im Gegensatz zu den frühen 70er Jahren gibt es z.B. heute zwischen der IRA und der britischen Armee keine offenen, Stunden andauernde Gefechte mehr. Die IRA ist gegenwärtig eine in Zellen strukturierte Geheimarmee. Wenn sie zuschlägt, ist alles sehr aufwendig geplant, und meistens entkommen ihre Freiwilligen nach einem Angriff auch wieder. Trotzdem soll es nach Berechnungen von Journalisten im letzten Jahr seitens der IRA zu ca. 1.500 offensiven Operationen gekommen sein, wobei von diesen wiederum nur ein Viertel bis ein Drittel erfolgreich gewesen sein sollen. Der größere Teil der anderen Operationen soll durch die Aktivitäten der nordirischen Sicherheitskräfte verhindert worden sein.

Auf den zweiten Blick wird jedoch deutlich, daß dieser klassische Low-Intensity-War (Krieg niedriger Intensität) immer noch ein Krieg ist, der mit fast allen für politisch und militärisch sinnvoll erachteten Mitteln ausgefochten wird. Die beiden Gegner waren im Laufe der Auseinandersetzung, nach politischen und militärischen Niederlagen, immer wieder dazu gezwungen, ihre jeweiligen Taktiken oder Operationsmethoden zu verändern, sie den Maßnahmen der anderen Seite anzupassen, oder gar zu versuchen, ein bis zwei Schritte voraus zu sein. Anfang der 70er führte die britische Regierung die Internierung ein, danach kamen Kronzeugen und Schnellgerichte, heute spielen Informanten die größte Rolle. Da bisher keine Seite besiegt werden konnte (und dies für die nähere Zukunft auch nicht so aussieht) führt die IRA einen Abnutzungskrieg, der die Briten kriegsmüde machen soll, während es das Ziel der britischen Armee ist, die Gegenangriffe auf einem für sie politisch akzeptablen, relativ niedrigen Niveau zu halten.

Nordirland ist von den Briten in vier Militärzonen eingeteilt worden: West-Belfast, Derry City westlich des Flusses Foyle, Ost-Tyrone und Süd-Armagh. Dort tobt der schmutzige und verdeckte Krieg der Briten; in den restlichen Gebieten, die entweder von Protestanten oder der katholischen Mittelklasse bewohnt werden, ist es dagegen auffällig ruhig. Gerade in den Militärzonen hat die technologische Entwicklung der Aufstandsbekämpfung eine wichtige Funktion: Neue Stadtviertel und Zufahrtswege werden so geplant, daß sie aus der Luft leicht zu überwachen sind und schnell abgeriegelt werden können; selbst kleine Straßen sind so ausgelegt, daß sie noch Panzerfahrzeuge tragen. Mit Radaranlagen, Nachtsichtgeräten, Richtmikrophonen, hochempfindlichen Kameras, Wärme- oder Erschütterungssensoren werden die Kriegszonen Tag und Nacht, rund um die Uhr aus der Luft, von Beobachtungstürmen oder aus Verstecken überwacht. In Süd-Armagh geht die radioaktive Belastung durch Spionageanlagen mittlerweile soweit, daß immer mehr Kühe oder Schafe mit Mißbildungen geboren werden. Nahezu über jeden Bewohner aus den Kriegszonen gibt es eine Akte in den Zentralcomputern, alle Bewegungen, persönlichen Kontakte oder Gewohnheiten werden registriert und oft abgespeichert. Jede Armee und Polizeipatrouille, ob in Uniform oder Zivil, gibt ebenfalls ihre Beobachtungen an die Zentralen weiter. Diese Überwachungstotalität Orwellscher Prägung wird nur dadurch begrenzt, daß ab einem bestimmten Punkt die Informationen nicht mehr sinnvoll ausgewertet und analysiert werden können.

In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren hat auch der Einsatz von Under-Cover-Einheiten immer weiter zugenommen. Sie werden eingesetzt, um direkt und unerkannt in den republikanischen Wohngebieten zu spionieren oder um vermutete IRA-Mitglieder rund um die Uhr zu überwachen. Verschwinden bekannte IRA-Mitglieder von der "Bildoberfläche", werden sofort intensivste Fahndungen ausgelöst. Diese Repression wird komplettiert durch Hausdurchsuchungen, die teilweise ganze Stadtviertel unbewohnbar zurücklassen, oder durch eine faktische Ausgangssperre, die sich nachts über West-Belfast senkt.

Im Gegensatz z.B. zur bundesdeutschen Rasterfahndung wird hier nicht mittels bestimmter Merkmale nach Verdächtigen gesucht, sondern gleich eine ganze Bevölkerungsgruppe in einem gläsernen Käfig gehalten. Wie der Artikel aus "Covert Action" deutlich macht, geht es dabei nicht nur um Überwachung und Verhinderung von Aktivitäten der IRA, sondern auch um eine abgestufte Abschreckung und Zermürbung, die gegen die ganze irisch-katholische Arbeiterklasse gerichtet ist.

Der von der militärischen Seite her entscheidende Teil des Krieges zwischen der IRA und der britischen Armee spielt sich jedoch immer noch auf der Ebene der Informanten und der Gegenspionage ab, da die

technologische Entwicklung und die daraufhin eingetretenen Verluste die IRA immer vorsichtiger haben werden lassen. Heute werden IRA-Operationen z.B. nur noch so durchgeführt, daß aufgrund der geringen Anzahl von Beteiligten bzw. Mitwissern die britischen Informanten schneller ausfindig gemacht werden können. Die IRA hat außerdem diverse Gegenspionageeinheiten, manchmal werden deshalb Informanten zu Doppelagenten. Ebenso hat die republikanische Bewegung in ihren Gebieten hunderte von Augen und Ohren, die Informationen an sie weitertragen. Ein IRA-Offizier beschrieb den Geheimkrieg gegenüber Journalisten einmal so: Er komme sich wie in einem Spiegelkabinett vor und wisse oft nicht, ob der nächste Schritt nun gegen eine Wand oder durch eine Tür führt.

Informanten der britischen Armee werden meistens in ihre Dienste gezwungen, indem überführte IRA-Mitglieder mit hohen Gefängnisstrafen bedroht werden, oder auch nur eine Ordnungswidrigkeit herangezogen wird, um auf jemanden Druck auszuüben. Die wenigsten machen es für Geld. Die Informanten liefern z.B. Informationen darüber, wer zur IRA gehört, wo sich Waffenlager befinden, welche lokalen Strukturen bestehen oder welche Aktionen zu erwarten sind. Sie ermöglichen dem britischen Militär u.a. auch einen Teil seiner schmutzigen Kriegsführung, indem z.B. IRA-Waffen mit Sendern oder Mikrophonen versehen oder Bombenmaterial so präpariert werden kann, daß es entweder zu früh explodiert oder gar nicht. Vor kurzem wurde u.a. ein Fall bekannt, bei dem die britische Armee von Verstecken aus über zwei Jahre lang ein IRA-Waffendepot überwachte, um bei dessen Öffnung die jeweiligen IRA-Mitglieder wie in anderen Fällen festzunehmen oder zu erschießen.

Dies führt zu einem nächsten Punkt. Die Todesschußpolitik im Norden von Irland unterliegt wie alles andere auch einem politischen und militärischen Kalkül (genauso wie in der Türkei oder der BRD). Nach einem spektakulären Gefängnisausbruch von 38 IRA-Gefangenen im Jahre 1983 und dem Anschlag auf Margret Thatcher 1984 wurde die Todesschußpolitik enorm intensiviert. Sie wird bis heute kontinuierlich beibehalten, weil das britische Militär nur so sicher gehen kann, einige Aktivisten, wie sie es nennen, aus der Zirkulation zu nehmen. Und natürlich soll diese Politik wie alle anderen Repressionsformen abschrecken und den britischen Truppen und ihren loyalistischen Gefolgsleuten ab und zu ein Erfolgsgefühl verschaffen. Die Todesschußpolitik wird fast ausschließlich von Spezialeinheiten wie der SAS durchgeführt. Dabei wird versucht, wie im oben dargestellten Fall, IRA-Freiwillige kurz vor oder nach einer Operation zu töten, damit das Ganze wenigstens ein bißchen wie eine militärische Auseinandersetzung und nicht wie eine willkürliche Hinrichtung aussieht. Wenn IRA-Freiwillige ganz ohne Waffen und Gegenwehr erschossen werden, wie z.B. 1988 in Gibraltar (der Fall wird gegenwärtig vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt), hat das aus jetziger Sicht der britischen Armee eher negative politische Folgen in der britischen und irischen Öffentlichkeit. Im Zusammenhang mit der gesamten britischen Repression muß weiterhin bedacht werden, daß der britischen Armee und der nordirischen Polizei für ihr Vorgehen von der Regierung nicht nur ein Blankoscheck ausgestellt worden ist, sondern daß die Sicherheitskräfte, wenn sie es für opportun halten, mit ihren Aktivitäten auch politische Ziele der Regierung torpedieren und deshalb zumindest insoweit unabhängig sind.

Die Kriegsführung geht so weit, daß die britische Regierung nicht nur eine strikte Zensur gegenüber der republikanischen Bewegung eingeführt hat, sondern auch Desinformationskampagnen betreibt, schlicht Lügen verbreitet oder eine neutrale Berichterstattung mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Daß der Einsatz schwerer Waffen wie z.B. in Clonoe geleugnet wird, ist nur eine Seite. Oft wird die IRA fälschlicherweise beschuldigt, keine adäquaten Bombenwarnungen gegeben oder eine Alarmierung der Öffentlichkeit ganz unterlassen zu haben. (Daß die IRA auf militärischer Ebene diverse Fehler gemacht hat, braucht dabei nicht verschwiegen zu werden, ist aber zunächst bei der Beschreibung britischer Repressionstechniken irrelevant.)

Ein weiterer Bestandteil der britischen Kriegsführung ist der Einsatz von loyalistischen Todesschwadronen. Nur zu oft werden die Drohungen von Polizei oder Militär gegenüber Katholiken, sie würden bald ermordet werden, wahr, weil Dossiers über Einzelpersonen an loyalistische Einheiten weitergegeben werden. Mittlerweile gibt es Beweise, daß diese Todesschwadronen zum Teil auch von britischen Geheimagenten gesteuert, finanziert und bei der Waffenbeschaffung unterstützt wurden.

Bei all diesen militärtaktischen Betrachtungen darf natürlich nicht vergessen werden, daß das Wissen um die Formen der Repression für das Überleben der irischen Guerilla existentiell ist. Jedoch entscheidend für eine erfolgreiche Fortführung des Kampfes insgesamt ist genau das, was Bernadette McAliskey am Ende des Artikels von "Covert Action" analysiert hat. Es kommt darauf an, wie viele Menschen sich entschließen, auf welcher Ebene auch immer, einen alles umfassenden Kampf gegen das britische Empire aufzunehmen.

Insofern läßt sich nur weniges von diesem Krieg auf Deutschland übertragen, aber doch einiges von Irland lernen.

Max Schmitz

Anmerkungen:

1) 1981 entkamen sie und ihr Mann nur schwerverletzt dem Attentat einer loyalistischen Todesschwadron, das offensichtlich von der britischen Armee unterstützt und inszeniert worden war.

2) Helsinki Watch ist eine unabhängige Menschenrechtsorganisation.

3) "Boys" steht in der Umgangssprache Nordirlands für IRA-Mitglieder; zum einen weil sie die "Jungen von nebenan" sind, die in großen Teilen der katholisch-nationalistischen Bevölkerung zumindest Sympathie genießen; zum anderen weil sie oft schon mit 18 oder 19 Jahren der IRA beitreten.

4) Tony Dorris war ein IRA-Freiwilliger.

5) Die katholisch-nationalistischen WählerInnen in den sechs Counties von Nordirland werden zu 60 % von der sozialliberalen und konstitutionellen SDLP und zu 40% von der militant-republikanischen Sinn Féin Partei vertreten.

6) Wen das Thema verdeckte Kriegsführung und Aufstandsbekämpfung im Norden von Irland näher interessiert, sollte sich u.a. an folgende drei Bücher halten, wobei die ersten beiden Autoren anti-republikanische Ansichten vertreten, ihre Erkenntnisse und Beobachtungen aber nicht zu verschmähen sind, während sich der letzte Autor neben der militärischen Seite auch ausführlich mit der politischen befaßt: 1. Big Boys' Rules, The SAS and the Secret Struggle against the IRA, von Mark Urban, Faber and Faber 1992, ISBN: 0-571-16809-4. / 2. The Dirty War, von Martin Dillon, Arrow Books 1991, ISBN: 0-09-984520-2. / 3. The Gun in Politics, An Analysis of Irish Political Conflict, 1916-1986, von J. Bowyer Bell, Transaction Publishers 1987, Paperback 1991, ISBN: 1-56000-566-1. Alle Bücher lassen sich über deutsche Buchhändler bestellen und kosten ca. 10-15% mehr als in England oder Irland.

7) Die SAS ist die Elite-Einheit der britischen Armee zur Aufstandsbekämpfung.

22. Porträt einer (etwas anderen) nordirischen Friedensinitiative

Autor: Dietrich Schulze- Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:24

In ak 356 habe ich mich mit der neuen irischen Friedensbewegung auseinandergesetzt, die ihren Schwerpunkt in der Republik Irland hat und mehr den Charakter einer "Abkoppelungsbewegung" vom Norden aufweist, als daß sie die Idee eines ernsthaften und genuinen Friedensprozesses verfolgt. Dementsprechend gering ist die Resonanz, die diese Bewegung im Konfliktgebiet selbst erhält. In dieser Ausgabe soll es um ein Projekt in Derry gehen, das von der "Bloody Sunday Initiative" (BSI), einem parteipolitisch unabhängigen Personenbündnis, ins Leben gerufen wurde und bislang unter dem vagen Arbeitstitel "Peace 2000" firmiert. Der Titel läßt darauf schließen, daß die Akteure nicht davon ausgehen, ein Waffenstillstand in Nordirland könne mit Hilfe von mal mehr oder weniger unpolitischen, mal offen demagogischen Appellen kurzfristig herbeigeführt werden. Statt dessen präferieren sie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Konfliktursachen. Dies ist selbstverständlich mühsamer, aber langfristig besehen sicherlich erfolgsträchtiger.

Die 1989 gegründete BSI zeichnet seit einigen Jahren für die Aktionen zum Jahrestag des berühmt-berüchtigten Blutsonntags von Derry verantwortlich, an dem 1972 14 katholische Zivilisten von der britischen Armee ermordet wurden. Des weiteren vertritt sie die Interessen der Angehörigen der Opfer. Die BSI ist in der republikanischen community Derrys beheimatet, was ihre Unabhängigkeit indes nicht in Frage stellt.

Im folgenden soll es vor allem um ein Diskussionspapier von BSI mit dem Titel "Towards a New Peace Agenda" gehen, das im Dezember 1992 u.a. im unabhängigen und eher neo-unionistisch orientierten Magazin "Fortnight" veröffentlicht wurde und viel Beachtung fand. Daß der Herkunftsort dieses Papiers Derry ist, verwundert nicht. Im Vergleich zu Belfast ist die Situation in Derry erheblich "entspannter" - sektiererische Morde ereignen sich hier höchst selten, bereits seit Jahren gibt es einen Waffenstillstand zwischen der IRA und der UDA, dessen Hauptgrund wohl die relative Schwäche der loyalistischen Paramilitärs in dieser mehrheitlich katholischen/nationalistischen Stadt ist. Entsprechend überwiegt hier das Denken in vornehmlich politischen Kategorien, und unabhängige und neue Überlegungen verfügen über mehr Sauerstoff. Außerdem gilt Derry, und hier speziell das katholische Bogside-Getto, als politische Talentschmiede. Die irische Feministin Nell McCafferty, der linke Journalist und Theoretiker Eamonn McCann, der ehemalige lokale IRA-Führer und heute Sinn-Féin-Spitzenpolitiker Martin McGuiness und der SDLP-Vorsitzende und Abgeordnete des Europaparlaments wie des britischen Unterhauses, John Hume, sind nur die bekanntesten Namen unter den klugen Köpfen, deren politische Sozialisation und Erziehung im Bogside-Milieu erfolgte.

Gegen den Strom

Anders als der Mainstream der irischen/nordirischen Friedensinitiativen sieht die BSI die Ursache des Konflikts nicht in der unglücklichen Anhäufung von gegenseitigen Vorurteilen, geformt durch unterschiedliche nationale und religiöse Identitäten der beiden communities. Wäre dies die Ursache, so wäre die Einführung von integrierten Schulen und die Intensivierung von interkonfessionellen Begegnungen tatsächlich die billigste und geeignetste Methode, den Konflikt zu beenden. Statt dessen betont die BSI, daß eine bedeutende Zahl von Menschen in Nordirland den britischen Staat und dessen koloniales Verhältnis zu Nordirland als das eigentliche Problem betrachtet. Auch die Spannungen zwischen den beiden communities seien letztlich auf dieses Verhältnis zurückzuführen.

Ein wesentlicher Teil des Papiers widmet sich Sinn Féin, dem politischen Arm der republikanischen Bewegung. Die BSI ist der Auffassung, daß eine politische Lösung unter Ausschluß von Sinn Féin nicht möglich ist. Wenn die britische Regierung Sinn Féin von politischen Verhandlungen aussperrt, dann ist dies Teil ihrer Strategie einer politischen Isolierung und militärischen Bezwingung der republikanischen Bewegung. Diese Politik verwundert deshalb nicht, wenngleich sich auch in der Haltung Londons gewisse Veränderungen abzeichnen. Absurd wird es jedoch, wenn diese Position auch von Gruppen und Personen übernommen wird, denen angeblich an einer friedlichen Lösung (statt an einer militärischen) gelegen ist. Nimmt man die diesjährigen Kommunalwahlen zur Bemessungsgrundlage, dann repräsentiert Sinn Féin immerhin 36% der katholischen/nationalistischen Wählerschaft Nordirlands.

Die Forderung, Sinn Féin müsse vor der Beteiligung an Verhandlungen zunächst der IRA-Gewalt abschwören, ist verlogen. An die protestantischen/unionistischen Parteien wird diese Forderung nämlich niemals gerichtet. Die DUP von Ian Paisley unterhält traditionell enge Verbindungen zu protestantischen Paramilitärs, deren Operationen bislang vor allem darin bestanden, unbeteiligte (katholische) Zivilisten zu ermorden. Die gemäßigtere OUP kennt keinerlei Probleme mit einer bedingungslosen Unterstützung der offiziellen Sicherheitskräfte. Im Gegensatz zu den loyalistischen Paramilitärs sind diese zwar nicht illegal, aber alles andere als gewaltfrei und vor allem höchst umstritten. Es gibt kein anerkanntes staatliches Gewaltmonopol in Nordirland. Die überwiegende Mehrheit der nordirischen Katholiken, die Anhänger der moderaten SDLP eingeschlossen, betrachtet die Politik der offiziellen Sicherheitskräfte skeptisch bis ablehnend. Ein Grund hierfür ist, daß diese immer wieder mit den Todesschwadronen der loyalistischen Paras kollaborieren. Und die Rhetorik loyalistischer/unionistischer Parteiführer ist allemal gewalttätiger und aufheizender als die der Sinn-Féin-Führung. Bei der aktuellen Kampagne der UDA gegen die behauptete pan-nationalistische Front aus Sinn Féin, SDLP und Dublin, der bislang nicht weniger als 13 Sinn-Féin-Mitglieder zum Opfer fielen, fungieren hochrangige DUP-Politiker als Stichwortgeber, wenn nicht gar als Berater. Gewaltfreiheit kann in Nordirland allenfalls noch die SDLP für sich in Anspruch nehmen.

Vor allem aber ist eine Lösung, die die republikanische community nicht integriert, überhaupt nicht vorstellbar. Schließlich ist der Zustand der Nicht-Integration dieser community, die unter der politischen und sozialen Diskriminierung und der Gewalt der offiziellen Sicherheitskräfte und der loyalistischen Paramilitärs wie keine andere Gruppe in der Gesellschaft leidet, das "Hauptproblem". Die Hauptauseinandersetzung in Nordirland verläuft zwischen dem Staat und dessen bewaffneten Truppen und der IRA. Wie soll ein Ende dieser Auseinandersetzung herbeigeführt werden, wenn die Interessen, die die IRA repräsentiert, in welch verzerrter Form auch immer, nicht berücksichtigt werden? Im schlechtesten Falle zeugen solche Vorstellungen von gnadenloser Dummheit, im besten Falle von Arroganz: Die etablierten Politiker aus den Mittelschichten werden es schon stellvertretend richten, auch wenn sie die Alltagsrealität der republikanischen community nicht kennen.

Der Druck für eine Beteiligung Sinn Féins, auch ohne die Erfüllung von Vorbedingungen, nimmt ständig zu. So hat sich u.a. der SDLP-Führer John Hume hierfür explizit ausgesprochen. Der ehemalige britische Premier Sir Edward Heath sieht da ebenfalls keine Probleme. Schließlich habe der britische Staat bereits Erfahrungen mit derartigen Dialogen. Laut einer von "Fortnight" initiierten Meinungsumfrage wird die Idee einer Einbeziehung Sinn Féins in politische Gespräche in der Republik Irland lediglich von 16% abgelehnt. Selbst in England spricht sich eine deutliche Mehrheit dafür aus, auch unter den Unterstützern der Tories. Daß eine Beteiligung Sinn Féins kommen wird, steht mittlerweile nahezu außer Frage. Die Gespräche zwischen Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams und John Hume sowie die kurze, aber schlagzeilenträchtige Begegnung von Adams mit der irischen Staatspräsidentin Mary Robinson anläßlich deren Visite in West Belfast, sind deutliche Indizien dafür.

Kritik an der IRA

Die BSI verzichtet aber auch nicht auf Kritik an der IRA und deren militärischer Kampagne. Es wird darauf hingewiesen, daß die militärische Kampagne die innerirische Spaltung weiter vertieft. Tatsächlich sieht sich die IRA mit einem Problem konfrontiert, auf das sie bislang keine adäquate Antwort weiß. Die IRA konzentriert ihre Kampagne auf die britische Armee, die RUC (Polizei) und das RIR (eine nordirische Einheit der britischen Armee). Die RUC und die RIR rekrutieren sich zu über 90% aus der protestantischen community. Zwar behauptet die IRA, daß es allein die Uniform sei, die Mitglieder von RUC und RIR zu "legitimen Zielen" werden läßt. Für die Richtigkeit dieser Behauptung spricht, daß die IRA auch wiederholt katholische Mitglieder der nordirischen Sicherheitskräfte getötet hat. Allerdings macht deren Zahl nur einen Bruchteil der gesamten Opfer der IRA-Kampagne aus, was natürlich damit zusammenhängt, daß RUC und RIR ganz überwiegend von Protestanten gestellte Streitkräfte sind. Aber aufgrund der relativ geringen Größe der protestantischen community (ca. 900.000) und dem hohen Integrationsgrad von RUC und RIR rezipieren die Protestanten die Attacken der IRA als gegen die gesamte community gerichtet.

Tatsächlich übersteigen die Verluste der protestantischen community seit 1969 - umgerechnet auf die Bevölkerungszahl - deutlich die der USA im Vietnam-Krieg. Die IRA kann dem skizzierten Dilemma nicht entrinnen. Ihre Kampagne bringt sie der protestantischen community, mit der Nordirlands Nationalisten die Zukunft gemeinsam gestalten wollen, nicht näher; sie ist eher dazu geeignet, die Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen weiter zu vergrößern. Eine Strategie, die Angriffe auf die britische Armee zu

konzentrieren bzw. RUC und RIR zu verschonen, ist zum Scheitern verurteilt, da sie von der britischen "Ulsterisierungspolitik" konterkariert wird. Diese beordert die nordirischen Sicherheitskräfte - perverserweise sehr zu deren Freude - an die vorderste Front, was es der IRA unmöglich macht, diese zu ignorieren.

Vor allem aber kritisiert die BSI die "Kultur des Militarismus", die jede länger andauernde militärische Auseinandersetzung quasi zwangsläufig hervorbringt. Diese habe mittlerweile zahlreiche Organisationen der Arbeiterschaft durchdrungen und behindere die Entwicklung von wahrhaft demokratischen und politisch radikalen Organisationen, die sich einem sozialen Wandel verpflichtet fühlen. Des weiteren bemängelt die BSI, daß Republikaner "zu bereitwillig die unentschuldbar große Zahl von zivilen Opfern wie die sektiererische Ausrichtung vieler IRA-Operationen akzeptiert" hätten. "Sie haben die Verletzung von Menschenrechten, die ein bewaffneter Kampf unvermeidlich beinhaltet, versucht zu ignorieren oder zu rechtfertigen." Auch wird Republikanern vorgeworfen, mit den Interessen der protestantischen/unionistischen community nicht sensibel genug verfahren zu sein.

Gleichzeitig leugnet die BSI nicht, daß Gewalt in der irischen Gesellschaft wiederholt als "kraftvoller Katalysator für Veränderungen" gewirkt habe. Als Beispiele werden - was die IRA anbelangt - genannt: die Erfüllung der minimalsten Bürgerrechte, der Sturz der nordirischen Regierung 1972, die internationale Debatte über die britische Nordirlandpolitik, die in der Tat ohne die Bilder vom militanten Bürgerkrieg kaum denkbar gewesen wäre, sowie die Stärkung des "konstitutionellen Nationalismus" (d.h. des von der SDLP repräsentierten Nationalismus) bzw. das Anglo-Irische-Abkommen (AIA). Tatsächlich wäre es zum international so viel gepriesenen AIA mit seinen wenigen Reformen ohne die IRA-Kampagne niemals gekommen, erhoffte sich die britische Regierung doch davon eine Eindämmung der IRA und einen Rückgang von deren Popularität. Die einzige soziale Gruppe, die bislang von der IRA-Kampagne meßbar profitiert hat, sind die katholischen Mittelschichten. Denn die britische Antwort auf die IRA bestand in den vergangenen 25 Jahren nicht nur in militärischen Operationen, sondern auch in der Förderung der katholischen Mittelschichten und deren ökonomischer Integration, um sie ins unionistische Lager herüber zu ziehen bzw. die Basis für die britische Herrschaft zu erweitern. Eine Partei wie die SDLP würde von der britischen Regierung kaum ernst genommen, würde sie nicht als Alternative zur republikanischen Bewegung betrachtet, die es deshalb von Fall zu Fall zu stärken gilt.

Bei aller Kritik an der IRA und der republikanischen Bewegung läßt die BSI jedoch nicht davon ab, in der britischen Regierung den Hauptverantwortlichen für die nordirische Misere zu sehen. Und im Gegensatz zum Mainstream der Friedensinitiativen sieht die BSI das Problem der Gewalt nicht dadurch gelöst, daß die IRA einseitig die Waffen niederlegt, ohne gleichzeitig an der Suche nach einer Lösung des Konflikts beteiligt zu werden, die die Einstellung aller militärischen Kampagnen begleiten muß. Denn selbst wenn die Führung der IRA einem Waffenstillstand zustimmen würde, bestünde ohne eine gleichzeitig getroffene politische Vereinbarung, die die Unterstützung aller am Konflikt Beteiligten besitzen muß, die Gefahr, daß die IRA sich spalten und Splittergruppen die militärische Kampagne fortsetzen würden. Diese Gefahr ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen. Und je weniger eine politische Vereinbarung die Interessen der republikanischen community berücksichtigt, desto größer ist diese Gefahr.

Eine politische Tagesordnung

Die BSI schlägt vor, eine Initiative mit dem Namen "Peace 2000" zu installieren. Diese Initiative habe die größtmögliche Unterstützung für die folgenden Forderungen zu mobilisieren:

l. Die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwecks Beilegung des Konflikts zwischen Großbritannien und Irland sowie innerhalb Irlands, an der alle Parteien - einschließlich Sinn Féin - zu beteiligen seien.

2. Eine öffentliche Ankündigung der britischen Regierung, daß die Rücknahme des Government of Ireland Act von 1921, gesetzliche Basis der Teilung und des britischen Anspruchs auf Nordirland, Teil dieser Verhandlungen sei.

3. Eine Erklärung der IRA, daß die dauerhafte Beendigung ihres bewaffneten Kampfes ein zentraler Punkt der Tagesordnung sei.

4. Daß jede Form von Vereinbarung die religiösen und politischen Freiheiten, die Unterschiede und die prinzipielle Ablehnung einseitiger Herrschaftsausübung beinhalten müsse.

Aus der BSI ist mittlerweile das "Patrick Finucane Zentrum" geworden, das eine Vielzahl von unabhängigen Bildungs- und Aktionsprojekten beherbergt. In einer Selbstdarstellung des Projekts heißt es: "Wir sind das einzige Zentrum in Derry, welches sich ständig mit der Menschenrechtssituation befaßt und sein besonderes Augenmerk auf politische Veränderungen richtet. Wir erhalten keine Unterstützung von der britischen, irischen oder US-amerikanischen Regierung. Wir wahren dadurch unsere Integrität und Unabhängigkeit in bezug auf die Möglichkeit, alle Anlässe und Vorfälle, bei denen Menschenrechte verletzt werden und Repressionen erfolgen, im Rahmen von Kampagnen aufzugreifen. (...) Das Zentrum überwacht kontinuierlich Verletzungen und den Mißbrauch von Menschenrechten in der Stadt Derry, indem diese Vorkommnisse öffentlich bekannt gemacht werden und für eine Beendigung dieser Vorfälle aktiv eingetreten wird. Das Zentrum stellt Hintergrundinformationen zusammen und verfügt über ein umfangreiches Archiv. Es publiziert regelmäßig Aufklärungs- und Bildungsmaterialien zu der Situation in Derry, dem aktuellen Konflikt in Irland, der rechtlichen Situation der Menschen in Nordirland und zu den Menschenrechten. Wir organisieren Informations- und Bildungsveranstaltungen für Menschenrechts-AktivistInnen und die breite Öffentlichkeit. Durch all diese Aktivitäten hat sich das Zentrum als eine wichtige Stadtteil-Einrichtung etabliert; in einer Stadt, die eine der am meisten verarmten und marginalisierten in Europa ist und die nach wie vor im Brennpunkt extensiver staatlicher Repression und sozialer Kontrolle ist.

Das Pat Finucane Zentrum existiert auch, um eine politische Tagesordnung einzubringen. Wir tun dies im Angesicht entschlossener Versuche des Staates und seiner Verbündeten, jede/n, der/die den Status quo in Frage stellt, zu marginalisieren. Wir möchten ein anderes Politikbewußtsein einbringen und fördern, welches die normalen Menschen und die Stadtteile, in denen sie leben, befähigt, sich aktiv einzumischen. Das Herzstück dieser Politik ist zu untersuchen, welche gewaltfreien und kreativen Optionen es gibt für alle diejenigen Menschen, die sich eine Gesellschaft vorstellen, in der alle Menschen in Irland die politischen, sozialen und ökonomischen Einrichtungen ihres Lebensumfeldes gestalten können."

Das Zentrum ist wie folgt zu erreichen: The Pat Finucane Centre, 1 Westend Park, Derry BT48 93F, Irland.

Dietrich Schulze-Marmeling

23. Chile: 20 Jahre nach dem Putsch. (Chile seit 1973 - Teil 1) Von Matthias Findeisen

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:04

1. Historische und strukturelle Entwicklung Chiles bis 1973

Chile - einst Hoffnungsträger für den "friedlichen Übergang zum Sozialismus", dann grausamer Beweis, daß sich das Kapital nicht friedlich entmachten läßt - ist heute wieder zum Modellfall geworden. Der Andenstaat wird als Musterbeispiel des Neoliberalismus gehandelt, daß und wie ein Land der "Dritten Welt" erfolgreich in den Weltmarkt integriert werden kann. Tatsächlich weist Chile traumhafte Eckwerte seiner ökonomischen Basisdaten auf. Doch zu welchem Preis! Zwei Dritteln der Bevölkerung ging es noch nie so schlecht wie heute.

Die Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Chile in den letzten 20 Jahren ist nicht nur Aufarbeitung linker Geschichte. Das an diesem Land erprobte und überarbeitete neoliberale Wirtschaftskonzept ist der Handlungsrahmen, in dem die "Sanierung" der GUS-Staaten abläuft. Es ist gleichzeitig eine inhaltliche Beschreibung dessen, was sich u.a. die BRD in ihrer neuen "Sicherheits"politik unter dem Begriff "Schützen und Gestalten" vorstellt.

Auch spielt die Spaltung der chilenischen Linken Mitte der 80er Jahre und ihre Auseinandersetzungen bis heute für die hiesige fortschrittliche Opposition eine wichtige Rolle. Kann die Integration in den Weltmarkt als Schwungrad für die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung genutzt werden? Oder gibt es nur den einen Weg: Revolution? Welche Anforderungen ergeben sich aus der Diskussion um diese Fragen für die internationalistische Arbeit in der BRD?

Wir wollen die ökonomische, soziale und politische Entwicklung Chiles in drei Abschnitten zusammenfassen.

In dieser Ausgabe des ak wird der historische Prozeß bis 1985 beschrieben. Themen sind: Die Kontinuität der strukturellen Beziehungen Chiles zum Weltmarkt, der zaghafte Versuch, diese zu durchbrechen und die erste Phase der neoliberalen Wirtschaftspolitik.

In der nächsten Ausgabe geht es um die "Reformierung" dieser Wirtschaftspolitik, den vollständigen Ausverkauf Chiles an den Imperialismus und um die Schaffung einer Eindrittelgesellschaft als Modellfall für die "3. Welt".

Im dritten Teil wird ein chilenischer Genosse vom MIR die politische und ideologische Entwicklung der Linken Chiles unter diesen Bedingungen beschreiben und einen Ausblick auf antiimperialistische Arbeit aus der Sicht der Peripherie dieser eindimensionalen Welt geben.

Im 16. Jahrhundert wurde Chile von den Spaniern erobert und zu einem kolonialen Satelliten der damaligen Metropole gemacht. Nahezu alles an wirtschaftlichem Reichtum und gesellschaftlich erarbeitetem Mehrprodukt wurde ab diesem Zeitpunkt an die Kolonialisten abgeführt. Geraubt wurde, was leicht zu haben war, in Chile vor allem die Bodenschätze.

Nach dem ersten Silberboom, der 1870 seinen Höhepunkt erreichte, erlangte Salpeter eine zentrale Rolle. Auch die imperialistischen Mächte wechselten. England löste Spanien ab. Die neuen Zentren benötigten Salpeter als Dünger für die immer intensiver werdende Landwirtschaft und auch als Basis für Schießpulver, damit die Eroberungszüge auch geführt werden konnten. 1880 machte Salpeter (und das Beiprodukt Jod) 5% der Einkünfte des chilenischen Staates aus. Nur 10 Jahre später hatte sich der Anteil verzehnfacht. Parallel dazu stiegen die englischen Investitionen um mehr als 300%. Schon damals betrieben die Imperialisten einen gewinnträchtigen Handel mit Schuldscheinen (heute in moderner Form als "Swap-Geschäfte"). Peru hatte 1875 die Salpeterminen in staatlichen Besitz überführt und die Besitzer mit Schuldscheinen bezahlt. Aufgrund des Pazifikkrieges zwischen Chile und Peru um eben diese Salpetergebiete war der Wert der Schuldscheine verfallen. Das britische Kapital kaufte diese entwerteten Schuldscheine mit Krediten der chilenischen Banken. Dann eroberte Chile die Gebiete und gab sie 1881 an die "rechtmäßigen" Besitzer - nämlich die Briten - zurück. So erhielt Großbritannien den Salpeter, ohne dafür britisches Kapital einsetzen zu müssen. 1890 gingen 75% des chilenischen Warenexportes nach Großbritannien und 50% der importierten Güter kamen von

dort. Chiles Wirtschaft war aufgrund der nahezu ausschließlichen Exportorientierung in allen wesentlichen Bereichen vom Weltmarkt und von den schwankenden Rohstoffpreisen einiger weniger Produkte abhängig.

1891 kam es nach einigen zaghaften Versuchen der chilenischen Regierung, das britische Monopol zu brechen und den Salpeter zu renationalisieren, zum Bürgerkrieg. Die einheimische Kompradorenbourgeoisie, die eng mit dem ausländischen Kapital verbunden war und einen bescheidenen aber immerhin vorhandenen Nutzen aus dem beständigen Abfluß des gesellschaftlichen Reichtums ins Ausland und dem Import und der Verteilung von Gütern für den Binnenmarkt zog, sah ihre Pfründe in Gefahr. Im Bürgerkrieg wurde die chilenische Bourgeoisie durch die britischen Salpeterbarone finanziert. Britische Kriegsschiffe blockierten die Küste Chiles.

Die Reformen mußten zurückgenommen werden, und das britische Kapital konnte seinen Machtbereich anschließend sogar noch ausdehnen. Denn die Steuerpolitik des chilenischen Staates war so, daß nur Einnahmen aus dem Außenhandel, nicht aber allgemeiner Besitz und Einkommen besteuert wurden. Daher verkaufte die chilenische Bourgeoisie den ihr noch verbleibenden Salpeterbesitz und verlegte sich vor allem auf den Binnenhandel oder den Erwerb von Land. An einer industriellen Entwicklung des Landes hatte sie kein Interesse. Die Steuergelder wurden entsprechend diesen Interessen auch vornehmlich zum Ausbau der Infrastruktur, die für den Abbau, die industrielle Aufbereitung und den Export von Salpeter und der Güterverteilung notwendig war, gesteckt. Der Aufbau von Industriezweigen, die für eine unabhängige nationale Wirtschaft notwendig gewesen wären, wurde nicht gefördert.

1913 wurde in Deutschland ein Verfahren zur Erzeugung von Nitraten aus Luftstickstoff entwickelt, wodurch der Chile-Salpeter immer mehr ersetzt werden konnte. Den endgültigen Niedergang des Salpeterabbaus brachte dann die Wirtschaftskrise der 30er Jahre.

Deckte Chile zwischen 1850 und 1900 noch 70% des Weltstickstoffbedarfs, sank dieser Anteil 1920 auf 30%, 1950 auf 5% und betrug 1958 nur noch 1%. Die Auswirkung auf die nationale Wirtschaft wären verheerend gewesen, wenn nicht die Rolle des Salpeters nach der Wirtschaftskrise durch das Kupfer ersetzt worden wäre. Damit löste auch das neue Machtzentrum USA Großbritannien als "Besitzer" des Reichtums Chiles ab. Nur das US-amerikanische Kapital verfügte über das notwendige know-how und über die notwendigen Finanzmengen, um die zunächst relativ kostspielige Großerschließung der Lagerstätten durchzuführen. Bis zum Wahlsieg der Unidad Popular (UP) befanden sich die größten Kupferlager in den Händen der Anaconda Copper Mining sowie der Kennecott Copper Co., die beide dem gleichen US-Konsortium angehörten. In den 50 Jahren von 1923 bis 1973 preßten die Imperialisten 4 Mrd. US$ aus Chile heraus. Demgegenüber standen maximal 800 Mio. US$ Investitionseinsatz.

Die rohstoffexportorientierte Wirtschaftsstruktur hatte sich durch den Wechsel der imperialistischen Zentren nicht verbessert. Im Gegenteil: Die Abhängigkeit vom Kupfer war sogar noch größer als sie es vom Salpeter je gewesen war. Zu Beginn der 70er Jahre hingen 80% des Außenhandels vom Kupfer ab, während es beim Salpeter nie mehr als 60% gewesen waren. Schon geringfügige Preisrückgänge des Kupfers auf dem Weltmarkt bedeuteten große Einnahmeverluste und eine negative Handelsbilanz. Zwar wurde Chile der viertgrößte Kupferlieferant, das Land hatte aber weder eine eigene Verarbeitungsindustrie, noch Einfluß auf die Verkaufsbedingungen. Da die Besteuerung sehr niedrig war, blieb von dem erbeutetem Profit kaum etwas im Land. Erst nach und nach wurden die Steuern erhöht und lagen schließlich bei 65% der Nettogewinne. Trotzdem blieb das Geschäft für die Konzerne profitabel. Auf Grund der nahezu ausschließlichen Exportorientierung entstanden für die chilenische Wirtschaft schon frühzeitig typische Probleme wie z.B. Devisenmangel. Die Widersprüche wurden dabei so gravierend, daß der Staat seine klassische Rolle als Interessenvertreter der aus- und inländischen Großbourgeoisie zugunsten eines Regelinstrumentes interner Wirtschaftsprozesse erweiterte. Über den weiter vorangetriebenen Rohstofftransfer ins Ausland wurden von seiner Seite und der auf die Binnenwirtschaft orientierenden Fraktionen des Kapitals nach der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre enorme Anstrengungen unternommen, die Infrastruktur des Landes zu verbessern, eine eigene Handelsflotte aufzubauen und die Industrialisierung voranzutreiben. Zwar gab es schon 1927 230000 IndustriearbeiterInnen, davon arbeiteten aber zwei Drittel in Kleinstbetrieben mit weniger als fünf Beschäftigten. Auch war die Produktionsbreite nicht besonders ausgeprägt. Die Mehrheit war in den Sparten Nahrungsmittel, Textil, Bekleidung, Leder, Holz und Möbel beschäftigt. Alle Maßnahmen der Industrialisierung waren in dem Begriff "Entwicklungsökonomie" bzw. Importsubstitionierung zusammengefaßt. Ziel dieses Programms war, die immer weiter auseinanderklaffende Schere der Einnahmen der

industrialisierten Länder und der der Peripherieländer nicht noch größer werden zu lassen. Dabei übernahmen staatliche Institutionen (z.B. die 1939 gegründete CORFO - Kooperation zur Festigung der Produktion) nicht nur die Rolle des bloßen Investors, sondern auch ganz gezielt die des Managers. Unter Planung und Leitung der CORFO wurden neue Großunternehmungen im Bereich der Erdölverarbeitung, der Strom- und Stahlerzeugung aufgebaut. Zwischen 1941 und 1945 wurden so industrielle Wachstumsraten von 11% erreicht. Parallel floß mit der Entwicklung des keynianistischen "Wohlfahrtsstaates" in den Metropolen die soziale Komponente in einem neuen Orientierungsprozeß in Chile in gewissem Maße ein. Sozialversicherung, öffentliches Gesundheitswesen, Bildungssystem und Wohnungsbauprogramme wurden eingerichtet, Gewerkschaften offiziell anerkannt.

Die eingeleitete Entwicklung konnte jedoch die sich in einigen Jahrhunderten gefestigte und einseitig bevorzugende Beziehungsstruktur Metropole - Peripherie nicht aufbrechen.

Die relativ hohen Einnahmen des Staates deckten noch nicht einmal die Schuldentilgung und die benötigte Devisenmenge für Lebensmittelimporte. Es mußten neue Kredite aufgenommen werden, die die Schuldenspirale immer enger werden ließen. Die CORFO hatte inzwischen ihr Engagement auf reine Verwaltungstätigkeit oder nur noch auf dem Papier existierende Konzeptentwicklung beschränkt. Übrige staatliche Förderung des privaten Sektors von Industrie oder der Umstellung der Landwirtschaft von der Export- auf die Binnenmarktorientierung wurden reduziert oder verliefen unbefriedigend, da es an Bereitschaft der heimischen Großbourgeoisie fehlte, flankierende Maßnahmen zu ergreifen. In diesem Verhalten spiegelte sich auch der Konflikt der beiden Strömungen der Kapitalseite wider. Auf der einen Seite stand die Monopolbourgeoisie mit Teilen der Agrarkapitalisten und der Kader des Militärs, der nationalen Partei (RN) und Teilen der Christdemokraten als Vertreter einer neoliberalen und auf den Weltmarkt orientierten Strömung. Auf der anderen Seite stand die Fraktion, die die schwerpunktmäßige Entwicklung des Binnenmarktes favorisierte, aber zunehmend ins politische Abseits gedrängt wurde.

Die ökonomische Entwicklung wirkte sich katastrophal auf die sozialen Strukturen der Gesellschaft aus. Nur 40% der chilenischen Arbeitskräfte waren in Landwirtschaft, Bergbau oder Industrie beschäftigt. Die überwiegende Mehrheit war arbeitslos oder verdingte sich im Dienstleistungssektor als "Penny-Kapitalist" oder WanderarbeiterIn unter schlechtesten Lebensbedingungen. Soziale Unruhen breiteten sich trotz heftiger Repressionen aus und entwickelten zunehmend radikale politische und ideologische Dimensionen. Immer größeren Teilen der Bevölkerung wurde deutlich, daß eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nur durch einen grundlegenden Bruch mit der Metropolen-Satelliten-Beziehung und damit auch mit der chilenischen Großbourgeoisie zu erreichen war. 1969 schlossen sich die sozialistische und kommunistische Partei und andere linke Bewegungen zur Unidad Popular (UP) zusammen und konnten 1970 mit 36% der abgegebenen Stimmen unter Präsident Salvador Allende die Regierungsmacht übernehmen. Ein halbes Jahr später stimmte sogar über die Hälfte der chilenischen Bevölkerung für die UP.

Die kurze Ära

der Transformation

Allende war mit einer Gesellschaftsstruktur konfrontiert, in der nicht einmal ein halbes Prozent aller Unternehmen zwei Drittel der gesamten Produktion im Land kontrollierte, in der 4,2% der Bevölkerung über 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche besaßen, 2% der chilenischen Bevölkerung über 46%, aber 60% der Einheimischen über 15% der Einnahmen des Landes verfügten. Täglich führten US-Konzerne 1,5 Mio. Dollar aus dem Land. Die Auslandsschulden beliefen sich auf 4,1 Mrd. US$.

1969 hatten 40% der chilenischen Bevölkerung ein niedriges, 40% ein mittleres und 20% ein hohes Einkommen, 48% der Menschen konnten mit ihrem Geld nicht ihren Grundbedarf zum Leben decken.

In den ersten Monaten der Regierungszeit der UP wurden eine Reihe sozialer Reformen zwecks Senkung der Arbeitslosenzahlen, Wohnungsbeschaffung und Verbesserung der Gesundheits- und Lebensmittelversorgung durchgeführt. Die Kernstücke des Regierungsprogramms wurden jedoch nur sehr schleppend in Angriff genommen. So wurden zwar 1971 1300 Landgüter mit einer Bewässerungsfläche von über 80 ha enteignet. Viele Großgrundbesitzer unterliefen jedoch diese Maßnahmen, indem sie ihren Besitz formal auf die Verwandtschaft aufteilten und so unberührt blieben. Auch die Nationalisierungsmaßnahmen verliefen nur halbherzig. Außer der Verstaatlichung der großen Kupferminen wurden noch 91 (von mindestens 500) große

Industriebetriebe in Staatsbesitz übernommen. Die großen Bau- und Verteilungsunternehmen blieben ausdrücklich außen vor. Trotzdem war ein wichtiger Anfang gemacht, Chiles Wirtschaftsstruktur neu zu gestalten. Dies geschah völlig legal, denn die damalige Verfassung erlaubte die Enteignung von Gütern, die "für das wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Leben des Landes von herausragender Bedeutung" waren.

Daß diese Maßnahmen heftigsten Widerstand des internationalen und des angeschlossenen chilenischen Großkapitals hervorriefen, lag auf der Hand. Auch die übrige chilenische Bourgeoisie, die die Allende-Regierung als Instrument gebrauchen wollte, um ihren Handlungsspielraum gegenüber dem Imperialismus und seiner Kompradoren zu vergrößern, bekam Angst vor der sich zunehmend radikalisierenden Bewegung im Land. Sie befürwortete schließlich die Umsturzpläne des Imperialismus.

Tatsächlich nahm die Kritik der arbeitenden Bevölkerung auf dem Land und in den Städten an der halbherzigen Umsetzung des UP-Programms zu. Revolutionäre Gruppierungen wie der MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria; Bewegung der Revolutionären Linken) gewannen zunehmend an Einfluß und setzten neben der Entwicklung einer solidarischen Kritik an Allende auf die Bewaffnung des Proletariats, um dem drohenden Umsturz der Reaktion begegnen zu können. Die Regierung und die sie tragenden Parteien versuchten dagegen, der Gefahr durch die Integration der reaktionärsten Spitzen des Militärapparates zu begegnen. Das Ergebnis dieser Politik ließ nicht lange auf sich warten. Am 11. September 1973 putschte das Militär und errichtete die Diktatur.

2. Die "Erziehungsdiktatur" oder Die Ausrichtung

auf den Schuldendienst

Das einzig klar umrissene Ziel der Junta war, Chile vom Marxismus zu befreien und aus "liebenswert-langsamen Chilenen schnelle und effiziente Arbeiter" zu machen, wie die FAZ vom 6.2.89 im Nachhinein feststellte. In diesem Zusammenhang wurde eine Terrorherrschaft eingerichtet, der allein in Santiago in den ersten Tagen 30.000 Menschen zum Opfer fielen. 800.000 "unliebsame" ArbeiterInnen wurden entlassen (EinwohnerInnenzahl: 12 Mio.), alle politischen Parteien und Organisationen verboten, tausende StudentInnen aus den Unis ausgeschlossen, Grund- und Menschenrechte auf bestialischste Weise außer Kraft gesetzt, der Ausnahmezustand verhängt. Zehntausende Menschen mußten ins Exil gehen.

An Wirtschaftskonzepten hatte die Diktatur nichts anzubieten. Man holte sich Rat bei den "Chicago-Boys" um dem US-amerikanischen Ökonomen Friedman, bei IWF und Weltbank, allesamt Vertreter eines ultraliberalen Wirtschaftskonzeptes. Erstgenannte hatten schon während der Allende-Regierung vor auserlesenem Publikum ihr Wirtschaftsmodell für Chile vorstellen dürfen. Es wurde damals allerdings als politisch undurchsetzbar gegenüber der Klein- und Mittelbourgeoisie und vor allem gegenüber der breiten Mehrheit der Bevölkerung angesehen. Jetzt aber war der Weg frei für das Zusammentreffen zwar unterschiedlicher, aber im Ziel wieder vereinten ideologischen Strömungen. Pinochets Vorstellung entsprach auf dem ökonomischen Sektor der der Monopolbourgeoisie und auf der sozialen Ebene einer militärisch straff geführten und ausgerichteten Kommandogesellschaft ohne sozialen und parlamentarischen "Schnickschnack", der das Land nur in Chaos und Anarchie führen würde. Das Ziel des IWF war die Errichtung einer Gesellschaft mit einem auf ein Minimum reduzierten Staat, in der alles den freien Kräften des internationalen Kapitals überlassen bleiben sollte. Der gemeinsame Nenner beider Richtungen war die Schaffung einer völlig neuen "effektiven" Gesellschaftsstruktur in Chile.

Die Zauberformeln für die Gesundung und Stabilisierung der chilenischen Wirtschaft lauteten wie überall in der "Dritten Welt":

1. Rigide Geldmengenpolitik, darunter antiinflationäre innenpolitische Maßnahmen wie die drastische Verringerung der Staatsausgaben und die Verknappung des Kreditgeldes.

2. Abwertung der Landeswährung gegenüber dem US-Dollar, sowie die Beseitigung der Devisenkontrollen.

3. Freier Warenverkehr.

4. Privatisierung der Wirtschaft.

5. Weitere Aufrechterhaltung eines günstigen Investitionsklimas, d.h. "politische Stabilität", Steuervergünstigungen und Garantien für die Ausfuhr von Profiten für das ausländische Kapital.

Ziel des marktwirtschaftlichen Reformprogrammes, dem die Junta zustimmte, war die vollständige Einbindung in die internationale Wirtschaft. Nur so könne Chile - laut IWF - ökonomisch längerfristig existieren. Diese Behauptung war nur insofern richtig, als daß IWF und Weltbank erpresserisch die Gewährung von Darlehen und Umschuldungen von der Verwirklichung eben genannter Maßnahmen abhängig machten. Und ohne diese Hilfe wäre Chile bankrott. Auf der anderen Seite wurden die Ursachen der Instabilität nur kurzfristig geglättet, aber nicht beseitigt. Sie mußten sich langfristig sogar noch verstärken. Denn die chilenische Wirtschaft konnte allein schon auf Grund der auseinanderklaffenden Schere zwischen heimischer und metropolitaner Produktivkraftentwicklung nicht konkurrenzfähig sein. Somit blieb dem Land nichts anderes übrig, als den Ausverkauf der eigenen Ressourcen voranzutreiben. Mit einer Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft, um am Weltmarktgeschehen teilnehmen zu können, hatte das überhaupt nichts zu tun. Tatsächlich ging es dem IWF im Wesentlichen darum, die vorgegebene Wirtschaftsstruktur derartig zu straffen, daß Chile weiterhin seine Schulden an die internationalen Gläubiger zahlen konnte.

Wie sich das im Einzelnen auswirkte, soll im Folgenden gezeigt werden.

Die Geldmengenpolitik

Chile war im Ausland hoch verschuldet. Die Bedienung dieser Schulden waren im Prinzip ein ständiger Export von Werten ohne Gegenleistung. Damit verbunden war ein hohes staatliches Haushaltsdefizit und eine zunehmende Inlandsverschuldung. Denn um die Zinsforderungen des Auslandes bedienen zu können, wurde auch die heimische Großbourgeoisie mit so attraktiven Rückzahlungskonditionen angepumpt, daß sich ihrerseits die Investition im produktiven Bereich nicht mehr lohnte. Dies führte wiederum zu einer Verringerung der Steuereinnahmen.

In einer solchen Situation ist die Versuchung groß, dem Problem zumindest mit einer gewissen Erhöhung der inflationsfördernden Geldmenge zu begegnen. So könnten z.B. größere Einbrüche im sozialen Sektor zumindest kurzfristig umgangen werden. Dieser Lösungsversuch widerspricht aber den Grundsätzen neoliberaler Wirtschaftspolitik genauso wie der eigentlich nächstliegende Gedanke vom Schuldenerlaß.

Es blieb also nichts anderes übrig, als einerseits im disponiblen Bereich des Staatshaushaltes einzusparen und andererseits die Einnahmen des Staates zu erhöhen. So wurde im gesamten Bereich der infrastrukturellen Erschließung des Landes und vor allem der öffentlichen Sozialausgaben massiv gekürzt. Die öffentlichen Ausgaben von 1973 bis 1975 reduzierten sich beispielsweise um die Hälfte. Parallel wurden staatliche Dienstleistungen wie Bildungs- und Gesundheitswesen teilweise privatisiert. Beide Tendenzen führten gerade in letztgenanntem Sektor in bestimmten Gebieten des Landes zu einem faktischen Zusammenbruch der Versorgung für die Mehrheit der Bevölkerung.

Auch die staatlichen Investitionen in Entwicklungsprojekte oder Kreditvergaben an Kleinindustrie ohne Selbstfinanzierungsmöglichkeiten fielen dem Rotstift zum Opfer. Damit wurden indirekt die kleinen Firmen den großen chilenischen Unternehmen schutzlos ausgeliefert.

Gleichzeitig wurden die Lohnsysteme nach unten korrigiert. Der Nominalwert der Löhne und Gehälter fiel 1975 auf die Hälfte des Wertes von 1971. Die direkten und indirekten Steuern für die Bevölkerung und inländische Unternehmen sowie Preise für öffentliche Dienstleistungen wie Strom, Fahrpreise wurden drastisch erhöht.

Gekoppelt mit einer anfänglich immer noch 600 bis 700-prozentigen Inflationsrate in den ersten Jahren der Diktatur stürzte diese Politik das Land in eine tiefe Krise. Einzelne Grundnahrungsmittel und Dienstleistungen erreichten eine Preissteigerung von 1900%, die Kaufkraft der chilenischen Bevölkerung ging allein in den ersten vier Monaten der Militärherrschaft um 40% zurück.

Abwertung der Landeswährung

Noch dramatischer waren die Auswirkungen der Abwertung der Landeswährung. Damit wurden auf einen Schlag die Auslandsschulden de facto erhöht. Weitere Kredite mußten aufgenommen werden, um die alten Forderungen und den chronischen Devisenmangel bezahlen zu können.

Für die heimische Klein- und Mittelbourgeoisie wurden die neuen Kreditkonditionen der Banken schon nahezu unerschwinglich.

Auch die lebenswichtigen Importe führten zu einer Anhebung des Preisniveaus im Lande, weil ihr Anteil am Binnenmarkt sehr hoch war.

Die ohnehin schon nachteiligen Handelsbedingungen wurden praktisch über Nacht verschlechtert. Für die gleiche Menge Importe hätte das Land mehr exportieren müssen, was sich aber in der Praxis nicht realisieren ließ. So stiegen die Schulden. 1978 zählte die Pro-Kopf-Auslandsverschuldung Chiles zu der höchsten der Welt.

Dem ausländischen Kapital konnte die Entwicklung nur recht sein. Sein Hauptinvestitionsbereich, die Rohstoffgewinnung, war von der Depression ausgeschlossen. Es profitierte sogar davon, denn die chilenische Junta mußte einer noch schonungsloseren Ausplünderung zustimmen, um Schulden bezahlen zu können.

Freier Warenverkehr

Chile wurde 1974 mit einer Verfügung über das "freie Importsystem" dem Ausland gänzlich geöffnet. Damit waren Einfuhrverbote für immerhin 2500 Produkte aufgehoben oder Schutzzölle abgeschafft. Auf Grund des Produktivitätsvorsprungs hatten die metropolitanen Konsumgüter einen konkurrenzlosen Vorsprung auf dem chilenischen Markt. Die Vernichtung der ökonomischen Existenzgrundlage heimischer Betriebe war die Folge. Sie ergriff zuerst die kleine und mittlere Handels- und Industriebourgeoisie und weitete sich rasch auf die gesamten Sektoren des technologisch rückständigen chilenischen Kapitals aus, das traditionell auf die Produktion von Konsumgütern für den heimischen Markt ausgerichtet war. Damit verbunden war die Abschaffung von Arbeitsplätzen, ohne eine Chance auf Neueinstellung in diesem Sektor.

Privatisierung der Wirtschaft

Natürlich wurden in der ersten Reprivatisierungswelle 1973-1978 die enteigneten Zweigfirmen der US-amerikanischen Großkonzerne unter gehöriger Entschädigung an die alten Besitzer zurückgegeben.

Doch gab sich die Junta damit nicht zufrieden. Der Anteil der Staatsbetriebe machte 1973 39% des Bruttoproduktionswertes aus (zum Vergleich 1965 waren es 14%). Der Staat kontrollierte damit mehr als 70% der öffentlichen Investitionen und dank der Nationalisierung des Kupferbergbaus auch mehr als 70% der Exporte.

Mit der Teilprivatisierung dieses Wirtschaftssektors (es wurde in dieser Phase nur das unproduktive chilenische Kapital angeboten) sollten die Finanzdefizite des Staates reduziert werden. So wurden 197 Firmen ganz oder teilweise verkauft bzw. versteigert inklusive der 19 früher enteigneten chilenischen Banken zu einem Preis von 585 Mio. US$. Fachleute schätzen, daß der tatsächliche Wert um das dreifache höher lag. Die Verkaufsbedingungen waren sehr attraktiv für die Käufer. Es wurde eine 10-20% Anzahlung in bar verlangt, der Rest konnte in langfristigen Ratenzahlungen mit günstigen Konditionen bezahlt werden. Diese Maßnahmen wurden u.a. durch die CORFO durchgeführt - symbolhafter konnte die Änderung der Politik nicht ausgedrückt werden. Profiteure dieser Verschleuderungsaktion waren zehn sich sehr schnell herausbildende Finanzgruppen des chilenischen Großkapitals. Und deren wirtschaftlichen Aktivitäten konzentrierten sich fast ausschließlich auf den internationalen Markt.

Konfliktlinien

der neuen Gesellschaft

Entgegen den anfänglichen Frohlockungen von IWF & Co., daß nach der Sanierung der chilenischen Wirtschaft ein baldiger Aufschwung einsetze, steuerte das Land immer tiefer in die Krise. Das Programm war nichts anderes, als eine vollständige Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur auf den Schuldendienst. Kein einziger Punkt des Standardbeglückungsrepertoires ging in Erfüllung. Eine Eingliederung in die "internationale Arbeitsteilung" konnte selbst von der chilenischen Großbourgeoisie nicht erreicht werden. Ein "kontinuierlicher Industrialisierungsprozeß" war ebensowenig zu erkennen wie "günstige Außenwirtschaftsbedingungen", noch die "Befriedigung der Grundbedürfnisse" oder "die schrittweise Verbreiterung des Binnenmarktes". Genau das Gegenteil war der Fall.

Aus der Ruinierung des Mittelstandes, der hohen Arbeitslosigkeit und der Massenverelendung entwickelten sich Ende der 70er Jahre die künftigen politischen Konfliktlinien im Land. Pinochets Anhängerschaft war praktisch auf die Kompradorenbourgeoisie, auf eine kleine Gruppe in der Staatsverwaltung und auf das

Offizierskorps zusammengeschrumpft. (Diese Schicht fand später in den nationalistischen Parteien wie RN und der UDI eines ihrer beiden politischen Standbeine.) Der übrige Teil der Bevölkerung war gegen ihn, was sich selbst in den Strukturen der Christdemokratischen Partei (dem zweiten Standbein o.g. Gruppe), einer ehemaligen Befürworterin des Putsches, niederschlug. Hier bildeten sich zwei Lager heraus: Eines, das den Klein- und Mittelunternehmerstand repräsentierte und später zunehmend an den Protestaktionen gegen die Diktatur teilnahm und ein zweites, das die Großbourgeoisie repräsentierte. Der Führer letztgenannten Flügels war Aylwin, der aus seiner Verbundenheit mit Pinochet keinen Hehl machte (und heute Regierungspräsident ist).

Unter dieser Konstellation war ein Überleben des Regimes ausschließlich an den blindwütigsten Terror gegen alles Kritische im Lande gebunden - eine Perspektive, die selbst dem internationalen Kapital langfristig als zu unsicher erscheinen mußte.

Die Institutionalisierung

der Diktatur

So wurde Pinochet veranlaßt, Anfang 1978 eine Kommission einzusetzen, die in einem neuen Verfassungsentwurf zweierlei festschreiben sollte: die dauerhafte Verankerung neoliberaler Grundsätze und die Kontroll- und Eingriffsfunktion der Streitkräfte in entscheidenden Positionen einer wie und wann auch immer zu schaffenden Demokratie.

Der Entwurf wurde 1980 in einem Plebiszit von der Bevölkerung mit 67% der Stimmen als Verfassung angenommen und bildete damit die erste und höchste Legitimation für eine Kontinuität des diktatorischen Systems gerade in Hinblick auf eine kontrollierte Ablösung durch eine bürgerliche Demokratie. Diese wurde von Pinochet im Vorfeld des Plebiszits für 1985 in Aussicht gestellt, später aber auf Grund der Massenunruhen Anfang der 80er Jahre und der noch nicht ausreichend gefestigten Position des bürgerlichen Lagers als kanalisierender Faktor der Opposition auf 1989 verschoben.

Bezüglich ökonomischer Gleichheit, Gewerbefreiheit und Schutz des Privateigentums legt die Verfassung folgendes fest:

Alle Individuen (und damit auch metropolitane AnlegerInnen) haben das Recht, "jegliche wirtschaftliche Tätigkeit zu entfalten", sowie "die Freiheit, das Eigentum an jeder Art von Vermögen zu erlangen. (...) Steuern (z.B. Schutzzölle, Subventionen - der Verf.) dürfen nicht offensichtlich unverhältnismäßig oder ungerecht festgesetzt werden". Ausdrücklich wurde noch einmal in Hinblick auf ausländische Kapitaleigner festgeschrieben, daß alle Menschen das "Recht auf gleiche Behandlung auf wirtschaftlichem Gebiet durch den Staat und seine Organe" haben.

Enteignungen, wie nach dem alten Grundgesetz erlaubt und u.a. unter Allende geschehen, wurden verboten. So kann nach der neuen Verfassung "niemandem ... sein Eigentum an einem Gut oder irgendeine der grundlegenden Eigenheiten oder Befugnisse des Eigentums entzogen werden", außer in der Enteignung durch den Staat. Aber hier "kann der Enteignete die Rechtmäßigkeit des Enteignungsaktes vor den ordentlichen Gerichten anfechten". Und diese sind wie in der BRD fest in reaktionärer Hand. Der von Enteignung Bedrohte wird in den meisten Fällen Recht bekommen. Stimmt der Enteignete jedoch mit der Verstaatlichung überein, muß er vorher vollständig entschädigt werden, was angesichts der engen finanziellen Spielräume des Staates schon sehr schwierig werden dürfte. Ein Ausscheren aus dem neoliberalen Wirtschaftskonzept ist also nicht möglich.

Gleiches gilt für Interventionsversuche auf dem Sektor staatlicher Geldpolitik. So wurde in der Verfassung die chilenische Zentralbank als unabhängige Institution verankert, die weder direkt noch indirekt öffentliche Wertpapiere erwerben oder Bürgschaftszusagen machen darf. 1989 wurde zusätzlich ein Verfassungsgesetz verabschiedet, in dem der Zentralbank die gesamte und alleinige Zuständigkeit des Finanz-, Kredit- und Währungssystems des Landes zugesprochen wurde. Der Aufsichtsrat wurde noch von der Militärregierung eingesetzt und hat eine Amtsperiode von 10 Jahren.

Angesichts dieser Verfassung könnten schlaue Köpfe nun auf die Idee kommen, die entscheidenden Passagen zu ändern. Formal werden dafür in jeder der beiden Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat zwei Drittel der Stimmen benötigt. Selbst wenn sich durch die Mehrheitsverhältnisse im

Abgeordnetenhaus eine solche Situation ergeben sollte, wäre der Senat immer noch ein Hindernis. Denn von seinen 38 Mitgliedern werden schon einmal 10 Senatoren direkt oder indirekt von dem Militär eingesetzt. Für eine Blockade des Unterfangens würden also 7 gewählte Stimmen ausreichen. 1985 hätte die Junta sich dieser Wählerbasis nicht sicher sein können. Doch mit der Schaffung des chilenischen "Wirtschaftswunders" formierte sich schon bei den ersten demokratischen Wahlen 1989 ein relativ dauerhaftes WählerInnenpotential, über das die Sperrminorität erreicht werden konnte und mindestens bei den Wahlen Ende 1993 wieder erreicht werden dürfte.

Für den Fall, daß die Arbeit mit dem "Zuckerbrot" nicht ausreichen sollte, wurde auch in der neuen Verfassung ganz ungeniert dem Militär die Rolle der "Peitsche" zugesprochen. So wurden die "Streitkräfte (...) als Garanten der institutionellen Ordnung der Republik, (...) die wesentlich für die nationale Sicherheit sind", anerkannt. D.h. selbst nach einer Ablösung der Diktatur behielt das Militär die Funktion des höchsten Gebieters der Macht inne. Formal verkörpert wurde die Rolle im fünfköpfigen Nationalen Sicherheitsrat durch die Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen und der Militärpolizei, sowie einem Alibizivilisten - dem Vorsitzenden des Rechnungshofes. In entscheidenden Fragen behält sich dieses Gremium die Kompetenz der Beratung, Information und Kontrolle vor und erteilt gegenüber dem Präsidenten der Republik seine Zustimmung (Art. 96). Der Sicherheitsrat ist darüberhinaus befugt, über den Präsidenten vier verschiedene Formen des Ausnahmezustandes ausrufen zu lassen, ohne den Beschluß des Kongresses abwarten zu müssen (Art. 40). Zwar kann der Kongreß per Mehrheitsentscheid diese Maßnahme binnen zehn Tagen rückgängig machen. Dazu ist aber die Mehrheit sowohl des Abgeordnetenhauses wie auch des Senats erforderlich. Und für eine Blockade des Senats genügen angesichts oben genannter Zusammensetzung die Stimmen von zehn gewählten und den Militärs verbundenen Senatoren. Es war also für die Junta abzusehen, daß sie bei entsprechender Demokratisierung und gezielter Förderung ihres Klientels auch in der Zukunft - ganz legal - eine Sperrminorität haben würde.

Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen: Diese neue Verfassung hatte nichts mit ernsthaften Demokratisierungsabsichten des internationalen Kapitals zu tun. Es ging nur darum, eine neue, modernere Ebene des politischen Managements abzustecken und darin der alten/neuen strukturellen und formellen Gewalt in Zukunft ein legales Gesicht zu geben. Wie stark diese beiden Ebenen in Zukunft miteinander verknüpft bleiben sollten, machte das Verhalten des Regimes anläßlich der nationalen Protesttage 1985 deutlich: Mitten in Verhandlungen mit der bürgerlichen Opposition und scheinbaren Zugeständnissen wechselte die Junta die Taktik und ließ Heerestruppen gegen die demonstrierende Bevölkerung aufmarschieren.

Auch in den Zeiten "echter" Demokratie trainiert der Militärapparat den Ausnahmezustand unter wirklichen Bedingungen. Beispielsweise beriet und bildete Chile Polizeioffiziere aus Brasilien, El Salvador, Honduras und Guatemala in der "Aufstandsbekämpfung" aus. Die Beratungstätigkeit führte soweit, daß chilenische "Offizielle" sich im Juli 1992 an einem Massaker an der Landbevölkerung Guatemalas beteiligten (nach Punto Final Nr. 273).

Die Option auf eine neuerliche direkte militärische Machtübernahme wie beispielsweise in Peru ist mittel- und langfristig ein realistisches Instrument des modernen politischen Managements.

Matthias Findeisen

24. Japan - Korea - Vietnam: Lernen im Zeichen des Drachen oder Pax Nipponica? (Teil 1) Von Rainer Werning

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Korea (Süd); Japan; Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:01

Japan gelang nicht nur seit Mitte des letzten Jahrhunderts der Anschluß an die "westliche Moderne"; als Besiegter des 2. Weltkrieges vermochte es alsbald seine ökonomische Machtstellung in Ost- und Südostasien wiederzuerlangen und schickt sich heute - nach dem Rückzug der Amerikaner aus den Philippinen und der Ausdünnung ihrer Streitkräfte in Ostasien - an, in der Region eine politische "Ordnungs"macht ersten Ranges zu werden.

Die im Januar dieses Jahres in der thailändischen Hauptstadt Bangkok verkündete und nach dem gerade zurückgegetretenen Ministerpräsident benannte Miyazawa-Doktrin entwirft die Grundzüge Tokios künftiger Asien-Pazifik-Politik und zielt bereits heute auf Japans verstärktes diplomatisches, politisches wie wirtschaftliches Engagement in den drei indochinesischen Staaten Vietnam, Kambodscha und Laos.

Gleichzeitig galt und gilt Japan - vor allem seinen asiatischen und pazifischen Anrainern - als wirtschaftliche Erfolgsstory par excellence. Die sogenannten "vier Drachen" (Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea) orientieren sich, wenngleich mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, am japanischen "Modell" - vorrangig der langjährige "Frontstaat gegen den Kommunismus", Südkorea.

Als Newcomer in der "Drachenfamilie" empfiehlt sich Vietnam - sehr zum Leidwesen der einst engsten Mitarbeiter Ho Chi Minhs. Das vor über zwei Jahrzehnten vielkehlig und emphatisch skandierte Ho-Ho-Ho-Chi-Minh wird zunehmend durch eine sämtliche Poren der vietnamesischen Gesellschaft durchdringende Politik des Ho-Ho-Ho-Chi-Honda ersetzt.

"Der Führer Asiens"

Die Meiji-Periode (ab 1868), da das alte Edo zur Hauptstadt Tokio avancierte, bildete aus heutiger Sicht den Rahmen für tiefgreifende technische und industrielle Neuerungen im "Land der aufgehenden Sonne". Binnen kurzem wurden die langjährigen gekappten Beziehungen mit dem Ausland wiederhergestellt, und dank der Durchführung des Sangyô-Programms, des Aufbaus des Kaiserreiches auf industrieller Grundlage, erfolgte die schrittweise kapitalistische Transformation des Landes. Ausschlaggebend dafür war die systematische Überführung des Mehrprodukts aus dem Agrarsektor in den industriellen Bereich. Mit den Steuergeldern, die der Staat als Landsteuer vor allem den kleinen Bauern und Pächtern abpreßte, wurden Industriebetriebe in staatlicher Regie gegründet. Nach Realisierung einer gewissen Rendite wurden diese staatlichen Firmen den zu Privatkapitalisten aufgestiegenen einstigen kaiserlichen Lehnsherren übertragen. Insbesondere zwischen 1895 und 1905 - Japan war aus Kriegen mit China und Rußland als Sieger hervorgegangen - hatte sich mit dem Reichsführungsprogramm der Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß des Kapitals zu Oligopolen beträchtlich beschleunigt. Nahezu sämtliche Großbanken, Industriebetriebe und Verkehrsmittel des Landes befanden sich 1905 in Besitz von nur vier Großfamilien - den Mitsui, Mitsubishi, Satsume und Okura -,welche außerdem entscheidenden Einfluß auf eine Vielzahl kleiner und mittlerer Zulieferfirmen ausübten.

Träger dieses Industrialisierungsprozesses war im Gegensatz zu Europa keine aufklärerisch-moderne bürgerliche Unternehmerschicht, die allmählich ihre wirtschaftliche Macht durch eine bürgerlich-demokratische Revolution absicherte, sondern eine dem Kaiser ergebene feudale Großgrundbesitzerklasse und reiche Händler. Viel Phänomene im japanischen Kapitalismus erschienen dadurch innerhalb einer feudal-patriarchalischen Grundordnung als sinnvoll und funktional. So reflektierten beispielsweise die Stellung des Unternehmers gegenüber den Arbeitern in den Großbetrieben, die Haltung des Staates gegenüber den Großkonzernen, der Kadavergehorsam des Soldaten gegenüber Vorgesetzten, die Position des Tenno gegenüber der Bevölkerung diese feudal-patriarchalischen Verhaltensmuster. (1)

Diese ließen sich zudem vorzüglich als ideologische Rechtfertigung einer expansiven, auf regionale Hegemonie abzielenden Politik instrumentalisieren. Das zeigt sich nachhaltig im Projekt der sogenannten "Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre", mit der Tokio seit den 30er Jahren seine

Intervention in Südostasien, Ostasien und Ozeanien zu legitimieren trachtete. Begründet wurde diese "Wohlstandssphäre" folgendermaßen: "Da das japanische Kaiserreich das Zentrum und der Pionier der orientalischen Moral und des kulturellen Wiederaufbaus ist, müssen die Offiziellen und das Volk dieses Landes zu dem orientalischen Geist zurückkehren und ein gründliches Verständnis des Geistes des moralischen Charakters der Nation erwerben. Ferner: Das japanische Kaiserreich ist eine Manifestation der Moral und sein besonderer Charakter ist die Verbreitung des kaiserlichen Weges (...) Es ist notwendig, die Macht des Kaiserreiches zu nähren, um Ostasien zu seiner ursprünglichen Gestalt der Unabhängigkeit und des gemeinsamen Wohlstandes (...) zurückkehren zu lassen". (2)

Während des 2. Weltkrieges ist dieses Projekt in einigen Teilen Südostasiens mit einer offensiven AAA-Aktion verknüpft worden, in der sich Japan als "das Licht Asiens, der Beschützer Asiens, der Führer Asiens" (3) gerierte. Nicht ohne Wirkung: So plump und vordergründig selbstherrlich uns solche Erklärungen anmuten, so überaus positiv war - zumindest anfänglich - vielerorts ihre Resonanz. In sämtlichen Ländern Südostasiens formierten sich entweder offen japanfreundliche politische Organisationen, oder aber es machten sich nationalistische Kräfte Teile dieser Argumentation zu eigen und sahen darin eine zusätzliche Munition, das Gebahren des "weißen Mannes" anzuprangern und den bewaffneten Kampf gegen den europäischen/nordamerikanischen Kolonialismus zu verstärken. So war es durchaus kein Widerspruch, daß herausragende Persönlichkeiten des Antikolonialismus und Antiimperialismus wie Burmas Aung San (der Vater der immer noch unter Hausarrest gestellten Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi) - zeitweilig - gemeinsame Sache mit den Japanern gegen den gemeinsamen Feind (Großbritannien) machten. Das Bild änderte sich freilich, als Japan sich anschickte, selbst die Nachfolge des "weißen" Imperialismus anzutreten.

Die Rekonstruktion des japanischen Kapitalismus

Unter dem Besatzungsregimes US-Generals Douglas MacArthur wurde unmittelbar nach der Kapitulation Japans (14. August 1945; wenige Tage nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki) das Land von der Außenwelt abgeriegelt: Die japanische Währung war nicht konvertierbar und den Japanern waren Auslandsreisen untersagt. Die USA stellten etwa zwei Drittel aller japanischen Importe, während sie selbst weniger als ein Viertel seiner Exporte abnahmen. Auf politische Ebene erwirkte MacArthur die Durchsetzung einer nach amerikanischem Vorbild modellierten und am 7. Mai 1947 in Kraft getretenen Verfassung, deren Kernpunkte die Kompetenzbeschneidung des Kaisers sowie das im Artikel 9 festgeschriebene Wiederaufrüstungsverbot bildeten.

"Das japanische Volk verzichtet auf ewig auf Verwendung von Waffengewalt als Mittel zur Beilegung von internationalen Auseinandersetzungen. Um den Zweck des obigen Abschnittes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstiges Kriegsmaterial unterhalten. Das Recht auf Kriegführung durch den Staat wird nicht anerkannt". - Das Recht auf Selbstverteidigung wurde im Text mit keinem Wort erwähnt. Spätestens seit den 60er Jahren wurde die Wiederaufrüstung - ein de facto-Vertragsbruch - mit dem Verweis auf "Selbstverteidigung" legitimiert. Die japanischen Militärs nennen sich denn auch offiziell "Selbstverteidigungsstreitkräfte".

Überdies wurden Japan durch internationale Abkommen die Hoheitsrechte über all jene Gebiete aberkannt, die es sich mit Waffengewalt einverleibt hatte - darunter Korea, Taiwan und die es umgebenden Inseln Penghu, die Pescadoren und Tiaoyu-Gruppe, Sakhalin sowie die Kurilen. Zwei weitere Inselgruppen, die Ryukyus und Bonins (Ogasawara) wurden von den USA unter Kolonialverwaltung gestellt und erst Mitte Mai 1972 im Zuge eines "Rückgabevertrages" Japan zugesprochen. (4)

Gemäß einer am 27. Dezember 1945 in Moskau getroffenen Vereinbarung wurden zwei internationale Körperschaften zur Überwachung des besetzten Nachkriegsjapan aus der Taufe gehoben. Der Fernost-Kommission (FEC) in Washington fiel die Formulierung und Bestimmung der für Japan fortan geltenden grundlegenden politischen Richtlinien zu. Der von Repräsentanten der vier Siegermächte zusammengesetzte Alliierte Rat für Japan (ACJ) mit Sitz in Tokio wachte unter Federführung MacArthurs über die konkrete Durchführung der Politik.

Wenige Monate nach Kriegsende kam die "United States Initial Post-surrender Policy for Japan" zur Anwendung, die sich von dem Grundgedanken leiten ließ, gegenüber diesem Land keine Revanche zu üben. Statt dessen sollte Japan "von einem Unruhestifter in ein Bollwerk des Weltfriedens", d.h. in einen verläßlichen

Stützpfeiler US-amerikanischer Ostasienpolitik verwandelt werden. Die Okkupationspolitik Washingtons ging von der Voraussetzung aus, daß sich dieses ihm so fremdartige Land am besten durch eine japanische Regierung erneuern lasse, deren Kader allerdings aus alten Militärs rekrutiert wurde.

Auffallend glimpflich kamen die Architekten des japanischen Militarismus davon: Eine mit Deutschland vergleichbare "Entnazifizierung", wie halbherzig diese auch durchgeführt worden war, gab es nicht und aufgrund des vom Allierten Kriegsgericht für den Fernen Osten, dem fernöstlichen Pendant zum Nürnberger Tribunal, verkündeten Urteils wurden Ende 1948 sieben vormals hochrangige Politiker/Militärs gehängt. Kaiser Hirohitos Verantwortung für und seine Verstrickung in Japans imperiale Politik blieben weitgehend tabuisiert oder wurden bewußt heruntergespielt, obgleich lange vor Erscheinen des von David Bergamini verfaßten Buches "Japan's Imperial Conspiracy" (5) schwere Vorwürfe gegen den Tenno erhoben worden waren. Washington indes ging es weniger um die öffentliche Demontage Hirohitos, was in all ihren politischen und sozialen Konsequenzen mit großen Unwägbarkeiten verbunden und letztlich kontraproduktiv gewesen wäre, als vielmehr um die Entflechtung von Mythos und Authentizität.

So ward per Direktive vom 15. Dezember 1945 der Staats-Shinto untersagt. Der Shinto ("Weg der Götter") ging von der Existenz einer mystisch verklärten, überhöhten Tradition der nationalen Größe aus und diente als Vehikel des unerschütterlichen Glaubens an eine in alle Ewigkeit bestehende nationale Familie, die von einer Kette ununterbrochener, die Aura der Göttlichkeit ausstrahlender imperialer Dynastien geführt wird. Innerhalb des Systems des Staats-Shinto wurde keine Trennungslinie zwischen mythischer und authentischer Geschichte geduldet. Seine Gültigkeit durfte öffentlich nicht in Frage gestellt werden (6). In der kaiserlichen Neujahrbotschaft vom 1. Januar 1946 hieß es denn auch, daß die zwischen dem Kaiser und seinem Volk bestehende "Bande stets durch gegenseitiges Vertrauen und beiderseitige Verehrung geknüpft waren. Sie hatten ihren Ursprung weder in einem Mythos noch in der Legende. Sie beruhten nicht auf den fiktiven Ideen, daß der Kaiser ein menschgewordener Gott (akitsu mikami) und das japanische Volk eine höherwertige Rasse darstellt, dazu auserkoren, die Welt zu beherrschen". (7)

Juniorpartner der USA

Unter dem Eindruck der Ereignisse in China (Erstarken der KP Chinas, Defensive der Kuomintang unter Tschiang Kai-Schek) wurde von den Amerikanern die ansatzweise durchgeführte Wirtschaftsentflechtung gestoppt. Vergleichbar dem für Europa entworfenen Marshallplan wurde für Japan ein umfassendes Wirtschaftshilfeprojekt entworfen, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. (Große Arbeiterstreiks, die bereits seit 1946 auf einen grundlegenden sozialen Wandel abzielten, wurden von den Besatzungstruppen niedergeschlagen. Am 1. Februar 1947 war ein Generalstreik gewaltsam aufgelöst und im Juli 1948 das generelle Streikverbot im öffentlichen Dienst erwirkt worden.) Den im April 1949 von der Dodge-Mission (8) ausgearbeiteten Empfehlungen folgten unverzüglich entsprechende Schritte: Die Landeswährung, der Yen, wurde gegenüber dem Dollar auf 360 : 1 festgesetzt, eine Niedrigzinspolitik stattete die Großunternehmen mit benötigten Krediten aus und gewerkschaftliche Aktivitäten wurden untersagt.

Rascher als erwartet entwickelte Washington eine rege diplomatisch-politische Offensive, um mit Japan zu einem neuen, geregelten Modus vivendi zu gelangen, der es erlaubte, die Souveränität dieses Landes wiederherzustellen und seine Rolle als Juniorpartner der USA zu festigen. Grundvoraussetzung dafür war der Abschluß eines Friedensvertrages, der allerdings Sache sämtlicher Siegermächte war, zumindest ihres konzertierten Vorgehens und gemeinsamer Konsultationen bedurfte. Im April 1959 wurde der spätere US-amerikanische Außenminister John Foster Dulles unter Umgehung der Sowjetunion mit den Vorbereitungen eines - notfalls - separaten Friedensvertrages mit Tokio betraut. Die Eile, mit der das Zustandekommen dieses Vertrages forciert wurde, resultierte aus den grundlegend geänderten Machtkonstellationen in der Region. In China hatten die Kommunisten gesiegt und Mao Tse-Tung hatte im Oktober 1949 die Volksrepublik ausgerufen, während das politische Konfliktpotential auf der koreanischen Halbinsel täglich zunahm und die Eskalation eines US-amerikanischen Engagements immer wahrscheinlicher wurde. In dieser Situation konnte Japan kein unsicherer Kantonist sein; es mußte - auch nach außen hin sichtbar - souverän sein und als Prellbock gegen den Kommunismus in Ostasien in das Netz westlicher Sicherheitsinteressen integriert werden. Am 8. September 1951 wurde schließlich der Friedensvertrag mit Japan in San Francisco unterzeichnet, der am 28. April 1952 in Kraft trat.

In diesem Vertrag blieb u.a. die konkrete Regelung japanischer Reparationszahlungen unberücksichtigt. Die Verlegung eines Großteils der zuvor in Japan stationierten US-amerikanischen Truppen nach Korea führte zur Schaffung einer Nationalen Polizeireserve, die mit 75.000 Mann den Grundstock einer künftigen Armee bildete. Noch am selben Tag, als der Friedensvertrag unterzeichnet worden war, schlossen die USA und Japan einen bilateralen Sicherheitspakt, der die Aufrechterhaltung der US-Basen und den Verbleib von GIs auf japanischen Boden ausdrücklich festschrieb.

Ebenfalls zu Beginn der 50er Jahre kamen die Autoren des im amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat verfaßten Papiers NSC-68, von Außenminister Dean Acheson später als "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" gepriesen, zu der Auffassung, die Kluft zwischen der Weltanschauung in Ost und West sei unüberbrückbar, wodurch "die kommunistische und die nichtkommunistische Welt auf unabsehbare Zeit in Widerstreit" gehalten wird. In dieser Situation, so die Prämisse des Dokuments, verfügten die USA über vier Optionen, wobei die Aufnahme von Verhandlungen im vornhinein ausgeklammert blieb: Amerika könnte nichts über das hinaus tun, was es bereits tat, es könnte seine internationalen Verpflichtungen fallenlassen und sich hinter die "Festung Amerika" verschanzen; es könnte versuchen, die Gefahr durch einen Präventivkrieg vorzubeugen, oder es könnte einen massiven Wiederaufbau des eigenen sowie der Verteidigungssysteme der "freien Welt" durchführen und seinen Feinden gegenüber die Haltung einer unerschütterlichen "Kampfentschlossenheit" annehmen.

Für die letztgenannte Option votierte das NSC-Dokument und legte dar, daß "die Nation Waffenausgaben in einer Größenordnung von 50 Mrd. US-Dollar im Jahr erwägen müsse (im Gegensatz zu den gegenwärtigen 13 Mrd.)". (9) Horowitz konstatiere: "In einer Zeit verhältnismäßiger internationaler Ruhe (...) lieferte die amerikanische Führung nicht nur eine weitere Bestätigung der strategischen Entscheidung der Jahre 1945 bis 1947 gegen Verhandlungen und den Einsatz diplomatischer Mittel, sondern plädierte auch für eine militärische Wiederaufrüstung in einem für Friedenszeiten beispiellosen Umfang.

Der geheime Charakter der NCS-Dokuments setzt den Schlußfolgerungen, die aus Berichten über seinen Inhalt mit Sicherheit gezogen werden können, enge Grenzen (...) während der Korea-Konflikt (1950 - 53; R.W.) bei der Konzentration des amerikanischen Militärpotentials noch eine Rolle gespielt haben mag, war die politische Entscheidung, die Militärausgaben um das Vierfache zu erhöhen (...) strategischer und nicht defensiver Natur.

In der Retrospektive wird erst klar, daß die vor dem Korea-Krieg getroffene Entscheidung des NSC zugunsten einer Wiederaufrüstung eine tiefgreifende Wirkung auf die Eskalation des Krieges hatte, während der Krieg selber dazu diente, die globalen Spannungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten aufzuheizen, vermutlich um das Wiederaufrüstungsprogramm - zumindest teilweise - zu unterstützen (...) Insbesondere wurde es als größte Gefahr bezeichnet, daß im Falle einer plötzlichen Einstellung der Feindseligkeiten (in Korea; R.W.) das Wiederaufrüstungsprogramm nicht durchgeführt werden könnte. Zur gleichen Zeit, als diese Warnungen laut wurden, unternahm Washington jedoch Schritte, die eine Eskalation des Korea-Konflikts und des Kalten Krieges gewährleisteten". (10)

Der "Korea-Boom" bringt auch andere Begehrlichkeiten

Das verstärkte militärische Engagement der USA in Korea wirkte stimulierend auf die beschleunigte Rekonstruktion und Expansion des japanischen Kapitalismus. Die seinerzeit von Ökonomen als "Korea-Boom" charakterisierte Phase des konjunkturellen Aufschwungs ("Wirtschaftswunder" gleichermaßen in Japan wie in Deutschland) war Ausdruck der sprunghaft gestiegenen US-Nachfrage nach japanischen Produkten. Die Gesamtsumme der japanischen Sonderbeschaffungen durch den Korea-Krieg betrug zwischen 1951 und 1957 nahezu vier Mrd. Dollar. 1952, da die Einnahmen aus dem Sonderbedarf mit umgerechnet 750 Mio. Dollar ihren Höhepunkt erreichten, machte der Anteil des Sonderbedarfs 41% des gesamten japanischen Exportvolumens aus. 1951 hatte der Löwenanteil des Sonderbedarfs aus Textilien bestanden. Washington zögerte zunächst mit der regulären Waffenherstellung - mit Rücksichtnahme auf die öffentliche pazifistische Haltung der Bevölkerung. Doch seit 1952 wurde bereits der Aufbau einer Waffenindustrie avisiert. Bei den Sonderbedarfsartikeln rangierten alsbald Produkte der Schwerindustrie (z.B. Waffen) an erster Stelle. Auch in der Transport- und Maschinenbaubranche, vor allem aber in der Autoindustrie, wurde die Produktion durch diesen Sonderbedarf auf ein Niveau gehoben, das nahezu dem Doppelten des Vorkriegsstandes entsprach. Kurz nach Beginn des Korea-Krieges (Ende Juni 1950) zogen die Aktienkurse namhafter japanischer

Großbetriebe - Toyota (Auto- und Maschinenbau), Kokan (Stahl), Komatsu-Seisakujo (Schwerindustrie), Mitsubishi-Juko (Schwerindustrie), Mitsui-Zosen (Schiffbau) - um durchschnittlich 200% an. (11)

Infolge dieses Wirtschaftsaufschwungs sah sich Tokio erneut mit der Notwendigkeit der Absicherung seiner traditionellen Rohstoffquellen und Märkte konfrontiert. Die autorisierte Stärke der Streitkräfte stiegt von 75.000 Mann im Jahre 1950 auf 152.000 bis Ende 1954 an. Während der Regierungszeit Hatoyamas (1954-1956) wuchs die Zahl der Jieitai (Selbstverteidigungsstreitkräfte) auf 214.180 Mann. Unter Premierminister Kishi wurde 1957 das Japanisch-Amerikanische Sicherheitskomitee (1960 in Konsultatives Sicherheitskomitee umbenannt) geschaffen, und er hielt gar die Zeit für gekommen, die Möglichkeit des japanischen Erwerbes von Nuklearwaffen in Betracht zu ziehen.

"Bekanntlich stürzte Kishi im Jahre 1960 über die Frage der Revision des sogenannten Sicherheitsvertrages. Eine der Besonderheiten des revidierten Vertrages von 1960 war die Ausdehnung seiner Einflußsphäre ‚Fernost'. 1955 hatte Dulles bereits versucht, diese Sphäre vom eigentlichen Japan in den ‚Westpazifik' zu verschieben, doch dieser Vorschlag löste seinerzeit in Japan Entrüstung aus. Kishi und die Amerikaner weigerten sich, das unter den Terminus ‚Fernost' fallende Gebiet zu spezifizieren; Kishi lieferte zwei sich widersprechende Interpretationen des Gebietes. Seine zweite Definition (8. Februar 1960) ging von der Einbeziehung der Inseln Habomai und Shikotan (Kurilen; R.W.) nördlich von Japan sowie den Inseln Jimen und Matsu, an der Küste Chinas gelegen und von der Kuomintang besetzt gehalten, aus. Weiterhin erklärte Kishi, er sei sich nicht im klaren darüber, ob der Ferne Osten nicht auch Korea nördlich des 38. Breitengrades (entlang der Nord- und Südkorea trennenden demilitarisierten Zone; R.W.) einschließe. (12)

1962 betrug die Stärke der bewaffneten Streitkräfte 243.923 Mann (...) In einem Jahrzehnt (1953-63) stiegen die Verteidigungsausgaben von 1,231 Billionen Yen auf 2,412 Billionen Yen." (13)

Hervorstechendes Merkmal des restaurierten militärisch-industriellen Komplexes in Japan war von Anfang an der hohe Grad seiner Selbstversorgung mit Waffensystemen. Bereits Ende der 60er Jahre verzeichneten Militärexperten, daß Japan seine eigene Munitionsversorgung zu 97% und seinen Bedarf an Panzern, Flugzeugen, Gewehren sowie anderen militärischen Ausrüstungen zu 84% zu decken imstande gewesen sei. (14)

"Bei der Untersuchung des amerikanisch-japanischen Verhältnisses auf dem militärisch-industriellen Sektor", schrieben bereits Halliday/McCormack vor zwanzig Jahren, "gilt es die Tatsache zu bedenken, daß Japan in letzter Zeit alle Anstrengungen unternommen hat, eine Serie von Spezialwaffen für den Einsatz in Südostasien zu entwickeln: einen neuen (‚72') Panzer, der selbst unter Wasser manövrierbar ist und sich in den Reisfeldern Südostasiens bewähren würde (der Prototyp dieses Panzers wurde - laut der Tokioter Tageszeitung "Asahi Shimbun" vom 4. Juni 1971 - bereits zu Beginn der 70er Jahre von Mitsubishi produziert; R.W.), spezielle Schnellboote, die in Sumpf- und Dschungelgeländen einsetzbar wären, sowie ein neues Infantetriegewehr, das den amerikanischen Gewehren überlegen und überdies für kleine Menschen bequemer zu handhaben ist. Bedenkt man, daß auf mindestens ein Dutzend Söldnerarmeen zurückgegriffen werden könnte, so ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Japan zur Waffenschmiede dieser Streitkräfte aufsteigt." (15)

Diese Entwicklung war u.a. möglich, weil die industrielle Basis Japans nach dem Kriege weitgehend intakt gelassen wurde, eine weitreichende Entflechtung oder gar Demontage seiner vormaligen Wirtschaftsimperien (mit Ausnahme von Handelsgesellschaften und Kriegsgewinnlern während des China-Feldzuges wie Mitsui) unterblieb und auf sein vor dem Krieg durch intensive Auslandskontakte (Europa, USA) erworbenes technologisches Know-how nunmehr im geo- wie militärstrategischen Kalkül der USA zu beiderseitigen Nutzen zurückgegriffen werden konnte. Ferner wurden die Großbanken, die in der Vorkriegsperiode als Schaltstellen der Oligopole fungierten, überhaupt nicht angetastet. Mittels niedrig verzinster Kredite im Zuge einer staatlich gelenkten Billig-Geldpolitik vermochten die notorisch hochverschuldeten und mit einer vergleichsweise dünnen Eigenkapitaldecke ausgestatteten Unternehmen wie Fuji, Mitsubishi, Sanwa, Sumitomo, Mitsui Dai-Ichi u.a. qua eigener Konzernbanken ihre alten Stellungen zu behaupten. Nach "Capital International Perspective", einer im Dezember 1971 in Zürich publizierten Aktienanalyse, betrug das Eigenkapital (Grundkapital und Reserven) von 742 namhaften japanischen Gesellschaften außerhalb des Finanzsektors, deren Aktien an der Tokioter Börse gehandelt wurden, nur 19,4% der gesamten Bilanzpassiva. Zum Vergleich: Bei US-amerikanischen und britischen Gesellschaften lag dieser Anteil zwischen 45 und 46%.

"Da die japanische Wirtschaft nach ernsthaften Zerstörungen (...) neu beginnen mußte, mußten die Finanzierungskosten für die Industrie so niedrig wie möglich gehalten werden. Wäre eine freie Zinsbildung erfolgt, so wären die Kapitalkosten sehr hoch gewesen, da die auf dem Markt verfügbaren Gelder begrenzt und die Nachfrage sehr groß war". (16)

Wie derzeit in keinem anderen kapitalistischen Land erfolgte das rasche Tempo der Kapitalakkumulation in Japan auf der Basis eines engmaschigen sozialen und politischen Kontrollsystems seitens des Staates. Prof. Chitoshi Yanaga u.a. kamen in ihrer 1968 vorgelegten Studie "Big Business in Japanese Politics" (New Haven London) zu dem Ergebnis, daß gut 90% der Regierungsaktivitäten die Steuerung und Aufsicht der Wirtschaft betreffen. Die Ausgaben im Sozialbereich waren und sind immer noch relativ gering (Ende der 80er Jahre 14% des Staatshaushalts, während sie in den USA, Großbritannien, Schweden und Westdeutschland 18 bzw. 26, 43 und 31% ausmachten), und das Steuersystem ist im internationalen Vergleich zu Recht als eines der ungerechtesten bezeichnet worden.

Allein zwischen 1965 und 1980 wuchs das japanische Bruttosozialprodukt jahresdurchschnittlich um 6,5% gegenüber 3,3% in der Bundesrepublik, 2,7% in den USA und 2,4% in Großbritannien. Im selben Zeitraum betrug Japans jährliche Wachstumsrate bei Exporten 11,4%, während die Vergleichszahlen für die USA, BRD und Großbritannien 6,4 bzw. 7,2 und 4,8% betrugen. Wies Tokios Zahlungsbilanz 1970 ein Plus von ca. 2. Mrd. US-Dollar auf, so näherte sich dieser Überschuß Ende der 80er Jahre bereits der 100 Mrd.-Dollar-Grenze, und gleichzeitig vergrößerten sich Japans Devisenreserven von annähernd 5 auf 107 Mrd. Dollar mit der Folge, daß der Yen seit 1970 zunehmend unter Aufwertungsdruck geriet und die langjährig gültige Dollar-Yen-Parität von 1:360 heute um 1:115 schwankt.

Rechtzeitig allerdings paßte sich das japanische Kapital als Reaktion auf den einsetzenden äußeren Aufwertungsdruck auf die Landeswährung und die daheim gestiegenen Lohnforderungen den neuen Bedingungen an und ging dazu über, arbeitsintensive und stark umweltverschmutzende Industrien zunächst nach Südkorea und Taiwan, später dann nach Südostasien und Lateinamerika auszulagern. Teile der Automobilfabrikation sowie Fertigungsanlagen für hochwertige Konsumgüter der Elektronikbranche wurden in die USA und EG-Staaten verlagert. Diese Doppelstrategie hatte den Vorteil, daß Tokio ökologische Probleme schlicht außer Landes schaffte und sich lästiger Kritiken seitens einer erstarkten Umweltschutzbewegung entledigte, den Zugriff auf Rohstoffe und ein Heer billiger Arbeitskräfte sicherte und überdies wachsende protektionistische Maßnahmen in den USA und der EG parierte. Dies wiederum verstärkte den Druck auf die einheimische Arbeiterschaft in einer Weise, daß die vormals für sakrosant gehaltenen Garantien lebenslang gesicherter Arbeitsplätze aufgehoben und auf einen schmaler werdenden Kern von Stammbelegschaften in Großbetrieben beschränkt wurden. Die Arbeiterbewegung war zu fragmentiert, als daß sie diesen Trend hätte umkehren können: Die Gewerkschaften, wesentlich betrieblich und vertikal organisiert, unterstützten entweder vollumfänglich das Management oder fügten sich in dessen Kooptationspolitik. Nicht selten erfolgten im Gegenzug Sondervergütungen (Bonussystem), die bis zu sechs zusätzliche Monatsgehälter ausmachten. Die eigentlichen Verlierer dieses dualen Wirtschaftssystems bildeten neben den seit langen Marginalisierten und Deklassierten (Burakumin, Ainu, während des Krieges nach Japan zwangsverschleppte KoreanerInnen und ChinesInnen, illegal beschäftigte Arbeitskräfte aus dem Ausland) die in kleinen und mittleren Zulieferfirmen Beschäftigten und Frauen.

Japanische Auslandsinvestitionen waren zwischen 1951 und 1962 mit einem Gesamtvolumen von 546 Mio. Dollar eine quantité négliegeable. Doch allein in den darauffolgenden sieben Jahren erreichten sie drei Mrd. Dollar und schnellten bis Ende der 80er Jahre auf über 140 Mrd. Dollar empor, wobei bemerkenswert ist, daß 49% der gesamten Investitionen Tokios im Zeitraum von 1951 bis 1988 seit 1986 getätigt wurden. Hauptanlagegebiete japanischer Auslandsinvestitionen bildeten zwischen 1974 und 1988 Asien, Nordamerika, Europa und Lateinamerika, wobei zunächst die verarbeitende und extraktive Industrie sowie der Handel und in letzter Zeit der Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor die bevorzugten Investitionsfelder bildeten. (17)

Fünf Jahrzehnte nach dem Entwurf des - durch die Kriegsausgang vereitelten - Projekts der "Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre" schickt sich Japan als stärkste Wirtschaftsmacht in Asien/Pazifik und als weltweit größter Gläubiger (18) mit einem Netto-Anlagevermögen im Ausland von etwa 800 Mrd. Dollar an, den damals gehegten Traum zu realisieren. Es mehren sich bereits in Tokio Stimmen, die von der Bildung einer Pazifischen Gemeinschaft sprechen und dem Land die Führungsrolle im nächsten Jahrhundert, das als Pan-Pazifische Ära bezeichnet wird, zuerkennen. Um ein derartig ehrgeiziges Ziel zu

erreichen, wären weitreichende politische und militärische Schritte notwendig, welche die wirtschaftliche Dominanz entsprechend flankierten.

Unbestritten ist, daß Japans Stärke im militärischen Dreierallianz-System (nebst Japan, die USA und Südkorea), das einerseits auf dem 1960 vereinbarten japanisch-amerikanischen Kooperations- und Sicherheitsvertrag und zum anderen auf dem Republik-Korea-US-Vertrag über gegenseitige Verteidigung vom 1. Oktober 1953 basiert, zugenommen hat. Schon in seinem 1. "Weißbuch für nationale Verteidigung" aus dem Jahre 1970 hat Tokio seine Verteidigungspolitik mit "drei Grundpfeilern" verankert: (a) "Marine und Luftwaffe müssen die Vorherrschaft in der Umgebung" - ein nicht näher eingegrenzter Begriff - "als Lebensnerv Japans sichern". Bleibt anzumerken, daß die einige tausende Meilen entfernte Straße von Malakka (zwischen Singapur/Malaysia und Indonesien) wiederholt als ein solcher "Lebensnerv" bezeichnet worden ist, weil sie u.a. von den aus dem Nahen und Mittleren Osten kommenden Öltankern passiert wird. (b) "Die Aggression soll im Anfang unterbunden werden". Nicht nur bleibt offen, wann sich eine Aggression "im Anfang" befindet; eine solche Erklärung könnte z.B. mit Blick auf den Vietnamkrieg eigene aggressive Absichten/Akte vertuschen und/oder rechtfertigen. (c) Des weiteren wurde in dem Weißbuch vom "Entgegentreten der indirekten Aggression" gesprochen. Dieser "Grundpfeiler" wurde gemäß Weißbuch als Ergänzung zu Punkt b) gesehen.

Diese Ausführungen wurden von sämtlichen Administrationen in Washington seit Nixon vorbehaltlos geteilt. Japan wurde seitdem abwechselnd als "wichtigster", "treuester" und "bedeutsamster" Verbündeter in der Region gewertet, zu dessen Schutz der amerikanische Atomschirm aufgespannt bleibt, sofern sich Tokio im Gegenzug - als beidseitiger Interessen- und Lastenausgleich - stärker an der Finanzierung multilateraler Organisationen (z.B. Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank, UN) beteiligt.

Mit seinen Militärausgaben (30 Mrd. Dollar im Jahre 1990) rangiert Japan mittlerweile weltweit an dritter Stelle und nimmt in Asien die Spitzenstellung ein. Seine Marine ist nach derjenigen der USA und Rußlands die drittgrößte in der Region. Sollte die Regierung in Tokio, nachdem bereits mit der letztjährigen Entsendung von Soldaten im Rahmen "friedenssichernder" Maßnahmen der UN nach Kambodscha ein Tabu gebrochen worden ist, Artikel 9 seiner Nachkriegsverfassung modifizieren oder gar revidieren, was Politiker als notwendige "Japanisierung" gutheißen, wäre nur noch ein Tabu brechbar - der Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht. Das freilich ist gegenwärtig auch mit Rücksichtnahme auf die anderen Verbündeten in der Region und Opfer des japanischen Militarismus (u.a. Südkorea und die Asean-Staaten) in Washington weder politisch mehrheitsfähig noch militärisch akzeptabel. (19)

Fortsetzung folgt

Anmerkungen:

1) Vgl. dazu K. Sonoda, "Unternehmensstruktur und Unternehmensführung der Zukunft", in: Betriebswirtschaftliche Umschau, Nr. 12, Dezember 1970; Nobutaka Ike, "Japanese Politics: Patron-Client Democracy", New York 1972; Chie Nakane, "Japanese Society", Berkeley 1970, die sich eingehend mit dem "oyabun-kobun"-Prinzip, dem Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis in der japanischen Gesellschaft, befaßt.

2) Zit. nach: "Der japanische Imperialismus", Berlin 1971, S. 42 f.

- Siehe ferner: Renato Constantino (ed.), "Southeast Asian Perceptions of Japan", Tokyo/Quezon City 1991 und Saburo Ienaga, "The Pacific War: World War II and The Japanese, 1931-1945", New York 1978.

3) Vgl. Jan Romein, "Das Jahrhundert Asiens - Geschichte des modernen asiatischen Nationalismus", Bern 1958, S. 338.

4) Näheres in: Rainer Werning, "Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien", Bonn 1977, S. 85 f.

5) David Bergamini, "Japan's Imperial Conspiracy", New York/London 1971.

6) Siehe Dr. Genchi Kato, "A Study of Shinto, the Religion of the Japanese Nation", Tokyo 1936.

- In der Direktive vom 15.12.45 heißt es u.a.: "Die Propagierung, Unterstützung, Verewigung, Beherrschung und Verbreitung des Shinto durch die japanische Regierung auf nationaler, Bezirks- und Ortsebene oder durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Beamte und Angestellte in ihrer Eigenschaften als Repräsentanten dieser Regierung sind verboten und werden unverzüglich eingestellt", vgl. D.C. Holtom, "Modern Japan and

Shinto Nationalism: A Study of Present-Day Trends in Japanese Religions", New York 1963 (3. erw. Aufl.), S. 215.

7) D.C. Holtom, a.a.O., S. 220. Siehe ferner Charles A. Moore (ed.), "The Japanese Mind: Essentials of Japanese Philosophy and Culture", Honolulu 1967, S. 24 - 32.

8) Benannt nach dem Detroiter Bankier Joseph M. Dodge.

9) Im Haushaltsjahr 1950 waren 13 Mrd. Dollar für den Verteidigungssektor vorgesehen. 1951 betrugen die Militärausgaben 22,4 Mrd. Dollar und ein Jahr darauf bereits 43,9 Mrd. Dollar.

10) David Horowitz, "Kalter Krieg: Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam", Bd. 2, Berlin 1969, S. 25 f.

11) Mitsubishi-Juko nannte sich damals Naka-Nihon-Juko. Durch die von der US-Militäradministration durchgeführten Entflechtungsmaßnahmen war die Mitsubishi-Schwerindustrie bis 1951 nominell in drei Firmen aufgeteilt: Higashi-, Nishi- und Naka-Nihon-Juko.

12) Chitoshi Yanaga, "Big Business in Japanese Politics", New Haven/London 1968, S. 279 f.; Martin E. Weinstein, "Japan's Postwar Defence Policy, 1947-1968", New York/London 1971, S. 79 f.

13) Jon Halliday/Gavan McCormack, "Japanese Imperialism Today: ‚Co-Prosperity in Greater East Asia'", Harmondsworth 1973, S. 80.

- Siehe auch: Rainer Werning, "Shadows Cast by the Rising Sun", in: Solidarity (Manila), August 1971; Albert Axelbank, "Black Star Over Japan: Rising Forces of Militarism", Tokyo 1973.

14) Swadesh R. de Roy, "Japan: A Nation Rearms", in: Far Eastern Economic Review, No. 51, Hongkong 1969. Die Londoner "Times" (15.1.72) nannte die Zahl von "ungefähr 50%", die innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 80% klettern werde. In "Le Monde Diplomatique" (Juli 1971) bezifferte Robert Guillain die Selbstverteidigungsquote am Ende des 3. Verteidigungsplans (1967) auf 45%, die gegen Ende des 4. Plans (1971) auf 80% gestiegen sein dürfte.

15) J. Halliday/G. McCormack, a.a.O., S. 12.

- Vgl. ferner: Herbert P. Bix, "The Security Treaty System an the Japanese Military-Industrial Complex", in: Bulletin of Concerned Asian Scholars 2.2, San Francisco (Januar) 1970. Danach wurden schon in den frühen 50er Jahren US-Flugzeuge, Hubschrauber und Motoren in Japan gefertigt. Von Hughes Aircraft und Kawasaki Heavy Industries und Nippon Electric wurde ein Flugzeug mit Frühwarnsystem entwickelt, während zwischen General Electric und Hitachi ein Abkommen über die Produktion von Flugzeugmotoren getroffen wurde. Auf dem Sektor der Raketenforschung entwickelte sich ebenfalls sehr früh eine enge amerikanisch-japanische Kooperation - G.R. Hall/R.E. Johnson, "Transfers of U.S. Aerospace Technology to Japan", Rand Corporation Paper, 1968.

16) Tadahiro Asami, in: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 4, Hamburg (Dezember) 1972, S. 52.

17) Rob Steven, "Japan's New Imperialism", London 1990; Kathleen Newland (ed.), "The International Relations of Japan", London 1990.

18) Japan stellt überdies den im internationalen Vergleichsmaßstab größten Betrag an staatlicher Entwicklungshilfe bereit - 1990 betrug sie etwa 10 Mrd. US-Dollar, nahm sich aber, gemessen am Bruttosozialprodukt, mit 0,07% recht bescheiden aus und liegt damit weit unter der von den UN projektierten Zielgröße von 1%.

- Siehe auch: Peter Limqueco, "From Co-Prosperity to Pax Nipponica", in: Renato Constantino (ed.), "Southeast Asian ...", a.a.O., S. 89 ff.

19) Vgl. dazu u.a. die beiden Aufsätze der US-amerikanischen Asien-Experten: Joseph S. Nye jr., "Coping with Japan", in: Foreign Policy No. 89, Washington, D.C., 1992, S. 96 - 115 und Richard J. Ellings/Edward A. Olsen, "A New Pacific Profile", in: ebd., S. 116-136. Herausgegeben wird die Zeitschrift von der einflußreichen Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D.C.

25. Forum der Unterdrückten. Notizen zum 7. Internationalen Festival des Theaters der Unterdrückten in Rio

Notizen zum 7. Internationalen Festival des Theaters der Unterdrückten in Rio - Von Boris Scharlowski

Autor: Boris Scharlowski · Rubrik: Kultur; Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:18

Vom 15. Juli bis zum 2. August fand in Rio de Janeiro das siebte internationale Festival des Theaters der Unterdrückten statt. Damit ist erstmals ein Festival in dem Land seines Begründers, Augusto Boal, abgehalten worden. Neben rund 25 brasilianischen Gruppen waren Gruppen aus über 20 Ländern der Welt zusammengekommen, um ihre Arbeiten einem internationalen Publikum vorzustellen, sich über neue Entwicklungen und Erfahrungen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen. Besondere Aufmerksamkeit erhielten die Gruppen aus Indien und Burkina Faso, die mit ihren Inszenierungen einige Antworten auf die besonderen Verwendungsmöglichkeiten dieser Theaterform in Ländern der "Dritten Welt" gaben. Obwohl eine exzellente Organisation für einen reibungslosen Ablauf des Festivals sorgte, blieben einige Fragen hinsichtlich der Grenzen eines solchen Großfestivals offen. Und: inmitten der theatralisierten Diskussionen um internationale Formen der Unterdrückung wurden die Anwesenden von der brasilianischen Realität eingeholt.

Anfang und Ende eines Festivals geben einen Rahmen vor, setzen Zeichen. Aus der Eröffnung hat der Brasilianer Augusto Boal, einer der bekanntesten lateinamerikanischen Theatermacher, und sein in Rio de Janeiro angesiedeltes Centro de Teatro do Oprimido (CTO) ein riesiges Fest gestaltet. Wer sein mittlerweile zum Klassiker der Theaterliteratur gewordenes Buch "Theater der Unterdrückten" (1) noch nicht kannte, konnte hier eine theatralisierte Fassung des Werdegangs dieser Methode einschließlich seines Gründers sehen. Selbst eine fulminante Darstellung und ein begeistertes Publikum ließen aber den Chronisten des "O Globo", Brasiliens größter Tageszeitung, nur "Das Theater weckt die Unterdrückten nicht auf ..." titeln. Eine Karikatur zeigte Boal inmitten eines seelig schlafenden Publikums. Auch in Brasilien diffamiert und diskreditiert die konservative Presse. Boal, als eine zentrale Figur der Arbeiterpartei PT in Rio, ist mittlerweile - ein Unikum auf der Welt - gemeinsam mit seiner Truppe zum Stadtverordneten gewählt worden. In der brasilianischen Parteienlandschaft mausert sich die PT zunehmends zu einer ernsthaften Konkurrentin der bürgerlichen Parteien und des Militärs.

Zum Ablauf: Das Festival war von Boal und dem CTO organisiert worden. Ein täglich mehr als sechsstündiges Programm umfaßte ein internes Forum der TeilnehmerInnen, ein für das Publikum zugängliches Forum in den Räumen der Fundaçao Banco do Brasil, der Kulturstiftung der Bank von Brasilien. Internationale ReferentInnen führten eine größere Anzahl von Workshops, Videoforen und Vorträgen zu Problemen des Theaters der Unterdrückten durch. An den Wochenenden zogen die beteiligten Gruppen aus dem Tagungsort aus, um in den Vorstädten Rios auf Plätzen oder auf der Straße ihre Stücke vorzuführen. Zentrale Themen der Gruppen - kamen sie aus den USA oder aus Indien - waren Sexismus, Rassismus und AIDS. Auch aus Deutschland, einem der Länder, wo die Methode mittlerweile mit am besten bekannt sein dürfte, war eine Gruppe angereist. Der Verein Spect ACT ulum versuchte, mit seinem Stück zu zeigen, welchen Problemen sich Menschen hier stellen müssen, wenn sie den alltäglichen Rassismus nicht mehr hinnehmen wollen. Ein Thema, das in Rio auf durchaus großes Interesse stieß.

Das Theater der Unterdrückten in Theorie ...

Der Name Augusto Boal steht für die Entwicklung des Theaters der Unterdrückten. Pädagogik, politische Aktion oder schlichtweg Theater - die Zuordnung zu Kategorien mißlingt bei dieser Form von Theater immer wieder aufs Neue. Im Laufe der letzten 2 Dekaden ist unter diesem Namen ein breitgefächertes Instrumentarium entstanden, das vor allem in den 70er Jahren und den frühen 80er Jahren international Aufsehen erregte und heute als Methode anerkannt ist. Forum-, Bilder-, Zeitungs- oder unsichtbares Theater - um nur einige Techniken zu nennen - ihnen allen ist die Überzeugung gemein, Theater stelle ein effektives Mittel zur politischen und sozialen Veränderung einer Gesellschaft dar.

Zum Beispiel das Forumtheater. Ihm liegt die Erfahrung zugrunde, daß Theater mithin nicht nur in den transportierten Inhalten, sondern auch in seinen streng hierarchischen Strukturen ein Spiegel der Realität ist. Dabei inszeniert eine Gruppe eine Situation erfahrener Unterdrückung und fordert das Publikum zur praktischen, gespielten Lösungsstrategie auf. Liebgewonnene Kategorien des klassischen Theaters geraten durcheinander. Indem sich - quasi als Vorgriff auf die Realität - die Grenzen zwischen Schauspieler und Zuschauer in der Kategorie des Zurschauspielers (spect-actor) auflösen, vollzieht sich ein Prozeß radikaler Demokratisierung. Die Fiktion, nichts anderes als eine Form der Realität - so Boal -, gerät zur Probe auf die Realität.

... und Praxis

Die Einladung zum diesjährigen Festival war von Augusto Boal selber und seinem CTO erfolgt. Bereits durch den Veranstaltungsort Rio war ein zentrales Thema lanciert: Chancen und Möglichkeiten des Theaters der Unterdrückten in Ländern der "Dritten" Welt.

Zum Beispiel Brasilien: Seit der Rückkehr Boals aus dem Exil in sein Heimatland ist dort ein ganzes Netz von Gruppen entstanden, die mit der Methode des Theaters der Unterdrückten arbeiten. Dabei organisiert das CTO Rio vor allem die Vernetzung der Gruppen und versucht, eine Fortbildung der Aktiven in den Techniken zu gewährleisten. In den Vorstädten von Rio, wo alleine 15 Gruppen existieren, in Sao Paolo, Belo Horizonte oder in Campos, wo noch heute viele Menschen in sklavenähnlichen Verhältnissen auf den Zuckerrohrplantagen arbeiten, überall benutzen Gruppen die erwähnte Methode, um mit den Menschen über Probleme ihres Lebens in Kontakt zu kommen: die vielfältigen Formen des Rassismus oder des Machismus, die soziale Not, die Krankheit AIDS ... Statt sich von den z.T. enormen Problemen des Alltags erdrücken zu lassen, wird versucht, den Menschen zu helfen, sich wieder als Subjekte ihres Lebens zu erfahren. Mit Erfolg, wie die große Anzahl der Aktiven im Land verrät.

Aus Burkina Faso: Atelier Théâtre Burkinabé

Menschen drängen sich auf dem Dorfplatz von Vila Kennedy am Stadtrand von Rio. An drei Orten auf der Welt gibt es einen Abguß der amerikanischen Freiheitsstatue: New York, Paris und Vila Kennedy. Darauf sind die Menschen hier stolz. Selbst in den Bäumen sitzen Zuschauer, um etwas von dem miterleben zu können, was da auf der Holzbühne geschieht. Dort tanzt ein mächtiger Mann armschwenkend und fußstampfend auf einen Trommelrhythmus. Hüftschleudernd verdrängt er seine Tochter aus seinem Haus. Bruder und Mutter laufen ihr in Burkinabé schimpfend nach. Unter den vielen Schwarzen aus dem Publikum verraten lediglich Kleidung und Sprache der Schauspieler sie als Fremde aus dem fernen Afrika. Das Atelier Théâtre Burkinabé aus Burkina Faso ist an diesem Sonntagmittag in Vila Kennedy zu Gast.

Die Gruppe spielt ein Stück über die Lebenswelt auf dem Lande in Burkina Faso. Ein junges Mädchen wird aus ihrer Familie verstoßen, weil sie sich von einem Mann hat verführen lassen. Die Gruppe zeigt die autoritären, patriarchalen Strukturen dieser traditionellen burkinabesischen Familie. Sie sprechen über die Männer, den Vater und den Sohn, die hier nur kraft ihres Geschlechts das Sagen haben, und die mangelnde Solidarität unter den Frauen.

Die SchauspielerInnen wissen, wovon sie erzählen. Seit 1978 machen sie Theater. 25 bis 30 SchauspielerInnen bereisen auf eigene Kosten ihr Land und suchen Kontakt zu den Menschen auf dem Lande. Sie versuchen, so wie es Hippolyte Ouangraula ausdrückt, die Menschen auf dem Land für Gesundheits-, Umwelt- und ähnliche Probleme zu sensibilisieren, damit sie ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen können. Wichtig ist ihnen dabei, typisch afrikanische Stilmittel zu benützen. Die Gruppe hat ihren Sitz in Ouagadougou und hat dort ein Theater, wo sie im Freien bis zu 3.000 Menschen aufnehmen können. Die Methode des Theaters der Unterdrückten lernte der Leiter der Truppe, Prosper Kompaore, anläßlich eines Aufenthalts in Paris kennen. Dabei entdeckte er den Vorteil der Methode, den Betroffenen ihre eigenen Ausdrucksformen zurückzugeben. Von der Effizienz der Methode überzeugt, interessieren sich mittlerweile sogar das Kulturministerium und einige NROs für die Arbeit der Gruppe. Oder wie es Prosper ausdrückt: Man ist auf der Suche nach einem Theater, "das aufs engste mit dem Leben der Menschen verbunden ist".

Bei der Aufführung ihrer Szene wird der Erzählablauf immer wieder durch komische Elemente unterbrochen. Selbst in den dramatischsten Situationen integrieren die Schauspieler das Komische, so daß vielen Zuschauern das Lachen im Halse stecken bleibt. Prosper erklärt das so: "In Afrika macht es den Leuten Spaß

zu lachen, auch wenn es sich um schwerwiegende Probleme handelt. Dies ist eine kulturelle Eigenart, die die Nicht-Afrikaner erstaunt. Es ist offensichtlich, daß das afrikanische Theater keine klaren Grenzen zwischen dem Komischen, dem Dramatischen und dem Tragischen zieht. In unserem Theater vermischen sich die Gattungen auf das lebendigste."

Und noch eins ist auffällig. Hier in der Vila Kennedy scheinen die Schauspieler eine weitaus größere Intensität zu erreichen als bei ihrer ersten Aufführung in den heiligen Hallen der Banco do Brasil. Modeste Tadani: "In der Vila Kennedy haben wir die Atmosphäre unserer Dörfer wiedergefunden. Hier läßt sich am besten die Trennung zwischen Bühne und Publikum überwinden." Das Interesse des Publikums und die Häufigkeit der Interventionen geben ihm recht.

Aus Indien: Jana Sanskriti

"Tschin, tschin, tschin maia ... tschin, tschin, tschin maia ..." Drei Frauen und drei Männer tanzen im Kreis. Im Takt schlagen sie paarweise jeweils zwei Bambusstöcke aneinander. "Tschin, tschin ..."Die Männer tragen weiße Baumwollanzüge mit einer roten Schärpe, die Frauen leuchtend rot-gelbe Saris: der Auftakt für das Stück der Gruppe Jana Sanskriti aus Kalkutta. Ebenfalls erzählt deren Stück die Entwicklung eines jungen Mädchens zur Frau und die dabei auftretenden Formen der Unterdrückung: Statt lernen zu dürfen, muß sie im Haushalt arbeiten, statt ihren Freund wählen zu dürfen, wird sie verheiratet. Währenddessen wird ihrem Bruder alles, was er nur wünscht, gestattet. Die Inszenierung kommt mit einem Minimum an Gesprochenem aus. Die eindrucksvollen Bilder und das Können der SchauspielerInnen schlagen den Betrachter in Bann. Aber, während die Repression gegen das Mädchen fast unerträgliche Formen annimmt, unterbricht die Gruppe immer wieder den Erzählfluß: "Tschin, tschin ...", und der rituelle Tanz setzt wieder ein. Die Zuschauer erhalten Zeit zum Durchatmen.

Jana Sanskriti stellen auch nicht am eigenen Leib Erfahrenes dar (eigentlich eine Grundvoraussetzung des Forumtheaters). Ihre Legitimation erhalten sie aus der jahrelangen Arbeit mit Landarbeitern und der Kenntnis von deren Problemen. Oder wie es Sanjoy Ganguly ausdrückt: "Unser Theater wird zum Spiegel des Lebens der Menschen". 1984 gegründet, versucht die Gruppe aus über 150 Mitgliedern sowohl bei der Vernetzung der Menschen auf dem Lande mitzuhelfen als auch vermittels des Theaters einen kulturellen "input" zu geben bzw. alte, z.T. verschüttete Formen indischer Volkskunst wiederzubeleben. Ihr Ansatz liegt jenseits eines parteipolitischen Engagements, das sie als hierarchisch und undemokratisch verurteilen. Sie wollen an der Basis der Gesellschaft selber tätig sein. Dafür arbeiten sie mit anderen unabhängigen Volksorganisationen zusammen. Im Gegensatz zu Burkina Faso brauchen sie auch den Schutz dieser Organisationen vor Übergriffen der Staatsmacht. Die Techniken des Theaters der Unterdrückten, die bisher in Indien unbekannt sind, geben ihnen die Möglichkeit, mit der "Kultur des Schweigens" zu brechen und den Menschen ihre eigenen Ausdrucksfähigkeiten wieder zurückzugeben

Am Ende der ästhetisch bezaubernden Darstellung wechselt sich das Publikum, das hier in der Banco do Brasil zusammengekommen ist, ein. Die Zeit ist knapp bemessen, 20 Minuten bleiben noch bis zum Ende der Vorstellung. Der Joker, eine Art zwischen Publikum und Schauspielern moderierende Schlüsselfigur des Forumtheaters, läßt keinen Raum für Erklärungen, die den kulturellen Hintergrund des Gezeigten erläutern könnten. Demgemäß geraten die meisten der Interventionen des Publikums eher wenig einfühlsam. Von der Menge der Interventionen und der Kürze der Zeit gehetzt, wird keine Diskussion über die Güte der Interventionen zugelassen. Nicht Tiefe und Ernsthaftigkeit sind gefragt, sondern Pointe und Brillianz. Der feudale Rahmen der Banco, die Erwartungen des größtenteils (gut-)bürgerlichen Publikums und der knappe Zeitrahmen erdrücken den eigentlichen Charakter des Theaters der Unterdrückten. Es stellt sich die Frage, ob sich auf diese Weise nicht gerade interkulturelle Vorurteile verfestigen können. Welche Schlußfolgerung kann man z.B. aus einer Intervention ableiten, bei der ein kräftiger brasilianischer Mann das unterdrückte Mädchen ersetzt und dabei allein seine körperliche Präsenz gegen die eher kleinwüchsigen indischen Schauspieler einsetzt.

Freitag, der Dreiundzwanzigste

Keine hundert Meter vom Eingang der Fundaçao Banco do Brasil. Diesmal kein Theater. Auf der Straße sieben Blechteller, sieben großkalibrige Patronenhülsen und einige Pfützen aus geronnenem Blut. Der Morgen der chacina, des Massakers, von Candelaria. Sieben schlafende Kinder wurden an diesem Ort von

gedungenen Spezialeinheiten der Militärpolizei niedergeschossen. In Kürze soll hier eines der größten Kulturzentren Brasiliens entstehen. Aber auch das Gerücht von einem bevorstehenden Militärputsch, das in Brasilien zunehmend die Runde macht, und ein daraus resultierender Versuch der Destabilisierung der aktuellen Regierung könnten eine Rolle gespielt haben. Denn anders als in ähnlichen Fällen geriet der unscheinbare Präsident Itamar Franco diesmal unter gehörigen internationalen Druck, der ihn zudem in eine innenpolitische Krise stürzte. Einige Menschen stehen schockiert um den Ort des Grauens, andere gehen durch die Lachen oder werfen ihre Kippen dort hinein.

In der Banco ist nichts mehr von der Fröhlichkeit der FestivalteilnehmerInnen zu spüren. Der Schock steht allen ins Gesicht geschrieben. Und: Was für einen Beitrag kann man gegen diesen Horror, der hier tagtäglich stattfindet, unternehmen? Für Montag ist bereits eine große Demonstration an der Cinelândia im Herzen Rios geplant. Niemand stellt die Notwendigkeit eines Beitrags in Frage. Weit über 100 Personen verabreden sich für den Sonntag zu einer öffentlichen Probe am Strand von Flamengo.

Sonntagmorgen. Menschen wälzen sich auf der Straße. Andere kehren sie mit stilisierten Besen weg. Es ist schwer, angemessene theatrale Bilder für das Geschehene zu finden. Und: Welche Legitimation haben die anwesenden AusländerInnen, die zu einem guten Teil aus der "Ersten" Welt stammen, sich hier einzumischen.

Da kommt jemand auf eine verrückte Idee. Itamar Franco, Brasiliens Präsident, hat unter dem zunehmenden internationalen Druck seine Regierung nach Rio ins Hotel Gloria verlegt. Das Hotel ist keine 500 Meter vom Strand entfernt. Man könnte ihn besuchen. Und in weniger als einer Stunde ist man nicht nur in das Foyer des Hotels und bis zum Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit des Präsidenten vorgestoßen, sondern Itamar Franco persönlich erscheint hemdsärmelig zu einem halbstündigen Gespräch vor den Kameras vierer Fernsehanstalten.

Doch die Versprechungen des Präsidenten, möglichst bald für Abhilfe zu sorgen, wirken wenig glaubwürdig. Denn weder als Farbige, noch als Ärmste der brasilianischen Gesellschaft noch als NichtwählerInnen haben die Kinder irgendeine Gemeinsamkeit mit Franco. Dennoch: Das Go-In, ein Relikt der Achtundsechziger, hatte den Theaterleuten die Türen geöffnet, um ihren Protest über das Geschehene zu äußern. Noch wenige Tage zuvor war einem schwarzen Festivalteilnehmer aus Südafrika der Zutritt in ein Restaurant mit einer Waffe verweigert worden. Offensichtlich sind die Grenzen und Durchlässigkeiten dieser Gesellschaft deutlich andere als die in Europa üblichen.

Augusto - der Erhabene

Es ist keine Frage: In den über zwanzig Jahren seines Bestehens ist das Theater der Unterdrückten zu einer international anerkannten Methode geworden, die fest mit der Entstehung und Verbreitung des freien Theaters assoziiert wird. Einer ihrer Vorteile liegt gerade darin, daß sie sich mit den unterschiedlichsten theatralen Stilformen kombinieren und sich so in die verschiedensten kulturellen Zusammenhänge integrieren läßt. Die Methode ist im letzten Jahrzehnt - häufig in Deutschland unbeachtet - gereift (2). Gerade bei einem internationalen Treffen stellt sich im besonderen die Frage nach den ihr inhärenten Möglichkeiten für einen interkulturellen Austausch. Grundlegend liegt ein besonderer Vorteil der Boalschen Methode für typische Probleme eines solchen Austausches darin, daß sie durch das langjährige Exil ihres Autors sowohl die speziellen Formen der Unterdrückung in Lateinamerika als auch in Europa mitreflektiert (3). Vor allem die neueren Techniken Boals tragen dem psychischen, internalisierten Aspekt als eher typisch europäischer Variante von Unterdrückung besondere Rechnung. Und wie schon in früheren bi- und multinationalen Zusammenkünften festgestellt werden konnte, ist dieses immer noch experimentelle Theater eine Methode, die - unter den im Falle von Jana Sanskriti bereits gemachten Einschränkungen - hervorragend für die unterschiedlichsten Formen des interkulturellen Austausches benutzt werden kann.

Aber auch Kritisches bleibt anzumerken. Theater der Unterdrückten und in seiner geronnenen Form, das Forumtheater, ist zunächst keine Form von Theater, die für ein großes Publikum gemacht wird - auch wenn das kanadische Zentrum bereits ein erstes über Fernsehen verbreitetes Forum durchgeführt hat. Vielmehr wird besonderes Augenmerk auf interne Prozesse bei den Anwesenden gelegt. Auch wenn es sich um keine Therapie handelt, so will dieses Theater therapeutisch wirksam sein. Um so störender wirkte sich der offiziöse Rahmen des Aufführungsortes aus. Eine Stunde Aufführung pro Forum machten eine intensivere Arbeit mit

dem Publikum an den vorgestellten Konflikten quasi unmöglich. Häufig war die schnelle Pointe wohlgelittener als die Entwicklung einer ernsthaften Lösungsstrategie.

Das tagtäglich stattfindende interne Forum erfüllte nur in wenigen Momenten die Möglichkeit eines Ortes des kritischen Austausches zwischen den Gruppen. Vielmehr schien hier eine Art Sichtung des Szenenmaterials der internationalen Gruppen stattzufinden. Und: So wie sich Boals brasilianisches Zentrum am Eröffnungsabend mit theatralisch dichten, aber in ihrer Form durchaus klassischen Szenen vorstellte, bleibt doch zu fragen, welches Interesse der große Mann des freien Theaters mit diesem Festival verfolgte. Stand nicht anstelle einer intensiven Diskussion und Weiterentwicklung der Techniken diesmal vielmehr eine theatralisch möglichst perfekte Darstellung im Mittelpunkt des Interesses? Vielleicht mit dem Ziel, auch den letzten unermüdlichen Kritikern zu beweisen, daß es sich beim Theater der Unterdrückten keineswegs lediglich um eine pädagogische Methode ohne ästhetisches Interesse handele. Oder aber sorgte sich der Stadtverordnete Boal um ein Ambiente, das ihn als ernstzunehmende politischsoziale Kraft wahrnehmen lassen würde? Ein großer Erfolg dennoch!

Der Autor ist Mitglied des Vereins Spect ACT ulum. Spect ACT ulum ist ein Zusammenschluß von Theaterleuten und PädagogInnen aus ganz Deutschland, die mit den Methoden des Theaters der Unterdrückten in aktuellen Diskussionen um Rassismus, Kolonialismus und Sexismus etc. Position beziehen wollen.

Anmerkungen:

1) Augusto Boal, Theater der Unterdrückten. edition suhrkamp, Frankfurt 1979.

2) Zu empfehlen: Bernd Rupping (Hsg.), Gebraucht das Theater. Die Vorschläge von Augusto Boal. Schriftenreihe der Bundesvereinigung Kulturelle Bildung, Remscheid 1991.

3) S. vor allem Augusto Boal, Méthode Boal de théâtre et de thérapie, l'arc en ciel du désir. Ramsay, Paris 1990.

26. "Hiphop ist Diskussionskultur" (Rezension von Günther Jacob: AGIT-POP)

Agitation und Propaganda oder Pop und Politik, eine Buchrezension

Autor: Kathrin Wildner · Rubrik: Kultur; Großbritannien; USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:16

AGIT-POP ist ein Buch aus sorgfältig überarbeiteten und neu zusammengestellten Texten von Günther Jacob. Alles dreht sich um Pop und Politik, Musik und Lebensstil. HipHop, Reggae und Raggamuffin werden auf musikalischer und inhaltlicher Ebene beschrieben, in den Zusammenhang der sozio-ökonomischen Verhältnisse der USA und Großbritanniens gestellt, und vor allem wird die Rezeption dieser Musik hier in der BRD untersucht.

Günther Jacob versucht zu klären, was Rap eigentlich ist, bzw. welche politischen Ansätze im HipHop vermittelt werden. Hierzu entwickelt er zentrale Thesen u.a. zu Rassismus und Nationalismus, die gemeinsam mit Begriffen wie Lebensstil und soziale Notgemeinschaft, Sexismus und Differenz eine Art Grundgerüst der Aufsatzsammlung bilden. Den an anderen Stellen erhobenen Vorwurf gegen ihn, seine kritische Art der erklärenden Analyse sei arrogant oder gar eurozentristisch, weist Jacob in diesem Buch nicht ohne Seitenhiebe auf die Linke und die Musikpresse zurück.

Sein Ziel ist die "Rekonstruktion der ganzen Story", d.h. nicht nur isolierter Ausschnitte. Er bricht das Kritiktabu gegenüber der gesellschaftlichen Rolle von Hiphop, Reggae und Raggamuffin, indem er konkret über Individuen und Ereignisse redet, diese gegebenenfalls auch kritisiert, ohne in ein ehrfürchtiges Schweigen vor rassistischer Unterdrückung zu verfallen. Denn nicht alles was Menschen aus ihrer Unterdrückung heraus, bzw. gegen sie, tun, entspricht den Zielen linker Politik. Weiter sagt er, daß nur in einer kritischen Auseinandersetzung das Gegenüber wirklich ernst genommen und eine bloße Verwertung isolierter ästhetischer Aspekte für die eigene Sache verhindert wird.

Der Aufbau des Buches spiegelt eine gründliche Annäherung an das komplexe Thema der Rezeption afroamerikanischer Musik und Politik. Anhand der hier schon fast vergessenen Riots in Los Angeles zeigt Günther Jacob gleich zu Anfang die Probleme einer linken Analyse: Der Ausbruch des gewaltigen gesellschaftlichen Unzufriedenheitspotentials in Los Angeles und anderen amerikanischen Großstädten kann nicht ohne weiteres als radikale System-und Kapitalismuskritik interpretiert werden. Über eine Analyse der Konzepte Rasse und sozialer Notgemeinschaft versucht Jacob, die Ereignisse zu erfassen. Rasse definiert er als ideologisches Konzept, welches von der weißen Mehrheitsgesellschaft strategisch zu Herrschaftszwecken konstruiert und eingesetzt wird. Aus dieser unbestreitbaren These folgert Jacob die Entstehung von sozialen Notgemeinschaften, den Black Communities. Die gesellschaftliche Diskriminierung mit gleichzeitiger örtlicher Isolierung in bestimmten Stadtteilen, den Ghettos, fördert die Suche nach einer kollektiven Identität, einem Gemeinschaftsgefühl das als einzige Stärke gilt. Die Communities übernehmen in diesem Sinn die Funktion eines Identitätsraumes, der in gewisserweise auch als Freiraum betrachtet wird. Die Rolle der Rapper als politische Sprecher bzw. "role models" der Communities wird in den verschiedenen Aufsätzen problematisiert.

Charakteristische Merkmale, die von der weißen Mehrheitsgesellschaft als solche ausgewiesen werden, werden auch innerhalb dieser Notgemeinschaft identitätsstiftend besetzt und sind in diesem Sinn zugleich handlungsstrukturierend. Aus dieser Situation erklärt Günther Jacob die Entstehung des Black Nationalism, als eine Ideologie, die "das Resultat der Umdeutung einer sozialen und politischen Schicksalsgemeinschaft ehemaliger Sklaven in eine vermeintliche blutsverwandte ‚rassische` oder ‚ethnische` Gemeinschaft" ist oder als ein "anachronistisches 60s-Revival, eine hilflose Reaktion auf zwei einschneidende, sich gegenseitig beeinflussende Veränderungen: die soziale Polarisierung der Afroamerikaner und die neue ‚ethnische` Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung". Diese Definitionen sind zunächst widersprüchlich und benennen nicht das wirkliche Problem nationalistischer Strömungen und Konstruktionen, die wenn auch durch unterschiedliche Ursachen und Bedingungen geprägt, doch nach vergleichbaren Mechanismen funktionieren.

Ein von der weißen Mehrheitsgesellschaft aberkanntes Selbstbewußtsein der schwarzen Bevölkerung wird zum Symbol ihres Widerstandes. Hier setzt eine zentrale Kritik Jacobs an: die Anerkennung der Selbstdefinition einer Gruppe kann nur eine Ausgangsposition für eine Gesellschaftskritik sein, aber nicht mit

dem politischen Ziel gleichgestellt werden. Andernfalls werden gesamtgesellschaftliche Widersprüche auf einige isolierte Aspekte reduziert, wodurch eine grundlegende Analyse der sozio-ökonomischen Verhältnisse, laut Jacob z.B. der "rassifizierten Konkurrenzkämpfe", verhindert wird. Als wahres Ziel sieht Günther Jacob den "antirassistischen Universalismus", zu dem aber auch weiße Verbündete, die die "Rassifizierungsstrategien untergraben", ihren Beitrag leisten müßten.

Die Konstruktionen von Rassen und Black Nationalism, die hier genauer beschrieben wurden, sind nur zwei Aspekte der gesellschaftlichen Situation aus der HipHop entsteht. Desweiteren beschäftigt sich Jacob mit marxistischen und radikalen linken Strömungen innerhalb der schwarzen Bewegung z.B. mit der Black Panther Party und anderen Gruppierungen wie der Nation of Islam und der Rolle Malcom X (vgl. ak 352).

Diese ausgewählten Beispiele bilden die theoretische Grundlage, auf der im zweiten Teil des Buches, der auch den Titel Agit-Pop trägt, die Musiker selbst zu Wort kommen. Die Interviews mit u.a. Linton Kwesi Johnson, den Jungle Brothers, X-Clan und The Disposable Heroes of Hiphoprisy vermitteln ein Bild der unterschiedlichen ideologischen Richtungen von Afrozentrismus, Black Nationalism über einen Öko-Humanismus bis zu marxistischen Tendenzen, die im RAP propagiert werden.

Im weiteren werden Hiphop und Raggamuffin als Lebensstile beschrieben und analysiert. Die Verbindung so unterschiedlicher Musikrichtungen wie Bhangra und Raggamuffin, Hiphop und Punk, spiegelt sich auch in einer Vielzahl von Lebensstilen wider. Musik gilt hier zum einen als Ausdruck sozialer Verhältnisse, vor allem aber als Vehikel des persönlichen Ausdrucks, wie z.B. einer "Hustlerethik" oder im "Gangsta-Rap". Bei der Analyse der Lebensstile, die im HipHop und Raggamuffin vorgelebt werden, spielt die Auseinandersetzung mit Sexismus eine bedeutende Rolle. (Von der hiesigen Linken schlägt der Sexismusvorwurf in der Regel als erstes Argument dem HipHop entgegen.)

Jacob schlüsselt entlang der Lebensverhältnisse die sexistischen Verhaltensweisen, Äußerungen und Darstellungen auf, beschreibt die "sexistischen Beschwörungsformeln" als "neokonservative Rollbacks", zu denen die Rapper aus Angst vor der feministischen und "politisch-korrekten" Lebens- und Sprachbeschneidung zu immer brutaleren sprachlichen Auswüchsen ihres Männlichkeitswahn getrieben werden. In seiner Analyse konzentriert er sich in erster Linie auf die männlichen Stars, wie sie auch in der gesellschaftlichen Realität des Musik- und Medienmarktes verbraten werden. Im Grunde sitzt er hier den gesellschaftlichen Mechanismen auf, in denen der Sexismus verankert ist, indem er die hinlänglich bekannten Stereotypen der Rapper wiederholt und sie nicht, wie er es sonst fordert, kritisch analysiert. Obwohl er an mehreren Stellen die wichtige politische Bedeutung der schwarzen Frauenbewegung und des "Womanism" betont, ergänzt er das Bild der HipHop Community nur sehr peripher durch Gegenstandpunkte und Statements z.B. von weiblichen Rappern (ist Quantität Zeichen für Qualität?). Es wäre sicher interessant neben den üblichen Darstellungen von sexistischen Rappern wie Ice Cube oder Shabba Ranks, Standpunkte von Queen Latifah, Yo-Yo oder Sister Souljah zu benennen, die sich zum einen explizit zu dem Problem des Sexismus in der Black Community äußern und zum anderen ein ideologisches und politisches Bewußtsein propagieren, welches genauso bedeutend in der HipHop Diskussion wie das eines Afrikas Bambaataa oder Chuck D ist.

Eine der leider nur wenigen Ausnahmen in der Aufsatzsammlung ist der Text über Shelly Thunder, in dem Günther Jacob die Vielschichtigkeit und Komplexität der jamaikanischen und us-amerikanischen Frauenrollen innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse problematisiert. Mit ihrem Hit "Kuff!" beeinflußte Shelly Thunder musikalisch (sie brachte den Raggamuffin in die New Yorker Black Music Charts) und inhaltlich ("Kuff!" ist eine selbstbewußte Zurechtweisung männlichen Machoverhaltens) die Entwicklung des HipHops.

Abschließend wird die Rezeption von Hiphop und Raggamuffin in der BRD untersucht. Zunächst durchleuchtet und kritisiert Günther Jacob die wichtige Rolle der Medien und der Presse bei der Verbreitung musikalischer und inhaltlicher Aspekte von HipHop und Raggamuffin. Hier wählt er das nicht unverfängliche und deshalb so interessante Thema des Antisemitismusvorwurfes in der Public Enemy Rezeption. Jacob beschreibt die wichtige Funktion von Public Enemy im HipHop mit ihrer einzigartigen provokativen Verbindung von Politik und Pop, die die Presse bei weitem überforderte. Die antisemitischen Äußerungen eines Mitgliedes der Gruppe waren demnach ein willkommenes Ereignis, Public Enemy in den Medien zu zerreißen, ohne eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung führen zu müssen. Diese Verweigerung der Auseinandersetzung (bei gleichzeitiger Aneignung des Grooves) ist, laut Günther Jacob, symptomatisch für die Rezeption schwarzer Musik und Kulturaspekte. Diese fehlende Auseinandersetzung kritisiert Jacob auch bei den HörerInnen von

HipHop und Raggamuffin. In der Regel wird HipHop als exotischer Ausdruck des aufregenden Ghettolebens oder als verständlicher Protest der rassistischen Unterdrückten rezipiert. Fehlende Anschlußmöglichkeiten über inhaltliche oder soziale Aspekte einerseits und die Nähe der amerikanischen Popkultur andererseits führen schließlich dazu, daß ästhetische Strukturen übernommen und Lebensstile einfach imitiert oder zu reinen Kommerzialisierungszwecken genutzt werden. Zum Abschluß verweist Günther Jacob aber auch auf Ausnahmen und Auswege aus dieser Sackgasse. In der Beschreibung eines Graffiti, Breakdance und HipHop Ereignisses von 1989 in Hamburg wird z.B. eine antirassistische und internationalistische Haltung der Kids deutlich, die in den kommerziellen Shows von heute nicht mehr zu finden ist. Eine weitere Möglichkeit sieht er in der Zusammenarbeit von HipHoperInnen und linksradikalen und -subkulturellen Gruppen, die sich in einem "Hardcore Agitprop HipHop" ausdrückt.

Auf der Sprachebene halte ich einige Aspekte von AGIT-POP für diskussionswürdig. Hier ist z.B. die explosionsartige Verwendung von Anführungsstrichen zu nennen, die den Mangel angemessener Begriffe spiegelt. Die Anführungsstriche erinneren ständig an die Unrichtigkeit der Begriffe, was auch auf die Eindeutigkeit der gesamten Analyse zurückfällt. Die Übernahme von Begriffen wie z.B. "Ghettokrieger" erinnert an das Popgenre und setzt sich der Gefahr aus, vereinfachtes Allgemeinwissen schlagzeilenhaft zu reproduzieren. Auch wenn Günther Jacob das Genre des Buches selbst als einen "flüchtigen Popjournalismus, der eher aus Verbraucherberatung als aus Kulturkritik besteht", beschreibt, liefert er doch mit AGIT-POP einen wichtigen Beitrag zu der kritischen Auseinandersetzung mit Kultur. Günther Jacob schreibt für musikinteressierte Leser und Leserinnen, die er zu einer kritischen und intellektuellen Auseinandersetzung mit dieser Musik auffordert. Trotz einiger diskussionswürdiger und kritisch zu betrachtender Thesen, oder gerade deshalb, ist es ein wichtiges und aufschlußreiches Buch, vor allem für diejenigen, die ihr Wissen in erster Linie aus Musikzeitschriften beziehen. Durch die konkrete politische Einordnung und Positionsbeziehung Günther Jacobs ist AGIT-POP jedoch auch für all diejenigen, die sich schon intensiver mit dem Thema beschäftigt haben, lesenswert. Besonders gut ist die Darstellung der verschiedenen Ebenen, der gesellschaftlichen und politischen Situation, des Musikgeschäftes und der Rezeption hier gelungen, die in einer undurchschaubaren Komplexität miteinander verwoben scheinen. Durch die Beschäftigung mit einzelnen Ereignissen und Charakteren gelingt es Günther Jacob, diese Unüberschaubarkeit und Komplexität aufzuspalten, Raum für eigene Kritik und weitere Diskussionen zu schaffen. Hierdurch wird AGIT-POP selbst ein Teil der Diskussionskultur des HipHop.

Kathrin Wildner

Günther Jacob: AGIT-POP - Schwarze Musik und weiße Hörer. Texte zu Rassismus und Nationalismus - HipHop und Raggamuffin. Berlin-Amsterdam 1993 (Edition ID-Archiv). 231 S., 20 DM.

27. Essen & Trinken aus deutschen Landen (UZ-Pressefest)

Autor: Andrea Hoffmann · Rubrik: Kultur; Afrika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:29

Fotos von Seite 31 und 32: A. Hoffmann

Schwarzafrikanische Literatur hat es schwer auf dem deutschen Markt. Themenfülle und Qualität des afrikanischen Romans stehen beispielsweise dem lateinamerikanischen nicht nach, aber an hohe Verkaufszahlen - oder gar den Sprung auf eine der Bestsellerlisten - ist nicht zu denken. Es sind vornehmlich kleine Verlage, die das Risiko übernehmen, afrikanische Literatur zu übersetzen und herauszugeben, selten wurde gewagt, die Werke ohne erläuterndes Vorwort auf die Leserschaft loszulassen. Es scheint, als könne sich niemand vorstellen, daß südlich der Sahara auch für Europa interessante Bücher geschrieben werden.

Afrikanische Filmemacher und Literaten begegnen Ignoranz und Vorurteilen. Als 1986 erstmals ein Afrikaner - der Nigerianer Wole Soyinka - den Literaturnobelpreis erhielt, war in der "Zeit" zu lesen, man möge den Kritiker doch bitte vor der Lektüre dieses Autors verschonen. Bei jedem neuerschienenen afrikanischen Roman wird als erstes die Frage erörtert, von wem der Stoff abgeschrieben sein könnte. Idrissa Ouédrago, Regisseur aus Burkina Faso, erklärte während der Berlinale 1993: "In Europa existieren bestimmte Sehgewohnheiten im Bezug auf Afrika, man ist gewohnt, Bilder über Elend, Tod und Leiden zu sehen und geht zumeist von diesen Klischees aus. Sobald wir versuchen, etwas Universelles darzustellen, die großen Gefühle wie Liebe, Freundschaft, Freude, wirft man uns vor, der Film sei nicht afrikanisch genug." (berlinaletip 2/93) Und so kam es dann auch prompt. In einem Fernsehbericht über die Berlinale wurde befunden, daß der Film "Samba Traore" von Idrissa Ouédrago kein afrikanischer Film sei: Zum einen sei die Idee von Dostojewski abgeschrieben (der Film handelt von Schuld und Sühne), zum anderen behandle er nicht die afrikanischen Themen Hunger, Korruption und AIDS.

Die moderne afrikanische Literatur schöpft ihre Bedeutung aus einer engen Verbundenheit von Literatur und Politik, sie beschreibt die Realität der nachkolonialen Staaten, verarbeitet Kolonialismus und Befreiungskampf, beschäftigt sich mit den tiefgreifenden Änderungen auf dem Land - das ist Afrika aus erster Hand, und nebenbei einfach eine spannende und faszinierende Lektüre.

In einer lockeren Folge wollen wir Literatur Schwarzafrikas, geordnet nach Themengebieten, vorstellen: Nach dem ersten Teil, der sich mit der Wirklichkeit der Städte beschäftigt, werden das vorkoloniale und koloniale Afrika, Befreiungsbewegung und nachkoloniale Gesellschaft, Exil und Auswanderung, Frauen, Umbrüche auf dem Land und Kindheit in Afrika Themen sein.

Es soll nicht darum gehen, die Werke literaturkritisch zu bewerten und vorzustellen, vielmehr wurde in erster Linie auf die Originaltexte selbst vertraut, die in längeren Auszügen wiedergegeben sind - und das soll Lust und Interesse an der Lektüre wecken.

Wichtiges Auswahlkriterium war die Frage, ob die Bücher auf dem deutschsprachigen Markt erhältlich sind, in Büchereien sucht man meist vergeblich.

In den meisten Ländern Schwarzafrikas ist die Abwanderung von verarmten Bauern in die Ballungszentren ungebrochen stark. Megastädte entstehen - das heißt Verelendung, Unterdrückung, brutaler Kampf ums Dasein, tradierte Lebensformen zerfallen, Vereinzelung und Entfremdung, wuchernde Slums ohne Ausweg für die Bewohner - die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Das ist aber nur die eine Seite. "In den Metropolen kommt die Hölle an die Oberfläche", so der brasilianische Schriftsteller Rubem Fonseca während der Internationalen Literaturtage interlit 3 im Juni diesen Jahres in Erlangen, die als Thema "Neue Metropolen" behandelten. "Der Himmel ist langweilig", entgegnete der mexikanische Krimiautor Paco Ignacio Taibo II. Genau hier liegt das Spannungsfeld. Trotz der menschenunwürdigen Umstände, die sie beschreibt, geht von der Literatur der Städte eine faszinierende Vitalität aus. Diese Megastädte sind literarische Herausforderung nicht nur wegen ihrer Extremformen von Zerstörung und Gewalt, sondern auch wegen ihrer Mischungen und Gegensätze, sie faszinieren und stoßen ab, sind schön und häßlich. Die nachfolgend vorgestellten Bücher beleuchten sehr unterschiedliche Aspekte des Lebens in den Metropolen - der Nigerianer Biyi

Bandele-Thomas beschreibt grellrealistisch und satirisch den Alltag von Jugendlichen und Studenten. Meja Mwangi thematisiert in "Nairobi, River Road" das Arbeitsleben auf einer Großbaustelle in der kenianischen Hauptstadt und sich entwickelnde Solidarität. Einen ganz anderen Aspekt vertritt die nigerianische Schriftstellerin Zaynab Alkali: Aufbruch und Fußfassen in der Stadt, die Stadt als Chance für den Ausbruch von Frauen aus traditionellen Rollen. Einen äußerst vergnüglichen Roman hat der Angolaner Pepetela über die Hauptstadt Luanda verfaßt, er spiegelt mit Hilfe eines herrenlosen Hundes, der ganz verschiedene Menschen nach Hause begleitet, verschiedene Facetten der angolanischen Hauptstadt in der Zeit nach der Unabhängigkeit. Die senegalesische Autorin Aminata Sow Fall beschreibt den "Streik der Bettler", nachdem diese vom Leiter der Gesundheitsbehörde als "menschlicher Abfall" aufs äußerste bekämpft und aus der Stadt vertrieben worden sind. Fancis Bebeys "Das Alphabet der Sonne während des Regens" liefert ein Bild der ghanaischen Hauptstadt Accra in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit.

Meja Mwangi

Nairobi, River Road

Ein Klassiker der afrikanischen Großstadtliteratur ist Meja Mwangis "Nairobi River Road". Das 1976 erschienene Buch (1982 als deutsche Ausgabe) handelt im Sinne Brechts von denen, die (Rom) Nairobi gebaut haben, und ist eine Reportage über die Entwicklung der kenianischen Hauptstadt zur Wirtschafts- und Tourismusmetropole Afrikas. Beschrieben wird der Bau von Nairobis ehrgeizigstem Projekt, dem 25stöckigen "Development-House". Mwangi gelingt es, die soziale Wirklichkeit der Slums lebendig werden zu lassen. Sein Roman fesselt ob der realistischen Darstellung, der präzisen Beschreibung seiner Protagonisten - eine Gratwanderung zwischen Galgenhumor, Hoffnung, Solidarität, Verzweiflung. Er erzeugt Neugier, Interesse und Sympathie für die Handelnden.

Die "Nairobi-River-Road", Hauptort des Geschehens, verläuft entlang des Flusses, eine finstere Gegend mit Bierbuden, Bars und billigen Absteigen. "Ein später Bus ratterte vollgestopft mit späten Trinkern im ersten Gang die Straße hoch nach Kabete. Entlang der River Road versuchten Nachtwächter an ihren Feuern wachzubleiben. (...) Irgendwo im dunklen Straßenlabyrinth, zwischen Grogan- und River-Road, schrie jemand um Hilfe. Es würde sich keiner darum kümmern. Räuber mußten ja schließlich auch leben. (...) Sie biegen in eine dunkle Straße ein, die nach Staub riecht, obwohl es naß ist. Diese führt sie in einen anderen engen Weg, der sie in der River Road ausspuckt. Hier ist die übliche Menge von gejagten, hungrigen Gesichtern zu finden, von Armut hypnotisierte Gesichter, haßerfüllte Gesichter und der übelriechende Gestank von ungewaschenen Körpern und verstopfter Kanalisation. Obwohl die meisten Geschäfte geschlossen sind, sind die schattenhaften Gestalten immer noch da. Auch nach dem jüngsten Gericht werden ganz bestimmt hier noch Menschen anzutreffen sein."

Ben, die Hauptperson des Romans, ist Hilfsarbeiter auf der Großbaustelle "Entwicklungshaus", gemeinsam mit seinem Kollegen Ocholla kämpft er sich durch den Dreck und die tägliche Schinderei.

"Sie rauchten und ruhten sich aus. Sie warteten darauf, daß Yussuf sie finden und weitere Befehle schreien würde. Sie waren Hilfsarbeiter, und von denen wurde eine eigene Initiative erst gar nicht erwartet. Einfach so rumhängen, sah verrückt aus, aber es wurde so verlangt. Und am Monatsende stellte man sich vor die Holzbaracke am Tor und bettelte um seinen Lohn. Man hatte es ja nicht verdient. Nicht auf der Baustelle. Die Argumentation von Bauunternehmern war genial. Hätte man genügend Grips, sein Geld woanders zu verdienen, wäre man ja schließlich nicht hier. Nur lausige Idioten endeten damit, Hotels zu bauen, in denen sie sich nie auch nur eine Tasse Tee würden leisten können oder Bürohäuser, in die man, wären sie erst einmal fertig, sie nie hereinlassen würde. Nur Bekloppte würden sich für einen Job wie diesen hergeben, Bekloppte wie Ben und Ocholla."

Dabei sahen Bens Zukunftschancen nach der Unabhängigkeit Kenias durchaus rosig aus - er war Offizier in der Armee mit allen Hoffnungen, Karriere zu machen. Als er Waffen aus dem Armeelager verkauft, um schnelles Geld zu verdienen, endet seine hoffnungsvolle Zukunft, er wird unehrenhaft entlassen, sein sozialer Abstieg verläuft atemberaubend schnell. Seine Freundin Wini verläßt ihn aus dieser elenden Realität, er bleibt zurück mit ihrem Sohn, für den er Stück für Stück Verantwortung übernimmt.

"Er würde wahrscheinlich verhungern, denkt Ben. Es ist das einzige, was man sich leisten kann, bei dem augenblicklichen Anstieg der Lebensmittelpreise. Man könnte meinen, irgendein Arschloch im Ministerium hat

was gegen einen und macht das aus Absicht. Ben überlegt weiter. Aber warum sollten sie. Die hatten doch schließlich noch nie von Ocholla und den anderen Hilfsarbeitern gehört."

Mwangi erzählt dieses Arbeiterleben in der kenianischen Großstadt, verfolgt Ben und Ocholla in die Essenspause und in die Kneipen.

"Die Bauarbeiter genießen ihr Essen in Phasen. Die erste Phase ist, sicher über die Haile-Selassie-Avenue zu kommen. Die Autofahrer benutzen die enge Straße, um jedem zu beweisen, daß sie nichts davon abhalten kann, zu ihrem Mittagessen zu kommen. Sie haben es schon zu einem Ritual gemacht, jede Woche einen oder zwei Fußgänger abzuschlachten, um den Schnellstraßen-Göttern ein Opfer darzubringen. Die zweite Phase des Arbeiter-Mittagessens bedeutet, den Kiosk-Besitzer zu bewegen, das Essen auf Kredit zu geben. Das bedeutet auch, ihn davon zu überzeugen, daß man nicht plötzlich, wenn man die Straße überquert, überfahren und auch nicht entlassen wird, bevor man alle seine Schulden bezahlt hat. Das ist keine leichte Sache. Phase drei und vier schließt das eigentliche Essen und den unausbleiblichen Durchfall ein."

Gemäß Ochollas Philosophie "Wir müssen trinken, Ben. Trinken und trinken. Das ist der einzige Weg, um nüchtern zu bleiben in dieser verdammten Hölle" geht der Weg nach der Arbeit zumeist in die Kneipe.

"Von der Art des ‚Karara-Center` findet man nicht zwei in derselben Stadt. In der Nähe der schmutzigen alten Schwingtür wie aus dem Wilden Westen röhrt, brummt und kreischt die alte Musikbox im Raumschiff-Look. Ihr unüberhörbarer Lärm produziert solch ein Durcheinander, daß die ganze Bar mit ihren Tischen, Gläsern und Flaschen im Takt mittanzt. Um zu verhindern, daß sie über die Gäste hinwegtanzt und Bewunderer sie mitnehmen, ist das Monster mit einem Ring an der Wand festgekettet.

(...) Ben läßt seine Augen über den nur schwach beleuchteten Laden gleiten. Alle in Sichtweite trinken Karara, selbstgebrautes Zeug, das wie modriges Wasser aussieht, wie Sisal-Saft schmeckt und so stark wie Benzin ist. Die ‚Bier-Speisekarte` an der Wand gibt den Preis mit 80 Cent an, das ist ein Drittel des Preises für ein Pils und ein Viertel des Preises für den besten schottischen Whisky. Neben der Preisliste für Bier hängt Kosmetik-Reklame: Nimm auch du die neue afrikanische ‚Newafric` Hautaufhellungscreme. Daneben ein weiteres Poster: Haltet eure Stadt sauber. Einige der Kunden können lesen, doch sie kehren sich nicht darum. Sie sind einfach eine Menge glücklicher, betrunkener Leute. In der Bar können sich nur die wenigsten Schlipse oder Anzüge leisten, und keiner spielt dem anderen vor, daß er mit Anstand betrunken ist. Sie gröhlen, haben Schaum vor dem Mund, sie prügeln sich, bevor sie nach Hause in ihre Betten kriechen. Nur wenige schaffen es, aufrecht hinauszugehen und irgendwie kommen sie sicher heim, um am nächsten Tag wiederzukommen, um weiterzutrinken. Die Musikbox kracht unter einem Schlager. Ein paar zerlumpte Gestalten stützen sich gegenseitig ab und versuchen ihre bleiernen Füße zum Tanzen zu bewegen."

Ironie des Schicksals: Ben, der gerade zum Vorarbeiter für die nächste Großbaustelle befördert wurde - es soll ein Touristenhotel mit 800 komfortablen Apartments gebaut werden - verliert seine Wohnung. Gemeinsam mit Winis Sohn zieht er zu Ocholla in dessen Slumhütte. Ocholla, zunächst skeptisch, nimmt die beiden auf. "Ocholla ist immer noch voller Zweifel. Es ist eine Sache, daß man des anderen Kumpel ist, daß man zusammen trinkt, redet, ißt, und seit kurzem sich die Zigarettenstummel teilt. Es ist eine andere Sache, eine Slumhütte zu teilen, der absolute Besitz, die Rückzugsmöglichkeit eines erniedrigten Herzens. Es ist eine Sache, deinen Kumpel zu fragen, ob er dir einen ausgibt, oder ob er dir Geld leiht. Aber es ist eine andere Sache, wenn du ihn zwingst, dich anzulächeln und dich zu seinem letzten Stückchen einzuladen, das bißchen, was er nicht mit seinen Frauen und Kindern teilen will. Das ist Verrat an der Kameradschaft, Ausbeutung deines Kumpels. Kumpel-Ausbeutung. Ocholla angelt nach einem Stückchen Papier, um den heißen Aluminiumtopf halten zu können. Er hebt den lächerlich kleinen Topf hoch, stellt ihn auf den Boden neben sich, und wirft noch mehr Reisig ins Feuer."

Doch auch Ochollas Heim ist bedroht: Das Slumviertel wird niedergebrannt von der Stadtverwaltung, da die Hütten gesundheitsgefährdend seien - eine Begründung, die Ocholla besonders absurd findet: "Ich habe darin gelebt, seit die sie das erste Mal heruntergebrannt haben, und ich habe nicht einmal eine Erkältung bekommen, Ben." Gemeinsam mit Ben beginnt er von vorn. "Slumhütten haben etwas Schlitzohriges an sich. Im Morgengrauen gehen sie in Rauch auf, und in der Abenddämmerung erwachen sie schon wieder zu neuem Leben. Man kann sie einfach nicht ausrotten. Die Stadtverwaltung weiß das. Man kann sie so oft verkohlen lassen wie man will, und sie wachsen wie Pilze genauso oft wieder aus dem Boden. Stöcke, Draht, Pappe und

Wellblech ist alles, was benötigt wird. Die Slumhütte wird wiedergeboren, vielleicht ein bißchen zerbrechlich, aber doch ziemlich stabil und wieder mal eine Gefahr für die Gesundheit."

Meja Mwangi wurde 1949 in Kenia geboren. Er gehört zu der jüngeren Generation afrikanischer Schriftsteller, die die Illusionen und positiven Erwartungen der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit verloren hat und sich daran macht, den Finger in die offenen Wunden der modernen afrikanische Gesellschaft zu legen.

Zaynab Alkali

Still geträumt

und tot geboren

Die Stadt als Chance zur Veränderung, als Möglichkeit für die afrikanische Frau, aus ihren traditionellen Rollen auszubrechen - das sind Aspekte, die Zaynab Alkali in ihrem ersten Roman "Tot geträumt und still geboren" beschreibt. Das 1984 entstandene Werk folgt dem Lebensweg dreier Frauen, deren Träume vom erwachsen werden, vom Ausbruch aus den traditionellen Rollen, von Heirat und Selbständigkeit durch die Wirklichkeit zerstört werden. Die zentrale Person ist Li, das Mädchen, das bei der Geburt nicht geschrien hat. ("Ich hatte keinen Grund zu schreien. Warum sollte ich? Nur, um die Tradition aufrechtzuerhalten?")

Ihre Emanzipation in einer islamisch-nigerianischen Gesellschaft führt sie, die an sich privilegierte, das heißt gebildete junge Frau, aus der dörflichen Umgebung und der Familie hinaus. Li besucht ein Internat, in den Ferien kehrt sie zurück in ihr Dorf und leidet unter der Enge. "Nachdem Li einige Wochen zu Hause verlebt hatte, begann sie, die Atmosphäre im väterlichen Gehöft als erdrückend zu empfinden. Sie fühlte sich gefangen und unglücklich. Schon jetzt vermißte sie das Leben, das sie im Internat geführt hatte - ungebunden und fröhlich. Die kleinen Geschwister waren zu jung, um die Einschränkungen zu begreifen, und die älteren waren zu dumpf, um zu reagieren. Alle, mit Ausnahme ihres älteren Bruders Sule, schienen die Situation als natürlich zu empfinden. Sule litt genauso unter der Stille wie sie. Weil die beiden ratslos und unzufrieden waren, wurden sie im Haus sehr schlecht behandelt. Sie lehnten sich gegen die im Haus herrschenden Regeln auf, die sie als dumm und unnötig streng empfanden. Sie verabscheuten das ständige ‚Du darfst das nicht!`, das weit häufiger zu hören war als ‚Du darfst!`."

Fasziniert träumt Li von dem Leben in der Stadt: "Mechanisch begann sie, Töpfe und Kalebassen abzuwaschen; ihre Gedanken waren nicht bei der Arbeit. Sie träumte von einem Paradies namens ‚City`. Ein Ort, an dem sie ein leichtes Leben führen würde, frei von schmierigen Kalebassen und übelriechenden Ziegen. Sie schaute auf ihre rauhen Hände und Füße. Eines Tages würde sie eine ganz andere Frau sein - mit lackierten Fingernägeln und seidig glänzendem Haar."

Li verliebt sich in einen Mann aus dem Dorf, sie heiraten, er geht voraus in die Stadt. Li zieht nach langem Warten Jahre später hinterher, ihr Leidensweg beginnt. "Das Kind bewegte sich heftig, und Li drehte sich auf die Seite. Sie fühlte sich zerschlagen und stellte fest, daß sie zu lange auf der Seite gelegen hatte. Sie öffnete die Augen und fragte sich, wie spät es wohl sei. In der Stadt war das schwer zu sagen. Das Geräusch von Menschen und Autos und die hellen Lichter blieben bis tief in die Nacht hinein. Man schlief mit ihnen ein und wurde auch von ihnen geweckt. Das war verwirrend für jemanden, der aus einem Ort kam, wo nur der Hahnenschrei den Morgen ankündigte. Sie sah auf die Uhr neben dem Bett. Es war erst vier Uhr früh. Auf der gegenüberliegenden Seite des Zimmers lag Habu in trunkenem Schlaf. Li setzte sich auf die Bettkante und betrachtete ihren Mann nachdenklich. In dem Licht, das durch das Fenster neben seinem Bett fiel, konnte sie sein trauriges Gesicht erkennen. (...) Sie senkte den Kopf, und heiße Tränen rollten über ihre Wangen. ‚Wo ist mein Mann?` klagte sie wortlos. ‚Der jungenhafte Mann mit dem unglaublichen Lächeln und dem schelmischen Zwinkern in den Augen? Wo ist der stolze selbstbewußte halbnackte Geliebte, der sich nicht um das Gespött der Dorfbewohner kümmerte und das ganze Dorf durchquerte, nur um mich zu sehen?` Li erkannte, daß sie ihren Mann an die Stadt verloren hatte."

Li geht zurück in das Dorf, leidet erneut an der Enge, weiß nicht mehr, wo sie hingehört. Im Dorf ist kein Platz für sie. Sie flieht und beendet in der Stadt ihre Schulausbildung und beginnt ein Studium an der Pädagogischen Hochschule. "Sie hatte sich vorgenommen, die gebildetste Frau im Dorf und der weiteren Umgebung zu werden. Erst dann würde sie die Rolle des ‚Mannes im Haus` in der väterlichen Familie übernehmen." Sie kehrt schließlich zurück zu ihrer Familie - als ausgebildete Lehrerin. "Awa blickte ihre

Schwester überrascht an. Sie öffnete den Mund, um etwas zu sagen, schloß ihn aber wieder. Hier saß nicht die Schwester, die sie kannte, ungestüm und unduldsam gegenüber anderen Leuten. Dies war eine andere Li, tolerant und verständnisvoll. Was hatte diese Veränderung bewirkt? Das Leid, das sie ertragen hatte? Die Stadt? Wenn die Stadt Li so verändern konnte, dann kann die Stadt nicht nur schlecht sein, dachte Awa, die nie dort gewesen war. Li war ohne Zweifel erwachsen geworden, und dieser Reifeprozeß hatte sie zu einem besseren Menschen mit einer schöneren Seele gemacht. ‚Ist die Stadt denn so schlimm?` fragte Awa. ‚Viel schlimmer, als du denkst, große Schwester. Sie zerstört Träume`." Das aber tut auch das Dorf: Ihre Schwester Awa, die im Dorf geblieben ist, kämpft sich durchs Leben mit ihren Kindern und ihrem Mann, der Alkoholiker ist, die Ehe ihrer Freundin Faku ist gescheitert. Li hat es aus eigener Kraft geschafft, ihr Leben in die Hand zu nehmen. "Li hätte sich erfüllt fühlen müssen, statt dessen fühlte sie sich leer. Es war nicht nur die Leere der Trauer, sondern eine Leere, die viel größer war. Zehn Jahre lang hatte sie gekämpft, um bestimmte Ziele zu erreichen. Jetzt, nachdem sie diese Ziele erreicht hatte, wünschte sie sich, es gäbe noch anderes, für das sich zu kämpfen lohnte. Denn kämpfen war das einzige, was dem Leben Sinn gab." Und sie trifft eine überraschende Entscheidung.

Zaynab Alkali wurde 1955 im nigerianischen Bundesstaat Gongola geboren. Sie ist eine der ersten Schriftstellerinnen aus dem Norden Nigerias, als erste nigerianische Frau hat sie im islamischen Kontext geschrieben und publiziert: "Es ist für eine Frau in Nigeria schon generell sehr schwierig, zu schreiben und zu veröffentlichen, für eine muslimische Frau aus dem Norden des Landes jedoch ist es fast unmöglich. Gut, ich hatte unheimliches Glück, weil ich die erste schreibende Frau aus dem Norden und somit ein Aushängeschild, eine Form von einmaliger Gutmachung oder schlicht auch ein Alibi war," beschreibt Zaynab Alkali die Situation von Autorinnen im Land. Sie hatte eine Vielzahl von Problemen mit der Veröffentlichung ihrer Bücher.

Zaynab Alkali lehrt heute Englisch und englischsprachige afrikanische Literatur an der Universität von Maiduguri (Nigeria) und promoviert über die ägyptische Schriftstellerin Nawal El Saadawi.

Pepetela

Der Hund und die Leute von Luanda

Ein überaus vergnügliches Buch hat der angolanische Autor Pepetela (Artur Carlos Mauricio Pestana dos Santos) mit seinem 1985 erschienenen "Der Hund und die Leute von Luanda" vorgelegt. Das Buch wurde in Luanda viel diskutiert und gehörte zu den wenigen Werken, die, bald vergriffen, auf Märkten zur seitenweisen Lektüre vermietet wurden. Mit leiser Ironie und viel Poesie erzählt Pepetela Geschichten von einem Schäferhund, der durch die Straßen Luandas zieht und Menschen, die es ihm angetan haben, nach Hause begleitet, um dann ebenso unerwartet wieder zu verschwinden. Seine Besuche bei Emporkömmlingen und Betrieben, Funktionären und Prostituierten, Kleinbürgern und Marktfrauen ergeben ganz nebenbei ein Bild des sozialistischen Angola. Der Erzählstil wechselt dabei zwischen Kurzgeschichte, Bericht, Protokoll, Schriftverkehr, Interview, Theaterstück. Der Hund treibt den Genossen Venacio zur Selbstkritik vor der Gewerkschaftsversammlung, deckt Versorgungsengpässe auf, Korruption, verursacht Ehe- und Eifersuchtsprobleme, ist Opfer eines allgegenwärtigen Bürokratismus, wird während einer katholischen Messe als "Satan im Hundekostüm" enttarnt.

So schließt er sich eines Tages einem jungen arbeitslosen revolutionären Intellektuellen an, der durch Luanda streunt. "Wenn man mit so einem Hund wie dir durch die Baixa (Altstadt) läuft, macht das richtig Eindruck. Früher, da sind nur die Weißen mit einem Säugetier hintendran durch die Gegend spaziert. Aber jetzt haben wir die Unabhängigkeit, jetzt kann das sogar ein Einheimischer. (...) Das war's überhaupt: jetzt, wo die gesellschaftlichen Klassen abgeschafft waren, gab es ja angeblich keine Unterschiede mehr. Deshalb konnte ein Einheimischer auch so einen Hund haben, wie ihn sich früher nur Weiße und Polizisten leisten konnten. Und warum? Weil der Einheimische reicher geworden war? Nein, sondern weil der Hund unter die Proletarier gegangen war. Mir ist was von Marx eingefallen, was ich in der Zeitung gelesen habe: die Gesellschaft der Proletarier. Der Hund, früher ein Bourgeois, war jetzt Proletarier geworden, vielleicht weil sich sein Herr nach Melói (Portugal) abgesetzt hatte. Theoretisch könnte er jetzt mein Hund sein. Wirklich der richtige Stoff für ein revolutionäres Gedicht." Doch diese wunderbare Freundschaft endet jäh: "Bis zum heutigen Tag such ich ihn. Ein echter Lumpenproletarier, dieser Schweinehund; mein Mittagessen hat er aufgefressen, seinen Verdauungsschlaf gehalten, und als er aufgewacht ist, hat er sich aus dem Staub gemacht. Ohne sich zu verabschieden. Ein Parasit, ein Ausbeuter. Und ich, Tico, ein revolutionärer Intellektueller, hab nicht, wie

geplant, mein Gedicht geschrieben. Er war's nicht wert, dieser Heuchler, hat seine bourgeoise Gesinnung behalten und war nach wie vor der Klassenfeind von einem fünfhundert Jahre lang ausgebeuteten Arbeiter-Bauern wie mir. Auch Schlangenjunge sind Schlangen!"

Pepetela thematisiert drängende Schwierigkeiten beim Aufbau der Produktion. Ein Arbeiter einer Konservenfabrik erzählt (eine Lektion in Politökonomie): "Wie sollten wir denn die Produktion steigern, wenn es nicht mal 'ne Kantine gab? Wir mußten zum Mittag essen immer nach Hause gehen. Die Fabrik hat keine eigenen Busse. Der einzige Maximbombo, den es früher gab, war in ein Haus gefahren, als der Busfahrer an einem Sonntag mit ihm einen Strandausflug machte. (...) Und ohne Bus sind wir eben gezwungen, zweimal am Tag zu spät zur Arbeit zu kommen. Um neun Uhr früh (statt um acht) und um halb vier nachmittags (statt um halb drei). Zwei Arbeitsstunden weniger, und das Volk hat den Schaden davon, und Schuld daran war das Ministerium, weil es den Arbeitern keinen Bus zur Verfügung gestellt hat und auch keine Kantine. (...) Die vom Ministerium wollten uns weismachen, daß keine Firmenbusse nötig sind, weil alle Arbeiter im Fabrikviertel selbst wohnen. (...) Und jetzt haben wir eine Kantine. Es ging ruck, zuck, was war da eigentlich so schwierig dran? Und pünktlicher sind wir auch geworden, jetzt kommen wir nur noch eine Stunde zu spät, und zwar morgens. Nachmittags haben wir eine Stunde aufgeholt, weil wir in der Fabrik zu Mittag essen. Aber die Konserven nehmen wir nach wie vor mit. Sie haben uns die Kantine gegeben und wollten uns die Konserven wegnehmen. So was! Aber sie haben den Kürzeren gezogen. Jetzt haben wir 'ne Kantine und Konserven. Mit einer Stunde mehr Arbeit kommen wir noch viel verschwitzter und müder aus der Fabrik. Die Produktion ist ein bißchen angestiegen, deshalb lassen wir auch manchmal ein paar Dosen mehr als früher mitgehen. Die staatliche Vertriebsgesellschaft beschwert sich, aber das ist deren Problem. Wenn sie wollen, daß mehr produziert wird, müssen sie uns schon einen Maximbombo stellen und die Rohstoffe rechtzeitig anliefern, die Stromausfälle verhindern, das Wasserproblem lösen und so weiter... Wenn das eine nicht fehlt, fehlt das andere. Irgendetwas fehlt immer. Die Konserven, die wir herstellen, sind in erster Linie für uns selber. Und keiner hat Angst, denn hier bestimmt die Arbeiterklasse."

Und der Hund bringt einen Karnevalszug durcheinander, der eigentlich eine politische Veranstaltung sein sollte: "Mit Puítas, Trommeln, Trillerpfeifen und Liedern stellte sich die erste Gruppe ein. Genau genommen tanzte diese Gruppe nicht richtig, genausowenig wie die anderen, die ihr folgten. Das ganze war eine Mischung aus Trauermarsch und Karnevalsrhythmen. Es gab einen Karnevalsprinzen und eine Prinzessin mit Kronen aus bemaltem Blech, rot-schwarzen Gewändern und Schleiern. Rechts und links von ihnen zwei Krankenschwestern, Männer in dunklen Anzügen und mit Sonnenbrille, andere waren als Seeleute verkleidet, als Beamte der Kolonialverwaltung, Kinder ohne Kostüme, eine Dame mit Sonnenschirm in einem weit ausladenenden bunten Kleid, nun ja, so sah eine Karnevalsgruppe damals eben aus. (...) Genau zu diesem Zeitpunkt mischte sich der Hund unter die Tanzenden. Vielleicht war ihm das Tam-Tam der Trommeln unters Fell gegangen, vielleicht hatte ihm auch die Trauerstimmung mißfallen, auf jeden Fall mischte er sich unter die Gruppe. Die einstudierte Ordnung brach zusammen und ein allgemeines Durcheinander entstand. Die Tänzer verfolgten ihn mit Fußtritten, die Frauen kamen aus dem Takt, konnten nicht weitersingen vor lauter hau ab, du Mistköter, hau ab, und die Kinder rannten davon. Die Gruppe löste sich auf und vorbei war's mit dem feierlichen Leichenbegräbnis. (...) Die Leute lachten, nur einige schimpften: ‚Schafft doch endlich den Hund weg!` (..) Inmitten der Gruppe, die sich darüber ereiferte, sagte jemand vielleicht nur so dahin: ‚Karneval, das ist Stimmung, Farbe, Rhythmus, Lachen. Das haben wir jetzt doch! Gibt nicht der Hund dem Karneval die Ausgelassenheit zurück, die ihm die Gruppen genommen haben?`"

Pepetela, 1941 in Benguela geboren, ist neben Luandino Viera der bedeutendste Schriftsteller Angolas, zweimal wurde sein Werk mit dem Nationalpreis für Literatur ausgezeichnet. Er war führender MPLA-Kommandant im Befreiungskampf Angolas und bekleidete wichtige Ämter in Staat und Partei. So war er nach der Unabhängigkeit Vize-Minister für Erziehung. Pepetela hat sich aus der Parteitätigkeit und aus dem Amt zurückgezogen und widmet sich nur noch dem Schreiben, nimmt an der öffentlichen Diskussion in erster Linie über seine Bücher und eine wöchentliche Kolumne teil.

Aminata Sow Fall

Der Streik der Bettler

Mour Ndiaye befindet sich in echten Schwierigkeiten: Der soziale Aufsteiger, Direktor der staatlichen Gesundheitsbehörde, steht kurz davor, zum Vizepräsidenten des (fiktiven westafrikanischen) Landes ernannt

zu werden. Ein Marabut (Heiler, Zauberer, der in Verbindung zu den Göttern und Ahnen steht, wird als Berater aufgesucht, um ein Umlenken des Schicksals zu bewirken,wofür er meist verlangt, daß sein Klient ein Opfer bringt) seines Vertrauens nennt ihm den Preis für seinen Aufstieg: "Was du willst, das wirst du bekommen, und zwar sehr bald. Du wirst Vizepräsident. Dafür mußt du einen Stier opfern, dessen Fell einfarbig ist, am besten fahlgelb. Die Erde muß mit dem Blut dieses Stieres getränkt werden. Du wirst ihn hier schlachten, im Hof dieses Hauses. Anschließend wirst du ihn in siebenundsiebzig Teile aufteilen, die du dann an die Träger des bàttu (Bettler) verteilen mußt. (...) Aber dieses Opfer, das du bringen wirst, darf nicht nur im Umkreis eines einzigen Stadtviertels verteilt werden. Du bist dazu berufen, in der ganzen Stadt, überall im ganzen Land hoch geachtet zu werden. Du wirst ein Mann von großem Ansehen sein, und dies mußt du durch die Art, wie du dein Opferfleisch verteilst, symbolisch zeigen: Verschenke dieses Fleisch in der ganzen Stadt, an die Bettler aller Stadtviertel".

Genau hier beginnt das Problem: Die Bettler befinden sich im Streik. Mour Ndiaye selbst hatte eine Kampagne gegen die "wuchernde menschliche Plage" angezettelt. Die Bettler sind nach Ndiayes Meinung verantwortlich für das Ausbleiben der Touristen, schaden dem Ansehen der Stadt, bedrohen die öffentliche Gesundheit und die Volkswirtschaft. Tag für Tag werden Razzien durchgeführt, die Aufgegriffenen geschlagen, hunderte von Kilometern verschleppt und ausgesetzt, zwei Bettler sterben unter Polizeiknüppeln. "Es gibt Dinge, die man einem menschlichen Wesen nicht zufügen darf", formuliert die Bettlerin Salla Niag. Sie versammelt die Bettler auf ihrem Hof, um sich zu beraten. Sie haben ein Druckmittel in der Hand: sie ermöglichen den Gläubigen die Erfüllung der religiösen Pflicht des Almosengebens, die der Koran vorschreibt. "Hört mal, wir können uns sehr wohl organisieren. Sogar diese Verrückten, diese Herzlosen, diese Rohlinge, die Razzien gegen uns durchführen und uns schlagen, sie geben ein Almosen. Sie haben es nötig, ein Almosen zu geben, weil sie unsere Gebete brauchen. (...) Schluß mit dem Rennen um das eigene Leben, Schluß mit der Beklemmung und der Angst. Bleiben wir alle hier! Hört ihr, bleiben wir hier! Bald schon werdet ihr merken, daß sie uns brauchen wie die Luft zum Atmen. Nennt mir einen Vorgesetzten, der das Almosen nicht dafür gibt, ewig Vorgesetzter zu bleiben! Nennt mir einen Kranken, ob echt oder eingebildet, der nicht daran glaubt, daß seine Beschwerden in dem Moment verschwinden, in dem das Almosen seine Hand verläßt! Nennt mir einen Aufsteiger, der nicht davon überzeugt ist, daß ihm durch den magischen Akt des Almosengebens alle Tore geöffnet werden! Jeder hat immer einen Grund, warum er gibt."

Die Straßen bleiben ohne Bettler - und Mour kann sein Opfer nicht bringen, muß sich zu dem Haus der Bettler begeben und sich demütigen lassen, darum betteln, daß sie sich wieder an den Ecken einfinden, von denen er sie vertrieben hat.

Nicht nur das Verhalten der Armen, ihre Solidarität und Menschlichkeit sind Thema dieses engagierten Romans aus Senegal. Aminata Sow Fall thematisiert den Emanzipationsprozeß der afrikanischen Frau. Gegenspielerinnen des Emporkömmlings Mour sind seine Tochter, eine aufgeklärte Intellektuelle, seine zweite Frau, die sich seine Bevormundung und Herrschaft nicht gefallen läßt, und die Bettlerin Salla, eine Rebellin aus der Unterschicht.

Aminata Saw Fall, 1941 im Norden Senegals geboren, wurde für diesen Roman mit dem Großen Literaturpreis Schwarzafrikas ausgezeichnet. Sie war nach dem Studium der Literaturwissenschaften in Paris Lehrerin, Direktorin des staatlichen Instituts zur Erforschung der mündlichen Literatur und Kulturen Senegals und Präsidentin des senegalesischen Schriftstellerverbandes. Heute arbeitet sie in einem von ihr gegründeten Kulturzentrum.

Francis Bebey

Das Alphabet der Sonne während des Regens

20 Jahre nach Erscheinen wurde in diesem Jahr "Das Alphabet der Sonne während des Regens" in deutscher Übersetzung herausgegeben. Der Autor Francis Bebey, geboren 1929 in Duala/Kamerun, ist Dichter, Liedermacher und Sänger. Nach zehn Jahren als Leiter der Kulturabteilung der UNESCO/Paris lebt er heute freiberuflich in Paris. Weltweit berühmt wurde er durch seine Konzerte und Bücher.

Der Roman "Das Alphabet der Sonne während des Regens" spielt in den ersten Jahren des nachkolonialen Accra, der Hauptstadt Ghanas. Ort des Geschehens ist der Markt von Accra - eine eigenartige Welt für sich. Hier tobt das Leben und Handeln der Marktfrauen, das seine eigenen, an alte Traditionen gebundenen

Gesetze und Anschauungen hat. Im Mittelpunkt stehen Ma und ihre Enkelin Edna, die einen Stand betreiben. "Die Sonne fiel ganz vom Westen her auf ihren Stand. Hunderte von Gegenständen funkelten und glänzten in Farben, die sie dem Regenbogen abgeschaut hatten. Silberne und goldene Halsketten und Armbänder, funkelnder Ersatz für den reichen Schmuck der Länder des Westens, große Perlmuttknöpfe, Perlen, die wunderbar unecht glänzten, Ohrringe in allen Größen und Formen, spiegelblanke Wassertöpfe aus Aluminium, Emailtöpfe mit Kupferboden, zisilierte Gläser (der Kristallersatz für die Armen), Manschettenknöpfe, deren Metallstift schon leicht rostete, Messer und Klappmesser, Suppenlöffel, Gabeln mit weit auseinderanderstehenden Zinken für starke Esser, schottische Bleisoldaten, deren Farbe schon verblaßt war, und in einer Ecke des Ladentisches, ordentlich aufgereiht, glanzlose Elfenbein- und Plastikkämme. Alle diese Dinge lagen in der Sonne ausgebreitet."

Beeby erzählt mit einer erfrischenden Leichtigkeit über das Leben auf dem Markt in Accra, beschreibt Leben und Lieben der drei Frauen und die Jugend und erste Liebe der Edna.

Dieser friedliche Alltag wird plötzlich gestört: Ein Oppositionsabgeordneter wird verhaftet und seiner Verwandten Amiofi die Genehmigung entzogen, auf dem Markt zu verkaufen. Das ruft die Marktfrauen auf den Plan, eine Demonstration gegen dieses Verbot wird vorbereitet. Die Behörden beobachten dies sehr mißtrauisch, die Marktfrauen hatten sich bisher als regierungsfreundlich gezeigt und maßgeblich dazu beigetragen, daß 1957 der Panafrikanist und Befreiungskämpfer Kwame Nkrumah erster Staatspräsident Ghanas wurde, das als erstes schwarzafrikanisches Land die völkerrechtliche Unabhängigkeit erlangte. Bis heute sind die Frauen vom Makola Market in Accra ein Barometer für die Stimmung im Land, und Kwame Nkrumah stürzte 1966 sicherlich auch, weil die "market mammies" ihre weitere Unterstützung verweigerten. Eine Erfahrung, die auch der heutige Staatspräsident Jerry R. Rawlings machen mußte. Um ihre Preisdiktatur - und damit ihren politischen Einfluß - zu brechen, ließ er die Hallen von Makola einreißen, ohne allerdings den gewünschten Erfolg zu erzielen. Dafür hat er jetzt neue Feinde.

"Alle Frauen waren gekommen. Wie sie auf der Versammlung am Vorabend vereinbart hatten, waren sie alle mit festlicher Eleganz gekleidet. Eine reiche Farbenpalette schillerte in der Morgensonne und verlieh dieser Demonstration den ganzen Tag über den Anschein einer sonntäglichen Parade. Hellblaue Pagne, rote, gelbe und rosarote, Blusen in allen Farben, riesige Tücher aus glänzender Seide, um den Kopf geschlungen und durch die sorgfältig geflochtenen Zöpfchen hoch aufgebauscht (...) dies alles gab dem Zug ein fröhliches Aussehen, das dem eigentlichen Motiv der Versammlung gar nicht entsprach. Doch so lebt Afrika, mit diesem verrückten Bedürfnis, jeden Augenblick des Daseins lebenswert zu machen, zu einem immer wieder neuen Fest."

Bei dem Versuch der Demonstration, sich durch die Polizeiketten Zugang zum Parlamentsgebäude zu verschaffen, eröffnet die Polizei das Feuer auf die Menge, es gibt Tote und Schwerverletzte. Unter den Verletzten ist auch Edna, die die Menge zum Parlamentsgebäude anführte. Nach zahlreichen Verwicklungen und der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Untersuchung der Vorfälle kommt es schließlich zu einem hoffnungsvollen Ende.

Für Bebey ist die Stadt ein ganz normaler Lebensraum, die verzweifelten Bilder eines Mwangi oder Bandele-Thomas finden sich in seinen Büchern nicht. Er schreibt in einem leicht distanzierten Plauderton, es gelingt ihm, den Alltag der Protagonisten eindrücklich und mit einem Augenzwinkern zu schildern. So die Arbeit der Marktschreiber, die Briefe für Absender verfassen, die selbst nicht schreiben können: "Die Schreiber, alles Männer, galten als sehr gebildet. Wenn man bedenkt, daß ihresgleichen normalerweise in den Büros der zentralen Verwaltung oder der Privatunternehmen angestellt waren! Im Grunde war der Beruf des Schreibers die liberale Form eines Berufes, den andere in Büros unter Aufsicht eines Patrons unter Kontrolle halten wollten. Im Freien mit einer Schreibmaschine zu arbeiten war ein genialer Einfall, daran mußte man erst mal gedacht haben. (...) Schon tippte der Mann mit seiner ungeschickten Zwei-Finger-Methode Spios Adresse. Dazu muß man wissen, daß die Schreiber niemals behauptet haben, in einem Maschinenschreibwettbewerb den ersten Preis zu gewinnen. Und so kann man verstehen, daß sich die Buchstaben unter den Mangrovenbäumen im tropischen Afrika nur so langsam aneinanderreihen, wenn es männliche Maschinenschreiber sind, die die Gedanken von Schwarzen auf weißes Papier bringen. Wenn diese Langsamkeit doch wenigstens durch eine besonders treue Wiedergabe der Gedanken des Kunden aufgewogen würde! Doch es braucht nicht viel, und schon schleichen sich von morgens bis abends unverzeihliche Sinnfehler in die Korrespondenz rechtschaffener Kunden. Fehler, die Zwietracht säen, gar

wahre Verschwörungen anzetteln und dadurch den Beruf des Schreibers immer mehr in Verruf bringen, obwohl er doch in diesen Zeiten des quasi nationalen Analphabetismus so nützlich ist."

Biyi Bandele-Thomas

Bozo David Hurensohn

Kerosin Mangos

Szenenwechsel in das Nigeria der 90er Jahre. Biyi Bandele-Thomas beschreibt in seinen Büchern "Bozo David Hurensohn" (vielleicht hätte man den Originaltitel "The man who came in from the Back of Beyond" etwas poetischer umsetzen können?) und "Kerosin Mangos" (1991, "The sympathic Undertaker") pointenreich und satirisch das Leben von Jugendlichen in Kafanchan, einer Stadt im muslimischen Norden Nigerias.

"Bozo David Hurensohn" schrieb Bandele-Thomas nach einer ereignisreichen Jugend mit 18 Jahren: Mit 14 Jahren verließ er sein Elternhaus in eben jenem Kafanchan, schlug sich mit diversen Jobs und kleinen Gaunereien durchs Leben. Er kennt den Stadtdschungel aus eigener Erfahrung. Nebenbei beendete er die Secondary School und schrieb seinen ersten Roman, während er in Lagos als Angestellter arbeitete. Und begann mit dem Studium der Theaterwissenschaften. Das alles noch vor seinem 21. Lebensjahr.

"Bozo David Hurensohn" ist ein schillerndes Stück Großstadtliteratur, es fällt schwer, die Geschichte wieder aus der Hand zu legen. Biyi Bandele-Thomas packt mit seiner Lust am Fabulieren, am Erzählen, seinen Sprachschöpfungen, Bildern und präzisen Beschreibungen.

Die Geschichte: der Ich-Erzähler, Schüler der Sekundarschule, freundet sich an mit einem kauzigen Lehrer: "Er ging wie ein Geist, wie ein Mann in einem Alptraum. Als ich ihn zum ersten Mal sah, hatte ich den bestimmten, aber unergründlichen Eindruck, daß ich einen Mann auf dem Weg zum Schafott anstarrte. Vielleicht hing seine Fähigkeit, die morbidesten Vorstellungen in einem wachzurufen, mit seiner drahtigen, von Mangelerscheinungen gezeichneten Figur zusammen. (...) Betrachtete man ihn in seinem schlampig heraushängenden Hemd, mit Sandalen - ein Bild der Verwüstung -, wenn er grazil einen Haufen Bücher umklammerte und sein verschwommener Blick hinter doppelt geschliffenen Brillengläsern blinkte, hatte man das merkwürdige Gefühl, daß dieser Mann niemals ein Kind gewesen sein konnte, sondern vom Tag seiner Geburt an alt gewesen sein mußte. Er hieß Maude (...). Er unterrichtete englische Sprache und Literatur in der 10. Klasse. Aber was wir wirklich von ihm lernten, obwohl er davon keine Ahnung hatte, war, daß man frühzeitig der Senilität verfalle, wenn man Tag und Nacht mit dem Schreiben von Gedichten, dem Durchforsten dicker Wälzer und dem Korrigieren von schlechten Aufsätzen ungebildeter Schüler verbrachte."

Maude erzählt ihm seine Lebensgeschichte, eine Abfolge tragischer (und tragikomischer) Erlebnisse - eine Ausbildung als Taschendieb, plötzlicher Aufstieg durch die Hilfe eines big man, Studium, Lehrer an der Schule des Ich-Erzählers. Und er berichtet schließlich über das Leben von Bozo, dem früheren Freund seiner Freundin, das er als Roman verfaßt hat. Hier beginnt ein Roman im Roman. Bozo, dessen Geburt mit der Unabhängigkeit Nigerias zusammenfällt, wird von seinem Vater "Hurensohn" genannt, da seine Mutter nach seiner Geburt keine weiteren Kinder bekommen kann. Er entwickelt rebellischen Geist und Genie, fliegt von der Schule, verliert seine Familie durch ein tragisches Ereignis, lernt Gewalt und Elend kennen und die traurigen Lebensgeschichten anderer, die Bandele-Thomas mit einer gewissen Freude am Makabren erzählt.

Bozo gründet eine obskure Gemeinschaft von Ausgestoßenen, die der Gesellschaft den Kampf ansagt, die Philosophie: Bozos Freunde zeigten auf die Regierung, "das System, die ‚Ismen` und ‚Schismen`, die falsche Hoffnungen, Täuschungen, Trugbilder für ambitionierte junge Leute schufen, die nach einem Wissen dürsteten, das nirgends zu sehen war, die in einer aussichtslosen Gesellschaft von Paten, Vetternwirtschaft, Stammesdünkel, Ethnozentrismus, kultureller Borniertheit, dunklen Machenschaften, kaltblütiger Grausamkeit, gegenseitigem Mißtrauen und Schmiergeldern nach Sicherheit, Glück und Ansehen strebten. Bozo und seine Freunde waren gegen alles, was dieses System repräsentierte. Das System stand für Ruhe und Ordnung, was Bozo und seine unkonventionellen Kameraden in einem Wort zusammenfaßten: ‚Scheiße`." Bozo lehnt sich auf - ein hoffnungsloses Unterfangen, am Ende steht ein selbstzerstörerischer Akt der Gewalt.

Gewalt ist in beiden Büchern des nigerianischen Autors ein ganz alltägliches Phänomen, brutale Szenen wechseln unvermittelt mit heiteren Episoden ab. "Es war ein türkisblaues Ding, eine kleine, einfache Handtasche mit einem vergoldeten Schnappverschluß. Als mein Freund der Frau die Tasche entriß, sah sie

ihn nur wirr an. Dann warf sie ihre Hände in die Luft und schrie: ‚Ole! Ole! E ba mi mu ole!` Der Ruf setzte sich an allen Seiten der Haltestelle fort. Einige vom Haussa-Stamm brieten Suya und Tsire an der Fußgängerbrücke. ‚Barawo! Barawo! A kama barawo!` riefen sie und ließen ihre Grills mit den Fleischspießen stehen, um sich an der Jagd zu beteiligen. Er ließ sie für ihr Geld laufen, mein Freund. Wie verrückt liefen sie, wie bei den Rassenunruhen in Durban. Aber zum Schluß fingen sie in doch, jemand sprang ihm zwischen die Beine, und er fiel hin wie ein getroffener Vogel. Die gestohlene Tasche wurde ihm entrissen und der Besitzerin ausgehändigt. Dann schlug jemand, der sich offensichtlich noch nie so amüsiert hatte, schadenfroh vor: ‚E wetie! E je ki won wetie! Macht ihn naß! Laßt ihn uns naßmachen!` Also holte jemand einen Kanister Benzin, ein anderer besorgte aus einer benachbarten Werkstatt einen alten, ausgedienten Reifen, mein Freund bekam den Reifen wie eine Halskrause übergestülpt, dann überschütteten sie ihn mit Benzin und steckten ihn an."

Eben diese (scheinbare) Normalität der Gewalt hinterläßt einen sehr nachdrücklichen Eindruck.

Auch Bandele-Thomas' zweiter Roman, "Kerosin Mangos", spielt in der Stadt Kafanchan. Erzählt wird die Geschichte eines Ich-Erzählers und seines Bruders Rayo, eines überaus intelligenten und sensiblen Jungen, dem selbst die subtilsten Formen der Unterdrückung und Korruption nicht entgehen. "Rayo hatte eine große Auswahl an Auftritten in seinem Repertoire, aber der beliebteste war der, den er ‚Politikwissenschaft-Stunde` nannte und der nichts dergleichen darstellte. Es war einfach Rayos Bezeichnung für eine Sammlung schwachsinniger Anekdoten, mit denen es ihm immer gelang, die Klasse vor Lachen kopfstehen zu lassen. Seine liebste war die Anekdote über den Politiker, der zu einer Wahlkampfreise aufbrach und der Wählerschaft alles versprach, von Solarenergie und Staudämmen - in Orten, die weder über fließendes Wasser noch über eine einzige Glühbirne verfügten - bis zu modernsten Flughäfen in Städten, wo das einzig Versöhnliche an den unendlichen Schlaglöchern in den kaum befahrenen Straßen war, daß sie nicht die Folge von Flächenbombardements waren."

Er bringt mit seinem rücksichtslosen Streben nach Gerechtigkeit alle gegen sich auf. Voller Phantasie und unerschrocken kämpft er einen aussichtslosen Kampf, ebenso wie die, die er kennenlernt. "Nach meiner Entlassung zog ich (Rayo, Anm. d. Verf.) nach Lagos. Ich lebte in einer Einzimmerwohnung in Agege am Stadtrand von Lagos. Es war eine dieser kompakten, kleinen Zellen, genannt ‚Auge in Auge`: Zwanzig winzige Zimmer, die sich in zwei Zehnerreihen einen Flur lang gegenüberliegen. (...) An manchen Tagen lungerte ich herum, streifte, über die Intensität meines Hasses auf Lagos und über meine Liebe für die Stadt grübelnd, durch die Straßen. (...) Aber diese Stadt der Vierundzwanzigstundenstaus hat auch ihr Gutes. Zum einen überleben ihre Bewohner gegen alle Wahrscheinlichkeit. Zum anderen ist sie ein gutes Training: Wenn du in Lagos überlebst, kannst du überall auf der Welt überleben. Zum Beispiel Kazim, mein Nachbar. Er lebte mit seiner Frau und zwei Kindern in einem Ein-Zimmer-Appartement, das sogar noch kleiner war als meins. Kazim arbeitete als Angestellter in irgendeinem Ministerium auf Lagos Island. Die zweihundertfünfzig Naira inklusive aller Überstundenvergütungen, die er jeden Monat heimbrachte, waren nicht annähernd genug, um ihm und seiner Familie für eine Woche zu reichen. Was er also alle drei Monate machte, war, einen Sack Garri (Mehl, typisches nigerianisches Gericht) und eine halben Sack Bohnen zu kaufen. Seine Familie hielt sich streng an einen Küchenplan, der Formel 1-0-1 genannt wurde. Dieser beinhaltete ein Frühstück aus eingeweichtem Garri und Bohnen und ein Abendessen aus eingeweichtem Garri und Bohnen. Zwischendurch gab es nichts außer Guguru (Popkorn) und Erdnüssen."

"Kerosin Mangos" ist eine Folge von Episoden aus dem Leben der Schüler und Studenten aus Kafanchan und ihrer Auflehnung, etwas poetischer und ausgereifter als das Erstlingswerk, eine Mischung aus Slapstick, bitterer Satire, verzweifelt komischen Geschichten - fesselnde Literatur.

Biyi Bandele-Thomas wurde 1967 in Kafanchan/Nigeria geboren, studierte Theaterwissenschaft in Nigeria, veröffentlichte zahlreiche Theaterstücke und Gedichte und erhielt eine Reihe von Preisen. Er lebt zur Zeit in London.

Andrea Hoffmann, Berlin

Die vorgestellten Bücher:

Meja Mwangi, "Nairobi River Road", (Going down River Road, aus dem Englischen von Carola Böhnk), Peter Hammer Verlag Wuppertal, 2. Auflage 1986, 16,80 DM

Zaynab Alkali, "Tot geträumt und still geboren", (The Stillborn, aus dem Englischen von Gisela Seidensticker-Brikay), Stechapfel Verlag Zürich, 1991, 22,00 DM

Pepetela, "Der Hund und die Leute von Luanda", (O ca e os Caluandas, aus dem Portugiesischen von Inés Koebel), Informationsstelle Südliches Afrika Bonn, 1987, 17,80 DM

Aminata Sow Fall, "Der Streik der Bettler", (La gréve des battú, aus dem Französischen von Caroline Gutberlet), Verlag Otto Lembeck Frankfurt/M, 1991, 24,80 DM

Francis Bebey, "Das Alphabet der Sonne während des Regens", (La Poupée ashanti, aus dem Französischen von Jutta Lossos), Peter Hammer Verlag Wuppertal, 1993, 28,00 DM

Biyi Bandele-Thomas, "Bozo David Hurensohn", (The Man Who Came in from the Back of Beyond, aus dem Englischen von Gabriele Cenefels), dipa-Verlag Frankfurt /M, 1991, 29,80 DM

"Kerosin Mangos", (The Sympathetic Undertaker and other Dreams, aus dem Englischen von Gabriele Cenefels), dipa Verlag Frankfurt/M, 1993, 36,00 DM

Literatur:

Al Imfeld (Hg.) "Verlernen, was mich stumm macht", Lesebuch zur afrikanischen Literatur mit zahlreichen Texten afrikanischer Autoren, Unionsverlag Zürich, 1980

Al Imfeld, "Vision und Waffe", afrikanische Autoren, Themen, Traditionen, Unionsverlag Zürich, 1981

Klaus Kreimeier, "Geborstene Trommeln", Afrikas zweite Zerstörung, Literarisch-politische Expeditionen, Verlag Neue Kritik Frankfurt/M, 1985

Literaturnachrichten, herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien, Lateinamerika, viermal jährlich, Reineckstr. 3, 6000 Frankfurt 1

Lettre International, Heft 21 (II/93), "Schwarzafrika, Pracht und Agonie", Schwerpunkt Afrika mit zahlreichen Texten afrikanischer Autoren

28. Vom Opfer zum Täter. "Kopfjägerin" für die Gestapo (Rezension von Peter Wyden: Stella)

"Kopfjägerin" für die Gestapo - Peter Wydens Buch "Stella"

Autor: Harry Rosina · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:06

Das Obszöne vorneweg. Dieses Buch liest sich wie ein Kriminalroman. Jedoch handelt es sich hier nicht um Fiktion, diese Geschichte hat sich wirklich zugetragen. Der heute in Ridgefield, Connecticut, lebende Journalist Peter Wyden hat nach jahrelangen Recherchen ein außerordentlich wichtiges Buch vorgelegt über die Täter und die Opfer der Judenverfolgung während des Nationalsozialismus. Eine detailgespickte Studie über Menschen in Extremsituationen: Wir treffen auf Personen, die beides waren, Opfer und Täter. Der Spiegel schreibt: "Wyden bricht mit einem Tabu in der Holocaust-Forschung ... Stella - eine Jüdin auf Judenjagd im Berliner Untergrund."

Mit dem zynischen Kalkül, alle gleichermaßen anzusprechen - Juden, Philo- und Antisemiten - wird in den USA, wo das Buch bereits im November letzten Jahres erschienen ist, spekuliert. Mit dem reißerischen Titel "Meet the Ultimate Betrayer" wird für den Kauf des Buches geworben, als locke der erste Preis in einem Fernsehquiz: ein Abendessen bei Kerzenschein mit einem psychopathischen Mörder. Dankenswerterweise kommt die bei Steidl erschienene deutsche Ausgabe mit weniger aus. Der Titel heißt schlicht "Stella"; vom Umschlagfoto schaut uns ein fröhlich wirkendes Kinderpaar an - allerdings schon mit dem Stigma des Judensterns.

Worum geht es? Peter Wyden, Jahrgang 1922, wuchs in Berlin auf. Bevor er mit seiner Familie 1937 in die USA emigrierte, besuchte er die selbe jüdische Privatschule wie Stella Goldschlag. Über die damals Vierzehnjährige, neben der er im Schulchor sang und überglücklich die selbe Straßenbahn benutzte, schreibt Wyden heute: "Stella war der umschwärmte Star unserer Schule: groß, schlank, lange Beine, kühle, helle, blaue Augen, Zähne wie aus der Zahnpastareklame, blasse Satinhaut. Ihr blond glänzender Bubikopf schien bei jeder Bewegung zu tanzen. Ihre Haltung, ihre Schönheit waren perfekt. Meine Phantasie stellte sie auf ein Podest - für einen pubertierenden Jungen war sie unerreichbar und unvergeßlich."

Stella wuchs als behütetes Einzelkind in einer assimilierten Familie auf. Im Gegensatz zu Wydens Familie verfügten die Goldschlags nicht über genügend Mittel und Verbindungen, um sich später ins Ausland retten zu können. Als der Vater Gerhard Goldschlag sich 1940 beim amerikanischen Konsulat um ein Visum bemühte, mußte er hören, daß er als 52.000ster eingestuft sei; eben bearbeite man die Registriernummer 38.000. Seine Familie würde vielleicht in zwei Jahren an der Reihe sein.

Bei der von der US-Regierung initiierten Evian-Flüchtlingskonferenz trafen sich im Juli 1938 in Evian-les-bains, dem Badeort der Superreichen auf der französischen Seite des Genfer Sees, Vertreter von 32 Nationen. Hier wurden die "Kontingente" festgelegt: Welches Land nimmt wie viele deutsche Juden auf? Das Ergebnis war katastrophal. Peter Wyden geht auf dieses Thema in seinem Buch ausführlich ein und zitiert die schadenfrohe NS-Propaganda: "Juden zu verkaufen - wer will sie? Keiner!"

Die Juden, denen nicht spätestens bis zum Überfall auf die Sowjetunion die Flucht ins Ausland gelungen war, saßen in der Falle. Um die Reichshauptstadt gänzlich "judenfrei" zu bekommen, trat man am 27. Februar 1943 zur "Fabrik-Aktion" an. Alois Brunner, die rechte Hand Adolf Eichmanns, hatte sich schon zuvor in Wien grausam "bewährt". Mit Unterstützung der SS und der Gestapo organisierte und leitete er die Verhaftung von 7.000 Juden und ihre Deportation nach Auschwitz. Stella Goldschlag, die bei dieser Aktion noch entkommen konnte, wurde wenig später verhaftet und schwer mißhandelt. Unter der Folter und mit dem Versprechen, sie könne sich und ihre Eltern vor dem sicheren Tod retten, stimmte sie zu, als "Greiferin" noch unentdeckt lebende Juden ausfindig zu machen. Rolf Isaaksohn, der sich von Jagow nannte, wurde in gleicher Weise zur Mitarbeit gezwungen und an ihre Seite gestellt.

Bewundernswert ehrlich läßt Peter Wyden immer wieder erkennen, er wisse nicht, wie er gehandelt hätte, wenn er in eine vergleichbare Situation gekommen wäre. Kein Von-oben-herab-Getue. Das sind die Stärken des Buches.

Ausgerüstet mit einem grünen Gestapo-Ausweis, der es ermächtigte, "in jüdischen Angelegenheiten" tätig zu sein, arbeitete das "schöne Paar" (die "Kopfjäger" wurden sie vom jüdischen Mundfunk genannt) eineinhalb Jahre lang "effektiv". Damit sich die einzelnen "Greifergruppen", von denen einige Waffen trugen und Fangprämien erhielten, nicht ins Gehege kamen, wurde das Paar von SS-Hauptscharführer Walter Dobberke in aussichtsreiche Bezirke eingeteilt. Das Gebiet rund um den Kurfürstendamm und die Joachimsthaler Straße, aber auch die Schönhauser Allee zählte zu ihrem Revier. Hier versteckten sich immer noch "Schattenmenschen im Untergrund".

Peter Wyden hat insgesamt 67 Überlebende interviewt und mit Hilfe eines Beamten Stella ausfindig machen können, die heute unter anderem Namen völlig zurückgezogen in einer westdeutschen Kleinstadt lebt. Zwei Jahre lang wurde nur schriftlich kommuniziert, bis es zu einem "persönlichen Wiedersehen" kam. Ungeachtet der mannigfachen Beweise bestreitet Stella nach wie vor jede Schuld.

Kurz nach Kriegsende wurde sie von der Liebenwalder Polizei verhaftet. Eine Krankenschwester zeigte sie an, weil sie angeblich behauptet hatte, die sowjetische Geheimpolizei sei schlimmer als die Gestapo. Die russischen Behörden suchten sie allerdings als aktive Kollaborateurin und machten ihr den Prozeß. Die Verhandlung dauerte nur wenige Minuten. Stella Goldschlag wurde für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

"Es wird um Informationen über ihr Verhalten in der Zeit der Verfolgung gebeten ..." Dieser Aufruf stand im April 1956 im Mitteilungsblatt der Berliner Jüdischen Gemeinde. Nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis wurden nun Zeugen gesucht, um ihr im Westen erneut den Prozeß zu machen. Das Verfahren begann am 20. Juni 1957 vor dem Berliner Kriminalgericht Moabit. Es fanden sich nicht nur Zeugen der Anklage; einige bescheinigten ihr auch, daß sie Juden vor der Vernichtung gerettet hatte. Die Staatsanwaltschaft beantragte 15 Jahre - das Gericht verhängte eine Strafe von zehn Jahren. Da diese bereits verbüßt sei, konnte Stella den Saal als "freie" Person verlassen.

Heute, 30 Jahre später, wünscht sie sich zum Abschied von ihrem einstigen Verehrer: "Schreib nichts Schlechtes über mich!"

Harry Rosina

Peter Wyden: Stella. Aus dem Englischen von Ilse Strasmannn, 420 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Göttingen (Steidl-Verlag) 1993, DM 39,80

29. Bestimmt das (reale) Sein das (linke) Bewußtsein? Anmerkungen zum linken Jugoslawienkonflikt

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Westdeutsche Linke allgemein; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:31

Zum zweiten Mal nach dem Golfkrieg 1991 wird die Linke der BRD in der Frage ihres Verhaltens zu einem konkret stattfindenden Krieg entzweit. Der dem Golfkrieg zugrunde liegende Konflikt, der Versuch des Irak als einer der regionalen Mächte, sich den Staat Kuwait militärisch einzuverleiben, war jedoch in den innerlinken Auseinandersetzungen kaum Gegenstand der Debatte. Dem deutlich zutage tretenden Interesse der westlichen imperialistischen Mächte, mit einer gemeinsamen Militäraktion den Irak in seine Schranken zu verweisen und damit eine Neuordnung der Nahostverhältnisse zu ermöglichen (Stichwort "Neue Weltordnung") trat die Linke (hier gemeint: außerhalb der SPD) mehrheitlich mit einem noch vorhandenem Konzept des Pazifismus und Antiimperialismus entgegen. Ein kleiner, sich selbst als linksradikal verstehender Teil nahm Partei für die westliche Kriegspartei, indem er die Frage der Existenz des Staates Israel zum eigentlichen Gegenstand des Krieges machte. Dem Eindruck, damit die imperialistischen Interessen der eigenen Nation zu unterstützen, wurde mit der Unterstellung begegnet, die BRD agiere in diesem Krieg eigentlich auf Seiten des Irak gegen Israel (Stichwort: Chemiewaffen).

Beiträge in dieser Zeitung sowie anderer linker Organe konzentrierten sich auf den Versuch des imperialistischen Lagers, diesen Krieg zur Demonstration der "Neuen Weltordnung" zu nutzen; für den Ausgangspunkt jedoch wurden keinerlei politische Überlegungen angestellt haben. Die Frage, was hätte getan werden müssen, um Kuwait vor dem militärischen Überfall des Irak zu schützen, ist auch von uns nicht berührt worden. Die Frage, welche Mittel eine kleines Land gegenüber einer aggressiven Regionalmacht hat, außer sich Unterstützung bei den großen imperialistischen Mächten zu holen, ist bei uns gegenüber der Betrachtung, daß es sich um einen Versuch des weltweit herrschenden imperialistischen Systems zur Neuordnung der Machtverhältnisse handelt, hinten an gestellt worden. Aber auch diejenigen, die Partei ergriffen gegen den Irak, taten dies nicht als Verteidigung Kuwaits gegen die militärische Einverleibung, sondern traten erst auf den Plan als real oder vermeintlich Israel in Gefahr war.

Ich liege sicherlich in der Vermutung richtig, daß das Schicksal Kuwaits den meisten Linken egal war, und zwar einträchtig bei aller sonstigen Haltung zum Krieg. Dafür gibt es mehr oder weniger gute bzw. vertretbare Gründe, denn die staatliche und gesellschaftliche Ordnung Kuwaits war (und ist wieder) eine, der keine Linke etwas abgewinnen kann: extrem feudalistisch und undemokratisch im innern, ein Lakai des Imperialismus in der Außenpolitik (Stichwort: überseeischer Bundesstaat der USA). Hinzu kommt noch, daß die Staatengründung in dieser Region Produkt der Kolonialherrschaft bis in dieses Jahrhundert hinein gewesen ist, somit in der Regel willkürlich Grenzen gezogen wurden, die dem Herrschaftsanspruch der ehemaligen Kolonialmächte und den neokolonialen Mächten dienten, sich aber nicht an der geschichtlichen Entwicklung orientierten. Die Grenzziehung war somit wiederum ein Gewaltakt von außen. Eine parteiliche Stellungnahme für diesen Staat konnte es somit aus naheliegenden Gründen nicht geben. Aber die Haltung, sich nicht für diesen Staat einzusetzen ist nicht gleich der, die Okkupation zu rechtfertigen, ebensowenig wie man sich beispielsweise über die räuberische Enteignung eines Reichen echauffieren, sie aber auch nicht begrüßen oder rechtfertigen muß.

Die Differenzierung, bei Verletzung welcher staatlichen bzw. quasistaatlichen Interessen die Linke Partei ergreifen soll, führte in der Folge des Krieges noch zu einer weiteren Spaltungslinie innerhalb der Linken. Als die politischen und militärischen Organisationen des kurdischen Teils des Iraks den Krieg zu nutzen versuchten, ihre Unabhängigkeit vom Irak zu erlangen, wandten sich auch diese um Hilfe an die westlich imperialistischen Mächte. Zwar hielt hier innenpoltisch noch der Konsens, gegen die Beteiligung der Bundeswehr aufzutreten (Beteiligung an den Luftangriffen von der Türkei aus), in Bezug auf die Unterstützung des kurdischen Aufstandes durch die Westalliierten versagte dieses Prinzip jedoch schon. Die offene Befürwortung einer Befreiung dieses Teils Kurdistans im Bündnis mit den westlichen imperialistischen Mächten wurde nur dadurch gebremst, daß sich sehr schnell herausstellte, daß die letzteren gar nicht gewillt waren, die vollständige Befreiung zu unterstützen, sondern nur insoweit, als sie als Stachel gegen das Regime in Bagdad weiter nutzbar sein würde. Der Vorwurf an die Anti-Irak-Alliierten war somit nicht, daß sie sich überhaupt in

diesen Konflikt einmischen würden, sondern daß sie sich nicht eindeutig und militärisch auf die kurdische Seite stellten.

Der Konflikt in Jugoslawien weist hierzu einige Parallelen auf, auch wenn der Ausgangspunkt gänzlich anders erscheinen mag. Auch Jugoslawien ist in gewisser Weise ein Zwangsprodukt der Geschichte. Es war ein Bund von Staaten, die sich bei Gründung das gegenseitige Versprechen gaben, gemeinsam zu handeln, keinen der Beteiligten, unabhängig von der territorialen und bevölkerungsmäßigen Größe, zu benachteiligen. Innerhalb diese Bundes hat es seit seinem Bestehen Bestrebungen gegeben, die ursprünglich vorhandenen staatlichen Grenzen zu überwinden und eine gleiche Gesellschaft über alle Teile zu schaffen. Vor dem Hintergrund der Geschichte, in der Teile der jeweiligen Gesellschaften in einem mörderischen Kampf gegeneinander standen, war dies ein im höchsten Maße anzuerkennendes Experiment und nach wie vor die eigentlich einzige Form, die in der Geschichte entstandenen Feindseligkeiten zu überwinden. Alle Angriffe auf den sogenannten Despotismus Titos müssen gerade in Betracht dieser Phase relativiert werden, denn in dieser Zeit wurde erstmals konkret das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Völker des Balkans nicht nur proklamiert, sondern auch organisiert. Zur Voraussetzung hatte dies jedoch die strikte Anerkennung, daß keine der staatlichen Organisationen der einzelnen Völker und Staaten ein Vorrecht gegenüber den anderen haben dürfe. Alle in diesen Jahren unternommenen Versuche und Schritte, diese Einteilung in ethnische und nach den historisch gezogenen staatlichen Verfaßtheiten zu überwinden, sollten auch im Nachhinein als wirklich fortschrittliche Elemente anerkannt werden. Und konkret kann ja auch festgestellt werden, daß in dem einzigen wirklichen Vielvölkerstaat, Bosnien-Herzegowina, die Überwindung der ethnischen Schranken am weitesten gediehen war, nicht nur in Hinblick auf die Vermischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sondern auch im Hinblick auf das Bewußtsein, daß in diesem Staat am meisten jugoslawisch ausgeprägt war.

Wir kommen jedoch bei der heutigen Betrachtung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien nicht um die Tatsache herum, daß die 40 Jahre des realsozialistischen Staatenbundes nicht ausgereicht haben, um den wieder entfachten nationalistischen Ansturm Stand zu halten. Entgegen der in der radikalen und ehemals realsozialistischen Linken verbreiteten Behauptung, diese Entfachung des neuen Nationalismus sei allein das Werk der nationalistischen Kreise in Slowenien und Kroatien, ist der reale Ausgangspunkt in der Erklärung eines wesentlichen Teils der serbischen Intelligenz zu sehen, die ab 1986 die angeblich drohende Vernichtung der serbischen Existenz zum Ausgangspunkt ihrer Politik machte, wobei die Autonomie des Kosovo, mit seiner mehrheitlich albanischen Bevölkerung das erste Opfer wurde. Mit der Auflösung des Parlaments des Kosovo und der Einnahme des Sitzes dieser Region im Staatsrat durch einen Vertreter Serbiens wurden die Kräfteverhältnisse im Staatsrat erstmals eindeutig zugunsten Serbiens verändert. Dies konnte, ohne das Verlangen von weitgehenden Zugeständnissen von den anderen beteiligten Staaten, nicht gut gehen. Die dann folgende militärische Unterdrückung im Kosovo im Namen des Bundesstaates, in dem nun Serbien mit seinen Verbündeten eine Mehrheit hatte, gab den übrigen am jugoslawischen Bundesstaat beteiligten Staaten einen Vorgeschmack auf das, was sie selbst erwarten würde, sollten sie dem Diktat des Bundesstaates trotzen. Damit war auch vorgezeichnet, daß das Versprechen der jugoslawischen Verfassung an die einzelnen Beitrittsstaaten, sich jederzeit in freier Entscheidung wieder daraus lösen zu können, eine Farce war, eine Farce vergleichbar der eines Staates der SU, sich aus dieser zu lösen.

Es war somit gerade nicht zuerst der Gedanke der Loslösung da, sondern der der Beherrschung des Ganzen durch einen Teil.

Die linke Diskussion krankt nun daran, daß sich jahrzehntelang ein idealistischen Bild von den Vielvölkerstaaten gemacht wurde. Sie hat, bei aller sonstigen scharfen Kritik gegenüber den Machtstrukturen innerhalb des realen Sozialismus, geglaubt, daß die nationalen Widersprüche zwischen den verschiedenen beteiligten Staaten aufgehoben sein würden. Wir sind größtenteils dem Irrglauben verfallen - oder es hat uns nicht interessiert -, daß trotz der sonst geübten Kritik gegenüber diesem System, die Menschen über die nationalen Grenzen hinweg einen wirklichen Internationalismus pflegen würden. Dieser Irrglaube, das System des realen Sozialismus habe diese Grenzen wirklich überwunden, wird heute immer noch in der Hinsicht gepflegt, wenn für die heutigen Nationalitätenkonflikte allein neue nationalistische Strömungen oder der Einfluß von Kräften von außen, in Bezug auf Jugoslawien die BRD, verantwortlich gemacht werden. Den inneren Problemen, und damit den eigentlichen, kommt man jedoch nur dann näher, wenn gesehen wird, daß in diesem realsozialstischen System versucht wurde, die nationalen Widersprüche zu relativieren, dies aber

offensichtlichen nicht zu einem Grade gelungen ist, daß sie in einer Situation der tiefgreifenden Krise aufgefangen werden können.

Es ist zwar ein gutgemeintes Anliegen, aber real ein völlig untaugliches Instrument, für Konflikte dieser Art einfach nur den Kampf zwischen Oben und Unten zu propagieren. Es gibt real weder in Jugoslawien noch in der ehemaligen Sowjetunion die Perspektive der Revolution von unten, anders als man vielleicht noch nach dem ersten Weltkrieg die Perspektive hätte beschreiben können. Es gibt jetzt nur die Möglichkeit - und selbst die ist schon fast utopisch -, diese Art der Konflikte mit einer die verschiedenen Bevölkerungsschichten übergreifenden Politik der Verständigung zu überwinden. Dies ist der Versuch der Regierung in Bosnien-Herzegowina gewesen. Sie ist am Nationalismus Serbiens und in zweiter Linie der Kroaten gescheitert.

Dies ist kein Plädoyer für die Aufteilung bestehender Staaten, auch nicht bestehender Staatenbündnisse nach ethnischen Kriterien. Im Gegenteil ist dies für eine emanzipatorische Politik ein völlig untaugliches Kriterium. Dennoch muß auch in die Überlegungen mit eingehen, daß nicht jedem Loslösungsgedanken ein Herrschaftsanspruch im nationalistischen Sinne innewohnt, sondern dies konkret auch eine Erscheinungsform des Widerstandes gegen herrschaftssüchtige Regionalmächte ist. Vom internationalistischen Gedanken her wäre zwar eine Propagierung der sozialen Befreiung von Unten wünschenswert, vom gleichen Gedanken her könnte jedoch eine internationale Gemeinschaft von Staaten, die unter absolutem Gewaltverzicht miteinander leben, ein Schritt sein, um die Politik auf die inneren Verhältnisse zu konzentrieren.

In der Linken selbst wird das Lostrennungsrecht mit verschiedenen Ellen gemessen und je nach Sympathie wird es den einen zuerkannt, während die anderen mit diesem Begehren den Stempel rechts, reaktionär und nationalistisch erhalten. Beispielweise wird von Teilen die Lostrennung Nordirlands von Großbritannien ebenso unterstützt wie lange Zeit die Forderung baskischer Organisationen nach einem eigenen Staat. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in den verschiedenen Teilen Kurdistans steht überhaupt nicht zur Debatte.

Generell ist ein solches Bestreben nach staatlicher Unabhängigkeit mit einer nationalen Ideologie verbunden. Dieses wird im linken Diskurs je nach Sympathie mit den Begriffen "nationale Unabhängigkeitsbewegung" resp. "nationale Befreiungsbewegung" oder "nationalistische Bestrebungen" versehen. Die jugoslawischen Völker haben das Pech durch die Bank weg beim letzteren zu landen, allerdings auch hier mit feinen Unterschieden. Die Kroaten sind offenkunden per se Nationalisten, gleiches gilt auch für die Slowenen. Bei den bosnischen Muslimen ist man indifferent, während der serbische Nationalismus gar nicht auftaucht. Da er heute scheinbar den imperialistischen Mächten entgegensteht, erhält er fast die Weihe der "nationalen Widerstandsbewegung".

Im Gegensatz dazu steht in der Realität fest, daß beispielsweise der slowenische Nationalismus für die übrigen Völker ähnlich gefährlich ist wie der dänische (auch den gibt es) für seine Nachbarn. Dazu im Gegensatz haben die nationalistischen Kräfte Serbiens mit der militärischen Einverleibung des Kosovo schon lange vor dem Beginn des jetzigen Kriegs bewiesen, daß von ihm eine tatsächliche Gefahr für seine Nachbarn ausgeht. Eine ebensolche Gefahr geht von den kroatischen Nationalisten aus, die ebenso wie die serbischen eine ethnisch "gesäuberte" Nation vereinigen wollen. Aber gerade dies kann den bosnischen Muslimen nicht vorgeworfen werden, die als einzige politische Kraft für einen wirklichen Vielvölkerstaat eingetreten sind. Es stellt diesen Ansatz geradezu auf den Kopf, wenn gerade sie aus der Linken heraus für die Zerstörung des Gedankens des Vielvölkerstaates verantwortlich gemacht werden. Dies kann man eben nur dann, wenn man das unbedingte Festhalten am einheitlichen Jugoslawien als Synonym hierfür ansieht.

Die chinesischen Kommunisten prägten in den sechziger Jahren die Losung: "Völker wollen Befreiung, Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen...(?)" Es war eine Zeit, in der die internationalen Verhältnisse und Beziehungen sehr stark von revolutionären Veränderungen (mit dem Anspruch der nationalen in Verbindung mit der sozialen Befreiung) geprägt waren. Linke Politik hatte zum Gegenstand die Veränderung staatlicher Ordnungen und imperialistischer Herrschaften. Heute ist die internationale Lage davon geprägt, daß aus dem Zusammenbruch des Systems des realen Sozialismus neue Nationalstaaten im Kampf gegen die ehemaligen Zentralmächte entstehen. Dies wird gegenwärtig (noch) nicht begleitet von Kämpfen um die soziale Befreiung. Dennoch greift die Charakterisierung dieser Bestrebungen allein als nationalistisch zu kurz. Offenkundige Tatsache ist, daß innerhalb des Systems des realen Sozialismus eine Ungleichheit der beteiligten Nationen geherrscht hat, die jetzt mit dem Machtverlust der Zentralen ihren Ausdruck im Unabhängigkeitsstreben findet.

Beherrscht werden diese Bestrebungen nicht von fortschrittlichen und sozialen Gedanken, sondern von bürgerlichen und nationalistischen. Damit einher gehen die Bestrebungen der ehemaligen Zentralmächte sowie der westlichen imperialistischen Mächte, diese neuen Nationalstaaten in ihren jeweiligen Herrschaftsbereich einzuverleiben.

Nicht die Entstehung neuer (bzw. jetzt unabhängiger) Nationalstaaten ist das eigentliche Übel, denn beispielsweise für das ehemalige Jugoslawien ist überhaupt nicht gesichert, daß ein einheitlicher Staat für die dort lebenden Menschen ein mehr an sozialer Sicherheit, sozialer Gleichheit und demokratischer Freiheit bedeuten würde. Es könnte sogar sein, daß dies oder der Kampf um diese Ziele in den einzelnen Staaten besser gewährleistet wäre.

Die radikale bzw. revolutionäre Linke, die sich in den siebziger und achtziger Jahren vor allem mit der revolutionären Veränderung in der Welt beschäftigt hat, wird gegenwärtig vor die Frage gestellt, ob sie sich zu den so aufgeworfenen zwischenstaatlichen Beziehungen äußern will. Entblößt der Waffe, auf die Revolution von Unten zu verweisen, weil diese Tendenz nicht real ist, bleibt die Denunziation der imperialistischen Herrschaft und Absichten. Es gibt gute Gründe, sich gar nicht der Frage zu stellen, ob Kuwait ein wirklich eigenständiger Staat war, ob es lohnenswert wäre ihn gegen eine Aggression von außen zu verteidigen. Denn ob es für die Menschen der Unterschichten einen wirklichen Unterschied machen würden, unter der Herrschaft der kuwaitischen Scheichs oder der irakischen Baath-Partei leben zu müssen, kann manchmal nur schwer beantwortet werden. Wendet man sich jedoch gegen die Gewaltverhältnisse und den nationalistischen Anspruch von Regionalmächten ebenso wie gegen die imperialistische Herrschaft über die kleinen Staaten, dann wird die Linke auch zu diesem Problem Stellung nehmen müssen.

Auf Jugoslawien bezogen heißt dies, daß der Herrschaftsanspruch Serbiens noch lange nun "gut" ist, nur weil er im scheinbaren Widerspruch zu den imperialistischen Westmächten steht. Der Nationalismus Kroatiens wird nicht allein dadurch "schlechter", weil er sich Unterstützung in Deutschland sucht, sondern er ist reaktionär und faschistoid, weil er die ethnische Staatsbildung betreibt.

Ergreift man Partei im Kampf zwischen dem türkischen Zentralstaat und den nach Unabhängigkeit strebenden kurdischen Teilen, dann kann man sich auf die Anklage der türkischen Herrschaft beschränken. Selbstverständlich umfaßt dies nicht das ganze Problem. Nur völlig unkritische "Freunde des kurdischen Volkes" können leugnen, daß es auch einen extremen kurdischen Nationalismus gibt, der auch von Kräften wie der PKK getragen wird, was nicht besser wird durch die Bemäntelung durch den Marxismus-Leninismus. Unterstützt man die Forderung nach Unabhängigkeit wirklich, wird man nicht nur auch mit dieser nationalistischen Seite konfrontiert, sondern man sich auf diesen auch ein Stück weit einlassen, was nur relativiert werden kann, wenn mann gleichzeitig versucht, ihn zu kritisieren. Und was hat es diesem Zusammenhang mit der Forderung an die BRD-Regierung auf sich, sich gegen die türkische an die kurdische Seite zu stellen? Ist dies nicht die Aufforderung an eine Großmacht, sich einzumischen? Weshalb sollte sie es tun, glaubt man nicht an die moralische Seite und geht man nicht irrealerweise davon aus, das Volk der BRD stände hinter dem Kampf des kurdischen Volkes? Was wäre, wenn die kurdische Seite ihre staatliche Unabhängigkeit proklamieren würde (wenn sie sich denn selbst dazu in der Lage fühlte)? Würde dann nicht sofort an die Regierung der BRD die Forderung gestellt, diesen Staat anzuerkennen? Wer würde denn dann mit Argumenten kommen, eine solche Anerkennung wäre vorschnell, würde nur den Konflikt verschärfen? Und selbst wenn ein solcher Schritt zur Eskalation führen würde, wenn der türkische Zentralstaat darauf mit einem Massaker an der kurdischen Bevölkerung reagieren würde, würde keine Linke auf die Idee kommen, hierfür die separatistischen Neigungen der kurdischen Seite verantwortlich zu machen.

Es gab einmal eine Übereinkunft in der Linken, daß alles, was dem imperialistischen System schadet, gut ist. In diesem Sinne wurden neben den nationalen Befreiungsbewegungen auch alle nationalen Sonderwege zu antiimperialistischen Bewegungen hochstilisiert. (Siehe beispielsweise die nasseristische Bewegung in den arabischen Statten.) Danach hätte man aber auch den Irak in seinem Weg unterstützen müssen. Danach müßte man unbedingt dem Untergang des sowjetischen Zwangssystems nachtrauern. Nur wenige sind zu einer solchen Konsequenz bereit. Die direkte oder indirekte Parteinahme für die serbische Seite im jugoslawischen Streit ist ein sichtbares Ergebnis dieser Haltung. Nur wird verkannt, daß dies ein letztes Aufbäumen vor dem endgültigen Zusammenbruch dieser Art von Gesellschaftssystem ist.

Die Welt ist mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems dem imperialistischen System neu vor die Füße gelegt worden. Aus dem Zusammenbruch des ersteren folgt zwingend, daß es keinen gemeinsamen Behauptungskampf geben wird. Dies mag man aus rationalen Gründen anklagen und muß es in den Fällen der nationalistischen Unhumanität, nur geht es an den Voraussetzungen vorbei, die zum Zusammenbruch geführt haben. Es wird eine Phase der Trennung und Teilung geben, die die Kräfte in diesem gesamten Lager neu sortiert. Erst wenn diese Phase abgeschlossen ist, wird die soziale Frage - im umfassenden Sinne - wieder zum tragenden Widerspruch werden können. Diesem Prozeß entgegenzuwirken ist nicht einmal zweckmäßig, da es aller Logik und der dialektischen Auffassung widerspricht, daß das Alte nicht in gleicher Form etwas Neues hervorbringen kann. Im schlechtesten Fall dient dies nur der eigenen Befindlichkeit. Und so ist denn ja auch die Praxis, denn die Anklage gegen den Nationalismus, den Separatismus, die Zersplitterung ist ja beileibe kein Gegenstand der Auseinandersetzung mit Kräften in diesen Ländern, sondern in erster Linie Instrument der hier stattfindenden innerlinken und innenpolitischen Auseinandersetzung. Auch muß gesehen werden, daß dieses realsozialistische System an seinem Ende nur marginale Kräfte übrig gelassen hat, die für einen emanzipatorischen Weg eintreten.

Auch wenn sich dies für manche als Plädoyer für eine Nichteinmischung in diese Konflikte lesen mag, ist gerade das Gegenteil gemeint: die unbedingte Einmischung, die unbedingte Anprangerung der nationalistischen Irrationalismen, die unbedingte Anprangerung des Nationalismus als Herrschaftsideologie, aber eben nicht vom Standpunkt, daß dies alles nur dem Imperialismus dient, nur vom Standpunkt des aufgeklärten Westlinken, sondern vom Standpunkt der eigenen Geschichte und des sozialen Zusammenlebens in diesen Ländern selbst. Denn alle Warnung vor dem Kapitalismus und dem Imperialismus wird verpuffen, wenn die Menschen sich an seiner Seite ein besseres Leben versprechen - und in dieser Hinsicht ist sich leider die Mehrheit der Serben, Kroaten, Slowenen und Bosnier einig.

Es gibt keinen Weg zurück. Man kann sich klammern an den Umbruch von 1917; man kann beklagen, daß hinter diesen einmal erreichten historischen Fortschritt zurückgegangen wird. Nur steht es der Linken am wenigsten an, diese Anklage zu führen, ist dieser Zusammenbruch doch auch Ergebnis ihrer Politik (und nur diejenigen Teile, die ahistorisch denken, könnten meinen, es wäre ganz anders gelaufen, wenn die heute lebenden Linken früher in das Zeitgeschehen hätten eingreifen können). Das, was heute in den ehemaligen Gesellschaften des realsozialistischen Systems passiert, ist zu ganz wesentlichen - nicht ausschließlich - Ergebnis des Versuchs der Linken, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Daran werden wir uns messen lassen müssen, zumindest aber werden alle weiteren politischen Gedanken der Linken daran gemessen werden.

he., Hamburg

30. HistorikerInnen-Notizen: Gottvater und sein Musterschüler

Autor: Felicitas Walka · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:21

Die deutsche Geschichte und die Geschichte der deutschen Historiker hat ein neues Element. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vollzieht sich die Verdammung der Geschichte des eines deutschen Staates, einhergehend im besonderem Fall mit der Verdammung der Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft dieses Staates. Nicht zufällig fällt dieses sicherlich auch mit einer neuen Betrachtung der Zeit des Faschismus zusammen.

Der Bielefelder Historiker Hans Ulrich Wehler ist als ein streitbarer Verfechter der Geschichtswissenschaft und einer kritischen Sozialwissenschaft bekannt. Seine Publikationen über das deutsche Kaiserreich, sein großangelegter Versuch einer Gesellschaftsgeschichte aber auch seine Herausgabe einer "Neuen Historischen Bibliothek" im Suhrkamp Verlag sind hierzulande als Meilenstein eines Weges anzusehen, auf dem traditioneller Historismus wie Obrigkeitsfixierung deutscher HistorikerInnen überwunden werden sollten. Die angestrebte Geschichte einer deutschen Gesellschaft in deren Gesamtzusammenhang versteht Wehler durchaus als Gegenentwurf zu marxistischer Geschichtsschreibung, gleichwohl bilden deren kritischer Grundzug wie deren sozialgeschichtlicher Nenner ein Paradigma der Geschichtsschreibung, dessen Tragfähigkeit und Produktivität bedeutende Leistungen ermöglicht hat.

Hans Ulrich Wehlers polemischer Essay "Entsorgung der deutschen Vergangenheit" von 1988, mit dem er vehement und entschieden zu den politischen und historiographischen Streitfragen im sog. HistorikerInnenstreit Stellung nahm, ist ein großes Beispiel der verantwortungsvollen Parteinahme eines Historikers für die Gegenwart und Zukunft dieses Landes. Seine Analyse und (Zwischen-)Bilanz jener öffentlichen Kontroverse benannte die wichtigsten Punkte aus einer kritischen Perspektive, erörterte die umstrittensten Sachfragen, verwies auf die wissenschaftstheoretischen Grundlagen und die erkenntnisleitenden Interessen der Teilnehmer und legte ohne diplomatische Umschweife die politischen Ziele des Geschichtsrevisionismus sowie die Zusammenhänge zwischen seinen Argumentationsmustern, den bemühten historischen "Fakten" und jenen Zielen dar.

Wehler kam 1988 zu dem Schluß: "Obwohl sich in der Öffentlichkeit die Vertreter einer liberal-demokratischen Politik, einer aufgeklärten, selbstkritischen Position, einer ideologiekritischen Rationalität gegenüber dem Verdrängungs- und Beschönigungskartell bisher argumentativ eindeutig durchgesetzt haben, wird der Streit auch deshalb weitergehen, weil die politischen Verhältnisse im Zeichen der gestärkten ‚Wendepolitik` all jene, die dem neuen Zeitgeist geflissentlich zu Diensten sein wollen, animieren werden, ihre Anstrengungen weiter fortzusetzen. Daß sich diese mit viel irregeleitetem Fleiß betriebenen Bemühungen nicht nur auf ein politisch-historisches Plädoyer beschränken, sondern bereits in überaus konkrete Zensurmaßnahmen und personalpolitische Entscheidungen umgesetzt werden, ist überdies schon klar erkennbar. Es handelt sich also keineswegs nur um einen heftigen ‚Kampf um die Geister`, sondern auch um zielbewußte neokonservative Machtpolitik, welche sich über die vielbeschworenen Kriterien sachbezogener Wissenschaftlichkeit, wenn's denn den eigenen Zwecken frommt, offenbar bedenkenlos hinwegzusetzen Willens ist."(S. 11)

Im Unterschied zu den damaligen heftigen Auseinandersetzungen regt sich allerdings gegen den viel breiter formierten und längst als ideologisches Scharnier zwischen den konservativen Machteliten und der neuen Rechten fungierenden historischen Revisionismus der Gegenwart kaum noch eine öffentliche Opposition. Gerade weil dieser Revisionismus zunehmend den strukturanalytischen Ansatz der historischen Sozialforschung überlagert, sich dabei aber geschickt auf die affirmativen Tendenzen einer "Historisierung des Nationalsozialismus" in der Zeitgeschichte der BRD stützt und zugleich deren Defizite aufgreift, wäre hier schon im Interesse der Verteidigung eigener Positionen Widerspruch zu erwarten gewesen. Die Kernthese dieser Autoren, nach der der deutsche Faschismus geradezu einen unverzichtbaren und überdies gewollt revolutionären Durchbruch Deutschlands zur "Moderne" darstelle und so in deren teleologisch konstruierte Genese legitim hineingehöre, erzeugte die Kanalisationswirkung einer Schleusenöffnung: Sie ließ die angeblich sozial progressiven Institutionen der "Polykratie" des NS-Regimes und deren Sozialpolitik ebenso rehablitieren, wie sie die Politik der Massenvernichtung zur Randerscheinung eines säkularen Prozesses der

"Modernisierung" verschob. Dieser Revisionismus ließ jene durchaus regulativ gemeinte Propagandaformel der NS-"Volksgemeinschaft" nunmehr zur gesellschaftlichen Realität avancieren und den Faschismus in der Verknüpfung von sozialhistorisch rehabilitierter "Volksgemeinschaft" und hegemonialpolitisch rehabilitierter preußisch-deutscher Machtstaatlichkeit als ein historisches Instrument definieren, das durchaus - natürlich "gemäßigt" und modifiziert - Legitimationsfunktionen für die "Modernisierung" der deutschen Gesellschaft einschließlich eines modernisierten Aufbruchs zu neuen Ufern einer Vormachtstellung zu erfüllen versprach. Die Spezifik dieses neuen historischen Revisionismus besteht nun darin, daß er nicht mehr defensiv die faschistische Diktatur als Betriebsunfall im "Weltbürgerkrieg" legitimiert, sondern offensiv als Mittel zur vollständigen Beseitigung der anstößigen Reste der westdeutschen Demokratisierungsprozesses der 60er und 70er Jahre und zur affirmativen historischen Legitimation deutscher Hegemonialpolitik zu handhaben ist. Von all jenen HistorikerInnenn, die nach 1986 gegen die Revisionsversuche von Nolte, Hildebrand, Stürmer und anderen Partei ergriffen, ist bisher nichts gegen den neuen Geschichtsrevisionismus zu vernehmen. Aber auch zu den von Medien, Gerichten, Regierungspolitik und nicht wenigen HistorikerInnen massiv unternommenen Bemühungen, die faschistische Vergangenheit Deutschlands und deren Behandlung in der Nachkriegsbundesrepublik nunmehr auf Kosten der Geschichte der DDR endgültig zu "entsorgen" , war von Hans Ulrich Wehler kein Wort des Einspruchs zu hören. Im Gegenteil. Wehler trat durchaus streitbar in die Schranken, allerdings für die Zerstörung der DDR-Geschichtswissenschaft.

Sicher ist die so grundverschiedene Reaktion wesentlich mit darauf zurückzuführen, daß sich die meisten jener HistorikerInnen, die Mitte der 80er Jahre dem Geschichtsrevisionismus Noltes entgegentraten, darunter auch die Repräsentanten kritischer Strukturgeschichte, nach dem Sommer 1990 an der Zerstörung der DDR-Geschichtswissenschaft und ihrer Institute beteiligt haben, statt deren Reform und Entwicklungsbemühungen zu unterstützen. Wer sich den ideologischen Rechtfertigungsmustern der unkritischen Überstülpung des westdeutschen Gesellschafts- und Wissenschaftssystem auf die aus der DDR hervorgegangen Länder unterordnete, selbst in dieser oder jener Weise an der Landnahme partizipierte, beugte sich zunächst praktisch unter das Joch des neuen "Nationalbewußtseins". KeinE kritischEr HistorikerIn konnte über die Rückwirkungen auf die eigene Theorieentwicklung im Zweifel sein. Die Beteiligung der professionellen HistorikerInnen an der "Abwicklung" der DDR-Geschichtswissenschaft zeitigt bereits heute fatale Folgen, in deren Fortgang eine kritische Historiographie zu verschwinden droht. Die neue Position Deutschlands im internationalen Kräfteverhältnis führt innerhalb der Geschichtsschreibung zu einer entsprechenden Schwerpunktverlagerung: hin zu Fragen der internationalen Politik und der Rolle der Außenpolitik für eine hegemoniale Stellung.

Das Schweigen selbst zu provokativen Generalattacken auf die gesamte kritischen Sozialgeschichte seit den 70er Jahren kontrastiert merkwürdig zu den klar formulierten Stellungnahmen Hans Ulrich Wehlers zur DDR-Historiographie. Zum HistorikerInnentag von 1992 in Hannover veröffentlichte er in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 18. September 1992 ein Interview, in welchem er seinen bundesdeutschen Kollegen, die in Evaluierungs- und Berufungskommissionen an ostdeutschen Universitäten die Politik der "Abwicklung" vor Ort exekutierten, herbe Vorwürfe machte. Diese westdeutschen Kollegen hätten sich vor dem Vorwurf der "Kolonialisierung" gefürchtet und seien aus diesem Grunde viel zu nachsichtig gewesen. Hans Ulrich Wehler dagegen hält - mit einer großartigen Ausnahme - alle aus der DDR kommenden HistorikerInnen durch die Bank für berufsuntauglich. Die von ihnen produzierten Tonnen von Literatur könne man getrost vergessen. Statt Nachsicht zu üben, müsse man jenen Unfähigen "hart widersprechen" und "sie mit dem grandiosen Unfug der Volksverdummung" immer wieder konfrontieren. Und um jene "Dogmatiker, ... die sich ... aufgrund von Arbeitsgerichtsentscheidungen vorerst" in ihren Stellungen halten konnten, ein für allemal aus diesen zu entfernen, trat Wehler selbst in die Schranken und lieferte dem Berliner Arbeitsgericht ein Gutachten, mit dem einem Ostberliner Kollegen ein Berufsverbot verpaßt werden sollte. Nun war die Qualität dieses Gutachtens so beschämend, daß es vor Gericht die ihm zugedachte Rolle nicht zu spielen vermochte. Es schien beinahe, als habe seinen Verfasser der Abscheu vor den zu begutachtenden Schriften so überwältigt, daß er sie gar nicht zu lesen vermochte.

Die großartige Ausnahme in der vernichtenden Bewertung der DDR-HistorikerInnen ist Hartmut Zwahr, Sozialhistoriker an der Universität Leipzig. Aber er erhielt dieses Prädikat nicht allein aufgrund seiner Arbeiten, sondern auch, weil er nach 1989 politisch übergelaufen ist und vor allem, weil er den Maximen Wehlerscher Sozialgeschichte folgt.

Dieses Sonderlob aus der Feder Hans Ulrich Wehlers macht neugierig, neugierig auf neue Produktionen des Gelobten, aber es regt auch zur Lektüre an. In seiner marxistischen Periode schrieb der polnische Philosoph Leszek Kolakowski auch ein Büchlein unter dem Titel "Der Himmelsschlüssel oder Erbauliche Geschichten nach der Heiligen Schrift zur Belehrung und Warnung". Sie wurde noch im Erscheinungsjahr der polnischen Originalausgabe - 1964 - vom Suhrkamp Verlag auf deutsch herausgebracht und seither mehrfach wiederaufgelegt. Eine dieser Geschichten, - "Noah oder die Versuchungen der Solidarität" - beschreibt, warum Noah von der Absicht der Vernichtung des Menschengeschlechtes ausgenommen wurde und welche Folgen das hatte. Darin heißt es: "Noah war ein gewaltiger Speichellecker. Wenn ein Lehrer, von dem jeder weiß, daß er heftig, mißgünstig, jähzornig und rachsüchtig ist die Klasse anschreit und nur einen einzigen Schüler mit Lob überhäuft, so kann man leicht erraten, welches Ausmaß die Speichelleckerei des privilegierten Zöglings erreicht haben muß."

Nun liegt es mir fern, die hier in Rede stehenden Personen mit den Hauptgestalten von Kolakowskis erbaulicher Geschichte vergleichen zu wollen. Wer wollte schon an Gott oder an Noah gemessen werden. Doch hinsichtlich der Versuchungen und der Versagungen der Solidarität und des moralischen Dilemmas Noahs regt diese Geschichte zum Überdenken des moralisierenden Anspruchs jene sich als Staatsanwälte gerierenden bundesdeutschen HistorikerInnen an.

Hartmut Zwahr veröffentlichte 1993 das Buch "Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR". Das Werk eines so gelobten Historikers und noch dazu über einen solchen Gegenstand darf natürlich gespannte Aufmerksamkeit beanspruchen. Und tatsächlich kann es in einer Hinsicht als signifikant gelten: Es verkörpert par excellence den wissenschaftlichen Abstieg eines fähigen Historikers. Anspruch und Leistung klaffen peinlich auseinander, die Geschichtswissenschaft bleibt auf der Strecke und allenfalls die nackte, unmittelbare, reflexionslose Chronologie von Ereignissequenzen bleibt übrig.

Der Leipziger Geschichtsprofessor steht am Straßenrand und schreibt sehr fleißig alle Losungen der Demonstranten am Montagnachmittag in sein Notizbuch, und auch noch jene dazu, die ihm berichtet werden. Aber trotz hautnaher Berührung geht er an der Realität vorbei. Denn während er notiert, läßt er die kritische Reflexion der HistorikerIn erst einmal aussetzen, aber auch danach schien er nicht prüfen zu wollen, welcher Kontext und welche Implikationen solchen Losungen wie "Wir sind das Volk" eignete. Er blieb Chronist und wollte nicht danach fragen, worin denn der wirkliche Handlungsspielraum dieser Demonstranten jeweils bestand und vor allem, wie er zustande kam.

Der aufmerksame Beobachter am Straßenrand entdeckte, daß bei allem radikalen Wandel der Losungen die Masse der Leipziger Montagsdemonstranten doch dieselbe blieb. Die Veränderung des politischen Charakters der Demonstrationen geschah mit ihnen. Aber so konsequent der Chronist bei der Unmittelbarkeit der Ereignisse verblieb, so unbedarft ging er mit ihren großen Kennzeichnungen um: Nach der "Revolution" des Herbstes folgte die "Nationale Revolution" und unbekümmerter ist nur noch die bereits peinliche Lobpreisung der Rolle Leipzigs in diesen "Revolutionen".

Hartmut Zwahr mokiert sich in seiner Schrift über jene anderen Geschichtenerzähler, die "aus dem Bedürfnis nach historischer Sinnbildung" Vereinfachungen und Mutmaßungen über den Untergang der DDR am laufenden Band produzierten. Wenn ein gewöhnlicher Geschichtenerzähler nichts anderes beansprucht, als eben dies zu sein und prosaische Geschichten vorträgt, so mag das noch hingehen. Das "Bedürfnis nach historischer Sinnbildung" bestimmt die vorliegende Schrift von Hartmut Zwahr jedoch in besonderer Weise, so daß er die prosaischen Ereignisse als Chronist nicht nur in ihrer Unmittelbarkeit protokolliert, sondern im eifernden Tonfall des politisierenden Pfarrers aus jener Zeit darüber hinaus auch verklärt. So bietet sein Buch den Musterfall dafür, daß das Produkt einer professionellen HistorikerIn nicht automatisch Geschichtsschreibung sein muß, wenn sie sich zur ChronistIn des öffentlichen Geschehens auf den Straßen seiner Stadt macht.

Felicitas Walka

31. Ein mörderischer Streit. Zu den Auseinandersetzungen in Devrimci Sol

Zu den Auseinandersetzungen innerhalb von Devrimci Sol

Autor: Peter Gröger · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:05

Am Abend des 1. Mai 1993 wurde Ercan Sakar in Berlin erschossen. Er wurde Opfer des Kampfes zwischen zwei verfeindeten Flügeln von Devrimci Sol (Revolutionäre Linke). Seit Jahren übt sie durch ihre organisierte Militanz eine große Faszination auf Teile der radikalen und antiimperialistischen Linken in der BRD aus. Viele Erklärungen von Dev Sol oder von Dev Sol dominierten Organisationen wurden in Zeitungen der Autonomen wie "Radikal" oder "Interim" veröffentlicht. Da aber nur wenige deutsche Linke eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit Dev Sol, und auch nicht mit anderen "ausländischen" Organisationen, führen, soll hier in groben Zügen die Geschichte von Dev Sol und die Hintergründe der gewalttätigen Auseinandersetzungen beschrieben werden. Bewaffnete Auseinandersetzungen innerhalb der Linken dürfen nicht ignoriert werden. Um die weitere Eskalation der Ereignisse zu stoppen, müssen Konsequenzen gezogen werden! Dazu bedarf es der Hintergrundinformation.

Geschichte von Devrimci Sol

Devrimci Sol steht, wie einige weitere Organisationen der türkischen Neuen Linken, in der Tradition der "Türkischen Volksbefreiungspartei - Front" (THKPC). Diese war in der Zeit von September 1970 bis März 1972 aktiv, organisierte sich überwiegend aus Studierenden und führte den bewaffneten Kampf gegen das politische System in der Türkei. Ihre Hauptthesen waren:

"1.) Die Türkei ist ein halbkoloniales Land, in dem ein abhängiger, seiner Eigendynamik entkleideter Kapitalismus vorherrscht. Die Aspekte einer demokratischen Revolution (z.B. Agrarreform) sind dadurch in den Hintergrund getreten.

2.) Da die Türkei auf dieser Basis in einer permanenten wirtschaftlichen und politischen Krise steckt, kann keine Rede von einer langfristigen politischen Stabilität und ihr angemessenen friedfertigen Kampfformen sein.

3.) Der bewaffnete Kampf, der gleich allen anderen Kampfformen von einer proletarischen Partei anzuleiten ist, hat zunächst die Aufgabe, die - so Mahir Cayan (einer der wichtigsten ideologischen Führer der THKPC; d.Verf.) - ‚künstlich von Staat und Imperialismus aufrechterhaltene Balance` zu erschüttern, um so das Entstehen der revolutionären Situation zu ermöglichen. "(1)

Nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 - der anfangs Hoffnungen auf eine "linke Junta" geweckt hatte, sich dann die rechten Kräfte aber durchsetzten - wurde die THKPC innerhalb eines Jahres zerschlagen, ihre Führer ermordet und viele Mitglieder in den Gefängnissen zu Tode gefoltert. Die Ideen der THKPC wurden aber von der türkischen Studentenbewegung aufgegriffen und wurden weitgehend zur ideologischen Grundlage der "Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei" - bekannt als Devrimci Genclik (Revolutionäre Jugend), kurz Dev Genc.

Aus Dev Genc entwickelte sich 1977 die revolutionäre Massenbewegung Devrimci Yol (Revolutionärer Weg), kurz Dev Yol. Ausgehend vom Begriff des neokolonialen Status der Türkei, den die THKPC geprägt hatte, wurde das System in der Türkei als "Faschismus kolonialen Typs" bezeichnet. Unter Bezugnahme auf Thesen von Dimitroff über die südosteuropäischen Länder ging man davon aus, daß der Faschismus in solchen Ländern nicht über eine Massenbewegung durchgesetzt wird, sondern über eine von oben betriebene Faschisierung; unter Wahrung eines gewissen demokratischen Rahmens.

Erst wenn der Faschismus sich in diesem Prozeß eine Massenbasis verschafft habe, könne er den demokratischen Rahmen völlig außer Kraft setzen. Für die Türkei wurde der Begriff des "verdeckten Faschismus" geprägt, der aber in Situationen, in denen die Krise mit den Institutionen des Systems nicht mehr bewältigt werden könne, offen zutage träte - wie in der Phase nach dem Putsch von 1971.

Der Hauptwiderspruch bestehe zwischen dem Volk und der vom Imperialismus abhängigen Oligarchie, welche versuche, die Last der Krise auf die Bauern und Arbeiter abzuwälzen und den sich rasch entwickelnden Widerstand mit Hilfe der sogenannten Zivilfaschisten zu zerschlagen.

Ausgehend von dieser Feststellung war der antifaschistische Kampf von zentraler Bedeutung für den revolutionären Kampf. Hier entwickelte Dev Yol das Konzept der Widerstandskomitees, um die faschistischen Angriffe gegen eine breite gesellschaftliche Oppositionsbewegung zurückzuschlagen und ein Stück Gegenmacht aufzubauen. Die Komitees sollten möglichst weite Kreise der Linken und der Bevölkerung auf lokaler Ebene im antifaschistischen Widerstand zusammenschließen. Durch den Bau von Barrikaden, das Aufstellen von Wachen und durch Selbstschutzmaßnahmen auf den Wegen zu Schulen und Universitäten, wo oft faschistische Angriffe erfolgten, sollte die Verteidigung organisiert werden.

Mit dem Aufbau einer Selbstverwaltung und der Regelung von Problemen und Streitigkeiten auf lokaler Ebene sollte die Bevölkerung in den politischen Prozeß einbezogen werden. Dev Yol begriff die Widerstandskomitees als Keimzellen für die Volksherrschaft und nicht als Ablösung der staatlichen Herrschaft durch die Herrschaft der Linken. Durch die gemeinsame antifaschistische Praxis vor Ort sollte eine möglichst umfassende Widerstandsfront aller linken und antifaschistischen Kräfte im ganzen Land zustandekommen. Den Aufbau einer Partei sah Dev Yol zwar als unerläßlich an, ging aber davon aus, daß die Bedingungen dazu nicht reif waren, und daß dem ein ideologischer Klärungsprozeß vorangehen müsse. 0(2) Mit dieser politischen Konzeption hatte Dev Yol zeitweilig einen Masseneinfluß, der keinen Vergleich mit anderen, europäischen revolutionären Organisationen hat.

Aus der Massenbewegung Dev Yol (die Zeitung "Devrimci Yol" hatte zeitweise eine Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren) entstand 1978 als Abspaltung Devrimci Sol. Die Begründung für ihren eigenständigen Weg war der sogenannte Verrat des Erbes der THKPC, deren Ideen von der Führung von Devrimci Yol angeblich nicht richtig weitergeführt wurden: "Aus diesem Grund konnte weder eine Weiterentwicklung in der Bildung von Kadern und eine Vollendung einer ideologischen Vereinheitlichung erreicht werden. Unter diesen Bedingungen kämpften die marxistisch-leninistischen Kader in der Devrimci Yol-Bewegung (die späteren Dev Sol'ler; d.Verf.) gegen die organisatorische und politische Führung. So entstand Devrimci Sol 1978 als Ergebnis dieses Kampfes. (...) Devrimci Sol ist die Nachfolgerin der THKPC; sie entstand aus dem von der THKPC geschaffenen Potential und entwickelte sich weiter." (3)

Devrimci Sol führte ihren Kampf in Form von Kampagnen mit einem konkreten propagandistischen Ziel, die sich über ein, zwei Monate hinzogen und denen neue Kampagnen folgten. Diese Kampagnen (z.B. gegen faschistischen Terror, gegen Preissteigerungen, gegen Folter auf Polizeiwachen u.v.a.) wurden begleitet von Demonstrationen, die von bewaffneten Ordnern geschützt wurden und von aufsehenerregenden Aktionen: Beispielsweise wurden an zentralen Plätzen Transparente aufgehängt, die teilweise durch Bomben vor dem Abhängen durch die Polizei gesichert wurden.

Auch antiimperialistische und internationalistische Solidaritätsaktionen standen von Anfang an im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Z.B. im November 1978 eine Demonstration vor den Konsulaten der USA, Israels und Ägyptens "um gegen das Camp David Abkommen zu protestieren, was einen Angriff auf den Kampf des palästinensischen Volkes gegen Imperialismus und Zionismus darstellte - es wurde ein Versuch unternommen, das Gebäude des US-Konsulats in Brand zu setzen und das Gebäude wurde zum Teil zerstört, alles am selben Tag." (3)

Die Kampagnenpolitik von Dev Sol, der Kampf gegen Faschisten und die internationalistischen Solidaritätsaktionen wurden auch nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 fortgeführt. Doch die Mord- und Repressionspraxis der Militärjunta hinterließ ihre Spuren. Die Bedeutung und der Einfluß der Linken in der türkischen Gesellschaft ging entscheidend zurück. Zwar regierte durch die Junta die Macht der Panzer und Gewehre, aber ein großer Teil der Bevölkerung begrüßte das Ende der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten, denen auch viele Unbeteiligte zum Opfer gefallen waren.

Der sichtbare Schwerpunkt der Aktivitäten von Dev Sol nach dem Putsch von 1980 lag auf der "Bestrafung" von Folterern, Polizeioffizieren, Militärs, Spitzeln, Angehörigen des türkischen Geheimdienstes MIT und

Mitgliedern der faschistischen MHP. Große Anstrengungen unternahm Dev Sol auch bei der Unterstützung und Befreiung ihrer politischen Gefangenen.

Im Rahmen einer Kampagne gegen die Verabschiedung einer neuen türkischen Verfassung durch die Junta 1982 wurde durch Dev Sol-Militante in Deutschland das türkische Konsulat in Köln besetzt. Diese Aktion, sowie die anschließende Kriminalisierung und das Verbot von Dev Sol in der BRD, führte in vielen Städten zu Solidaritätsbekundungen von westdeutschen Autonomen und Antiimperialisten mit Dev Sol.

Wie bei den meisten anderen revolutionären Organisationen aus der Türkei konzentrierte sich der Kampf von Dev Sol ab Mitte der achtziger Jahre auf die Anprangerung der von der Militärjunta seit 1983 zur Wahl gestellten Regierungen. Da die neu verabschiedete Verfassung es zuließ, daß jeder Regierungsbeschluß durch den "Nationalen Sicherheitsrat" und den Staatspräsidenten zurückgenommen werden konnte, bezeichneten Dev Sol und andere revolutionäre Organisationen das Regierungssystem der Türkei als "institutionalisierten Faschismus". Mit bewaffneten Aktionen und Bombenanschlägen auf Institutionen oder Vertreter des Systems führt(e) Dev Sol ihren "Kampf für die Revolution, für das Bewußtsein und die Ermutigung der Massen." (3)

Die Bestrebungen unter Arbeitern, Slumbewohnern, Studenten und Jugendlichen mit legalen Vorfeldorganisationen Fuß zu fassen hatten lokal einige Erfolge. Diese reichen aber weit hinter die Bedeutung von Dev Sol vor 1980 zurück. Selbiges gilt allerdings für alle linken türkischen Organisationen.

Die "vorübergehende Festnahme" des Vorsitzenden Dursun Karatas

Seit Mitte 1991 erlebte Devrimci Sol schwere Rückschläge. Polizeieinsätze gegen konspirativ angemietete Wohnungen führten zur Ermordung von führenden Dev Sol-Kadern und Militanten der "Bewaffneten Revolutionären Einheiten" SHD (Devrimci Sol - Silahli Devrimci Birlikler). Und wie so oft in der Geschichte revolutionärer bzw. marxistisch-leninistischer Organisationen, wurden dafür bald die "Fehler" jeweils anderer Teile der Organisation verantwortlich gemacht.

"Bei diesen zentralen Anschlägen verloren wir GenossInnen und KämpferInnen, die die Organisation in den schwersten Zeiten wieder aufgebaut und verteidigt hatten. Diese aufeinanderfolgenden Rückschläge haben unsere Organisation erheblich geschwächt. Die Fehler, die bei der Aufklärung dieser Rückschläge gemacht wurden - besser gesagt wurde ein ernstzunehmender Aufklärungsprozeß nie eingeleitet, sowie keine Vorsorgemaßnahmen getroffen, um eine Wiederholung dieser Fehler zu vermeiden - waren eine regelrechte Einladung für weitere Angriffe gegen Devrimci Sol.

Es kam noch hinzu, daß die Leitung aller Beziehungen und Aktivitäten bis ins kleinste Detail von einer Person und in aller Regel direkt über öffentliche Kommunikationsmittel geführt wurde. (...)

Es war nicht mehr möglich die Augen davor zu verschließen, daß die Organisation seit längerem alleine (von einer Person; d.Verf.) geleitet wurde. (Dursun Karatas; d.Verf.) Sogar die in einer kämpferischen politischen Organisation zwingend notwendigen Organe wie Zentralkomitee, allgemeines Komitee, militärisches Komitee, Sicherheitskomitee, wurden nicht gegründet sondern alles wurde auf seine Person konzentriert. Er sagte: ‚was ich sage, wird getan, ich lasse es nicht zu, über mich zu diskutieren.` Obwohl alle zentralen Publikationen mit ‚ZK` unterzeichnet waren, gab es in Wirklichkeit kein ZK. Und wie bitter es auch erscheint, wußten unsere führenden Kader und die ersten Verantwortlichen in der Türkei davon nichts. (...)

Der zweite Genosse an der Spitze unserer Bewegung, wurde nur weil er eine Diskussion darüber wollte, bestraft. Bis zu jenem Tag hatten wir, teils aus Rücksicht auf die Interessen der Bewegung, teils aus persönlichen Motiven, zu diesem, unsere Prinzipien verletzenden Verhalten einer einzigen Person, geschwiegen; wir hatten uns liberal verhalten. Diesen Fehler konnten wir nicht fortsetzen.

An dem nun erreichten Punkt haben drei unserer, an Schlüsselpositionen befindlichen Genossen, am 13. September 1992 in dieser Entwicklung interveniert und den Vertreter dieser 'Position' des verfälschten Verständnisses festgenommen. (Unser politischer Vertreter im Nahen Osten, Bedri Yagan, hat zusammen mit zwei anderen führenden Personen gegen die Kompetenzen des seit November 1991 im Ausland befindlichen Dursun Karatas vorübergehend interveniert.)

Es wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die Bildung einer provisorischen Plattform vorsah, auf der eine von den leitenden Kadern bestehenden Kommission gegründet werden sollte, die die Operationen (die Schläge gegen unsere Organisation) und die Behauptungen in dieser Hinsicht untersuchen sollte. Ferner wurde festgelegt, daß außer zwingenden Ausnahmen nicht in den Prozeß eingegriffen werden soll, sowie keine Umbesetzungen in der Organisation erfolgen sollten. Aber Dursun Karatas, der sich mit seinem egozentrischen Verständnis in Rechenschaftsangst befand, hat von Anfang an dieses Protokoll mit Füßen getreten, ohne geringste Achtung der revolutionären Prinzipien, ohne Vertrauen in die von den Kadern gegründete Kommission, hat er das Problem einseitig dem legalen Flügel (politische und kulturelle Vereine) offenbart.

Die Intervention vom 13. September ist zugleich die realistische Darstellung unserer Organisation. Die Organisation verfügt trotz vieler Kader im Stadium des Parteiaufbaus über keine Organe einschließlich eines ZKs. Die Notwendigkeit im Rahmen des Prinzipes der Einheit der politisch-militärischen Führung, sie von Anfang an, allgemein auch mit politischer Formation zu rüsten, wurde ignoriert, und den Kadern wurde einseitig die militärische Sicht eingeflößt.

Damit nicht genug, es wurde versucht, die Zentrale der Organisation vom Boden des eigenen Landes zu reißen und nach Europa zu evakuieren. (...) Es ist eine klare Realität, daß von einer im Ausland eingerichteten zentralen Basis aus, mit überwiegend technischen Mitteln, wie Fax, Telefon usw., der im eigenen Land dauernden Krieg nicht zu leiten ist." (4)

Diese Passage aus einem Papier der späteren Yagan-Gruppe beleuchtet den Anlaß der dann immer heftiger werdenden Auseinandersetzung, wobei nicht sicher ist, ob hierin auch der Grund liegt. Selbstverständlich ist bei illegal operierenden Organisationen die Sicherheitsfrage von enormer Bedeutung (eine Geringachtung kostet das Leben von GenossInnen). Insofern kann die in dieser Aussage liegende Kritik schon die gesamte Auseinandersetzung beschreiben, sicher kann dies jedoch nicht gesagt werden. Offenkundig ist jedoch, daß es eine grundsätzliche Kritik an der Leitungstätigkeit gegeben hat.

Der Tod von Ercan Sakar

Bedri Yagan, der die "Festnahme" von Dursun Karatas zu verantworten hatte, wurde im März 1993 bei einem weiteren Polizeieinsatz gegen eine Dev Sol-Wohnung in Istanbul getötet.

Beide Seiten, der "Yagan-Flügel" und der "Karatas-Flügel", gingen und gehen mit allen Mitteln, bis hin zu Schußwaffen, gegeneinander vor. Gegenseitig bezeichnen sie sich als Konterevolutionäre. Der "Putsch" führte zur Spaltung. Zur Zeit existieren zwei Organisationen, die den Namen Devrimci Sol tragen.

Diese Ereignisse schlugen sich auch unter den Dev Sol-Anhängern in Deutschland nieder. Es ist schwer einzuschätzen, welche Seite quantitativ bedeutender ist. Zu beobachten ist aber, daß die Spaltung in nahezu jeder Stadt, in dem Dev Sol nahestehende Vereine arbeiten, ihre Auswirkungen hat. Dies weist zumindest darauf hin, daß mehr als der unmittelbare Anlaß (Sicherheitsfrage) eine Rolle spielt. Die Folge ist, daß ein Kampf um die Vereinsräumlichkeiten und die technische Ausstattung geführt wird. Ercan Sakar aus Berlin wurde das Opfer einer solchen Auseinandersetzung. Der "Yagan-Flügel" in Deutschland hatte für den 1. Mai 1993 zu einer zentralen Beteiligung an der 1. Mai-Demonstration in Köln aufgerufen. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit den dort lebenden Anhängern des "Karatas-Flügels". Bei ihrer Rückkehr nach Berlin fanden die "Yagan-Anhänger" "ihren" Verein von "Karatas-Anhängern" besetzt. Der "Karatas-Flügel" stellt die Auseinandersetzung wie folgt dar:

"Die ‚Revolutionären Linken Kräfte` (Devrimci Sol Gücler) waren morgens in den ihnen gehörenden Versammlungsort in Berlin eingedrungen und hatten diesen zurückerobert. Die zwei Putschisten, die sich zu dieser Zeit in den Räumen befanden und die ‚Revolutionären Linken Kräfte` nicht reinlassen wollten, waren währenddessen durch die Hintertür geflüchtet. Später kamen die putschistischen Besetzer, die von der 1. Mai-Demonstration in Köln zurückgekehrt waren zusammen mit den TKP-ML-Anhängern zum Verein. Die Wiederbesetzung durch die unter ‚Schutz` Gekommenen ist verhindert worden. So kam es zu einem Streitgespräch zwischen TKPML und den ‚Revolutionären Linken Kräften`. Die Putschistenanführer jedoch, die auf der einen Seite die Rolle der ‚Unschuldigen` spielen, um so den Schutz der anderen Organisationen beanspruchen zu können, und auf der anderen Seite die Menschen gegen die Bewegung mit Haß erfüllen, haben ihre Listigkeit zur Schau gestellt.

Ercan Sakar, der sich mit der verräterischen putschistischen Besetzerbande vor dem Verein befand, zog seine Waffe und schoß auf die 'Revolutionären Linken Kräfte'. Es kam zu einer Auseinandersetzung, bei der E. Sakar verwundet wurde und später im Krankenhaus starb. Der dortige TKP-ML-Verantwortliche stand direkt neben ihm und ist der lebendige Zeuge des Vorfalls."(5)

"Der Putsch ist in der Türkei schon besiegt"!?

Zu den konkreten Vorwürfen, die in erster Linie gegen die Person Dursun Karatas erhoben werden, liegen dem Verfasser keine deutschsprachigen Erklärungen des "Karatas-Flügels" vor. In einer achtseitigen Erklärung vom 11.5.93 wird in bekanntem Vokabular dargestellt, daß die "Putschisten" mit dem heutigen Kampf in der Türkei und mit der Realität von Devrimci Sol keinerlei Verbindung hätten. "Der ‚Putsch`, der uns inmitten des Kampfes in Schwierigkeiten brachte, ist in der Türkei schon besiegt. Die Diskussionen, Erklärungen und Texte zu dem Putsch sind in hunderten von Seiten nachzulesen. Unsere Organisation hat diese Flugblätter und Dokumente als lehrreiches Bildungsmaterial gegen den ‚Putsch` in ihren legalen Publikationen veröffentlicht. Die revolutionäre Demokratie, die wir durchlebt haben, hat die PutschistInnen ideologisch besiegt und sie im Land nicht Boden fassen lassen. Von Anfang an haben wir die ideologische Auseinandersetzung bevorzugt und unseren Aufruf wiederholen wir ständig. Die, die es gesehen haben, daß sie betrogen wurden, üben Selbstkritik und kehren zur Organisation zurück.

Trotz dieser zusammengefaßten Entwicklungen und trotz der Entscheidung unserer KaderInnen und der Masse hat sich die Machtgier derjenigen, die immer noch am Putsch festhalten, in einen gefährlichen Haß verwandelt. Die Gewalt, die sie anfangs nur ‚innerhalb der Organisation` anwandten, ist heute zu einem schmutzigen Krieg gegen unsere Bewegung geworden."

Und weiter: "Deshalb greifen die PutschistInnen an dem Punkt an, wo sie politisch besiegt waren. Indem sie die guten Gefühle derjenigen Menschen ausbeuten, die mangels fehlender Kenntnisse die Frage nicht begriffen haben, versuchen sie mit ihrer Doppelmoral die Demagogie der Gewalt und das Prestige unserer Bewegung im Ausland zu mißbrauchen. Sie versuchen, den unserer Organisation zugefügten Schaden und das Blut dutzender gefallener KämpferInnen durch ihren Propagandakrieg, den sie führen, zu vertuschen. In Wirklichkeit haben sie das Vermögen und die Waffen unserer Organisation gestohlen, so daß unsere KämpferInnen fallen, weil sie ohne Waffen und Munition kämpfen müssen."

Lediglich der Hinweis auf "das türkische Volk", das den Putsch verurteilt, kann hier vermißt werden. Im weiteren werden Zitate aus Flugblättern des "Yagan-Flügels" aufgeführt, die deren Gewalttätigkeit belegen könnten, weiter werden eine Reihe von Vorfällen aufgelistet, die physische Angriffe auf Karatas-Anhänger schildern. Dafür fehlt es aber nicht an "gutgemeinten Ratschlägen": "Wir warnen diejenigen, die diese Banditen für Linke halten, sie zu schützen und zu unterstützen, welchen Punkt sie erreicht haben und ihre Identität aufmerksam zu beobachten. Die PutschistInnen haben einen Punkt erreicht, wo sie zu allem bereit sind."

Die Erklärung schließt mit einem Auszug aus der Selbstkritik von "H.", der während des "Putsches" der Verantwortliche für Deutschland im Europa-Komitee von Devrimci Sol war: "(...) Wiederum war die Propaganda, die wir verbreiteten, im Kern auf die Ablehnung der Führung aufgebaut. Alles was in der Geschichte der Bewegung gut und positiv war, wurde für die Gefallenen und die KaderInnen gutgeschrieben, alles Negative der Führung. So eine Logik war ungesund, aber wir waren damals nicht in dem Zustand, das zu sehen."(6)

Auch wenn ehemalige "Putschisten" ihren Weg zurück zum "Karatas-Flügel" gefunden haben, ist die Behauptung, daß der "Putsch" in der Türkei "schon besiegt" sei, mehr als fragwürdig. Der "Yagan-Flügel" gibt inzwischen in der Türkei eine eigene Zeitung, "Devrimci Cözüm" (Revolutionäre Lösung), heraus, deren Redaktion und Druckerei inzwischen wiederholt das Ziel bewaffneter Angriffe des "Karatas-Flügels" wurde.

Konsequenzen

für die Linke in Deutschland

Die Fakten sind klar. Beide Seiten gehen mit Beschimpfungen und brutaler Gewalt gegeneinander vor und versuchen, mit ihrer jeweiligen Sicht der Dinge andere linke Kräfte für sich zu gewinnen. Das Ziel beider Seiten ist die Isolierung und letztendliche Vernichtung der anderen Seite. Keinesfalls sollten/dürfen sich deutsche Linke vorbehaltlos zu der vermeintlichen fortschrittlichen Opposition bekennen, wie es beispielsweise die

türkische TKP-ML (Partizan) und andere tun. Die Folge wäre die Übernahme der Positionen in Bezug auf die andere Seite und würde in der Konsequenz zu solchen Auseinandersetzungen führen wie auf der großen antirassistischen Demonstration in Solingen. Dort wurde die Kundgebung nicht nur wegen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Faschisten und Antifaschisten, und schon gar nicht zwischen Kurden und Türken, abgebrochen, sondern auch wegen Auseinandersetzungen zwischen dem "Karatas-Flügel" von Dev Sol und der TKP-ML (Partizan). Die Parteinahme für die eine Seite bedeutet, daß die Situation gegen die andere noch mehr eskaliert.

"Bolsevik Partizan", eine Abspaltung der TKP-ML, fordert in einem Flugblatt von Anfang Mai 1993: "Der einzige und zuverlässige Weg für die Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb von Dev Sol ist, daß die beiden Seiten sofort und ohne Vorbedingungen gegenseitig die Gewaltanwendung stoppen. Wenn auch es die Gegenseite ist, die den Angriff startet, muß jegliche Racheaktion abgelehnt werden. Freunde und Freundinnen aus beiden Flügeln von Devrimci Sol! - Es liegt besonders in Euren Händen, zu verhindern, daß noch mehr Menschen Eurer Sache ermordet werden. Lehnt die Anweisungen Eurer Organisation und Führer zur Gewaltanwendung gegen RevolutionärInnen ab und verurteilt sie. Führt diese Anweisungen nicht durch. Zwingt Eure Organisationen zur sofortigen und bedingungslosen Beendigung der Auseinandersetzungen. (...)"(7)

Dieser Aufruf war sicherlich gut gemeint, wird aber angesichts der Vorwürfe gegen Karatas' Person und der vielen Toten und Verletzten kaum Aussicht auf Gehör finden. Wenn man davon überzeugt ist, daß die andere Seite die Schuld für die schweren Schäden der Organisation trägt und verantwortlich ist für den Tod vieler GenossInnen, dann ist im Grunde kein Raum für Gespräche mehr da. Wenn die Linke in Deutschland nicht tatenlos danebenstehen will, wenn sich Revolutionäre gegenseitig erschießen (wie auch immer man zu ihren Grundprinzipien stehen mag), bleibt als Alternative nur politischer Druck auf beide Seiten, der verbunden sein muß mit der Forderung nach sofortiger Beendigung der Auseinandersetzungen und dem Beginn eines Klärungsprozesses.

Parteinahme führt in der Konsequenz zur Beteiligung an dem Vernichtungsfeldzug gegen die jeweils andere Seite. Das müßte deutlich geworden sein. Politischer Druck kann nicht weiter gehen, als beide Seiten politisch zu isolieren: keinerlei Zusammenarbeit in der Bündnispolitik, keine Möglichkeiten für einseitige Selbstdarstellungen in Form von Büchertischen oder Redebeitragen bei Veranstaltungen, keine öffentlichen Diskussionen wenn nicht beide Seiten vertreten sind, und als letztes Mittel der Boykott ihrer Flugblätter und Zeitschriften.

Keine sehr erfreulichen Aussichten. Die politische Isolierung kann in bestimmten Situationen, z.B. bei der Durchsetzung der Verhinderung eines Büchertisches, zu Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen Flügel von Dev Sol führen, der das natürlich als konterrevolutionären Akt begreifen wird. Letztendlich steht man gegen beide Flügel, da die eine Seite das Verbot, z.B. eines Büchertisches, als Unterstützung der anderen Seite auslegen wird. Deshalb sind eindeutige und unmißverständliche politische Begründungen der Vorgehensweise notwendig. Ignoranz und Abwarten, welche Seite sich nach wieviel weiteren Toten durchsetzen wird, sind wahrlich keine Zeichen von internationaler Solidarität.

Peter Gröger, Juli 1993

Quellen:

1) Lothar A. Heinrich, "Die kurdische Nationalbewegung in der Türkei"; Deutsches Orient-Institut, Hamburg, 1989

2) Artikel "Devrimci Yol - Ein revolutionärer Weg im antifaschistischen Kampf"; Antifaschistisches Infoblatt Nr.9, Berlin Okt./Nov.1989

3) Broschüre "Die Revolutionäre Linke - Devrimci Sol", Juni 1990

4) Erklärung von Devrimci Sol - Europa-Vertretung (Yagan-Flügel), April 1993; "An die befreundeten Organisationen und Personen"

5) Flugblatt von Devrimci Sol - Europa-Vertretung (Karatas-Flügel), 2.5.93; "Die Putschistenführer treiben mit sich auch die Menschen in ihrer Umgebung ins Unglück"

6) Erklärung von Devrimci Sol - Europa-Vertretung (Karatas-Flügel), 11.5.93; "Einer kämpfenden Organisation in den Rücken zu schießen heißt, den Kampf gegen die Völker der Türkei zu führen"

7) Flugblatt von "Bolsevik Partizan", 6.5.93; "Es gibt keinen berechtigten Grund, kein berechtigtes Ziel für Gewaltanwendung unter revolutionären Organisationen!"

Politische Ziele, Strategie und

Selbstverständnis von Dev Sol

"Devrimci Sol zielt auf eine antiimperialistische, antioligarchische Volksrevolution.

Diese Revolution wird der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Hegemonie des Imperialismus ein Ende setzen, die Herrschaft des Imperialismus und seiner ausbeuterischen lokalen Kollaborateure vernichten und die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes beseitigen. Unser Land wird die Unabhängigkeit erlangen und von einer eigentlichen Volksdemokratie regiert werden, wenn eine antiimperialistische, antioligarchische Volksrevolution erreicht ist. (...)" Devrimci Sol verfolgt dabei die "Strategie des Volkskrieges, in der der bewaffnete Kampf die Hauptform ist und die anderen Formen politischen, ökonomischdemokratischen Kampfes dem bewaffneten Kampf untergeordnet sind, der den Sieg erringen wird, indem er einen Avantgardekrieg durchläuft. Unser Land ist ein neokoloniales Land unter Besetzung des Imperialismus und wird vom fortgesetzten Faschismus regiert. (...)"

"Devrimci Sol versucht sich in Übereinstimmung mit der von ihr angenommenen Strategie zu organisieren. In Übereinstimmung mit diesem organisatorischen Verständnis bedarf es zu Beginn keiner Unterscheidung zwischen Partei und bewaffneter Organisation. Die Partei muß gleichzeitig eine bewaffnete Organisation sein, und diese grundlegende Organisation muß in die politische Organisation integriert sein, die alle Bereiche des Volkes abdeckt. Es ist unmöglich, die Kontinuität vom Kampf zu erlangen, ohne daß eine Bewegung, die sich in den Massen ausbreitet, geschaffen werden kann.

Devrimci Sol konnte dieses Stadium an Organisation noch nicht erreichen; sie durchläuft den Prozeß der Entwicklung in eine Partei. Allerdings betrachtet Devrimci Sol den Entwicklungsprozeß in eine Partei nicht als endlosen Prozeß. Noch erweist sich die Wirksamkeit, die die Organisation bietet, die nicht in der Lage ist, die Funktionen einer Partei durchzuführen, als die einer ‚Partei`. (...)"

"Devrimci Sol, die wahrnimmt, daß die antioligarchische Volksrevolution durch das Bündnis verschiedener Klassen und Schichten des Volkes erreicht werden kann, verteidigt die Auffassung, daß eine Front nur unter Führung der Partei des Proletariats aufgebaut werden kann. Es ist unmöglich, eine Volksfront aufzubauen, die die Arbeiterklassen und Schichten vereinigen will, ohne daß eine Partei des Proletariats existiert, die den Kampf der arbeitenden Klassen führt, und der revolutionäre Kampf erreicht ein Niveau, auf dem eine breite Beteiligung der arbeitenden Klassen und Schichten stattfinden wird. (...)"

Zur Kurdistanfrage steht Dev Sol auf dem Standpunkt, daß "die Bourgeoisie der unterdrückten Völker nicht fähig ist, die nationale Frage zu lösen. (...) Basierend auf der Analyse, daß das kurdische arbeitende Volk zur Hauptkraft der Revolution zählt, zielt Devrimci Sol darauf, die kurdischen Arbeiter zu organisieren und zu vereinigen, an der Seite der türkischen Arbeiter unter derselben Organisation. (...) Devrimci Sol glaubt, daß sich beide Völker unter dem selben Dach vereinigen werden und die antiimperialistische, antioligarchische Volksrevolution unter der Führung des Proletariats erreichen werden. Auf diesem Weg wird die kurdische Frage geregelt werden im Verhältnis mit dem Nutzen des Proletariats und mit den konkreten Bedingungen. (...)"

"Devrimci Sol - basierend auf der Tatsache, daß es eine kurdische nationale Frage in der Türkei gibt - ist die organisierte Avantgarde nicht nur des türkischen, sondern auch des kurdischen Volkes. Weil sie erkennt, daß eine Revolution in der Türkei durch die vereinigte Kraft der türkischen und kurdischen Völker durchgeführt werden kann.

Devrimci Sol ist die organisierte Avantgarde der Völker der Türkei. (...)"

"Devrimci Sol ist eine internationalistische Bewegung; sie betrachtet sich selbst als einen Teil der weltweiten kommunistischen Bewegung und als Anhängerin von Marx, Engels, Lenin und Stalin, sowie der Dritten Internationalen. (...)"

"Eine Revolution in der Türkei wird den Imperialismus (...) weltweit schwächen, zum Kampf der unterdrückten Völker beitragen und den Glauben der Völker der sozialistischen Länder an den Sozialismus wieder beleben. (...)"

"Devrimci Sol vertrat die Auffassung, daß die Probleme des Sozialismus durch das Aufkommen des Revisionismus nicht durch eine weltweite Versöhnung mit dem Imperialismus und mittels Durchführung kapitalistischer Reformpolitik gelöst werden können. Diese Methoden werden keinen anderen Ausgang nehmen als die Wiederbelebung des Kapitalismus und den Beginn eines Prozesses kapitalistischer Restauration.

Die Probleme des Sozialismus können gelöst werden durch: Krafteinsatz gegen die imperialistischen Intrigen und bürgerliche Kräfte unter proletarischer Diktatur, das Erreichen der aktiven Teilnahme der Arbeiterklasse und der Volkskräfte am Aufbau des Sozialismus, dadurch, daß Bürokratismus (verschwindet?, bekämpft wird?; d. Verf.), der das Volk weit von der kommunistischen Partei entfremdet; Nichtversöhnung mit dem Imperialismus weltweit, das stetige Hochhalten des internationalistischen Geistes und Bündnisse mit nationalen Befreiungskämpfen, und am wichtigsten: der Schaffung des sozialistischen Menschen. Alles Gegenteilige dient nur dazu, den Kapitalismus wiederzubeleben. (...)"

Quelle: Siehe Quelle 3 des Artikels

32. Strafbefehl wegen Flüchtlingsbegleitung. Rassismus in Hamburger Behörden

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak358/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:09

Die Sozialberaterin Conni G. erhielt vor kurzem einen Strafbefehl von der Hamburger Staatsanwaltschaft, in dem sie beschuldigt wird: "am 30.12.1992 einem Amtsträger, der zur Vollstreckung von Gesetzen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt Widerstand geleistet zu haben, indem Sie am Tattag um ca. 14.40 Uhr im Zimmer 142 der Ausländerbehörde, Amsinckstr. 28, die Festnahme des C.K. Drahmeh, der zur Identitätsfeststellung zur Polizeirevierwache 41 gebracht werden sollte, dadurch zu verhindern versuchten, daß Sie sich zwischen diesen und die festnehmenden Polizeibeamten Zell und Rieck drängten, den Drahmeh zur Seite rissen und auf die Polizeibeamten einschlugen." Da dies ein strafbares Vergehen nach § 113 StGB sei, wird gegen G. eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen zzgl. Verfahrenskosten von insgesamt 1239 DM verhängt.

Was sich am 30.12.92 tatsächlich in der Abschiebeabteilung im 1. Stock der Ausländerbehörde (auf Amtsdeutsch: "Abteilung für aufenthaltsbeendende Maßnahmen") abspielte, geschieht dort in ähnlicher Weise täglich: Flüchtlinge werden schikaniert durch Befragungen, Beschimpfungen, Demütigungen und oft auch körperliche Angriffe, sie werden festgenommen, abgeführt in den Knast und/oder in ihre Herkunftsländer abgeschoben - und niemand erfährt davon.

Das besondere an den Ereignissen am 30.12.92 war, daß eine deutsche Sozialarbeiterin, Mitglied im Hamburger Flüchtlingsrat, in dienstlichem Auftrag den (in diesem Falle minderjährigen) Flüchtling begleitete und nicht nur Zeugin wurde, wie der Jugendliche ohne jegliche Rechtsgrundlage festgenommen werden sollte und dabei von Polizeibeamten und Mitarbeitern der Ausländerbehörde körperlich mißhandelt wurde, sondern auch versuchte, durch Einschalten eines Anwalts und verbale Proteste etwas gegen diese rassistische Behördenwillkür zu tun. Eine derartige Parteinahme für Flüchtlinge gilt in diesem Land als "Gewalt" - nicht jedoch das, was Menschen ohne deutschen Paß von deutschen Behörden tagtäglich angetan wird.

Der Ablauf der Ereignisse am 30.12.92 in der Hamburger Ausländerbehörde war folgender: Der 17jährige Flüchtling D. sollte wegen Verschulden seines verantwortungslosen Anwalts, des stadtbekannten Geschäftemachers Horst Römer, nach Gambia abgeschoben werden. Mit Hilfe seines neuen Anwalts reichte D. eine Petition beim Eingabenausschuß der Bürgerschaft ein, und seine Sozialberaterin G. begleitete ihn zur Ausländerbehörde, um dort um eine Duldung bis zur Entscheidung über die Petition nachzusuchen. Nachdem D. im Beisein der Sozialberaterin von einem Mitarbeiter der Ausländerbehörde "interviewt" worden war, warum er nicht nach Gambia zurückkehren wolle, erschienen plötzlich zwei Polizeibeamte im Raum und D. wurde mitgeteilt, er werde jetzt in Haft genommen. D. sei laut Computeranfrage in Regensburg zur Fahndung ausgeschrieben. D. beteuerte, nie in Regensburg gewesen zu sein. Auf Nachfrage, was denn gegen ihn vorliege, erhielten weder D. noch die Sozialberaterin Auskunft. D. müsse mit zur Polizeiwache. Der Sozialberaterin wurde das Mitfahren zur Wache "aus Versicherungsgründen" verweigert. Sie bat darum, D.s Rechtsanwalt anrufen zu dürfen, was angeblich nur zwei Räume weiter möglich war.

Während G. mit dem Anwalt telefonierte, rief D. aus dem Nebenzimmer um Hilfe. Als die Sozialberaterin dazukam, wurde D. gerade von den beiden Polizisten und drei männlichen Beschäftigten der Ausländerbehörde mit brutalen Handgriffen und Stößen in eine Ecke gedrängt. D. bat die Sozialberaterin, ihm ein Papier zu übersetzen, das ihm einer der Sachbearbeiter mit abfälligen Bemerkungen, die D. als Abweisung seiner Petition deutete, hingeworfen hatte. (Tatsächlich handelte es sich um das Schreiben, das als Nachweis über die Aussetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Entscheidung der Petition diente, was D. aber erst später erfuhr.) Die Beamten hatten sich geweigert, das Papier zu übersetzen und sich mit Handschellen auf D. gestürzt: Er müsse jetzt sofort abgeführt werden! D. hatte sich dagegen gewehrt mit der Begründung, daß er zuerst mit Hilfe seiner Sozialberaterin erfahren wolle, was in dem Papier stehe, und drohte angeblich, aus dem Fenster zu springen, da er befürchtete, nach Gambia abgeschoben zu werden.

Die hinzukommende G. bat darum, die Situation zu erklären und D. solange loszulassen. Die Beamten erklärten nichts, sondern bedrängten D. weiter, drehten im die Arme auf den Rücken, warfen ihn auf einen der

Schreibtische und drückten ihm den Kopf nach unten. G., die die Beamten weiter aufforderte, die brutale Behandlung von D. einzustellen, wurde von Polizisten und Sachbearbeitern in das Handgemenge hineingezogen, zwischen Schreibtische und Wand gedrückt und fast zu Boden geworfen. Schließlich konnte sie sich aus den Griffen der Beamten befreien und in den Nebenraum gehen, um noch einmal den Anwalt anzurufen. Dieser bat darum, einen der Beschäftigten der Ausländerbehörde sprechen zu können. Der hinzukommende Herr Heinrich weigerte sich zunächst und ging erst ans Telefon, nachdem er G. aus den Räumen verwiesen hatte. Die Tür zum Nebenzimmer wurde abgeschlossen, und vom Flur konnte G. die Schreie von D. hören, der inzwischen von den fünf Männern überwältigt wurde.

Einige Zeit später wurde er in Handschellen abgeführt und zur Polizeiwache 41 gefahren. Als G. dort erschien und nach D. fragte, mußten die Polizeibeamten zugeben, daß D. nicht derjenige ist, nach dem gefahndet wird. Jener habe einen Finger weniger und, wie sich später herausstellte, lediglich den gleichen (in Gambia sehr häufigen) Nachnamen, aber einen völlig anderen Vornamen und ist außerdem 17 Jahre älter als D. Es wäre für die Ausländerbehörde ein leichtes gewesen, diese "Verwechslung" aufzuklären, bevor D. mit brutaler Gewalt festgenommen und abgeführt wurde. Sogar auf der ja sicher nicht in "ausländerfreundlichem" Ruf stehenden Polizeiwache 41 wurde D. gegenüber Verwunderung über die Festnahme geäußert.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Verhaftung ein Versuch war, D. so zu provozieren, daß doch Gründe für eine sofortige Abschiebung gefunden worden wären. Stattdessen wurde D.s Petition an den Eingabenausschuß des Bundestages überwiesen, da selbst Ralph Bornhöft, der Leiter des Einwohner-Zentralamts, die Meinung äußerte, daß D.s Asylverfahren noch einmal aufgerollt werden müsse, und D. wurde eine sechsmonatige Duldung erteilt, allerdings mit der Betonung, daß es sich um einen "absoluten Ausnahmefall" handele. Der Versuch einer "Wiedergutmachung" der Mißhandlungen, die D. auf der Ausländerbehörde erlitten hat?

Der deutsche Staat hat natürlich kein Interesse, daß solche Vorfälle an die Öffentlichkeit gelangen, und erst recht nicht daran, daß durch Intervention von SozialarbeiterInnen, AnwältInnen, Medien, Flüchtlingsräten und anderen antirassistischen Gruppen Abschiebungen erschwert oder gar verhindert werden. Deswegen müssen, sollte doch einmal etwas nach außen dringen, Lügenmärchen erfunden werden, die die Opfer zu Tätern machen, und es müssen Strafen verhängt werden, um andere UnterstützerInnen einzuschüchtern und davon abzuschrecken, sich für Flüchtlinge einzusetzen.

Der Strafbefehl ist deshalb nicht nur ein persönlicher Angriff gegen Conni G., sondern auch ein Angriff gegen Flüchtlinge und alle, die sie unterstützen wollen gegen staatlichen Rassismus und Abschiebepolitik. Wir rufen deshalb auf:

- Protestiert gegen diesen Strafbefehl durch öffentliche Stellungnahmen!

- Laßt Euch nicht davon abhalten, Flüchtlinge zu Behörden zu begleiten, und bringt Eure Erfahrungen dort an die Öffentlichkeit!

- Spendet Geld für die Durchführung des Prozesses gegen den Strafbefehl (auf das Konto des Hamburger Flüchtlingsrats, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 353113-208, Hans Dehning, Stichwort: Flüchtlingsrat/Conni G.)!

Nähere Informationen beim Flüchtlingsrat Hamburg (Tel.: 040/430 20 58) und beim Antirassistischen Telefon Hamburg (040/43 15 87).

33. Der Yamato als "Führerrasse"

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:02

Außenminister Yosuke Matsuoka prägte den Ausdruck auf einer Pressekonferenz am 1. August 1940, wodurch Ost- und Südostasien sowie die Inselwelt des Pazifik unter japanischer Führung stehen sollten. Der Plan erweiterte eine frühere Vision der "Neuordnung in Ostasien", nachdem Japan in den Kriegen gegen China (1895) und das zaristische Rußland (1905) obsiegte und sich Korea (1910) als Kolonie einverleibte.

Ein von der Forschungsabteilung des Oberkommandos der Kaiserlich-Japanischen Marine vom 29. November 1940 datiertes Geheimpapier - "Einwurf für die Errichtung der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre" - sah (immerhin 30 Jahre vor den Dependenztheoretikern) in Japan das Zentrum dieser Regionalordnung, das Taiwan, Korea und Mandschuko einschloß. Die Peripherie war in eine mittlere und äußere unterteilt. Erstere schloß China, ganz Mikronesien und Hawaii ein, letztere wurde definiert als "solche daran angrenzende Gebiete, deren Besitz für die Erlangung der absoluten wirtschaftlichen Selbstversorgung des Größeren Ostasiens notwendig ist". Gemäß diesem Papier sollten sich die politischen Beziehungen innerhalb der Sphäre in vier Kategorien unterteilen: (1) Von Japan zu annektierendes Gebiet: Guam, Hawaii und Mindanao (Südphilippinen); (2) autonome Protektorate: Vietnam, Laos, Kambodscha, Indonesien und Malaya; (3) unabhängige Staaten, deren Verteidigung und Wirtschaftspolitik Japan obliegen müsse: Hongkong, Thailand und die Philippinen (außer Mindanao); (4) unabhängige Staaten, die enge Wirtschaftskontakte mit Japan unterhalten: Australien, Neuseeland und Indien (einschließlich des heutigen Pakistan, Bangladesch, Burma und Sri Lanka).

Nach der in den Jahren 1942 und 1943 erstellten Geheimstudie des japanischen Gesundheitsministeriums - "Globale Politik mit der Yamato-Rasse als Kern" - wurde die Sphäre auch "rassenmäßig" hierarchisiert - in "Herrenrassen", "befreundete Rassen", "Gastrassen" und als Krone der Schöpfung die Japaner (Yamato) als die "Führerrasse".

34. Gedenkstein geschändet

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:10

In der Nacht vom 9. zum 10. September 93, zwei Monate vor dem 55. Jahrestag der Reichspogromnacht, wurde der Gedenkstein auf dem "Platz der jüdischen Deportierten" an der Moorweidenstraße von Neofaschisten mit Hakenkreuz, "Sieg" und der Aufschrift "Alle Juden Ausländer 24 Stunden raus" beschmiert.

Der Gedenkstein erinnert daran, daß die Nazis auf diesem Platz die jüdische Bevölkerung Hamburgs zusammengetrieben haben, um sie dann in Viehwaggons in die Vernichtungslager wie Auschwitz und Treblinka zu verschleppen und zu ermorden. Nur wenige überlebten.

Die Täter wie auch ihre ideologischen Ziehväter bei neofaschistischen Organisationen und Parteien, etwa bei der DVU, den REP oder der "Nationalen Liste" wittern offenbar Morgenluft. Ihre Propaganda bestärkt die Täter.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) - Bund der Antifaschisten vermittelt seit vielen Jahren in Schulen, in Jugendorganisationen und anderen Einrichtungen konsequent antifaschistisches Wissen sowohl über den historischen Faschismus wie auch über die aktuellen politischen und ideologischen Grundlagen des Neofaschismus und bietet Diskussionen über Gegenstrategien an. Seit vielen Jahren auch fordert sie stets wieder das Verbot neofaschistischer Parteien und Organisationen gemäß Art. 139 des Grundgesetzes sowie dessen Durchsetzung. Dazu gehört auch die Forderung nach Nichtzulassung dieser Organisationen zu Wahlen. Dies geschah gerade jetzt wieder in einem Brief an den Landeswahlleiter, der diesen Brief bis heute nicht beantwortet hat.

35. Defätismus oder Heroismus?

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:11

<B>P18B>Redaktionelle Selbstkontrolle

Betr.: Die Rückkehr der alten Garde (ak 357)

Über kaum einen anderen Konflikt auf dem Gebiet der ehemaligen SU ist so viel im ak berichtet worden, wie über den um Berg-Karabach. Der Autor des Artikels "Die Rückkehr der alten Garde" hat sich aber offensichtlich nicht die Mühe gemacht, die zu diesem Thema bereits erschienenen Artikel zu lesen. Er schreibt in seinem Artikel, daß armenische Einheiten über 1.000 aserische Zivilisten in einem Dorf massakriert hätten. Trotz des Schweigens der regierungsabhängigen aserbaidschanischen Presse sei dies schließlich an die Öffentlichkeit "durchgesickert". Ein Massaker solchen Ausmaßes ist ein äußerst schwerwiegender Vorwurf und ich denke, ein gewissenhafter Autor sollte, bevor er sowas schreibt, über handfeste Informationen darüber verfügen und einen Hinweis auf seine Quellen geben. Im ak vom 8. April 1992 stand einiges zu den Ereignissen von Chodjali, dem Dorf, wo das Massaker stattgefunden haben soll. Der Vorschlag des armenischen Präsidenten-Beraters Libaridian, die Vorgänge von Chodjali von einer unabhängigen Kommission untersuchen zu lassen, ist von aserbaidschanischer Seite nicht aufgegriffen worden.

Ich möchte hier nicht ausführlich auf die damaligen Ereignisse eingehen, sondern nur anhand eines kurzen Rückblicks auf Zeitungsberichte von damals, auf manche widersprüchliche und merkwürdige Meldungen hinweisen: Laut taz-Korrespondent Ömer Ezeren soll das vermeintliche Massaker in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1992 stattgefunden haben. In der FAZ und FR vom 27.2. steht, daß laut den Angaben der aserbaidschanischen Vertretung in Moskau 100 Menschen ums Leben gekommen seien. Am 2.3. zitiert die FR die Aussage eines geflüchteten Einwohners von Chodjali, wonach "die Russen sich wie die Nazis aufgeführt" hätten. Ferner wird dort berichtet, daß sich beim Zeitpunkt des Angriffs etwa 3.000 Menschen im Ort befunden hätten, davon seien 1000 "möglicherweise tot".

Die taz bringt am 7.3. die Schlagzeile "Hunderte Tote bei Massaker in Karabach" und stützt sich auf den Bericht ihres türkischen Korrespondenten in Aserbaidschan, Ezeren. Dieser zitiert einen Aseri, wonach "die russische Armee das Massaker begonnen hat". In Ezerens langem Bericht gibt es einige Merkwürdigkeiten. Im Gegensatz zu der Zahl in der FR vom 2.3. sollen in Chodjali nicht 3.000, sondern 6.000 Menschen gelebt haben. Davon seien "mindestens 1.000 ermordet" (nach Angaben eines Mitarbeiters der Volksfrontzeitung sogar 2.000) worden, "fast 1.000 Menschen ist nach mehreren Tagen Marsch über die verschneiten Berge die Flucht (von Chodjali) nach Agdam gelungen". Über das Schicksal der restlichen 4.000 Aseris erfährt man nichts. Einige Flüchtlinge sagen, sie hätten "fünf Tage gebraucht, um nach Agdam zu kommen". Nun wird man bei einem kurzen Blick auf eine Landkarte der Gegend feststellen, daß Agdam östlich am Rande von Berg-Karabach liegt. Um von Chodjali dorthin zu gelangen, kann man gar keine verschneiten Berge überwinden, weil es zwischen diesen beiden Orten gar keine Berge gibt. Wenn die Flüchtlinge aus Chodjali wirklich tagelang über verschneite Berge geflüchtet wären, müßten sie in Armenien gelandet sein. Ein weiterer Punkt, der stutzig machen sollte, ist der, daß Chodjali laut Ezeren nur 14 Kilometer von Agdam entfernt liegt, d.h., die Leute haben für 14 Kilometer Strecke fünf Tage gebraucht! Ein Aseri aus Chodjali behauptet, die Armenier hätten "Tage später" die fliehende Gruppe erneut beschossen.

Zumindest einer muß wohl seinen Orientierungssinn bewahrt und ohne unterwegs auf mordende Armenier oder Russen zu stoßen, den kürzesten Weg ins aserisch kontrollierte Gebiet gefunden haben. Wie sonst konnte die aserbaidschanische Vertretung in Moskau am 26.3. der Presse von über 100 Toten in Chodjali berichten? Als am 29.3. die Mutalibov-Regierung eine dreitägige Staatstrauer verkündete, müssen jedenfalls noch viele Flüchtlinge unterwegs nach Agdam gewesen sein. Es gäbe noch vieles zu den damaligen Ereignissen zu sagen, doch das würde über den Rahmen eines Leserbriefes hinausgehen. Ich hoffe, daß man in Zukunft gründlicher recherchiert, die Berichte in der Tagespresse auch mal kritisch hinterfragt und vielleicht auch mal in alten Ausgaben des ak nachblättert. Der ak-Redaktion möchte ich empfehlen, daß sie bei Themen, über die im ak bereits Artikel erschienen sind, die Inhalte vergleicht und gegebenenfalls die Autoren auf Widersprüche hinweist.

Kamo

Defätismus

oder Heroismus?

Betr.: "Hamburg wählt" - oder auch nicht (ak 357)

Drei Fragen an den Autor Js.:

1. Was soll der polemische Satz: "Tatsächlich müßte, wer den Gedanken für sinnvoll hält, am 19. September für eine der linksoppositionellen Gruppierungen zu stimmen, schon die einfache Frage beantworten können, wozu das gut sein soll." (ak 357, S. 10) Du gibst im letzten Absatz Deines Artikels doch selbst eine Antwort darauf: "Da die Chance besteht, den rechten Aufwärtstrend zu unterbrechen und Reps und DVU aus der Bürgerschaft herauszuhalten, werden die Hamburger Linken wohl wählen müssen." (ebenda) Nur: warum dieser Dich selbst und andere zerknirschende Ton?

2. Was soll die rhetorische Frage, die Du nach Aufzählung der an der "Linken Alternative - wehrt Euch" beteiligten Gruppierungen (BWK, DKP, Lesbenring, MLPD, PDS/LL, Volksfront, VVN und andere) stellst: "Soll man es als Fortschritt werten, daß AL und PDS, die bei der letzten Wahl jeweils 0,5% erreichten, diesmal nicht gegeneinander kandidieren? Daß außerdem noch die DKP (1991: 0,1%) dabei ist?" (ebenda) Natürlich soll man!!! Ist es etwa kein Fortschritt, daß die Linke, anders als noch vor wenigen Jahren, sowohl miteinander redet als auch handelt - außerhalb der Parlamente als auch in Hinblick auf Wahlen?

3. Was soll Deine Äußerung: "Karrierismus kann man den InitiatorInnen des linken Wahlbündnisses wahrlich nicht nachsagen; eher schon die leicht masochistische anmutende Bereitschaft, sich die eigene Ohnmacht und Isoliertheit noch einmal amtlich bestätigen zu lassen." (ebenda). Das kann doch nur heißen: So lange wir eine Wahlniederlage riskieren (wir ohnmächtig und isoliert sind), ziehen wir uns zurück; erst, wenn wir garantiert ins Parlament einziehen, beteiligen wir uns. Wie dieser sonnige Zustand, der dann auch Dich hinter dem Ofen vorlocken würde, durch Rückzug und Abstinenz je erreicht werden soll, bleibt doch recht rätselhaft.

Wir können nur sagen: lieber die mühsamen Bündnisversuche der Linken, die Du als "Augen-zu-und-durch-Mentalität" (ebenda) bezeichnest, als Dein demoralisierender Zynismus, der sich über kleine Fortschritte in Spott ergeht, weil der große Durchbruch noch nicht erreicht ist. Sich ins gemachte Nest setzen ka... (hier bricht der Text des uns zugesandten Leserbriefs ab - Anm. ak)

Frank Flegel (Ortsgruppe Hannover der Kommunistischen Plattform der PDS)

Anna Claudia Heinrich

(Kreisorganisation Hannover der PDS)

Sahnehäubchen ak

guten morgen,

eben kam der ak 357, ihr könnt mich nun aus der abo-liste streichen, da ich mir den nächsten wieder selber besorgen kann.

abgesehen von den ersten fünf jahren, in denen ein generelles ak-verbot bestand und einigen angehaltenen nummern habt ihr mir den ak jetzt zehn jahre lang geschickt. er war immer eine wichtige informationsquelle. oft genug diskussionsanstoß. somit einer der vielen kleinen bausteine, ohne die eine lange knastetappe viel schwerer gewesen wäre. besten dank!

tschüß

K.V.

(...) Großes Lob,

der ak ist die beste Zeitung, dies grade noch so gibt, macht weiter so!

Solidarische Grüße

G.N.

Tach Leute,

den ak beziehe ich im Abonnement. Der ak Nr. 356 ist mir aber nicht zugestellt worden. Ich habe dies eigentlich gar nicht bemerkt, weil ich von einer längeren Sommerpause ausgegangen bin.

Erst die LeserInnenbriefe auf Seite 38 / Nr. 357 haben mich stutzig werden lassen (IRA und Ruud und Dietrich). Ich lese zwar nicht immer alle Artikel im ak - leider - aber Fußball und Irland lasse ich niemals aus. Sollten mir tatsächlich die Artikel durchgegangen sein, so dacht ich, die ersten Anzeichen von Alzheimer??

Ich also ab in Keller, durchforstete mein Archiv - der ak wird gesammelt - ist doch klar - und stellte mit Erleichterung fest: Doch kein Alzheimer, Gedächtnis funktioniert noch. Den ak Nr. 356 hab ich gar nicht!

Ich möchte Euch bitten, mir den ak 356 nachträglich zuzusenden. Falls dies nicht möglich sein sollte, bitte ich Euch um Kopien der Artikel "Die Taube flatterte nur einen Frühling lang" (Seite 6) und "Ruud Gullit, Bayern München und der FCKB" (Seite 30).

Übrigens: Der ak ist immer noch - oder aber: wieder? - das Sahnehäubchen auf dem linken Zeitungsmarkt.

Mit den besten Grüßen

K.B., Dortmund

Kritikpflicht

Betr.: FMLN einigt sich in der Präsidentschaftsfrage (ak 357)

Liebe ak-Redaktion!

Euer Autor AL beschließt seinen durchaus faktenreichen und schon dadurch interessanten Beitrag über die aktuelle Situation in El Salvador mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen zum Verhältnis "revolutionärer Bewegungen in Zentralamerika" / "BRD-Linke". Er wendet sich dabei gegen einige in letzter Zeit laut gewordene Kritiken an der FMLN und insbesondere am ERP und kommt zu zwei überaus gravierenden Schlüssen.

Er behauptet zum einen: "Dabei steht es uns hierzulande jedoch nicht an, unsere Einwände ‚um der Opfer des Krieges und der Zukunft des salvadorianischen Befreiungsprojektes willen` zu formulieren." Zum anderen behauptet er - auch mit Hinweis auf die fortbestehende vergleichsweise Stärke der FMLN -, daß die "notwendige Solidarität" nicht davon abhängig gemacht werden dürfe, "ob die semantische Verpackung des FMLN-Wahlprogramms systemoppositionellen Befindlichkeiten der BRD-Linken zusagt oder nicht."

Beide Positionen - und auch ihre spezifische Art der Formulierung - sind antiinternationalistisch und schon deshalb im Kern reaktionär.

1. Wenn der Kampf, der in El Salvador geführt wurde und wird, in irgendeiner Weise Einfluß auf die Kämpfe hat, die heute oder in Zukunft in der BRD geführt werden, dann steht es uns allerdings nicht nur an, unsere Kritik offen vorzubringen, sondern dann ist das sogar unsere Pflicht. Ob diese Kritik dann richtig ist, ist eine ganz andere Frage. Wenn die dortigen Kämpfe jedoch keinen Einfluß haben (und das ist letztlich angesichts der Existenz des kapitalistischen Weltmarktes, der die materielle Basis des hier gemeinten proletarischen Internationalismus ist, unmöglich), dann bliebe zumindest die humanitäre Solidarität mit den Menschen gleich wo auf der Erde. Die von AL formulierte Position ist eine nationalistische. Die einzig zulässige Kritik an einer Kritik kann hingegen nicht den Ort ihrer Formulierung betreffen, sondern kann nur die sein, daß sie inhaltlich falsch ist, oder daß ihre Form nicht dem Inhalt entspricht.

2. Die Stärke einer Bewegung in Zentralamerika ist zwar durchaus interessant, kann aber nicht von überragender Bedeutung für die Frage des Verhältnisses etwa der revolutionären Linken in der BRD zu ihr sein. Ausschlaggebend ist vielmehr, ob man für das gleiche Ziel kämpft und wenn nicht, wieweit eine Unterstützung taktisch für das eigene Ziel sinnvoll ist. Und hier kommen wir zum Kern des Problems, dem völligen Mißverständnis, daß traditionell unter BRD-Linken und auch beim Autor AL über den Klassencharakter des eigenen politischen Programms und der revolutionären nationalistischen Kräfte im Trikont herrscht. Die FMLN war und ist ebenso wie dies FSLN, die PKK oder welche nationale Befreiungsbewegung (einschließlich der Ho Chi Minhs oder Fidel Castros) auch immer, keine antikapitalistische Kraft, sondern eine Kraft, die eine

staatskapitalistische Perspektive zum Aufbau eines vermeintlich dem ökonomischen Zugriff des Imperialismus entziehbaren Staates unter der Klassenherrschaft einer aus dem Kleinbürgertum hervorgehenden Bürokratie vertrat. Unter der Bedingung der Blockkonkurrenz haben sich diese Kräfte einen - dem stalinistischen ideologischen Arsenal entliehenen - "sozialistischen" Mantel umgehängt, was keineswegs ausschließt, daß etliche von ihnen sich dabei ernsthaft dieser Selbsttäuschung hingegeben haben. Nach dem Zusammenbruch des bürokratisch-staatskapitalistischen Blocks streifen sie diesen Mantel in unterschiedlichem Tempo und mehr oder weniger verschämt ab. Die von Villalobos formulierten Thesen (s. ila Nr. 163) machen das ganz deutlich, aber die Positionen der FMLN-Zentristen (PC, FPL) unterscheiden sich davon letztlich auch nur graduell. Die Position der BRD-Linken - soweit sie revolutionär, d.h. die Arbeiterklasse als potentielles revolutionäres Subjekt anerkannt und nur dann auch sozialistisch ist - hätte also von Anfang an, den Klassengegensatz zwischen ihrer eigenen Perspektive und der der "nationalen Befreiungsbewegungen" anerkennen müssen und diese nur in dem Maße unterstützen dürfen, wie ihr Kampf den Imperialismus politisch schwächt. Eine aufmerksame Lektüre der entsprechenden Lenin'schen Ausführungen im "Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage" hätte der BRD-Linken schon vor Jahrzehnten diese Notwendigkeiten klarmachen können. Heute jedoch ist kaum mehr zu erkennen, wo die Überbleibsel der "nationalen Befreiungsbewegungen" noch diese historische Aufgabe erfüllen. Stattdessen wird es immer offensichtlicher, daß gleichermaßen für die soziale wie für die nationale Befreiung der Aufbau einer neuen revolutionären Führung unabdingbar ist. Der Bruch mit dem ideologischen Erbe dieser Bewegungen ist dafür die erste Voraussetzung.

Initiative Sozialistischer

Internationalisten (ISI), Köln

Hizbullah

Betr.: Israel/Libanon: Operation "Abrechnung" (ak 357)

Als Anmerkung fügten wir dem oben genannten Artikel bei:

Auch in der seriöseren Presse ist summarisch (in unterschiedlicher Schreibweise) von der Hizbullah die Rede. Dies ist dort eindeutig falsch, wo von dem Hizbullah-Chef Nasrallah die Rede ist. Scheich Nasrallah ist der Nachfolger des ermordeten Scheich Mussawi, der Generalsekretär der von der Amal abgespaltenen und mit der Hizbullah eng zusammenarbeitenden (schiitischen) al-Amal al-Islami war. Es hat den Anschein, daß in der Presse unter "Hizbullah" auch in anderen Fällen mehrere verschiedene andere Gruppen subsumiert werden - eine Unsitte, der auch ich in diesem Artikel mangels genauerer Kenntnisse folgen mußte.

U.S., der uns schon vor längerer Zeit mit der Zusendung einer Arbeit über die Hamas erfreut hat, schreibt uns zu der oben zitierten Anmerkung:

Lieber Klaus Mellenthin

Die Hizbullah wurde im Jahr 1982 gegründet. Zuvor wurden die Schiiten im Libanon repräsentiert durch die Organisation, die sich seit ca. 1977 Amal oder ausführlich Havakat (= Bewegung) Amal nennt (ihren älteren Namen weiß ich jetzt nicht mehr). Mussawi war in den 70er Jahren Mitglied von Amal. Wegen Differenzen mit Nabih Berri verließ er die Organisation jedoch und gründete eine eigene Bewegung, die sich Al-Amal Al-Islami nannte ("Die islamische Hoffnung", im Gegensatz zur bloßen "Hoffnung"). 1982 gehörte Mussawi zu den Gründungsmitgliedern von Hizbullah und seine Bewegung ging in Hizbullah auf. 1989 wurde er zum Generalsekretär von Hizbullah gewählt. Scheich Nasrallah ist sein Nachfolger in diesem Amt.

Sowohl Amal als auch Hizbullah sind organisatorisch recht lockere Verbindungen unterschiedlicher Gruppierungen.

Viele Grüße

U.S., Karlsruhe

36. Blutige Erinnerung an den Putsch

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:28

20 Jahre nach der Errichtung der Militärdiktatur demonstrierte der chilenische Staat am 11.9.93 die Kontinuität des alten Herrschaftssystems. Im 4. Jahr der "Demokratie" wurden zwar am Vorabend des Jahrestages das erste Mal ausführlichere Berichte über die Vorgänge im September '73 im Fernsehen gezeigt, gleichzeitig wurde aber auch die schon traditionelle Demonstration der chilenischen Menschenrechtsgruppen und Linken an der Moneda (damaliger und heutiger Regierungssitz) vorbei verboten. Angesichts der Geschichte und des Anlasses der Demonstration stellte dies eine offene Provokation seitens der Regierung dar, die VeranstalterInnen und DemonstrantInnen so nicht hinnahmen.

Am 11.9. formierte sich ein Demonstrationszug mit über 5.000 TeilnehmerInnen. Schon vier Stunden später wurde dieser unter Einsatz hochmobiler Polizeikräfte mit Hilfe von Wasserwerfern, Tränengasgranaten und knüppelnden Greiftrupps auseinandergetrieben. Die in der folgenden zweistündigen Auseinandersetzung an den Tag gelegte Brutalität der Staatsorgane zielte auf die vollständige Auflösung der gesamten Protestaktion ab.

Tränengasgranaten und Gummigeschosse wurden gezielt auf Menschen abgefeuert. Dabei wurde u.a. ein 14jähriger Junge schwer verletzt. Wasserwerfer verfolgten flüchtende DemonstrantInnen und unbeteiligte Personen bis zu Hauseingängen und auf Privatgrundstücke. Bei einer solchen Aktion wurde ein 66jähriger Passant nach Augenzeugenberichten mutwillig von einem Wasserwerfer, der dazu extra noch einen Umweg fahren mußte, überrollt und getötet. Die Leiche wurde, umringt von bewaffneten Polizisten, eine Stunde lang auf der Straße liegen gelassen. Trotz dieser Repression zogen die DemonstrantInnen zum Zentralfriedhof von Santiago, auf dem der UP-Präsident und viele andere Opfer der Diktatur beerdigt liegen. Während der am Eingang des Friedhofs abgehaltenen Kundgebung wurde der Vorfall mit dem Wasserwerfer bekanntgegeben. Daraufhin verstärkten sich die Auseinandersetzungen mit der Polizei, deren massives Auftreten allein schon unter diesen Bedingungen als Provokation zu bewerten war.

Damit nicht genug. Hubschraubereinsatz und dichte Tränengaswolken sollten die Kundgebung unmöglich machen. Mehrmalige Aufforderungen an die "Sicherheitskräfte", die Veranstaltung nicht weiter zu verhindern, wurden mißachtet. Statt dessen gipfelten die blutigen Repressionsmaßnahmen im Einsatz von Schußwaffen (fotografisch dokumentiert). Dabei wurde ein Mitglied der Kommunistischen Jugend tödlich getroffen und weitere sieben Menschen z.T. schwer verletzt. Darüber hinaus gab es noch weitere Verletzte durch Wasserwerfer, Gummigeschosse, Knüppel, Tränengaspatronen.

Lapidarer Kommentar des Innenministers Krauss, der den Einsatz mit Präsident Aylwin und dem Verteidigungsminister im Vorfeld abgesprochen hatte: "Es brauche sich niemand zu wundern, die Haltung der Regierung sei schließlich vorher bekannt gewesen." Wenn das Vorgehen der chilenischen Regierung die Einschüchterung der Linken zum Ziel gehabt haben soll, ist das Konzept nicht aufgegangen. In der folgenden Nacht brannten in den Außenbezirken Santiagos überall kleinere und größere "Barrikaden", kam es durch Bombenanschläge zu diversen Stromausfällen, wurden um das Nationalstadion (1973 als Gefängnis und Hinrichtungsstätte genutzt) viele Kerzen als Andenken an die Opfer der Diktatur aufgestellt. Die Antwort der Polizei war wieder massiver Tränengaseinsatz und Schußwaffengebrauch, wobei es wieder zu Verletzungen kam. An der Beerdigung des ermordeten Kommunisten zwei Tage später beteiligten sich wieder über 5.000 Menschen.

elm, Santiago (14.9.93)

37. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:32

Kalender

Jüdische Geschichte und Gegenwart

Eine Jüdische Volkshochschule wie etwa in Berlin gibt es in Hamburg zwar leider nicht, die Veranstaltungen der Hamburger Volkshochschule bieten in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule gleichwohl ein beachtliches Programm zur jüdischen Geschichte und Gegenwart. Im Programm 1993/94 (die Kurse beginnen im September/Oktober 1993 oder im Januar/Februar 1994) werden u.a. folgende Veranstaltungen angeboten:

- Der "Kriminalfall" Glückel Hameln 1684. (250 Jahre nach dem Fall verfaßte ein jüdischer Autor ein Theaterstück, das 1937 im Jüdischen Kulturbund zur Aufführung kam und nun im Hamburger Thalia-Theater zur Wiederaufführung vorbereitet wird. Gegenstand des Kurses sind die Erkundung der historischen Ereignisse und die Auseinandersetzung mit dem Theaterstück.)

- Der Jüdische Kulturbund in Deutschland 1933-1941

- Die Shoa im Spiegel der modernen hebräischen Literatur. (Unter Leitung von Amir Eshel, einem Israeli, der in Hamburg Germanistik studiert, sollen die in deutscher Sprache vorliegenden Texte besprochen werden.)

- Hebräisch- und Jiddisch-Kurse

- Spurensuche zur Geschichte der Juden in Hamburg (Stadtrundgänge)

- Die portugiesischen Juden in Hamburg. (Die ersten Juden, die sich im 16. Jahrhundert in Hamburg niederlassen durften, waren "Portugiesen", Flüchtlinge vor der Inquisition auf der Iberischen Halbinsel.)

Das aktuelle Programm ist erhältlich über: Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstraße 35, 20357 Hamburg.

IG Farben

Gegen den Kommerz-TV-Sender RTL ist viel einzuwenden, aber manche der Feigenblätter, mit der diese Sendeanstalt zu später Stunde ihren sonstigen Schrott zu kaschieren sucht, sind doch beachtlich. So auch die Dokumentation der Aktionärsversammlung der "IG Farben in Abwicklung" im Juli 93. Während die Vertreter des von den Alliierten als Kriegsverbrecher verurteilten Konzerns Rückgabeforderungen auf ehemals in der DDR enteignete Immobilien und Besitztümer geltend machen, protestieren draußen NS-Opfer gegen IG Farben. Zwei von ihnen, Hans Frankenthal und Maurice Goldstein, fordern im Namen des Internationalen Auschwitz-Komitees u.a., daß der Konzern den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz finanziert. Beide haben als junge Männer Zwangsarbeit für IG Farben leisten müssen.

Kanal 4 bei RTL am Sonntag, 26.9.93, 24 Uhr.

Antifaschistische Aktion

"Den nationalen Konsens kippen" wollen die Autonome Antifa und die Antifa Jugendfront zu Göttingen. Einer Agitprop-Aktion zur Mittagszeit soll eine frühabendliche Demonstration folgen.

2.10., 12.30 Uhr Marktplatz Göttingen; 17.30 Demonstration und Kundgebung ab Marktplatz Göttingen.

Reform oder Revolution in Lateinamerika und Europa

Der Internationale Kongreß Reform oder revolutionäre Theorie und Praxis in Lateinamerika und Europa soll nach den Vorstellungen der VeranstalterInnen dazu dienen, "erste Antworten auf zentrale Fragen antikapitalistischer Politik in den Metropolen und in der dritten Welt zu formulieren: Was ist das ‚historische Subjekt`, das eine antikapitalistische Gesellschaftsordnung durchsetzen kann? Welches sind die theoretischen Konzepte, die einen solchen Emanzipationskampf leiten müssen? Wo und unter welchen Bedingungen gibt es Anknüpfungspunkte über die kontinentalen Grenzen hinweg?" Die ReferentInnen des Kongresses kommen

aus Argentinien, Brasilien, Cuba, El Salvador, Guatemala, Mexiko, Nicaragua, Uruguay, Venezuela und - als angemessen kleine Minderheit - aus der BRD.

2./3.10.93. Universität Frankfurt/Main. Weitere Informationen und Anmeldung: Monimbó e.V., Darmstädter Str. 23, 63128 Dietzenbach, Tel. 06074-26891.

Rechtes Verlagswesen

Die Internationale Buchmesse ist seit Jahren ein Ort, wo nicht wenige Verlage ungestört ihre Publikationen mit rassistischen, antisemitischen, nationalistischen und militaristischen Inhalten anbieten und sich der Toleranz der anderen Aussteller sicher sein können. Die Edition ID-Archiv lädt zusammen mit den Wohlfahrtsausschüssen Köln und Frankfurt, zu einer Veranstaltung ein. Themen sind "rechtes Denken in den Verlagen Ullstein und Matthes & Seitz" sowie Bücher zum Bereich Abtreibung.

7.10.93, 20 Uhr - KOZ/Uni Frankfurt, Jügelstr. 1, Frankfurt.

Kriegsverbrecher-Ehrung

Vom 14.-16.10.93 findet in Celle das Bundestreffen der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" statt. Rund 900 Mitglieder hat dieser militaristische Traditionsverband. Voraussetzung ist der Besitz des Ritterkreuzes, das (bei 15 Mio. Wehrmachtsangehörigen) nur gut siebentausend Mal verliehen wurde, also keine Allerweltsauszeichnung ist. 438 dieser Orden wurden an Angehörige der Waffen-SS verliehen. Antifaschistische Kreise in Celle rufen zu einer Kundgebung gegen dieses Treffen auf. Die Ritterkreuzträger beabsichtigen, am 16.10., dem 47. Jahrestag der Hinrichtung der Kriegsverbrecher Jodl und Keitl, um 11 Uhr Kränze am sog. Ehrenmal niederzulegen. Die Kundgebung der Antifaschisten beginnt daher schon um neun Uhr morgens, um anschließend an dieser Zeremonie angemessenen Anteil nehmen zu können.

16.10.93, 9 Uhr, Großer Plan, Celle.

Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Konflikt

Die Menschenrechtsverletzungen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten sind seit Beginn der israelischen Besetzung immer wieder thematisiert worden. Das neue politisch-ideelle Interesse an den Menschenrechten und die faktische Verschlechterung der Menschenrechtssituation der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten seit der Intifada haben der Frage nach den Menschenrechten im israelisch-palästinensischen Konflikt eine neue Schärfe gegeben. (Ein grundlegender Wandel wird, so ist zu befürchten, auch nach den jetzigen Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO nicht eintreten.) Vor diesem Hintergrund wird in der Tagung Zur Problematik der Menschenrechtsdiskussion im israelisch-palästinensischen Konflikt versucht, die Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten und die Arbeit israelischer und palästinensischer Menschenrechtsorganisationen darzustellen. - Jörn Böhme wird über die Arbeit israelischer und Alexander Flores über die Arbeit palästinensischer Menschenrechtsorganisationen informieren. Tamar Pelleg-Sryck, als Rechtsanwältin tätig für die Association for Civil Rights in Israel, und Fateh Azzam, Geschäftsführer und Programmkoordinator von Al Haq in Ramallah, stellen die Arbeit ihrer Organisationen vor. Dan Diner spricht über "Menschenrechte als politisches Paradigma". Die Tagung wird beschlossen mit einer Diskussion zwischen Felicia Langer und Micha Brumlik zur "Problematik der Darstellung israelischer Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik". - Veranstalter der Tagung sind Buntstift e.V., Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. und die Evangelische Akademie Arnoldshain.

22.-24.10.93, Arnoldshain. Anmeldungsunterlagen über: Evangelische Akademie Arnoldshain, 61389 Schmitten. (Die Tagungskosten betragen 140.- DM, ermäßigt 100.- DM.)

38. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:33

25 Jahre nach ihrer Gründung ist die DKP "attraktiv und interessant" wie eh und je. So jedenfalls lautet das Resümee des diesjährigen Elmshorner Wasserturmfestes, nachzulesen in der "UZ" vom 17.9.: "Die Tombola war bereits nach einer Stunde ausverkauft, und das bei 1.000 Losen. Die Bierfässer waren restlos leer." Immerhin: "Der Überschuß des Festes wird für die Finanzierung des UZ-Pressefestes genutzt." Letzteres wirft seit längerem seine drohenden Schatten voraus: "Hurra, nur noch 7 Wochen", freuen sich Inge "Tombola" und Ute "Schnäppchen". Der Sinn ihrer etwas ungewöhnlichen Spitznamen erschließt sich dem aufmerksamen Leser der UZ-Anzeigenseite sofort: "Eine Tombola und einen Schnäppchen-Markt gibt es auch." Doch damit nicht genug. Der nebenstehend dokumentierte Speiseplan ist im wahrsten Sinne des Wortes "exklusiv": Deutsche aller Stämme, vereinigt euch bei Wurst, Bier und Bremer Kaffee! "Drei gute und unterhaltsame, drei solidarische und mutmachende Tage in dieser schweren Zeit" wünschen Rolf Priemer und Heinz Stehr, die beiden Sprecher der DKP, ihren Gästen und fügen hinzu: "Dieses Fest sagt etwas über den Geist und Charakter der DKP und ihrer Zeitung, der UZ, aus." Dem ist wohl leider nicht zu widersprechen.

39. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:35

Resolution 242, Resolution 338, Vereinbarungen von Camp David, PLO-Charta - die Begriffe schwirren durch die Luft. Der Inhalt dieser meist nur benannten Dokumente ist, wenn überhaupt, lediglich schwach bekannt, die Mühe aber, sich diese Texte zu besorgen, erheblich. Über den Inhalt der PLO-Charta werden gerade jetzt wieder abstruse Behauptungen aufgestellt - wo aber rasch nachlesen, wenn man nicht die entsprechenden Werke stets zur Hand hat?

Dietrich Neuhaus, Vorsitzender des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (DIAK), und Christian Sterzing, Redakteur der DIAK-Zeitschrift "israel & palästina" - beide seit langer Zeit für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts unterwegs -, haben den richtigen Gedanken gehabt: Eine handliche Sammlung muß her mit den zentralen Dokumenten, Karten und Statistiken zur Region Israel/Palästina. Und sie haben, sei unterstellt, anfangs wohl nicht geahnt, welche Mühe es machen würde, die allenthalben verstreuten Dokumente zusammenzutragen, auf ihre Authentizität zu überprüfen und das Ganze dann in noch verdaulicher Menge in eine überschaubare Ordnung zu bringen. Gleichviel: Es ist ihnen gelungen. Und bei allem Ernst in der Sache lassen die Herausgeber einen gewissen Humor nicht missen, ist doch in der Liste der "Ausgewählte(n) Literatur" auch das Werk "Die Araber" von einem gewissen Gerhart Konzelmann aufgeführt.

Der 160 Seiten starke Anhang des so entstandenen Nachschlagewerks enthält insgesamt 41 Dokumente: von der Balfour-Erklärung 1917 über den Teilungsplan 1947, die Palästinensische Nationalcharta 1968, die einschlägigen UN- Resolutionen, Beschlüsse arabischer Gipfelkonferenzen und Kommuniqués der Vereinigten Nationalen Führung der Intifada bis zu den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrats 1991. Diese Dokumentensammlung wird ergänzt mit Materialien zur PLO, dargestellt werden u.a. die einzelnen Organisationen; Karten der verschiedenen "Zustände" Palästinas und Israels sowie Tabellen zur Bevölkerungsentwicklung in dem Raum.

Dem Dokumententeil vorangestellt sind zehn Aufsätze, die zum größten Teil von PalästinenserInnen verfaßt worden sind. Dem einleitenden Beitrag von Azmy Bishara zur Entwicklung der politischen Doktrin der PLO folgen, aus unterschiedlicher Perspektive, Analysen der 19. Tagung des Palästinensischen Nationalrats (1988), auf dem ein palästinensischer Staat neben Israel proklamiert wurde, und der Situation der PLO im Zweiten Golfkrieg. Bei diesen Beiträgen handelt es sich um drei Erstveröffentlichungen (Vorträge von einer der Jahreskonferenzen des DIAK), ansonsten größtenteils um Übersetzungen aus dem "Journal of Palestine Studies".

Die Analysen und Dokumente ergeben keine Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung, was auch nicht das Ziel der Unternehmung war, sondern die Darstellung der unter den spezifischen Bedingungen des sog. Nahostkonflikts erfolgte Entwicklung eines politischen Konzepts der PLO zur Lösung der Palästinafrage. Der in Analysen und Dokumenten nachgezeichnete Weg der PLO in den letzten fast dreißig Jahren vom Anspruch auf das ganze Palästina bis zur jetzigen Zustimmung zum Gaza-Jericho-Plan macht (eine gewisse Kenntnis der "parallelen" Geschichte des Staates Israel und der im und auf den Nahen Osten wirkenden Kräfte vorausgesetzt) auch die aktuelle Situation nachvollziehbarer.

Dietrich Neuhaus, Christian Sterzing (Hg.): Die PLO und der Staat Palästina. Analysen und Dokumente zur Entwicklung der PLO. Frankfurt (Haag + Herchen = Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises, Bd. 21) 1991. 335 S., 44.- DM

40. Quelldatei 36.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:36

Italien

Italien - Modell für Europa? Die Redaktion der Zeitschrift Die Aktion, deren Augustheft den ersten Teil eines längeren "Italien Dossiers" zum Schwerpunkt hat, sieht südlich der Alpen ein Europa im Kleinen: "Europa wird bald dem Labormuster Italien entsprechen, weil es eben nichts ist als ein Modell, ein Zusammenschluß von prosperierenden Zentren und tristen Rändern, von Armutsregionen und hochtechnologischen Drehscheiben." Über Europa erfährt LeserIn wenig in dem Heft, wohl aber Bedenkenswertes über die aktuellen italienischen Entwicklungen. So anonym die Bombenleger von Rom, Florenz und Mailand sind und aller Erfahrung nach auch bleiben werden - die Nutznießer der Attentate sind bekannt und stehen täglich im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Ohne die durch den schwarzen Terror verursachte "Bedrohung der inneren Sicherheit", schreibt Egon Günther, "könnte eine dirigistische Regierung, die auf den Ausgleich und die Abstimmung notwendiger politischer Eingriffe mit den strategischen Interessen des Kapitals abzielt, leicht unter einen Druck geraten, den sie zu diesem Zeitpunkt nicht gebrauchen kann."

Cosimo Scarinzi lenkt in seinem Beitrag über "Die Genossen von der Lega" unsere Aufmerksamkeit auf neue - und bis vor kurzem undenkbar erscheinende - politische Bündniskonstellationen: die Unterstützung von Bürgermeisterkandidaten der regionalistischen Lega Nord durch Kommunalparlamentarier der Linksparteien PDS und Rifondazione Comunista. Das Bündnis der Steuerhinterzieher von der Lega mit den "guten Steuerzahlern" und "rechtschaffenen Lohnabhängigen" der Linken ist nur auf den ersten Blick unerklärlich. In der Weltanschauung der norditalienischen Regionalisten, schreibt Scarinzi, "äußern sich die Produktiven gegen die Parasitären. Und auf diesem Gebiet begegnen wir dem anderen Antlitz linker Kultur, das geprägt ist vom Glauben an die Industrie und die Effizienz."

Themen weiterer Beiträge sind u.a.: die Teilkommunalwahlen von Juni 1993, Probleme gewerkschaftlichen Kampfes, Programmatik und Politik von Rifondazione Comunista. Besonders beeindruckend ist die "Botschaft aus Cuneo" von Sante Notarnicola, einem ehemaligen politischen Gefangenen. Notarnicolas Botschaft aus dem Hochsicherheitsgefängnis, geschrieben 1986, enthält nicht nur ein Bekenntnis zum bewaffneten Kampf; der Autor rechnet auch mit den staatlichen "Gefängnisreformen" ab und erinnert an die militanten Kämpfe der Gefangenen in den 70er Jahren.

Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst. Heft 105/108, August 1993. 8,- DM. Im Buchhandel oder über Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg

Jüdischer Kalender

"Juden aller Länder - informiert Euch!" Mit dieser Parole werben die Herausgeber Henryk M. Broder und Hilde Recher für den Jüdischen Kalender auf das Jahr 5754 (nach christlich genannter Zählung der Zeitraum vom 16.9.93 bis zum 5.9.93), der nun im 11. Jahrgang vorliegt. Der Appell an die "Juden aller Länder" überspielt recht keß, daß der Kalender nicht zuletzt mit "ach-der-auch"-Effekt spielt, ein Aspekt, der zwar Gojim anrühren mag, nicht aber Juden selbst. Aber der Kalender hat für Gojim wie für Juden - neben dem Mangel all dieser kleinformatigen Umwelt-, Frauen-, Antifa- usw.-Kalender, daß sie als Termin-Kalender nicht brauchbar sind - mehr zu bieten als diesen Effekt. Neben der selbstverständlichen Angabe der Daten und Feiertage des jüdischen wie des sog. christlichen Kalenders und biografischen Angaben enthält er zahlreiche Auszüge aus Werken jüdischer Autoren, die oft zum Weiterlesen anreizen, und - gelegentlich bittere - Anmerkungen zum Zeitgeschehen. Für einen jeden, der viel über jüdische Vergangenheit und manches über jüdische Gegenwart erfahren will, der ideale Zweitkalender.

Der jüdische Kalender Fünftausendsiebenhundertvierundfünfzig - 1993-1994. Hg. von Henryk M. Broder u. Hilde Recher. Augsburg (Ölbaum-Verlag) 1993. 288 S., 16,80 DM. Im besseren Buchhandel erhältlich oder über den Verlag: Ölbaum, Postf. 111728, 86042 Augsburg

Lateinamerika

Im vergangenen Jahr erschien das Gesamtverzeichnis 1992 der Bücher zu Lateinamerika mit gut 1000 Kurzrezensionen in der Edition Der Andere Buchladen, die gemeinsam mit der Informationsstelle

Lateinamerika (ila) der Herausgeber dieser Bibliographie ist. Nun liegt mit auch schon wieder 350 Sachbüchern und belletristischen Titeln der aktualisierende Nachtrag - Neuerscheinungen 1993 - vor. Dem Gesamtverzeichnis 1992 entsprechend sind die Kurzrezensionen unterteilt in Sachbücher (Lateinamerika; Mittelamerika; Karibik; Südamerika; Theologie der Befreiung; Frauen in Lateinamerika; Erste Welt - Dritte Welt; Rassismus und Antirassismus - die großen Abschnitte sind wiederum unterteilt in Länder bzw. Themen) und Literatur (nach der Ländereinteilung die Abschnitte: Anthologien; Märchen, Mythen, Literatur aus Indiosprachen; Kinder- und Jugendbücher; Theaterstücke und Literatur zum Theater; Sekundärliteratur; Kunst). Entstanden ist, wie es schon das letztjährige Gesamtverzeichnis erwiesen hat, ein unverzichtbarer Leitfaden durch die Literatur über Mittel- und Südamerika, der zudem noch geradezu albern billig ist.

Bücher zu Lateinamerika - Neuerscheinungen 1993. Edition Der Andere Buchladen, Köln 1993. Bezug gegen 4,- DM in Briefmarken über: Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197, 50937 Köln

41. Quelldatei afrika.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/afrika.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:afrika

<B>192>In den Metropolen kommt die Hölle an die Oberfläche", sagt der brasilianische Schriftsteller Rubem Fonseca "Der Himmel ist langweilig", entgegnete der mexikanische Krimiautor Paco Ignacio Taibo II. Genau hier liegt das Spannungsfeld, das Gegenstand vieler afrikanische Romane ist, moderne Romane von einer Qualität und Themenfülle, die an die lateinamerikanischer Literatur heranreichen, nicht jedoch an deren Verkaufszahlen und Bekanntheitsgrad. Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der Vorstellung einiger ausgewählter Romane aus Schwarzafrika.

Seite 31

42. Quelldatei hh.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/hh.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:hh

AUS SCHLAGWORTEN WURDEN BRANDSÄTZE

... unter diesem Titel fand am 15. September in Hamburg eine Veranstalung zur Kritik an der Rolle der Medien statt. Die Referenten aus dem Medienbereich (Klaus Bednarz, Michael Jürgs, Wilhelm von Sternburg und Will Teichert) sprachen zu den Themen Sprache und Information als Ware; Wolfgang Richter (Ausländerbeauftragter aus Rostock) schilderte eindrücklich die Haltung der Medien während des Pogroms und die völlig Ignoranz ohne einen solchen sensationsbringenden Anlaß; Romani Rose (Zentralrat deutscher Sinti und Roma) berichtete von der vergeblichen Versuchen seines Verbandes, den rassistischen Sprachgebrauch in den Medien in Bezug auf die Roma und Sinti einzuschränken. Die Veranstaltung soll Auftakt für weitere sein, auf denen das Wechselspiel zwischen Politik, Medien und den Rechtsextremisten untersucht wird. (Foto: H. Wojahn)

43. Quelldatei irland.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/irland.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:irland

Dietrich Schulze-Marmeling porträtiert eine neue nordirische Friedensinitiative, die sich den vorläufigen Namen "Peace 2000" gegeben hat. Sie geht davon aus, daß ein Waffenstillstand in Nordirland nicht mit mehr oder weniger unpolitischen Appellen oder mit einer militärischen Kampagne, sondern über eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ursachen des Konflikts herbeigeführt werden müsse.

Seite 22ff.

Chile

Vor 20 Jahren wurde die Unidad-Popular-Regierung durch einen blutigen Militärputsch gestürzt. Chile, das kurze Zeit als Modell eines "friedlichen Übergangs zum Sozialismus" galt, ist heute wieder zum Modellfall geworden. Jetzt gilt der Staat als Beispiel für die erfolgreiche Integration eines Landes der sogenannten Dritten Welt in den Weltmarkt. Das in Chile erprobte neoliberale Wirtschaftskonzept ist der Handlungsrahmen, in dem die "Sanierung" der GUS-Staaten exekutiert wird.

Seite 25

Japan

Obgleich im Zweiten Weltkrieg besiegt, gelang es Japan alsbald, seine wirtschaftliche Machtstellung in Ost- und Südostasien wiederzuerlangen. Nach dem Rückzug der USA ist es auf dem Wege, in der Region auch eine politische Ordnungsmacht ersten Ranges zu werden. Ausgehend von der Mitte des letzten Jahrhunderts, in dem Japan den Anschluß an die westliche Moderne fand, analysiert Rainer Werning die Entwicklung einer "Pax Nipponica" seit dem Ausgang des Zweiten Weltkriegs.

S. 27

44. Israel-Palästina: Chance oder Falle?

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/jerivor.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:jerivor

Für die einen ist es "das größte Wunder seit den Posaunen von Jericho", für die anderen ist es "der Ausverkauf Israels" oder "die schändliche Kapitulation vor dem zionistischen Feind": Die sozialdemokratische Regierung Israels und die PLO haben einen Weg von Verhandlungen und Zusammenarbeit begonnen, der in einer Übergangszeit von fünf Jahren zu einer palästinensischen Selbstverwaltung führen soll. Dazu in diesem ak:

Chancen und Risiken der neuen Politik. Widersprüche in der PLO.

Der Widerstand der israelischen Rechten gegen eine Verständigung mit den Palästinensern.

Dokumentation des vorbereitenden Briefwechsels Arafat-Rabin und der gemeinsamen israelisch-palästinensischen Erklärung.

Als Hintergrundinformation Vorstellung zweier Bücher zum Thema: zur Geschichte des real existierenden Staates Israel und zur Entwicklung eines kommenden palästinensischen Staates.

45. Keine Neuauflage der "Kinkel-Initiative"

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/raf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:raf

Helmut Pohl erklärt, auch im Namen weiterer Gefangener aus der RAF, es werde mit ihnen "keine Neuauflage von sowas wie der Kinkel-Initiative" geben. Die Gefangenen wollen die Gegensätze, die in den letzten drei Jahren in den Debatten untereinander und zwischen "drinnen und draußen" aufgetreten sind, jetzt öffentlich diskutieren.

Mit der Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus RAF und Widerstand 1988 war der Versuch unternommen worden, bei der Hungerstreikunterstützung auf liberale Kreise zu setzen. Eine Folge war, daß diese sich in versöhnlerischer Weise zu FürsprecherInnen der Gefangenen machten. In einer Analyse des daraus folgenden "Kampfes zweier Linien" wird diese Debatte nachgezeichnet und eine Bilanz der Wirkung der "Kinkel-Initiative" gezogen.

Seite 14

46. Quelldatei riovor.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/riovor.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:riovor

Vom 15. Juli bis zum 2. August fand in Rio de Janeiro, Brasilien, das siebte internationale Festival des Theaters der Unterdrückten statt. Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte ist unter diesem Namen ein breites Instrumentarium entstanden. Forum-, Bilder-, Zeitungs- oder unsichtbares Theater sollen als Mittel zur politischen und sozialen Veränderung eingesetzt werden. Beim Festival in Rio stellten sich, neben rund 25 brasilianischen Gruppen, Ensembles aus 20 Ländern, vor allem aus der "Dritten Welt", mit ihren vielfältigen politischen und künstlerischen Inhalten und Formen vor.

S. 29

47. Schweizer Asylpolitik "Einreise abgelehnt"

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/schweiz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:schweiz

"Nicht unbedingt diplomatisch geschickt, aber ehrlich" fand der Schweizer Vize-Bundespräsident Ogi seine eigenen Worte. Drei Monate nach Kriegsbeginn in Bosnien-Hercegovina hatte er deutlich ausgesprochen, daß "diese Leute, die sich die Köpfe zerschlagen", auf das wohlhabende Alpenland zählen können. Allerdings erst nach Kriegsende, wenn - keineswegs uneigennützig - Wiederaufbauhilfe geleistet werden soll. Nicht zu verantworten sei dagegen die Aufnahme von Flüchtlingen: "Die Obergrenze ist erreicht."

Diese und andere schweizerische Beiträge zur Sicherung der Festung Europa hat Beat Leuthard zusammengetragen. Sein Bericht behandelt auch historische Kontinuitäten: die Abschottung der Schweiz gegen jüdische Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland.

Seite 18

48. Der große Kahlschlag

CD-Datei: daten/aksuche/ak358/sozial.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:358:sozial

"Viele zweifeln, ob sich Arbeit noch lohnt, wenn sie hören oder in ihrem persönlichen Umfeld erleben, daß es in manchen Fällen kaum noch Abstände zwischen Sozialhilfe, Lohnersatzleistungen und Arbeitsentgelt gibt." Helmut Kohl sprach im Bundestag aus, was die neue geistig-moralische Wende bringen soll: Kürzungen bei Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen. Aber wer hier kürzt, treibt nicht nur immer mehr Menschen in die Armut, sondern hat schließlich auch die Löhne im Visier. Schon jetzt geht aus einer Prognose des Bundesfinanzministeriums hervor, daß bis 1995, also in nur zwei Jahren, das zur Verfügung stehende Einkommen zwischen drei und fünf Prozent sinken wird. In dem Papier "Aufbruch aus der Krise" der baden-württembergischen "Zukunftskommission Wirtschaft 2000" heißt es: "Ausgangspunkt aller Überlegungen der Kommission ist die Überzeugung, daß eine Neuorientierung des Bewußtseins unserer Gesellschaft notwendig ist. (...) Die Bejahung von Unternehmertum und technischem Fortschritt und eine positive Einstellung zur Arbeit und Selbstverwirklichung durch Leistung sind das Fundament für die Sicherung einer guten Zukunft." (Handelsblatt - HB, 30.8.) Helmut Kohl greift den Ball auf, sieht jetzt den Zeitpunkt für massiven Sozialabbau gekommen, "weil sich die Atmosphäre des Landes geändert hat." (HB, 6.9.) Diese neue geistig-moralische (und materielle) Wende sei notwendig, da die Bundesbürger über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Ginge es nach dem ehemaligen Vorsitzenden der Arbeiterpartei SPD, müssen nun "Blut, Schweiß und Tränen" fließen - wessen, braucht wohl nicht erläutert zu werden.

Eine Untersuchung der wesentlichen Elemente der Demontage des Sozialstaats auf

Seite 11